Montag, 10. November 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 262 - 46. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 6,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Hat das Kunstherz Zukunft?

Professor Emil Bücherl, Chefchirurg des Klinikums in Berlin-Charlottenburg, ist der erste deutsche Mediziner, der ein Kunstherz eingesetzt hat. Bücherl ist hochgerühmt und heftig geschmäht. Sind die Erfolge zu teuer erkauft? Hat das Kunstherz überhaupt Zukunft? Wie reagiert Bücherl auf die Angriffe aus der Öffentlichkeit? Wie beurteilt der Wissenschaftler den Stand der deutschen Universitäten? Wie hält der Herz-Spezialist sein eigenes Herz fit? Der Pionier aus Berlin stand der WELT Rede und Antwort. Seite 7

Heute in der WELT

Ein brisantes Papier

Die Serbische Akademie der Wissenschaften hat in einem unveröffentlichten Memorandum brisante Thesen aufgestellt. Zum Beispiel: „Ein Ausweg aus der Krise ohne grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System ist nicht möglich." Und: „Der Bund der Kommunisten (KP) lebt nur noch von seiner revolutionären Rente und ist in hohem Maße privatisiert." Die WELT veröffentlicht Auszüge. Seite 8

POLITIK

Polen: Namhafte Persönlichkeiten, darunter Lech Walesa, haben alle gesellschaftlichen Kräfte des Landes aufgefordert, in gemeinsamer Anstrengung die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu überwinden. Sie bedrohe „Regierende wie Regierte" gleichermaßen.

Demonstration: Den Ausstieg aus der Kernenergie und die Stillegung aller Nuklearanlagen haben 15 000 Demonstranten in Hanau gefordert. Zum Schluß der Demonstration kam es zu Ausschreitungen. 15 Gewalttäter wurden festgenommen. (S. 3)

Ägypten: Die Kairoer Regierung unter Ministerpräsident Ali Lutfi ist gestern zurückgetreten. Staatspräsident Husni Mubarak nahm die Demission an und berief den 56 Jahre alten Rechtsprofessor und Wirtschaftsfachmann Atef Sedki zum neuen Regierungschef.

Albanien: Moskau hat Tirana erneut die Normalisierung der Beziehungen angeboten. Die Parteizeitung „Prawda" schrieb, die Sowjetunion sei für eine Regelung auf der Grundlage strikter Gleichheit und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

WIRTSCHAFT

Luxus: Vorbei die Zeit, da sich jede beliebige Ware, versehen mit dem Namen eines Pariser Haute Couturiers, spielend in aller Welt verkaufen ließ. Die Nachfrage nach scheinbaren und echten Luxusartikeln schrumpft. Die Stunde der Wahrheit schlägt. (S. 14)

Fliegen: Ein neuer Vorstoß zur Liberalisierung des Luftverkehrs, die Schaffung von mehr Konkurrenz als Voraussetzung für niedrigere Preise, ist heute kontroverses Thema der EG-Verkehrsminister in Brüssel. Eine Einigung erscheint ungewiß. (S. 13 u. 14)

KULTUR

Elisabeth Grümmer: Die Jugendlichkeit ihrer Stimme hatte darüber hinweggetäuscht, daß auch sie älter wurde. Das feine Timbre verriet immer wieder, daß Gesang vor allem auch eine Sache des Herzens ist. Elisabeth Grümmer ist gestorben. (S. 21)

Toulouse-Lautrec: Die Kunsthalle Tübingen zeigt 130 Gemälde und Bildstudien, das pure malerische Œvre also, größtenteils entliehen aus dem Toulouse-Lautrec-Museum von Albi, ergänzt durch private Leihgaben. Die Grafik ist hier nicht präsent. (S. 21)

SPORT



Tennis: Bettina Bunge (Foto) aus Aschaffenburg hat bei dem mit 250 000 Dollar dotierten Turnier von Worchester (USA) das Halbfinale erreicht. Sie gewann gegen die Tschechoslowakin Helena Sukova mit 6:4 und 7:6. (S. 18)

Fußball: Nationalstürmer Rudi Völler von Werder Bremen muß erneut eine Trainingspause einlegen. Beim 0:4 gegen den VfB Stuttgart erlitt der 26jährige eine Prellung am Oberschenkel. (S. 16)

Fechten: Der Leverkusener Arnd Schmitt gewann das erste Masters-Turnier der acht weltbesten Degenfechter. Im Finale schlug er den Italiener Angelo Mazzoni mit 5:4. (S. 19)

AUS ALLER WELT

Amazonas: Die brasilianischen Pläne zur Erschließung der Grenzregionen des Amazonas-Beckens sollten vorerst geheim bleiben, um keine übertriebenen Erwartungen zu wecken und unbegründete Furcht der Nachbarn zu vermeiden. Zunächst sollen in den Zonen nur militärische Stützpunkte entstehen. (S. 22)

„Care": Die Not in der Dritten Welt hat jetzt auch die Modemacher veranlaßt, eine Aktion besonderer Art zu starten: Erstmals präsentierte sich die Pariser Haute Couture in Berlin zugunsten der Organisation „Care". Unter den zahlreichen Gästen waren Bundesaußenminister Genscher und Frau Friede Springer. (S. 22)

Kritik konzentriert sich auf Sandoz

SPD nimmt jetzt die deutsche Chemie-Industrie ins Visier / Töpfer: Keine neuen Gesetze

ULRICH REITZ, **Bonn**

Die Diskussion über die Folgen des Großbrandes bei dem Schweizer Chemiekonzern Sandoz hat sich auf die deutsche parteipolitische Ebene verlagert. Dabei waren die Sozialdemokraten bemüht, die „Defizite" bei der Informationspolitik über den Unfall, der nach Ansicht von Experten verheerende Auswirkungen auf das Ökosystem im Rhein haben wird, der Bundesregierung anzulasten. Demgegenüber erklärte die Regierung, die „notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung (konnten) getroffen werden". In CDU-Kreisen wird befürchtet, daß die deutsche chemische Industrie aus wahltaktischen Gründen von der Opposition ins Kreuzfeuer gebracht wird.

Der stellvertretende SPD-Fraktionschef Hauff zog eine Parallele zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und behauptete, Umweltminister Wallmann (CDU) habe bei der Rheinkatastrophe ebenso versagt wie ein halbes Jahr zuvor Innenminister Zimmermann (CSU) bei dem Atomunfall in der Ukraine. Die Bundesregierung habe, so Hauff, die 20 Millionen am Rhein lebenden Menschen im Stich gelassen.

Umweltminister Wallmann hatte offenbar mit einer solchen Kritik aus den Reihen der Opposition gerechnet. Er ließ bereits am Samstag über das Bundespresseamt eine Erklärung verbreiten, in der nicht nur die Schweizer Regierung gegen Anwürfe in Schutz genommen, sondern auch auf die bereits auf Initiative seines Ministeriums eingeleiteten Schutz-Maßnahmen verwiesen wird. Aus rheinland-pfälzischen Regierungskreisen wurde darauf hingewiesen, daß die Firma Sandoz für Unzulänglichkeiten bei der Information verantwortlich sei, nicht die Schweizer Behörden, die ihrerseits von dem Chemiekonzern schlecht informiert worden seien. Wallmann räumte allerdings ein, daß die Schweizer es „versäumten", den internationalen Alarmplan Rhein auszulösen. Tags zuvor hatte darauf auch Regierungssprecher Ost hingewiesen.

Darauf, daß die SPD jetzt die chemische Industrie in der Bundesrepublik ins Visier nimmt, deutet eine Erklärung von SPD-Spitzenkandidat Rau hin. *Er fordert die Bundesregierung auf,* zu klären, ob die „Sicherheitsvorkehrungen für die Produktion und Lagerung von Chemikalien ausreichend sind". Doch auch in diesem Punkt hatte Wallmann schon vorgebaut: Er teilte mit, daß er den Verband der chemischen Industrie für morgen zu einem Gespräch über die „Bewertung des Unfalls im Hinblick auf die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Anlagen" eingeladen habe.

Der rheinland-pfälzische Umweltminister Töpfer hat „kein Verständnis dafür, jetzt die chemische Industrie aufs Korn zu nehmen". Eine neue Chemiepolitik forderte indes schon gestern der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND).

Mit einem Katalog von Forderungen meldete sich der stellvertretende FDP-Vorsitzende Baum zu Wort, der auf einer Präsidiumssitzung nach der niedersächsischen Kommunalwahl Anfang Oktober als Umweltminister ins Gespräch gebracht worden war. Im übrigen trat der FDP-Politiker der Behauptung Wallmanns entgegen, die Schweiz habe noch am Tag des Brandes, dem 1. November, die Bundesregierung informiert. Seine These: Es sei drei Tage später informiert worden.

Umweltminister Töpfer hat eine Prüfung angekündigt, „ob das, was in der Schweiz passiert ist, auch bei uns passieren kann". Entsprechende *Untersuchungen habe es bisher bei allen* „aus dem Ausland importierten Skandalen" gegeben, sagte Töpfer der WELT. Zu den Forderungen aus der SPD und denen Baums sagte der CDU-Politiker: „Wer schon jetzt Rezepte gibt, der handelt zwar schnell, aber nicht redlich". Töpfer kündigte an, ein Vertreter des rheinland-pfälzischen Umweltministeriums werde heute gemeinsam mit dem baden-württembergischen Umweltminister Weiser (CDU) nach Basel fahren, um sich von Sandoz über den Ablauf der Katastrophe und die bestehenden Vorkehrungen informieren zu lassen. Die Frage nach einer Verschärfung bestehender Gesetze in der Bundesrepublik „stellt sich nicht", so Töpfer.

Nach Ansicht des CDU-Politikers müssen „wir mit Langzeitschäden rechnen". Ein weiteres Fischsterben sei „nicht auszuschließen", obwohl die Giftwelle bereits die Niederlande erreicht hat. Holland hat die Verbindungen zwischen dem Rhein und anderen Wasserstraßen geschlossen.



Sandoz wird vorgeworfen, die Schweizer Regierung unzulänglich informiert zu haben. Aufräumarbeiten nach der Katastrophe FOTO: DPA

DER KOMMENTAR

Hilfloses Schweigen

FRITZ WIRTH

Wenn Menschenleben auf dem Spiel stehen und wenn Regierungen notgedrungen mit Terroristen zu tun haben, kann Schweigen vorübergehend notwendig sein. Die Iran-Affaire schien ein solcher Konflikt zu sein; die US-Regierung kann immerhin die Freilassung von drei Geiseln als Rechtfertigung vorweisen.

Inzwischen jedoch hat dieses Schweigen einen Schwall von Gerüchten, Verdächtigungen und Spekulationen ausgelöst, die schweren Schaden anzurichten beginnen. Sie haben die Antiterrorpolitik der USA in Frage gestellt, die amerikanische Neutralität im Golfkrieg in Zweifel gezogen und schwere interne Spannungen bloßgelegt, die am Wochenende in Rücktrittsspekulationen um Außenminister Shultz mündeten.

Der Zeitpunkt der Schadenskontrolle – in Reinschrift: das Ende des Schweigens – ist zweifellos gekommen, zumal da dieses Schweigen zuerst von der anderen Seite durchbrochen wurde. Sie hat es lange zu einer Waffe gegen die USA gemacht.

Es zeichnet sich in dieser Affaire der alte Konflikt zwischen nobler humanitärer Rücksichtnahme und kaltem politischem Kalkül ab. Die Männer der Gewalt bedienen sich rücksichtslos dieses Dilemmas. Es geht nicht an, daß eine Welt-Macht sich durch hilfloses Schweigen zur Ohn-Macht verurteilen läßt.

Führt Iran-Affäre zum Rücktritt von Shultz?

Spekulationen um Spannungen in der Administration wachsen

FRITZ WIRTH, **Washington**

Die Welle der Gerüchte über Kontakte der amerikanischen Regierung mit Iran hat gestern mit Berichten über Rücktrittsabsichten des amerikanischen Außenministers Shultz ihren Höhepunkt erreicht. Shultz ist damit zu einem Opfer des selbstauferlegten und möglicherweise von iranischen Geiselnehmern aufgezwungenen Schweigens geworden.

Das Weiße Haus ist unter wachsenden Druck geraten, dieses Schweigen zu beenden. Ronald Reagan hat sich bisher mit dem Argument widersetzt, daß das Leben von sechs amerikanischen Geiseln, die in Libanon offensichtlich von Terrororganisationen festgehalten werden, die Iran nahestehen, auf dem Spiel stehe.

Shultz erklärte nun, ihm mache die Nachrichtensperre des Weißen Hauses „keinen Spaß" und fügte hinzu: „*Ich ziehe es vor*, zu sagen, was ich über die Dinge denke."

Es war nicht zuletzt diese Äußerung, die Grüchte über seinen möglichen Rücktritt auslöste. Die „New York Times" zitierte einen Beamten *aus dem State Department mit* der Bemerkung: „Wenn es einen Anlaß zum Rücktritt für ihn geben sollte, dann ist es dieser. Kein Thema liegt ihm so nahe wie der Kampf gegen den Terrorismus."

Tatsächlich hat Shultz in den vergangenen Jahren wie kein anderer leitender Minister der Administration eine Politik der Härte gegenüber dem internationalen Terrorismus gefordert. Es gibt jedoch in wachsender Zahl Hinweise darauf, daß die Regierung Geiseln in Libanon möglicherwiese durch Waffenlieferungen an Iran freigekauft hat. Über das Ausmaß und den Weg dieser Lieferungen liegen keine präzisen Angaben vor.

Nach weitgehend übereinstimmenden Informationen aus der Administration ist die Initiative zur Kontaktaufnahme mit Iran direkt vom Weißen Haus ausgegangen. Sie führte im vergangenen Jahr zur Freilassung des Geistlichen Benjamin Weir, löste zugleich aber auch scharfe Proteste von Shultz und Verteidigungsminister Weinberger aus, die darauf drangen, diese Kanäle zu schließen.

Offenbar sind diese Kanäle vom *Weißen Haus* auf Druck der Familienangehörigen dieser Geiseln wieder geöffnet worden; wahrscheinlich mit Wissen von Shultz und Weinberger, doch *ohne* deren Billigung. Dabei war der inzwischen zurückgetretene Sicherheitsberater McFarlane mit mehrere Reisen nach Iran offensichtlich die Schlüsselfigur.

Hauptziel dieser Kontakte war angeblich der Versuch, die Konflikte innerhalb der iranischen Regierung zu nutzen, um größeren Einfluß auf die politischen Entscheidungen Teherans im Golfkrieg und der Anwendung von Terrormaßnahmen zu gewinnen. Die Freilassung der Geiseln sei nur ein Punkt einer wesentlich *vielschichtigeren Initiative* gewesen.

Banken: Nur Vergleich rettet NH vor Konkurs

Heute treffen sich die Großgläubiger in Frankfurt

cd./DW. **Frankfurt/Bonn**

Von dem heutigen Treffen der 13 Großgläubiger der Neuen Heimat (NH) sowie zwei weiterer Banken mit dem neuen NH-Eigentümer Horst Schiesser in Frankfurt erhofft man sich in Bonn Aufschluß über die Zukunft des Wohnungskonzerns, nachdem es am Wochenende Spekulationen um einen bevorstehenden Zusammenbruch der NH gegeben hatte. Das Gespräch war für vergangenen Freitag geplant, dann aber verschoben worden, um Schiesser mehr Bedenkzeit zu geben.

In der Gruppe der Banken, die einen NH-Konkurs verhindern wollen, der mit großen Verlusten bei der Verwertung des Vermögens verbunden wäre, sieht man einen Vergleich als die einzig mögliche Lösung an. Dem müßte Schiesser freilich zustimmen. In Kreisen der Gläubigerbanken zweifelt man daran, daß Schiesser *sein* Konzept einer Fortführung der Neuen Heimat durchsetzen kann, selbst wenn unterstellt wird, daß die von ihm präsentierten Zahlen, die noch nicht vollständig nachgeprüft sind, stimmen. Ein geordneter Rückzug durch einen Vergleich sei für Schiesser schließlich nicht ehrenrührig, heißt es. Ein derartiger Weg setze allerdings einen erheblichen Kapitaleinschuß durch den früheren NH-Eigentümer BGAG voraus.

Eine geordneter Vergleich wird vor allem deshalb angestrebt, weil nur auf *diese Weise verhindert* werden kann, daß sich weitere Banken aus der NH-Finanzierung zurückziehen und damit schließlich einen Konkurs provozieren. Bislang ist für Kredite in Höhe von 317 Millionen Mark die Kündigung ausgesprochen oder angedroht worden. Zur Zeit gelten einschließlich dieser Beträge Kredite von rund zwei Milliarden Mark als „wackelig", weil die Ziehungsmöglichkeiten von weiteren Auskünften Schiessers abhängig gemacht wurden. Bislang ist Schiesser sämtlichen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Gläubigerbanken der NH – mit Ausnahme der im Stillhalteabkommen geregelten – nachgekommen, so daß kein Gläubiger einen Konkurs beantragen kann.

Für einen Konkurs der Neuen Heimat gibt es *nach Überzeugung* des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Chemie, Hermann Rappe, keine Hinweise. In einem Gespräch mit dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel" sagte er: „Unsere Experten von der BGAG sagen, dies ist alles in Ordnung." *Gegenteilige* Behauptungen seien „Theaterdonner", der dazu diene, den DGB in die Ecke zu drängen.

Im Zusammenhang mit dem in der vergangenen Woche beantragten Konkurs der Berliner Schiesser-Firma Atelier Berlin New Stile Entertainment GmbH wird in Berlin kolportiert, Schiesser habe sich mit der Übernahme der Paechbrot-Gruppe *übernommen.*

Israel: Haft für Atomtechniker

DW. **Jerusalem**

Die israelische Regierung hat gestern zugegeben, daß der Atomtechniker Mordechai Vanunu in Israel inhaftiert ist. Vanunu hatte einer britischen Zeitung erklärt, in der geheimen Versuchsanlage *Dimona*, in der er selbst gearbeitet hätte, würden Atomwaffen produziert. Am 30. September, kurz nach der Veröffentlichung des Berichts, war Vanunu aus London verschwunden. In einer kurzen Erklärung bestritt Jerusalem *Mutmaßungen*, der *israelische* Geheimdienst Mossad könnte den Experten entführt und nach Israel verschleppt haben. Es wird nicht gesagt, auf welchem Weg Vanunu nach Israel gelangt ist. Es heißt dort nur, er sei von einem Gericht in Haft genommen worden. Unzutreffend seien auch Berichte, Israels damaliger Regierungschef Peres habe mit seiner britischen Kollegin Thatcher telefoniert, um dem Mossad freie Bahn zur Verschleppung Vanunus zu *schaffen.*

Theo Waigel auf Platz zwei der CSU-Liste

DW. **München**

Mit Franz Josef Strauß an der Spitze will die CSU bei der Bundestagswahl mit einem „optimalen Ergebnis" in Bayern entscheidend dazu beitragen, daß die Union trotz möglicher „Defizite im Norden" bei der Bundestagswahl siegt. Platz zwei der CSU-Liste nimmt Landesgruppenchef Theo Waigel ein, der 1983 noch auf Rang sechs antrat. Ihm folgt Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann.

Richard Stücklen, der vor vier Jahren noch Rang zwei bekam, steht auf *Platz sechs. Ein besonders gutes* Ergebnis erhielt Bundeswirtschaftsminister Ignaz Kiechle mit 162 von 170 Stimmen auf Rang acht. Der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Hans Graf Huyn, der in seinem Wahlkreis Rosenheim durchgefallen war, erzielte mit 83 Stimmen zwar das schlechteste Delegiertenergebnis, kam aber auf Wunsch des Vorstands auf den womöglich letzten aussichtsreichen Platz 28.

Geringere Wahlbeteiligung in Hamburg

DW. **Hamburg**

Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft hat sich gestern nachmittag eine etwas geringere Wahlbeteiligung *als vor vier Jahren abgezeichnet.*

Bis 15.00 Uhr hatten nach Darstellung des Statistischen Landesamtes rund 762 000 der insgesamt rund 1,25 Millionen Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Das entspricht einer Wahlbeteiligung von 60,9 Prozent. Im Dezember 1982 waren zur gleichen Zeit etwas mehr, nämlich 64,7 Prozent, an die Wahlurnen gegangen.

Bei der letzten Bürgerschafts-Wahl vor vier Jahren hatte die Wahlbeteiligung genau 84 Prozent betragen. Die Sozialdemokraten hatten damals 51,3 Prozent der Stimmen und damit die absolute Mehrheit errungen.

Die CDU kam auf 38,6 und die Grün-Alternative Liste (GAL) auf 6,8 Prozent der Stimmen. Die Freien Demokraten sind seit acht Jahren nicht mehr in dem Landesparlament vertreten.

Wehner zu Gast bei Honecker am Werbellinsee

AP, **Berlin**

Der ehemalige Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, hat sich mit „DDR"-Staats- und *Parteichef Erich Honecker* zu einem Gespräch in Hubertusstock am Werbellinsee getroffen.

Die Nachrichtenagentur ADN teilte mit, beide Politiker hätten einen intensiven Meinungsaustausch über „die Entwicklung der internationalen Lage und aktuelle Fragen der Friedenssicherung" geführt. Wehner, der in Skandinavien lebt, werde in Begleitung seiner Frau Greta Dresden und andere Orte in der „DDR" besuchen.

Für großes Aufsehen hatte Wehner mit seinem ersten Besuch bei Honekker Ende Mai 1973 gesorgt. Damals hatten beide mit Vertretern der Volkskammer in Ost-Berlin Gespräche geführt. Es ging dabei um die Aussichten und *Entwicklungen*, die mit dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages zwischen Bonn und Ost-Berlin verbunden waren.

Aquino sucht in Japan um finanzielle Unterstützung nach

Tokio nennt Wünsche „unrealistisch" / Putschgerüchte

DW. **Manila/New York**

Ungeachtet der anhaltenden Putschgerüchte auf den Philippinen tritt Präsidentin *Corazon Aquino* heute einen viertägigen Besuch in Japan an, von dem sie sich mehr politische Unterstützung und Wirtschaftshilfe in Höhe von rund 1,6 Milliarden Dollar erhofft.

Am Wochenende nahm die philippinische Staatschefin ihrem Widersacher, *Verteidigungsminister* Juan Ponce Enrile, das Versprechen ab, dafür zu sorgen, daß während ihrer Abwesenheit „nichts geschieht". Erst am vergangenen *Freitag* hatte der philippinische General Ramos die Armee seines Landes in Alarmbereitschaft versetzt, um den umlaufenden Putschgerüchten entgegen zu wirken. Der General ermahnte nach Angaben eines Sprechers in Manila hohe Offiziere, Einheit, Ordnung und Disziplin zu wahren. Zuvor hatte er der Präsidentin Aquino seine Unterstützung zugesichert. Bereits während ihrer ersten beiden Auslandsreisen nach Indonesien und Singapur sowie in die USA hatte es Gerüchte um einen Staatsstreich gegeben.

Corazon Aquinos Hilferuf an Japan wird durch das Scheitern der Umschuldungsverhandlungen mit den Gläubigerbanken noch dringender. Die Gespräche, bei denen die Philippinen eine Umschuldung von 17 Mil*liarden Mark erreichen wollten*, waren am Freitag in New York ergebnislos abgebrochen worden.

In der japanischen Regierung wurden die Wünsche Frau *Aquinos von* vorneherein als „unrealistisch" bezeichnet. Gleichwohl möchte Japan, nach den USA der zweitgrößte Handelspartner und ausländische Investor des Inselstaates, die Präsidentin unterstützen, die durch den kommunistischen Widerstand zunehmend in Bedrängnis gerät.

Bei den Wirtschaftsvertretern, die enge Verbindungen zu dem ehemaligen Marcos-Regime unterhielten, dürfte Frau Aquino dagegen auf eine abwartende Haltung stoßen. Japanische Firmen hatten Marcos früher mit hohen Summen bestochen, um Aufträge aus Manila zu bekommen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vogel schürt

Von Enno v. Loewenstern

Während die UdSSR das Thema Goebbels-Gorbatschow herunterspielt, will Vogel es am Kochen halten. Nicht unverständlich, denn es ist Wahlkampf. Andererseits wirkte der Gegensatz im Fernsehen schon sehr seltsam zwischen einem wütend kollernden Vogel und einen gelassen lachenden Schewardnadse zum selben Thema. Bemerkungen quer durch die Medien, daß die SPD nicht sowjetischer wirken sollte als die Sowjets, sucht die Opposition durch einen kurioses Alibi die Spitze zu nehmen: der außenpolitische Aspekt sei erledigt, in der nächsten Bundestagssitzung müsse man jedoch innenpolitische Aspekte aufarbeiten. Und was dann? Wirtschaftspolitische, kulturpolitische, bis der 25. Januar endlich vorbei ist?

Es ist nicht anzunehmen, daß Vogels verzweifelte Bemühungen zugunsten einer uns nicht wohlgesonnenen Regierung im Volk sehr großartig ankommen. Müssen die Deutschen nicht zwangsläufig fragen, in welchem Ton die SPD unablässig über einen ausländischen Staatsmann herzieht, mit dem wir befreundet sind? „High noon", „Wildwest" sind noch die mildesten Formeln, meist wird Reagan Friedensgefährdung unterstellt, und auch manch übler Vergleich mit unserer Vergangenheit ist schon gezogen worden. Müssen die Deutschen sich nicht auch fragen, wo Vogel war, als demokratische Politiker hierzulande mit der Vergangenheit in Beziehung gesetzt wurden – als Brandt Geißler mit Goebbels verglich, als Lafontaine die Grundsätze Helmut Schmidts „Sekundärtugenden" nannte, mit denen „man auch ein KZ betreiben" könne?

Die Deutschen können Vogels Anstrengungen verkraften: den Sowjets dagegen scheinen sie eher peinlich zu sein. Das geht auch daraus hervor, daß die sowjetischen Medien den Wortlaut der Interview-Stelle nicht veröffentlicht haben. Jetzt rauschen beflissene Deutungen durch den Blätterwald, daß sie wohl keinen Entrüstungssturm im eigenen Volk auslösen wollten. Ist das so sicher? Oder wollen sie vielleicht verhindern, daß das eigene Volk auf unerwünschte Gedanken kommt?

Sie selbst sind ja nicht zimperlich im Umgang mit uns; ihr Magazin „Sputnik" zeterte jüngst über eine „Verleumdungskampagne" wegen Tschernobyl: „Übertrifft noch die Hetze eines Hitlers und Goebbels gegen die Sowjetunion." Das wurde zwar als Leserbrief präsentiert, aber Schewardnadse weiß und Vogel weiß, wie Leserbriefe in Sowjetblättern zustande kommen. Vogels künstliche Aufregung könnte zu einem echten Problem für seine Partei werden.

Wiederkehr der Leistung

Von Uwe Bahnsen

Null Bock und no future sind out, Leistung ist in – für diese Erfahrung von Pädagogen und Ausbildern in der Wirtschaft hat die Handelskammer Hamburg in diesen Tagen einen eindrucksvollen Beweis präsentiert: Noch nie haben so viele Lehrlinge an der Abschlußprüfung teilgenommen und dabei so gute Noten erzielt wie in diesem Jahr.

Die Traumnote „sehr gut" erzielten in allen Fächern zweiundzwanzig Prozent mehr Lehrlinge als im Vorjahr. Dieses erfreuliche Resultat basiert nicht auf herabgesetzten Anforderungen, sondern auf einer deutlich gestiegenen Leistungsbereitschaft der jungen Menschen. Sie haben erkannt, daß ihre Chancen für einen sicheren Arbeitsplatz nach der Ausbildung wesentlich von einem guten Prüfungsergebnis abhängen.

Darüber hinaus wirkt sich die schulische Vorbildung aus. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen, die eine Ausbildung beginnen, hat das achtzehnte Lebensjahr bereits vollendet, und der Anteil der Realschulabsolventen und der Abiturienten steigt von Jahr zu Jahr. Von den Kandidaten im kaufmännischen Bereich, die bei der Hamburger Handelskammer das Prüfungsergebnis „sehr gut" erzielten, besaßen achtzig Prozent das Abitur.

Den Politikern aller Parteien, vor allem denen in der Regierungsverantwortung, sollte das alles zu denken geben. Zu Recht hat Bundeskanzler Helmut Kohl in der vergangenen Woche bei der Abschlußveranstaltung der CDU im Bürgerschaftswahlkampf darauf hingewiesen, daß es Aufgabe und Pflicht der Politik sei, der jungen Generation Hoffnung zu geben, Horizonte zu eröffnen und Möglichkeiten zu schaffen. Es ist zutiefst verantwortungslos, junge Menschen zu demotivieren, statt sie zur Leistung und zum konstruktiven Engagement in Staat und Gesellschaft zu befähigen.

Das sollten vor allem jene Bildungsexperten aus dem linken Spektrum erkennen, die jahrelang ihre Konfliktstrategien entwickelt und vor allem in den Schulen betrieben haben. Die Botschaft der Prüflinge, die in Hamburg mit Glanz und Gloria abgeschnitten haben, an die Adresse der Politiker lautet schlicht und klar: Wir wollen. Ihr habt dafür zu sorgen, daß wir können.

Listen-Illusion

Von Albert Müller

Es ist sicher fehlkalkuliert, wenn von der neuen Arzneimittel-Preisvergleichsliste, die ab Januar in den Arztpraxen benutzt werden soll, Spareffekte in Milliardenhöhe erwartet werden.

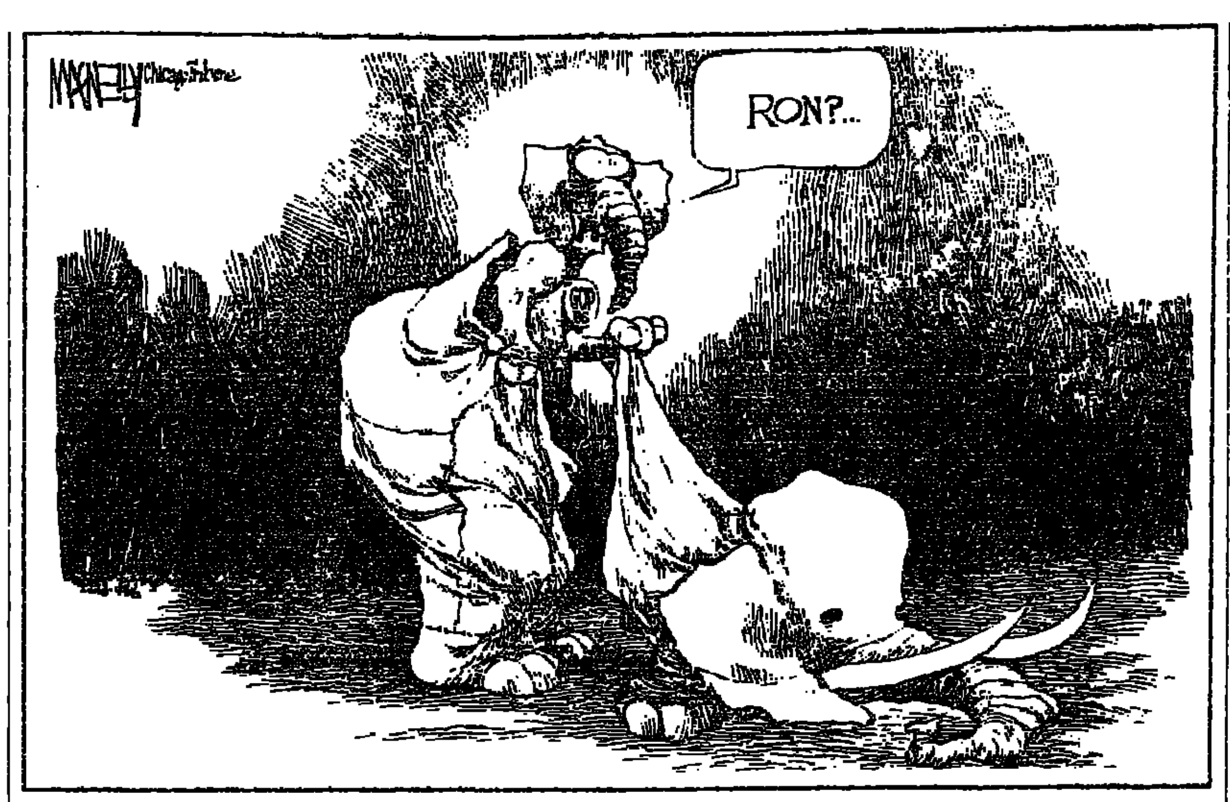
Denn so richtig es sein mag, daß der bisher ungebrochene Ausgabenanstieg beim Medikamentenkonsum auch ein Informationsdefizit auf ärztlicher Seite zur Ursache hat, das sich mit dem Ziel größerer Wirtschaftlichkeit beheben läßt – der Arzt kann mit der Liste arbeiten. Er muß es nicht.

Doch selbst wenn der Kostenzuwachs sich abflacht – bei qualitativ unverminderter, ja, verbesserter medikamentöser Versorgung der Patienten, versteht sich –, wer garantiert denn, daß als Folge davon bei den Kassen später die Kasse besser stimmt?

Es würde Umschichtungen innerhalb des Ausgabenspektrums geben, aber eine Wende im Kostentrend ist nach aller Erfahrung auszuschließen. An Steigerung sind alle Beteiligten dieser Versicherung so gewöhnt, daß sie anderes nur als Systembruch beurteilen könnten.

Gewiß, jedes Jahr eine runde Milliarde Mark mehr für Arzneien, die an Kassenpatienten gehen, muß man nicht uneingeschränkt als schicksalhaft ansehen. Und die aufgeregte Sorge um Umsatzeinbußen, wie sie in der Pharmaindustrie gehegt wird, ist zunächst wahrscheinlich so unbegründet wie eine Entlastungseuphorie bei den Krankenkassen.

Indessen könnte dem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, der in der nächsten Legislaturperiode die Krankenversicherung insgesamt reformieren will, jetzt schon ein kleiner Fortschritt im Kostenbewußtsein Mut machen. Denn natürlich weiß er, daß einer seiner Vorgänger, Theodor Blank, bei dem gleichen Vorhaben politisch unterging.



MACNELLY / CHICAGO TRIBUNE

Tagungsort Gorki?

Von Carl Gustaf Ströhm

Die ersten Tage des Wiener Nachfolgetreffens der KSZE haben zumindest ein Ergebnis gebracht: Sie haben Theorie und Praxis, offizielle Beteuerungen und Realität auf der europäischen Sicherheits- und Zusammenarbeitsbühne deutlich hervortreten lassen. Wie bereits in Reykjavik, wurde ein Teil der westeuropäischen Öffentlichkeit auch am Vorabend des Treffens Shultz–Schewardnadse ein Opfer hochgeschraubter Medienerwartungen und unkritischer Medienrhetorik.

Es war ein soeben aus jahrelanger sowjetischer Haft freigekommener Bürgerrechtler, der außerhalb des offiziellen Konferenzgeschehens auf den Kern des europäischen Sicherheitsproblems zu sprechen kam. Juri Orlow sagte, die Westeuropäer müßten begreifen, daß ihre eigene Sicherheit unauflöslich mit dem Problem der Menschenrechte in der Sowjetunion verknüpft sei. Solange die Sowjetunion ihren Bürgern keine Menschenrechte gewähre, solange sie als geschlossene, totalitäre Gesellschaft existiere, könne niemand von ihr die Einhaltung vertraglich übernommener Verpflichtungen erwarten, weil die Erfüllung kaum zu kontrollieren sei.

Orlow stimmte hier auf überraschende Weise mit einigen neutralen Abrüstungsexperten überein, die aus einem ganz anderen Blickwinkel die bei der Konferenz in Stockholm jüngst erzielte ost-westliche militärische Inspektionsregelung als „Schönwetter-Regime" bezeichneten. Und zwar deshalb, weil im Konfliktsfall solche Inspektionen am allerwenigsten bei den Sowjets erzwungen werden könnten. Anders gesagt: Wenn die Beziehungen „gut" sind und folglich ohnedies wenig zu inspizieren wäre, würden die Inspektionen zugelassen. Wenn es aber kritisch werden und die Sowjetunion – sei es gegen einen Staat des eigenen Bündnissystems oder gegen neutrale oder gar NATO-Staaten – etwas im Schilde führen sollte, dürfte sie jede Inspektion verweigern.

Es wäre im Sinne westeuropäischer militärischer Sicherheit daher ein Idealfall, wenn es gelingen sollte, die Sowjetunion in eine halbwegs offene Gesellschaft zu verwandeln, in der Menschen- und Bürgerrechte wenigstens ansatzweise respektiert werden. Die Welt könnte froh sein, wenn es in der sowjetischen Gesellschaft von heute auch nur etwas von der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit – und Rechtssicherheit! – gäbe wie im kaiserlichen Rußland vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges (wo etwa marxistische Zeitungen legal erscheinen konnten und es sogar bolschewistische Parlamentsabgeordnete gab).

Trotz aller Erklärungen über die Notwendigkeit der „Offenheit" und Öffentlichkeit (Glasnost) durch Gorbatschow ist die heutige Sowjetunion weit davon entfernt, die in der Schlußakte von Helsinki niedergeschriebenen Menschen- und Bürgerrechte auch nur annähernd zu verwirklichen. Unter Gorbatschow hat sich (im Gegensatz zur Chruschtschow-Zeit) weder die Zahl der politischen Häftlinge nennenswert reduziert, noch wurden die Bedingungen für nonkonformistische Tätigkeit gelockert. Auch unter Gorbatschow bleibt das Sowjetimperium ein totalitärer Polizeistaat, eine Ideokratie, in der nur eine wahre Lehre gestattet und nur eine politische Richtung an der Macht ist.

Hier aber kommen wieder der innere Zustand des Systems und seine Beziehungen nach außen zusammen – und der Kreis schließt sich. Denn solange die führende Schicht oder „Klasse" des sowjetischen Imperiums der Meinung ist, sie habe das einzig richtige Rezept für die gesamte Welt, wird sie im Inneren keine Freiheit zulassen und nach außen überall dorthin vorstoßen, wo sie Schwäche wittert. Sie kann deshalb den eigenen Bürgern keine Freiheit, den Vasallen kein Recht auf freie Entscheidung und der übrigen Welt keine ideologische Existenzberechtigung zubilligen. Der unablässige Kampf, den Gorbatschow etwa gegen das amerikanische Raketenabwehrsystem SDI führt, hat sein Motiv in der Erkenntnis, daß die moderne Technologie drauf und dran ist, die Sowjetunion auf dem einzigen Gebiet aus dem Feld zu schlagen, wo sie noch auf den Westen einwirken kann: in der Rüstung. Deshalb muß, von Gorbatschow aus gesehen, SDI zu Fall gebracht werden – weil andernfalls die Hegemonialstellung der Sowjetunion ins Rutschen kommen könnte.

Nun aber ist in Wien etwas zutage getreten, was nach Hegel als List der Geschichte bezeichnet werden kann. Die Sowjets mußten sich überzeugen, daß die Diskussion um die Menschenrechte im Osten immer weitere Kreise zieht. Eine Rückkehr zur Kabinettsdiplomatie, wie sie vielleicht auch im Westen einige gern hätten, läßt sich nicht durchsetzen.

Gorbatschow hat nun die Flucht nach vorn angetreten und versucht, das Menschenrechtsthema auf seine Art zu besetzen. Schewardnadses Vorschlag, eine Menschenrechtskonferenz ausgerechnet in Moskau abzuhalten, war der Versuch Moskaus, den Tiger zu reiten, um nicht von ihm gefressen zu werden. Aus einigen nicht-kommunistischen Delegationen hörte man als erste Reaktion, man solle auf den Vorschlag eingehen, aber den Tagungsort nach Gorki verlegen und Andrej Sacharow zum Konferenzleiter wählen.

Vor elf Jahren hat die Sowjetunion die KSZE-Schlußakte unterzeichnet, weil sie darin den Ersatz für den nicht zustande gekommenen Friedensvertrag mit Deutschland sah. Die Schlußakte gab ihr die heißersehnte Anerkennung der Nachkriegsgrenzen – und, wenn man so will, auch der Teilung Europas. Es liegt eine seltsame Dialektik in der Tatsache, daß die Menschenrechtsfrage, die damals von den Sowjets als Beiwerk am Rande betrachtet wurde, nun die Teilung wieder aufheben und die garantierten Grenzen auf eine ganz andere Weise in Frage stellen könnte.



Keine Sicherheit ohne Menschenrechte. Orlow in Wien FOTO DPA

IM GESPRÄCH Robert Byrd

Das Adrenalin fließt wieder

Von Fritz Wirth

Sechs Jahre lang saß Robert Byrd im Senat wie ein Hausherr, der im eigenen Hause zum Untermieter geworden war: unbequem und leicht beleidigt. Seit der Kongreßwahl des letzten Dienstags ist ein aufgeräumter, redseliger, selbstbewußter älterer Herr zu beobachten, der in der nächsten Woche neunundsechzig wird, dem sich aber ein Jungbrunnen eröffnet hat. „Das Adrenalin fließt wieder" sagt er fröhlich. Der Grund: Robert Byrd ist wieder Herr im eigenen Hause, Mehrheitsführer, und damit während der nächsten zwei Jahre einer der wichtigsten Männer der amerikanischen Politik.

Viele Jahre lang hatten die Demokraten das Amt des Mehrheitsführers im Senat als eine selbstverständliche Pfründe verstanden, bis Reagan sie 1980 zur Minderheitspartei machte. Für Robert Byrd, der bereits von 1977 bis 1980 den Senat geleitet hatte, waren die folgenden sechs Jahre eine Demütigung. Sein Verhältnis zum republikanischen Mehrheitsführer Dole war gespannt, sein Einfluß in der eigenen Partei gering.

Seine Rückkehr zum Chefmanager des Senats ist für ihn Höhepunkt und zugleich Abschluß seiner Karriere. Ehrgeiz zu noch höheren politischen Zielen existiert nicht, denn niemand kennt die Grenzen des Robert Byrd besser als Robert Byrd selbst. Er war niemals ein glanzvoller Redner oder ein großer Stratege. Sein Aufstieg ist das Ergebnis harter Arbeit, seines unschlagbaren Wissens um parlamentarische Prozeduren und seines Hangs zum Detail.

Er war zeit seines Lebens der große Meister der kleinen Gesten, der selbst minimale Leistungen und mittelmäßige Reden seiner Kollegen im Senat oft mit kleinen geschriebenen Glückwünschen versah, sich um das Wohlbefinden seiner Fraktionskollegen kümmerte und sich nicht zu schade war, ihnen in später Nacht ein Taxi zu besorgen. Er war stets der fürsorgliche Hausmeister der Demokraten, und das zahlte sich aus.

Zuerst 1971, als er Edward Kennedy das Amt des Fraktions-Geschäftsführers streitig machte. Dann 1976, als er Hubert Humphrey im Kampf um das Amt des Senatsführers besiegte. Er setzt auch am 20. November auf diesen Bonus, wenn er sich von seinen 54 Senatskollegen gegen den



Verspricht Reagan Zusammenarbeit: Byrd FOTO CAMERA PRESS

Herausforderer Bennett Johnston in geheimer Wahl im Amt des Mehrheitsführers bestätigen lassen muß. „Die Stimmen sind schon im Sack", sagt er zuversichtlich. Byrd hat nie in seinem Leben eine Wahl verloren, zu der er sich stellte.

Sein Aufstieg zu politischer Macht basiert auf einer soliden Grundlage daheim, wo er sich nach Jugendsünden (er war einst Mitglied des Ku Klux Klan, bis er 1945 diese Organisation verließ) zielstrebig eine politische Hausmacht aufbaute, die ihn seit zwanzig Jahren zum mächtigsten Politiker in West Virginia machte. Eine seiner Techniken: Er hat in seinem Büro eine Liste mit Tausenden Namen wichtiger und einflußreicher Wähler in West Virginia, die er regelmäßig per Telefon aus dem Senat heraus informiert und um ihre Meinung befragt. Ob er in den kommenden zwei Jahren zum großen politischen Herausforderer Reagans und zur Symbolfigur neugewonnener politischer Macht der Demokraten wird, darf bezweifelt werden. Er hat in seinen bisherigen Äußerungen Kooperation und Goodwill versprochen.

Sein Hauptproblem in den kommenden zwei Jahren wird jedoch sein, nicht Ronald Reagan, sondern die unruhigen und kampflüsternen Kräfte in seiner Fraktion im Schach zu halten. So gesehen, hat sich für Robert Byrd am letzten Dienstag möglicherweise nicht viel verändert. Er wird vermutlich im Senat ein Untermieter der Macht bleiben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Sie greift Probleme im Schiesser-Bereich auf:

Horst Schiesser muß den Überblick verloren haben. Nur so ist das Hickhack um seine Video-Firma „Atelier Berlin" zu erklären. Da wird Konkurs angemeldet, der zwei Tage später wieder zurückgezogen wird. In dieser Zeit muß dem neuen Eigentümer der Neuen Heimat klar geworden sein, daß eine Pleite in seinem Imperium von rund 40 Firmen das ganze Gebäude des von den Gewerkschaften übernommenen Wohnungskonzerns einreißen könnte. Schiessers Schicksal als Unternehmer hängt jetzt ganz an der Neuen Heimat. In seinem Reich kann er nicht mehr walten wie in früheren Zeiten. Er wird genau beobachtet

LIBERATION

Zu den Äußerungen, die die US-Zeitung „Washington Times" dem französischen Premierminister Chirac im Zusammenhang mit dem verhinderten Attentat auf ein „El Al"-Flugzeug in London zugeschrieben hat (der israelische Geheimdienst sei der wahre Urheber), meint die Pariser Zeitung:

Diese bereits von dem syrischen Präsidenten Hafes Al Assad untermauerte These war bisher von keinem europäischen Politiker aufgenommen worden. Nichtsdestoweniger war sie in unterschiedlichen Versionen zumindest als Hypothese in „gutinformierten Kreisen" verschiedener europäischer Hauptstädte im Umlauf. Was ist von diesen Behauptungen zu halten? Sollen sie dazu dienen, die Kompromisse derjenigen zu rechtfertigen, denen es einzig und allein um die Wahrung ihrer eigenen Interessen geht? Hat Frankreich nicht auch ein Recht auf seine Realpolitik? Dann sollte man aber auch klar sagen, um welche Politik es genau geht und warum sie verfolgt wird.

WESTFALENPOST

Das Hagener Blatt greift eine Forderung des öffentlichen Dienstes auf:

Warum wollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht in den Vorruhestand? Gerade sie müßten sich doch angesichts der vielfältigen Forderungen nach ausgeweiteten Stellenplänen wegen Arbeitsüberlastung besonders nach einem Ruhestand sehnen. In den Amtsstuben würden so viele Arbeitsplätze frei, in die junge Arbeitslose nachrücken könnten. Statt dessen wird die illusorische Forderung nach vollem Gehaltsausgleich bei vorzeitiger Rente gestellt. Gleiches Geld auch ohne Arbeit – ein Schlag ins Gesicht aller Arbeitslosen, die liebend gern für weniger als die üppige Alterssicherung im öffentlichen Dienst arbeiten würden.

Auch wenn wirklich jahrelang nichts passiert ist . . .

Welche Konsequenzen muß die Industrie aus der Rheinvergiftung ziehen? / Von Joachim Neander

Wer in diesen Tagen in heller Aufregung ans Rheinufer eilte, um das Vorbeirauschen der Giftwelle aus Richtung Basel mitzuerleben, der hat nicht viel davon gehabt. Es gab nichts zu sehen und nichts zu riechen. Auch ein Teil der Schlagzeilen der letzten Tage gibt nur unzureichend wieder, was dem Strom und damit auch denen, die in seinem Bereich leben, widerfahren ist.

Die Trinkwasserknappheit in einigen Regionen wird sich nach Aussagen der Experten vermutlich (hoffentlich) in Grenzen halten oder zu überbrücken sein. Was jetzt einzelne Wasserwerke an Einschränkungsmaßnahmen ergreifen, ist zunächst nur Vorsorge. Baden ist zu dieser Jahreszeit nicht üblich. Trinken würde die schmutzige Brühe, die der goldene Vater Rhein mit sich führt, sowieso niemand. Ein paar kräftige Hochwasser im Winter und Frühjahr können schon vieles bessern.

Der eigentliche Schaden liegt tiefer. Noch kennt keiner sein genaues Ausmaß. An einem kleinen Beispiel kann auch der Laie etwas davon erahnen. Man setzte dieser Tage versuchsweise Wasserflöhe in das verseuchte, aber zuvor achtmal verdünnte Rheinwasser. Sie waren sofort tot.

Wasserflöhe aber sind die Nahrung für anderes Kleintier, dieses wiederum ist die Existenzgrundlage unter anderem für Fische. Die gesamte Nahrungskette ist zerstört. Was im Rhein jetzt noch am Leben ist (z. B. ein Großteil der Fische), wird unter Umständen Hungers sterben. Und was ein toter Fluß dieser Größe für den ganzen Naturhaushalt bedeutet – wie lange es dauern wird, bis das alles sich wieder von neuem aufbaut –, das alles läßt sich gar nicht ermessen.

Und noch etwas scheint zerstört: Die jahrelangen, mühseligen, von kleinen Erfolgen gekrönten Bemühungen der Rheinanliegerstaaten, mit Hilfe gigantischer Kläranlagen, mit Meßstationen, Laborschiffen, Datenaustausch und vorbildlicher Kooperation über die Grenzen hinweg die Folgen des Leichtsinns und der Gleichgültigkeit früherer Zeiten zu begrenzen und zu beheben. Wer will denn jetzt noch die Franzosen mahnen, die flüssige Salzfracht aus dem lothringischen Kalibergbau in Mosel und Rhein endlich zu verringern?

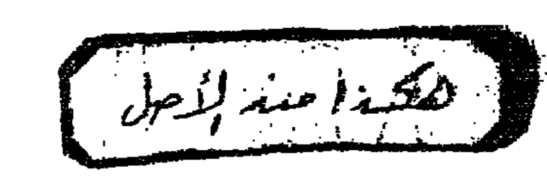
Ein Großbrand wie bei Sandoz in Basel wird sich nie völlig ausschließen lassen. Und auch der Umgang mit gefährlichen Giften ist in der modernen Welt unvermeidlich. Aber die großen Unternehmen verfügen heute auch über eine hochentwickelte Technik zur Bekämpfung solcher Katastrophen und zur Begrenzung des Schadens. Wenn sich die Gerüchte bestätigen sollten, daß diese Möglichkeiten in Basel entweder nicht funktioniert haben oder nicht genutzt worden sind, dann tauchen einige sehr beklemmende Fragen auf.

Immer wieder hört man in den Medien den Satz von der in Umweltfragen „hoch sensibilisierten" Bevölkerung. Aber wie paßt denn diese erstaunliche und – betrachtet man die Szene der öffentlichen und veröffentlichten Meinungen – oft sogar übertrieben wirkende Sensibilität zu der Tatsache, daß man dort, wo sich die Anlässe für all die Sorgen und Befürchtungen befinden, offenbar gar nicht überall so sensibel ist?

Ein Verdacht meldet sich. Es könnte sein, daß das Trommelfeuer der veröffentlichten Ängste, Warnungen und Alarmrufe die Wissenden, die wirklich Informierten, die Verantwortlichen auf die Dauer abstumpft. Bekanntlich hält ja auch nur ein Teil dessen, was in der Öffentlichkeit behauptet und in alarmierendem Tonfall unters Volk gebracht wird, fachlich-kritischer Prüfung stand. Versuche, die Diskussion auf halbwegs sachlicher Ebene zu führen, sind oft genug zum Scheitern verurteilt. Da kann man manch einen, der in Industrie und Technik Verantwortung trägt und wirklich zu tragen bereit ist, verstehen, wenn er sich deprimiert von soviel Unverstand abwendet. Aber dies darf niemals dazu führen, daß ein Graben entsteht zwischen (im schlimmsten Fall) Hysterie auf der einen und (ebenso schlimm) Wurstigkeit auf der anderen Seite.

Es ist psychologisch sicher nicht leicht, in einem Großunternehmen mit modernsten Sicherheitsvorkehrungen sämtliche Mitarbeiter auch dann noch zu größter Wachsamkeit zu motivieren, wenn jahrelang nichts Gravierendes passiert ist. Da nützen auch noch so viele zusätzliche Kontrolleure und Kontrollkontrolleure wenig. Und doch liegt hier der Schlüssel für die Probleme der modernen Technik.

Die Zeiten, da ein Unglück wie bei Sandoz in Basel bei der Konkurrenz überwiegend Schadenfreude ausgelöst hätte, sind glücklicherweise lange vorbei. Man weiß sehr genau, daß hier eine Gesamtverantwortung besteht. Das Bemühen müßte sich jetzt mehr darauf richten, auch den Menschen draußen etwas von dieser Verantwortung deutlich werden zu lassen. Nur dann werden sie auch das Risiko akzeptieren.



Die Vermummten kommen mit „Feuer und Flamme"

Zerbrochene Schaufenster, beschädigte Autos, ein geplünderter Supermarkt, verletzte Polizisten, 15 Festnahmen, 136 beschlagnahmte Waffen oder waffenähnliche Gegenstände – Begleiterscheinungen einer Demonstration gegen die Hanauer Nuklearbetriebe.

Von CHRISTIAN GEYER

Auf der Holztribüne ist die Attrappe eines Strommastes aufgebaut. Dieter Schöffmann von der Demonstrationsleitung wirft einen Blick auf die wartende Menge, umklammert das Mikrofon mit beiden Händen und kündigt eine „Besonderheit der Autonomen" an. Zwei vermummte Gestalten steigen auf die Bühne, zünden eine Sprengladung, der *Mast knickt krachend ein.*

Applaus und Jubelrufe von vielen der Demonstranten, die sich aus allen Teilen der Bundesrepublik auf dem Hanauer Kurt-Blaum-Platz eingefunden haben. Nach Angaben der Polizei sind es 12 000 Kernkraftgegner, die hier und vor den Toren der Hanauer Nuklearbetriebe Nukem und Alkem *für die „sofortige Abschaltung aller Atomanlagen"* demonstrieren. Die Veranstalter nennen die doppelte Zahl. Mehr als hundert Gruppierungen sind vertreten, vom Bundesvorstand der Grünen bis zum „Libertären Forum Aschaffenburg". 3500 Polizeibeamte, auch aus benachbarten Bundesländern, machen an diesem Samstag in Hanau Dienst.

In den vergangenen Tagen wurde viel darüber spekuliert, ob diese Demonstration friedlich verlaufen oder in Randale enden würde. Ihr Auftakt ließ letzteres erwarten. Nach der praktischen Anschauung zum Thema „Wie zerstöre ich einen Strommast?" lieferte eine Vertreterin der Autonomen die Theorie für diese „Fallstudie". Als sie den ersten Satz ihres Manuskriptes vorliest, zittern ihr noch leicht die Hände: „Strommasten der Atommafia zu kippen, ist ein legitimes Mittel des Widerstands."

Danach läßt sich die junge Frau mit den weißen Turnschuhen ihre Nervosität nicht mehr anmerken. „Gute Flugblätter sind wichtig wie die Löcher im Wackersdorfer Bauzaun", fährt sie mit fester Stimme fort. *„Informationsveranstaltungen* sind so nötig wie das Abbrennen von Baumaschinen und Planungsbüros."

Ihr offenes Bekenntnis zur Gewalt stößt weder bei der Veranstaltungsleitung noch bei den Demonstranten auf Protest. Ungehindert kann sie die drei Schreibmaschinenseiten vorlesen, hin und wieder vom Applaus der Menge unterbrochen. Sie beschwört den „Druck der Straße", will sich die Widerstandsformen nicht „von herrschenden Gesetzen" vorschreiben lassen. „Die Wahl der Mittel richtet sich vielmehr nach unseren eigenen moralischen und politischen Kriterien." Ähnlich freimütig wie über die moralischen Vorstellungen der Autonomen spricht die junge Frau über ihr ästhetisches Empfinden. Eine „starke Faszination" gehe von den Bildern umgelegter Strommasten aus, wie sie unter dem Gejohle einiger Punker versichert.

„*Die* Wut in unseren Herzen wird zum Feuer in den Fabriken, Palästen und Wohlstandsinseln des Imperialismus." Die Vertreterin der Autonomen hat ihre Rede beendet. Und es sind längst nicht nur die Punker, die jetzt ihre Transparente abstellen, um die Hände zum Klatschen frei zu haben.

Dieter Schöffmann vom Organisationskomitee beendet die Auftakt-Kundgebung am Kurt-Blaum-Platz und ruft zum Marsch auf das Betriebsgelände der Alkem/Nukem auf. *An der Spitze des Zuges, gleich hinter den Hanauer Anti-AKW-Initiativen* sollen sich die Autonomen formieren. Die meisten von ihnen sind vermummt, tragen schwarze Kleidung, viele haben sich die Haare gefärbt.

Ihre Transparente zeigen umgesägte Strommasten mit Aufschriften wie: „Was machst du mit der Säge, *sprich!" oder „Der größte Zuhälter ist* der Staat. Frauen, zerschlagt das Patriarchat!" Immer wieder scheren einzelne aus ihren Reihen und sprühen auf Hauswände die Losung: „Alle Tage Sabotage". Quer über Fenster und Mauern der Staatlichen Zeichenakademie in der Stresemannstraße steht schwarz gesprüht: „Haut drauf, Vermummte dieser Erde". Viele Hanauer Bürger haben zum Schutz ihrer Fenster die Rolladen runtergelassen, andere wagen hin und wieder hinter der Gardine einen verstohlenen Blick. Die wenigen, die den Straßenrand säumen, werden mit dem Slogan „Bürger, laßt das Glotzen sein!" in ihre Häuser verwiesen.

Als der Zug die amerikanische Pioneer-Kaserne passiert, fliegen die ersten Steine. Etliche Fenster gehen zu Bruch. Die Militärgebäude werden mit Steinen, Farbbeuteln und Leuchtraketen beschossen, auch Polizeibeamte kommen nicht ungeschoren davon. Drei von ihnen erleiden Verletzungen durch Steinwürfe.

Eine Gruppe Vermummter greift einen Kripo-Beamten in Zivil an und entwendet ihm Dienstwaffe und Ausweis.

Es bleibt das Interpretations-Geheimnis der Polizei, warum sie nach ähnlichen Übergriffen auf die Gebäude der Nuklearbetriebe Alkem/Nukem zunächst noch immer von einer „weitgehend friedlichen Demonstration ohne nennenswerte Zwischenfälle" spricht. Nukem beziffert seinen Schaden auf 20 000 Mark. Die Demonstrationsredner setzen alles daran, die gewalttätigen Autonomen als ebenbürtige Partner ins „Bündnis" der westdeutschen Kernkraftgegner zu integrieren. Der als „Arzt, Historiker und Genosse" vorgestellte Karl-Heinz Roth ruft zum „Respekt" vor den unterschiedlichen Vorgehensweisen der einzelnen Initiativen auf. Er selbst gehöre dem „autonomen Spektrum" an und glaube, daß die „gesetzlose Atommafia nur durch Gegen-Gewalt" bekämpft werden könne.

Auch Zukunftsforscher Robert Jungk reiht sich mit seinem „Grußwort aus Österreich" ein. „Gewaltlos oder militant – Hauptsache Widerstand", ruft er der Menge vor den Toren der Hanauer Nuklearbetriebe zu. „2500 Mitarbeiter stehen zu ihrem Arbeitsplatz", ist auf dem großen Transparent an dem Nukem-Gebäude zu lesen, das wegen der Demonstration noch mit einem zweiten Zaun gesichert wurde. Der Zukunftsforscher spricht von den Arbeitsplätzen als „Todesplätzen" und beschwört die „Aktionseinheit" der alten und der neuen Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl.

„Ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind, wir lassen uns nicht trennen", sagt Jungk, während die Autonomen Steine, Bierflaschen und Brandsätze gegen die Fensterscheiben werfen. „Gewaltlos oder militant – Hauptsache Widerstand": Die Parole gehört von nun an zum Kodex der Anti-AKW-Bewegung nach Tschernobyl. So darf sich auch jeder von den Hanauer Demonstranten angesprochen fühlen, als Jungk seine Rede mit den Worten beendet: „Macht kaputt, was euch kaputt macht!"

Es vergeht keine halbe Stunde, da beginnen einige der Autonomen erneut zu randalieren. Die Polizei steht zum Teil in unmittelbarer Nähe der Übergriffe, scheint aber zunächst nichts zu bemerken. Der „militante Kern" von etwa 200 vermummten Gestalten plündert einen Supermarkt, demoliert zwei Autogeschäfte und eine Tankstelle und schlägt in der Innenstadt zahlreiche Fenster zu Bruch. Immer wieder rufen die Autonomen während der Übergriffe: „Feuer und Flamme für diesen Staat!"



Ende einer Demonstration: Vermummte demolieren in Hanau Schaufenster mit Steinen FOTO: DPA

Die Demonstrationsleitung fährt mit ihrem weißen Lautsprecherwagen durch die Innenstadt und erklärt die Kundgebung für beendet. Als der Wagen bei Degussa vorbeifährt, klirren dort die Scheiben. Doch aus keinem Lautsprecher kommt ein Aufruf zur Gewaltlosigkeit.

Ein blutiger Brückenschlag

Von KLAUS J. SCHWEHN

Es sind nicht allein tektonisch heikle Gefilde – Skylla, Charybdis, die Meerenge zwischen dem italienischen Stiefel und dem Triangel Sizilien. Strudel, Stürme, vulkanische Beben – schon Odysseus wußte ein Lied davon zu singen. Das aber ist nur eine *Seite der Medaille:* Eruptionen anderer Qualität gibt es dort seit Anfang dieses Jahres, als endgültig entschieden war, daß mit einem Kostenaufwand von 7,5 Milliarden Mark bis spätestens zur Jahrtausendwende eine gewaltige Hängebrücke die Straße von Messina überqueren soll.

Der Krieg der Unterwelt um die Gelder für das Großprojekt ist ausgebrochen, den nicht nur der sizilianische Richter Franco Providente schon vor Jahresfrist vorausgesagt hatte: „Der Ansturm der Mafia auf den Geldsegen steht doch so fest wie das Amen in der Kirche." Doch diese Worte wurden genauso verdrängt wie *die blutigen Tatsachen heute:* „Es gibt nur einen möglichen Vergleich; es ist wie in den 30er Jahren. Aber nicht in Chicago, sondern in Reggio Calabria", klagt hilflos der Bürgermeister der Stadt, Guiseppe Mallamo, nach einer Sondersitzung des Gemeinderats zum Thema Gewalt in der Stadt und in der Region.

Unter den 160 000 Einwohnern der Stadt wie im gesamten Umfeld geht die Angst um. 36 Tote gab es seit Jahresanfang im Stadtgebiet, 88 in der Region. Es sind Opfer der „'ndrangheta", mafia-ähnlicher Organisationen, die in Europas Armenhaus Kalabrien ihr Unwesen treiben. 19 von der Polizei erkannte Familienclans bekämpfen sich in diesen Wochen und Monaten nicht um die Vorherrschaft im Drogen- und Waffenhandel oder bei Erpressungen. Die Cindello, Gallico, Parrello, Di Stefano oder Piccolo liefern sich einen Krieg um Bauaufträge. Nach den Ermittlungen der Polizei gibt es praktisch kein Bauunternehmen in der Provinz, das nicht von der „'ndrangheta" infiltriert ist.

Anders aber als in Sizilien, wo die Mafia in einer streng hierarchisch aufgebauten Organisation arbeitet, wo Fehden durch Absprachen unter den *Bossen meist in relativ kurzer Zeit* „zum gemeinsamen Wohl" beigelegt werden, kämpfen die Banden in Kalabrien bis aufs Messer gegeneinander. Jeder Clan operiert für sich und muß sein Einflußgebiet laufend mit Gewalt gegen die Konkurrenz verteidigen.

Dazu zählt jetzt die Vorherrschaft *über die Bauunternehmen. Sie müs*sen ihre Arbeiten mit Material und Personal ausführen, das von der Unterwelt gestellt und kontrolliert wird; bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge werden Strohmänner vorgeschickt. Ist der Zuschlag gegeben, geht die Rangelei blutig weiter.

Dabei hatte alles so festlich und so harmonisch begonnen. *Einen Tag vor* Weihnachten vergangenen Jahres hatte Bettino Craxi mit einer Zeremonie im „Saal der Seerepubliken" des römischen Palazzo Chigi, dem Amtssitz des italienischen Ministerpräsidenten, höchst offiziell eine Konvention zum Bau der Landverbindung zwischen Sizilien und dem Kontinent unterzeichnet.

Nach der Prüfung von mehr als 150 Projekten zur „Überwältigung" dieses Bermuda-Dreiecks der Antike hatten sich die Manager des durch Regierungsbeschluß gegründeten staatlichen Konsortiums „Ponte di Messina" gegen alle Pläne für einen Tunnel unter dem bis zu 300 Meter tiefen, häufig von Seebeben erschütterten Meeresboden ausgesprochen. Statt dessen entschied man sich für einen 3300 Meter langen Brückenbogen, der von 400 Meter hohen Stahlmasten in Ufernähe gehalten werden soll. *Hier wird technisch risikoreiches* Neuland beschritten: Die bislang längste Hängebrücke der Welt, die New Yorker Verrazzano-Brücke, hat „nur" knapp 1300 Meter Spannweite.

Als vor 15 Jahren die technische Fata Morgana greifbare Formen anzunehmen begann, schrieb die italienische Zeitung „La Stampa": „Dank *dieser Brücke ist Sizilien bald keine* Insel mehr – ein Nutzen für die ganze Nation." Die Konjunktur in dieser ärmlichen Region soll angekurbelt werden, aber die Mafia oder Mafiaähnliche Organisationen beginnen für sich mit der Verteilung des Kuchens. Zunächst fließt Blut statt Geld. Vielleicht hatte der prominente *Süditalien-Politiker in Craxis sozialistischer* Partei, Giacomo Mancini, doch recht, als er auf Gegenkurs zum Großprojekt ging und vor einer nutzlosen „Kathedrale in der Wüste des italienischen Hinterhofs" warnte.

„Ausnahmezustand" in Unkel: Auf dem Marktplatz der kleinen Stadt bei Bonn holen sich die Bewohner ihr Wasser von der Feuerwehr FOTO: KORNELIA DANETZKY

Die lange Spur des Gifts im Rhein

Eine zweite Giftwelle wälzt sich nach dem Brand im Baseler Chemiewerk Sandoz den Rhein hinunter. Schon die erste hat – regional unterschiedlich – ihre *Katastrophenspur hinterlassen.* Auf Sandoz scheint nun eine Prozeß-Lawine zuzurollen.

Schauplatz Niederlande:
In der Nacht zum Sonntag hat die inzwischen 200 Kilometer lange Giftwelle des Flusses die deutsch-niederländische Grenze bei Emmerich/Lobith erreicht. Das niederländische „Krisenzentrum Rhein" unter Leitung des Ministeriums für Verkehr und Wasserbau versucht mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen den Schaden für Mensch und Umwelt zu begrenzen. „Wir sind rund um die Uhr im Einsatz", sagte Teunis Sprong, leitender Beamter der Krisenzentrale am Sonntag gegenüber der *WELT*. „Wir versuchen *alles* Menschenmögliche, die Giftwelle des Flusses so schnell wie es nur irgendwie geht in die Nordsee abfließen zu lassen."

Zu diesem Zweck haben die Niederländer bereits am Samstag sämtliche Schleusen-Verbindungen der beiden Rhein-Mündungsarme Waal und Niederrhein, die Verbindungen zu den übrigen Flüssen und Kanälen des Landes haben, geschlossen. Damit soll verhindert werden, daß die Giftwelle sich auch auf diese Gewässer ausbreitet. Außerdem wurden alle Landwirte angewiesen, ihre Kühe von den an den Ufern der Mündungsarme gelegenen Weiden zu nehmen. Ein absolutes Fischfangverbot für al*le Binnengewässer wurde erlassen.* Selbst den Industrie-Unternehmen, die Kühlwasser aus den Flußläufen des Rheindeltas gewinnen, wurde diese Wasserentnahme für zunächst zwei Tage untersagt.

Es berichten: Helmut Hetzel, Helmut Breuer, Christian Geyer und Harald Günter

So lange wird es nach Ansicht der Krisenzentrale mindestens dauern, bis die erste Kontaminationswelle in die Nordsee abgeflossen sein wird. „Nur, die zweite Giftwelle, die am Freitag in Basel bei Sandoz ausgelöst wurde, die bereitet uns jetzt noch großes Kopfzerbrechen", meinte Teunis Sprong. „Wir wissen bisher noch nicht, wann sie hier ankommen wird und welche chemischen Stoffe sie mitführt."

Erste Analysen haben am Sonntag in Holland ergeben, daß der gemessene Kontaminationsgrad des Rheinwassers „sich noch immer auf dem Niveau der in Düsseldorf gemessenen Werte befindet", erklärt Sprong die Lage. Die Quecksilberwerte im Rhein seien fünfmal so hoch wie normal. „Dennoch wird es hierzulande wahrscheinlich kein großes Fischsterben mehr geben. Die Klein- und Kleinstlebewesen des Rheins aber – wie etwa Wasserflöhe – werden die Giftkatastrophe nicht überleben", meint Sprong.

*Große Sorge bereitet den Nieder*ländern in erster Linie ein Arm des Niederrheins, der als Flüßchen Ijssel nördlich von Arnheim ins Ijsselmeer fließt. Dieser Wasserweg nämlich kann durch Schleusen nicht völlig abgeriegelt werden. Daher ist es unvermeidlich, daß Teile des Giftes ins Ijsselmeer strömen werden. Das *Ijsselmeer jedoch ist das größte* Trinkwasser-Reservoir des Landes. Zusammen mit dem aus dem Rhein gewonnenen Trinkwasser (etwa 25 Prozent des gesamten Verbrauchs des Landes), dessen Entnahme jetzt für mindestens vier Tage gestoppt wurde, versorgen die Wasservorräte des Ijsselmeers fast die gesamten 14 *Millionen* Einwohner der Niederlande.

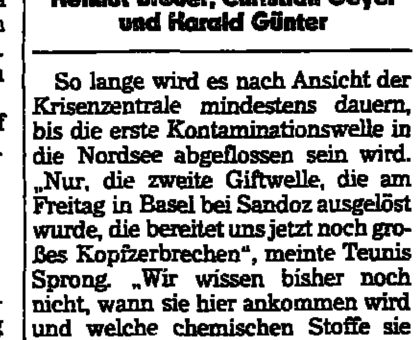
Empörung über dieses „Tschernobyl des Rheins" – wie die Umweltkatastrophe in Holland bereits genannt wird – macht sich bisher vor allem bei den Fischern breit. Ein Sprecher des niederländischen Fischereibundes erklärte: „Die Volksgesundheit ist in Gefahr." Er kündigte außerdem an, daß man den Schweizer Chemiekonzern Sandoz auf Schadenersatz verklagen werde.

Die zuständige Haager Ministerin Neelie Smit-Kroes hat inzwischen angekündigt, daß ihre Regierung wegen der nachlässigen Schweizer Informationspolitik und Vorsorge-Maßnahmen nicht nur in Bern offiziell protestieren, sondern auch bei allen Rhein-Anrainerstaaten in Kürze vor*sprechen werde. Ihre Forderung lau*tet: Strengere und kontrollierbare Auflagen für alle chemischen Betriebe, die entlang des Rheins Produktionsstätten haben. „Wir werden hier unnachgiebig sein", sagte die Ministerin in einem Radio-Interview.

Niederrhein

Ohne sichtbare Folgen passierte am Wochenende die Giftwasserwelle Nordrhein-Westfalen. Zahlreiche Spaziergänger, die zum Beispiel in Düsseldorf ein sonniges Herbstwochenende an die Uferwiesen des Rheins gelockt hatte, suchten vergeblich nach Spuren der Umweltkatastrophe, fanden keine Fischkadaver in den trüben Wasserfluten.

Doch die These, die hinterher an manchen Theken der nahen Altstadt zu hören war, man sei wieder einmal das Opfer von Panikmache geworden, war wohl genau so falsch wie übereifrige Alarmmeldungen, in denen vor Trinkwasser, Ausflügen an den Rhein und Bootsfahrten auf dem Fluß gewarnt worden war.



Am Unglücksort: Eine Mauer soll weitere Schadstoffe abhalten FOTO: DPA

Die hochgiftigen Substanzen, die mit Löschwasser in den Strom gespült worden waren, zeigten am Niederrhein nicht so schnell ihre katastrophale Wirkung wie am jetzt „ökologisch toten" Oberrhein. Zwar wurde durch die Wassermassen von Nekkar, Main und Mosel die Giftwelle unterhalb Mannheims und ab Koblenz stark verdünnt, was zum Bei*spiel den Aalen in Rheinland-Pfalz* und Nordrhein-Westfalen das traurige Schicksal ihrer Artgenossen in Baden-Württemberg ersparte. Aber die für das Ökosystem des Rheins lebenswichtigen Kleinorganismen können nach Ansicht aller Fachleute diesen chemischen Angriff nicht überleben.

*Die bei Sandoz produzierten Herbi*zide, Insektozide und Pestizide sind schließlich in der Landwirtschaft erwünschte Schädlingskiller, die jetzt aber im Rheinwasser zur tödlichen Bedrohung für alle jene Wasserflöhe, Wasserasseln, Fliegen- und Mückenlarven sowie Kleinkrebse werden, die in ihrer Struktur Pflanzenschädlin*gen sehr ähneln. Die Vergiftung* dieser unerläßlichen Fischnährtiere bedroht deswegen langfristig nicht nur den in den vergangenen Jahren erfreulich gestiegenen Fischbestand im Rhein, sondern schwächt auch gefährlich das Selbstreinigungsvermögen des Flusses, der ohne die mikroskopisch kleinen „Wasserpolizisten" jetzt den vielen Abwässern wesentlich hilfloser ausgesetzt ist. Der Düsseldorfer Umweltminister Klaus Matthiesen sprach deswegen gestern von einem „schweren Rückschlag für die jahrelangen Bemühungen um eine Verbesserung der Rheinwasserqualität".

Der Minister wird wahrscheinlich heute Entwarnung geben, nachdem die Giftwasserwelle nach Holland geschwappt ist. Die rheinnahen Grund*wasserbrunnen, die bereits am 5. No*vember vorsorglich geschlossen wurden, werden dann wieder geöffnet werden können.

Auch die Kölsch- und Alt-Bierbrauer, die ab Freitag ihre Brunnen in Rheinnähe stillegten und auf ihre üppigen Faß-Reserven zurückgriffen, können dann wieder zur Routine zurückkehren und vielleicht wie viele andere Betroffene an mühselige Schadenersatz-Prozesse durch viele internationale Justizinstanzen denken. Aber diese Entwarnung für die Menschen am Rhein bedeutet keinesfalls eine Entwarnung für den Strom.

Mittelrhein

„Volksauflauf" auf dem Marktplatz von Unkel. In dem kleinen Ort 20 Kilometer südlich von Bonn stehen die Menschen um einen Anhänger der Freiwilligen Feuerwehr, auf dem ein großer Wassersack liegt. Die acht Zapfhähne geben nur spärlich Wasser. Aber verglichen mit den „trockenen" Wasserhähnen in den Haushalten ist es für die Bevölkerung ein Segen.

Resi Bungarten (47) stellt ihren roten Wassereimer auf das Kopfsteinpflaster und verschnauft. Sie konnte nur einen Eimer zum Wasserholen mitbringen: „Denn mit der anderen Hand muß ich noch einen Kuchen tragen, den ich gleich kaufen werde." Kurz bevor das Wasserwerk am Freitag um 10.30 Uhr die Pumpen aus Vorsicht abschaltete, weil die Brunnen sehr nahe am Rhein liegen, hat Frau Bungarten noch rasch ihre Badewanne und zahlreiche Töpfe voll Wasser laufen lassen.

Beim Wasserzapfen ist ihr der Feuerwehrmann Dieter Jammel (37) behilflich. Er ist auch an diesem Sonntag pausenlos unterwegs, um eine der vier Zapfstellen in Unkel mit Wasser aus dem Nachbarort zu beliefern. Heute hat er noch mehr Andrang als gestern, als der Supermarkt noch geöffnet hatte. Dort fand das Mineralwasser reißenden Absatz.

Beim „Frisiersalon Irene" schaut die Besitzerin, Frau Florian-Schädlich (47), aus dem mit Blumen geschmückten Fenster des Fachwerkhauses. Beim Haarewaschen greift sie häufig noch gewohnheitsmäßig zum Wasserhahn. Erst dann besinnt sie sich auf die ungewöhnliche Situation und schüttet ihren Kunden mit einem Becher das Wasser über den Kopf. Eine für Samstag morgen bestellte Kundin erkundigte sich erst einmal telefonisch nach der Wasserversorgung beim Haarewaschen. „Sie be*fürchtete, daß sie den Kopf in einen* Eimer stecken müßte. Aber das mute ich natürlich niemandem zu", sagt Frau Florian-Schädlich. Ihr Mann findet es ganz gut, einmal „Verzicht üben zu müssen": „Wir sind es so gewöhnt, alles nach Wunsch zu haben, da ist so eine Situation gar nicht so schlecht."

Besonders betroffen ist die Gastronomie. Fritz Knapheide (50) fürchtet, schon bald sein Hotel „Unkeler Hof" schließen zu müssen: „Hotelgäste haben wir ohnehin nicht mehr. Wie sollten sie die Toilette benutzen können?" Aber auch für die Restaurant-Gäste sieht er schwarz. Sein Hauptproblem ist das Spülen.

*Auch Bürgermeister Werner Zim*mermann (42) ist unter den Leuten, die sich auf dem Marktplatz von Unkel in die Schlange der Wasserholer einreiht. Er lobt die „große Disziplin", mit der die Unkeler sich auf die neue Situation eingestellt haben. Doch manch einer der Einwohner hat bereits die Nase voll. Die Schülerin Marion Füllenbach (17) findet „das alles nicht mehr lustig". Sie beklagt die sich teilweise widersprechenden Informationen über die Dauer des „Ausnahmezustands". Die Feuerwehr habe erst von einem Tag gesprochen, im Fernsehen sei von zwei bis drei Tagen die Rede gewesen und im Radio sei sogar von drei Monaten gesprochen worden. „Da finde sich noch einer zurecht", klagt sie.

In Unkel sei man schon so manche *Unbill gewohnt, meint Pfarrer Bruno* Wegener (53). Jährlich einmal gebe es Hochwasser, alle zehn Jahre stehe der halbe Ort unter Wasser. Der Pfarrer ist zuversichtlich: „Die Unkeler sind ein gelassenes Völkchen."

Oberrhein

Ein Unglück kommt selten allein. Sechs Tage nach dem folgenschweren Lagerhausbrand der Firma Sandoz in Basel, bei dem rund 1000 Tonnen Löschwasser mit zum Teil hochgefährlichen Schadstoffen in den Oberrhein gespült wurden, trieb eine zweite Giftwelle von Basel aus flußabwärts. Diesmal sind bis zu 30 Tonnen chemisch verunreinigtes Löschwasser aus einer lecken Rohrleitung am Brandort ausgetreten. Am Samstag passierte die Biozidbrühe Breisach, am Sonntagmorgen Kehl. Allerdings: Erkennbare Spuren blieben nicht zurück. Die erste Giftwelle hatte zwischen Lörrach und Karlsruhe rund 150 000 Aale das Leben gekostet. Damit ist praktisch der gesamte Bestand dieser sensiblen Fischart in *diesem Teil des Rheins vernichtet.*

Wie es um die übrige Flußfauna steht, ist ungewiß. Zwar sprach der Badische Landesfischereiverband schon vor Tagen davon, daß das Fischsterben nun auch „auf Hechte, Forellen und Weißfische überzugreifen beginnt". Im Stuttgarter Umweltministerium ist davon jedoch bis zur Stunde „*nichts bekannt*". Bis zum Beweis des Gegenteils geht man deshalb davon aus, daß die übrigen Fischarten überlebt haben.

Keine Probleme gibt es in den westlichen Landesteilen Baden-Württembergs mit der Trinkwasserversorgung. Denn nirgendwo wird Flußwasser zur Trinkwasser-Aufbereitung verwendet. Lediglich ein Brunnen in *Kleinkems wurde vorsorglich* geschlossen, weil dort Uferfiltrat ins Trinkwasser gelangen könnte. Bei einem zweiten Brunnen auf Markung Bad Bellingen wurde das Aufkommen gedrosselt. Erhöhte Schadstoffkonzentrationen waren aber auch in diesen beiden Fällen nicht aufgetreten.

Die Hauptgiftwelle mit insgesamt rund 25 verschiedenen Schadstoffen hat offenbar keine bleibende Verunreinigung des Flußwassers hinterlassen. Erste Analysen aus dem Raum Rastatt verliefen negativ: Nach Angaben des örtlichen Gesundheitsamts zeigten die chemischen Parameter keine Pestizide und organischen Quecksilber-Verbindungen auf. Lediglich der Chlorid-Gehalt der Wasserproben sei „leicht erhöht" gewesen. Selbst im Schlamm vom Grund des Rheins konnten bisher offenbar keine Rückstände der Agrochemikalien aus dem Hause Sandoz nachgewiesen werden. Dennoch wird nicht ausgeschlossen, daß eine gewisse „Restverschmutzung" übrig bleibt.

*Unterdessen muß der Baseler Che*miekonzern Sandoz mit Schadenersatzforderungen in unübersehbarer Höhe rechnen. Ein erstes Gespräch über dieses heikle Thema werden Baden-Württembergs Umweltminister Gerhard Weiser und sein rheinland-pfälzischer Kollege Professor Klaus Töpfer (beide CDU) heute vor Ort mit *der Firmenleitung führen. Ebenfalls* heute wird die Umweltkatastrophe Gegenstand einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts Späth und der Baseler Kantonsregierung in Stuttgart sein.

Begriff vom „europäischen Haus“ verteidigt

dpa, Frankfurt

Die neue sowjetische Führung will nach Meinung von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) nicht nur das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten verbessern, sondern auch zu ihren wichtigsten Nachbarn. Im „Frankfurter Gespräch“ des Hessischen Rundfunks sagte Genscher, dies sei unverkennbar und ergebe sich aus der Hinwendung zu den Staaten Westeuropas. Generalsekretär Gorbatschow bringe diese Einstellung dadurch zum Ausdruck, daß er vom gemeinsamen europäischen Haus spreche.

Genscher fügte hinzu, er habe keine Probleme, den Begriff für sich zu übernehmen. Europa sei auch dann ein gemeinsames Haus, wenn sich darin gegensätzliche politische Systeme eingerichtet hätten. Die Sowjetunion versuche einen neuen Ansatz ihrer Politik. „Wir sind gut beraten, wenn wir sie ernstnehmen und untersuchen, wie mit diesen Ansätzen das West-Ost-Verhältnis verbessert werden kann.“

Amtsmißbrauch der Umweltbehörde?

dpa, Bonn

Nach den Warnungen des Umweltbundesamtes vor der Verwendung von Wasserenthärtungsanlagen hat der FDP-Bundestagsabgeordnete Josef Grünbeck Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) in einem offenen Brief aufgefordert, künftig den „Amtsmißbrauch“ der Umweltbehörde zu unterbinden. Die vom Berliner Umweltbundesamt genannten Gesundheitsschäden durch Natriumkonzentrationen gebe es nicht, meinte Grünbeck unter Hinweis auf die vom Bundesgesundheitsamt festgelegten Grenzwerte.

Das Umweltbundesamt ignoriere auch, daß der Einsatz von Enthärtungsanlagen, die zur Entkalkung und aus hygienischen Gründen Regeneriersalz verwenden, den Einsatz von Waschmitteln stark reduziere. Die umweltschädigende Salzfracht sei wesentlich geringer als die Belastung durch Phosphate und Tenside aus der Waschmittelindustrie. Der Abgeordnete zitierte den Rechtswissenschaftler Fritz Ossenbühl, der bereits festgestellt habe, daß der Aufklärungsauftrag des Umweltbundesamtes keine pauschale Ermächtigung darstelle, zu Boykotten aufzurufen. Wallmann solle klären, ob das Amt nicht mit der Waschmittelindustrie „zu sehr auf Tuchfühlung“ sei.

Bischof ruft zum Teilen der Arbeit auf

KNA, Essen

Zur religiösen und weltanschaulichen Toleranz in den Gewerkschaften hat der Bischof von Essen, Franz Hengsbach, aufgerufen. Vor mehr als 300 Personal- und Betriebsräten aus der Diözese Essen schlug Bischof Hengsbach vor, an „das Teilen der Arbeit“ zu denken. Zur Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit zitierte er den Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breuning, der gesagt habe, das Angebot der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich könne man nur als Hohn empfinden. „Ein solche Haltung ist klassenkämpferisch“.

An der Solidargemeinschaft zwischen Kirche und Gewerkschaft hielt der Bischof von Essen fest. Allerdings sei das „Ja“ zu den Gewerkschaften an die Voraussetzungen geknüpft, die bei der Gründung der Einheitsgewerkschaften gegolten hätten: religiöse und weltanschauliche Toleranz, parteipolitische Unabhängigkeit, Schutz der Minderheiten in der innerverbandlichen Demokratie. Scharf wandte sich der Bischof gegen den Beschluß des IG-Metall-Kongresses mit der Forderung, den Paragraphen 218 (Abtreibung) abzuschaffen.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, warnte in Essen davor, auf einen raschen Abbau der Arbeitslosenzahl zu hoffen, wenn auch die Durchschnittszahlen für 1986 deutlich unter denen der Vorjahre lägen.

„Grundgesetz deckt nicht jede Religion“

idea, München

Ein Ausführungsgesetz zum Artikel 4 des Grundgesetzes, der die Freiheit der Religionsausübung zusichert, hält der Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Pfarrer Friedrich-Wilhelm Haack, für erforderlich. In einer Stellungnahme gegenüber idea schreibt er, es müsse geprüft werden, ob dieses Grundrecht „schrankenlos“ gelte und welche Art der Religion gemeint sei. Haack hält dies für „dringend geboten“ angesichts der „immer stärkeren religiösen Zersplitterung, unter der auch extreme Religionsbewegungen vordringen, und in Anbetracht des sich ständig ausbreitenden Okkultismus“. So könnten sich satanische Gruppierungen oder „Wahnsinnsreligionen mit Menschenopfern“ als Religion bezeichnen. Solche „Bewegungen“ decke jedoch der Artikel 4 des Grundgesetzes nicht ab.

Ost-Berlin schweigt zum Hirtenbrief katholischer Bischöfe in der „DDR“

SED will Beziehungen zum Vatikan nicht aufs Spiel setzen / Absage an Staatspartei

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die 1,1 Millionen katholischen Christen in der „DDR“ wollen sich auch in Zukunft nicht von der atheistischen SED vereinnahmen oder unkritisch dem „Gesamtziel“ einer sozialistischen Gesellschaftsordnung einordnen lassen. Für sie kommt weder die Unterwerfung unter ein „Weltanschauungsdiktat“ in Frage noch die Mitgliedschaft in der marxistisch geprägten SED, die Religion weiterhin als „verkehrtes Denken“ ablehnt. Diese klare, eindeutige, aber auf eine mit dem Gewissen vereinbarte Mitarbeit in der Gesellschaft zielende Lebenshilfe gaben jetzt die katholischen Oberhirten ihren Gläubigen an die Hand (WELT vom 27. 10.)

In einem umfangreichen Pastoralbrief, der als Gesprächsbasis in den Gemeinden dienen soll, beschrieben die elf Bischöfe und Weihbischöfe auf dem Gebiet der „DDR“ unter Führung des Gesamt-Berliner Kardinals Joachim Meisner zum erstenmal seit Gründung der „DDR“ umfassend ihr Verhältnis zu diesem Staat.

Suche nach dem Standort

Die ausgewogene, nüchterne, aber gleichwohl zwingende Argumentation und Diktion des Hirtenbriefes (er datiert bereits vom 8. September 1986) rückt die katholische Kirche in ihrer Analyse näher an die evangelische Kirche heran: Hier wie dort wächst unter den „DDR“-Gläubigen das Bemühen, ihren Standort zu finden, eine auf dem Papier zugesagte Gleichberechtigung einzufordern, sich mit dem Staat nicht über Gebühr einzulassen, ihn aber als Ort des Lebens und unter göttliche Ordnung gestellt hinzunehmen, ohne dabei weltanschauliche Kompromisse einzugehen.

Hier einige der wichtigsten Thesen aus dem Brief, auf den die SED bisher – im Gegensatz zu früheren Attacken, etwa auf Kardinal Meisner („Von Rom gelenkt“) – mit keinem Wort einging. Ost-Berlin will die seit Honeckers Visite bei Papst Johannes Paul II. verbesserten Beziehungen nicht durch Kritik gefährden.

– „Es entstehen für gläubige Christen im gesellschaftlichen Bereich gerade wegen ihrer christlichen Überzeugung handfeste Konflikte, die das Leben in Familie und Beruf belasten und zu Resignation führen können. Manche sehen dann nur noch den Ausweg, für sich und die Familie den Ausreiseantrag zu stellen.

– Solche konfliktgeladenen Bereiche sind besonders die weiterführende Schul- und Hochschulbildung, die Berufsausbildung, der Zugang zu beziehungsweise die Tätigkeit in höheren Leitungsfunktionen der Wirtschaft und Verwaltung, aber auch der Bereich der Wehrerziehung und des Militärdienstes.

– Die gegenwärtige Kirchenpolitik der Partei- und Staatsführung spiegelt die aufgezeigte Spannung zwischen weltanschaulicher Bewertung der Religion und politischer Behandlung der Kirchen wider. Die Kirchen sollen sich – trotz der ihnen zugestandenen Eigenständigkeit und Selbstverwaltung – dem gesellschaftlich angestrebten Gesamtziel einordnen und von daher ihre Existenzberechtigung empfangen. Doch ist nicht auszuschließen, daß ihnen das Existenzrecht streitig gemacht würde, wenn sie sich als gesellschaftlich ‚unnütz‘ oder gar ‚schädlich‘ erweisen sollten. Es kann also von keiner echten Partnerschaft zwischen Staat und Kirche gesprochen werden.

– Das unbeugsame Festhalten an ihrer Eigenständigkeit darf die Kirche auch unter sozialistischen Verhältnissen nicht zur Disposition stellen … Es muß auch jeglicher Eindruck vermieden werden, daß die Kirche im Dienst des Staates oder einer Partei steht. Wir wissen, wie solche ‚Indienstnahme‘ kirchlicher Autorität für fremde Interessen aussehen kann.

– Der von der CDU (in der „DDR“, die Red.) und den ihr nahestehenden Gruppen verfolgten Tendenz, Priester, Diakone, Sprecher von kirchlichen Gremien, Leiter karitativer Einrichtungen und andere in partei- und gesellschaftspolitische Arbeit hineinzuziehen, muß mit aller Entschiedenheit widerstanden werden. Das hindert nicht, daß die Kirche und ihre Vertreter sich um ein korrektes, sachliches Verhältnis zur staatlichen Autorität bemühen. Es muß freilich deutlich bleiben, daß die Kirche sich dabei von ihrem eigenen Auftrag her bestimmen und nicht für fremde Zielsetzungen, zum Beispiel propagandistischer Art, einspannen läßt.

Unterwerfung abgelehnt

– Eine Mitarbeit in Gremien und Institutionen, deren marxistisch-weltanschaulicher Charakter wiederholt und betont herausgestellt wird, kann es für den Christen nicht geben. Das gilt insbesondere für die Mitgliedschaft in der SED. Es darf auch nicht für den Christen ein gesellschaftliches ‚Mitmachen‘ aus dem Bestreben geben, seinen christlichen Glauben zu verbergen oder sich dem klaren Einstehen für eigene Überzeugung zu entziehen.“

Der folgende Passus faßt Stimmungslage und Lebenswirklichkeit der Christen zusammen:

„Die Christen wollen hier leben, arbeiten und wirken. Aber sie wollen sich nicht einem Weltanschauungsdiktat unterwerfen, das sie unter der Flagge des Sozialismus für den Aufbau einer religionsfreien, atheistischen Gesellschaft vereinnahmt. Als Christen erwarten wir nicht, daß die Grundpfeiler des Hauses Staat, in dem wir wohnen, aus christlichem Zement gegossen sind. Aber wir erwarten, daß wir zusammen mit allen anderen Bürgern in diesem Hause gleichberechtigt und geachtet leben können …“

Beim Entschwefeln sind die Schwaben die reinsten Saubermänner der Nation

Von HARALD GÜNTER

Als Baden-Württembergs Finanzminister Guntram Palm vor zwei Wochen das Vergnügen hatte, anstelle des erkrankten Ministerpräsidenten den „sauberen“ siebten Block des Kohlekraftwerks Heilbronn einzuweihen, stand dieses Adjektiv auch im Redetext in Gänsefüßchen. Zurecht: Selbst nach der „vollen Entschwefelung und Entstickung“ werden pro Kubikmeter Abluft bis zu 300 Milligramm Schwefeldioxid und rund 200 Milligramm Stickoxide durch den Schornstein geblasen. Dennoch ist das zur Zeit Weltrekord. Die Anlage, die mit einer Leistung von 700 Megawatt mehr Strom erzeugt als die sechs älteren Kraftwerksblöcke zusammen, ist unter ihresgleichen die umweltfreundlichste, die es gibt. „Ein Meilenstein“, wie Palm vor Ort schwärmte, „der neue Maßstäbe bei der Rauchgasreinigung setzt“.

Das war nicht zu hoch gestapelt. Immerhin schafft es der 650-Tonnen-Katalysator in Heilbronn, nur ein Zehntel der Stickoxidmenge an die Umwelt abzugeben, die der kaum größere Block B im nordrhein-westfälischen Ibbenbüren, angeblich das modernste Kohlekraftwerk der Republik, ausstößt. Und auch in Sachen Entschwefelung haben die Schwaben die Nase vorn. Ende 1986, wenn die „Dreckschleuder“ im Teuteburger Wald über die zweite Straße ihrer Rauchgasentschwefelungsanlage (REA) verfügen kann, wird dort immer noch viermal mehr Schwefeldioxid entweichen als bei der Konkurrenz am Neckar.

Erst im Laufe des nächsten Jahres wird Ibbenbüren mit seiner dritten REA-Straße gleichziehen können. Zu diesem Zeitpunkt aber gehen in Heilbronn schon die Entschwefelungsanlagen für vier Altblöcke in Betrieb. Und 1988 folgt deren katalytische Entstickung. Zugleich werden die beiden letzten und ältesten Blöcke der Energieversorgung Schwaben (EVS) vor den Toren der Kätchenstadt Heilbronn stillgelegt. Endergebnis: Trotz einer um 50 Prozent höheren Stromerzeugung wird an diesem Kraftwerksstandort anno 1990 nur noch 15 Prozent des Schwefeldioxid- und 20 Prozent des Stickoxid-Ausstoßes des Jahres 1984 freigesetzt.

Heilbronn ist zwar der größte, nicht aber der einzige Saubermann unter den Kohlekraftwerken Baden-Württembergs: Im Kreis Esslingen wurde bereits Ende 1985 der neue 420-Megawatt-Block des Heizkraftwerks Altbach mit einer bis dahin einmaligen Entstickungsanlage in Betrieb genommen. 65 Millionen Mark ließen es



sich die Neckarwerke, ein vergleichsweise kleines Stromversorgungsunternehmen, kosten, noch vor der EVS die magische Grenze von 200 Milligramm Stickoxid pro Kubikmeter Abluft zu unterschreiten. Dafür honorierte das Bundesumweltamt diesen Pionierdienst mit einem Investitionskostenzuschuß von 25 Prozent. Im Mai 1986 schließlich kam noch eine 120 Millionen Mark teure Entschwefelungsanlage dazu. Auch sie bleibt, wie die in Heilbronn, um gut ein Drittel unter dem vom Gesetzgeber festgelegten Abluftgrenzwert von 400 Milligramm. 1987 – zwei Jahre früher als von der Landesregierung gefordert – wollen die Neckarwerke ein zweites älteres Kohlekraftwerk in Wahlheim entsticken und entschwefeln.

Weniger Glück hatte die Badenwerk AG mit ihrem Beitrag zur Luftreinhaltung im Südwesten. Zwar wird auch der neue siebte Block des Rheinhafen-Dampfkraftwerks in Karlsruhe termingerecht auf die Höhe der Zeit gebracht. In Mannheim aber erlitt das Unternehmen mit einem in der Bundesrepublik entwickelten Entschwefelungsverfahren Schiffbruch: Die bereits vor drei Jahren in Betrieb genommene Pilotanlage der Kölner Firma Walther mußte vor einiger Zeit stillgelegt werden. Trotz zahlreicher Nachbesserungsversuche hatte sie sich, wie ein Badenwerk-Sprecher gegenüber der WELT einräumte, als „nicht so funktionsfähig erwiesen, wie wir erhofft hatten“.

Der Vorteil des hier angewandten Trockenverfahrens, bei dem als Abfallprodukt anstatt Gips ein hochwertiger Stickstoffdünger anfällt, wurde durch einen unerwartet hohen Aerosolauswurf zunichte gemacht. Außerdem entsprach der Entschwefelungseffekt nicht den hochgesteckten Erwartungen. Nun muß der Kraftwerksblock auf das anderenorts bewährte REA-System japanischer Herkunft umgestellt werden. Die 65 Millionen Mark für die erste Anlage können wohl abgeschrieben werden.

So etwas passiert schon mal beim Aufbruch in wissenschaftlich-technologisches Neuland. Andererseits ist der Vorsprung Baden-Württembergs auf diesem Gebiet uneinholbar: Schon zwischen 1983 und 1985 gingen die Emissionen der Kraftwerke im Land bei den Stickoxiden von 60 150 auf 53 350 Tonnen und beim Schwefeldioxid von von 75 540 auf 75 370 Tonnen zurück.

Bis zum Jahr 1990 wird der Schadstoffausstoß sogar auf 15 000 Tonnen Stickoxide und 21 000 Tonnen Schwefeldioxid absinken. Zu verdanken ist's in erster Linie zwei freiwilligen Vereinbarungen aus den Jahren 1983 und 1984, in denen die Landesregierung der Kraftwerksindustrie Zugeständnisse abgehandelt hatte, die weit über das hinausgingen, was gesetzlich vorgeschrieben war und ist.

Forschungsstelle entwarnt: Nahrung ist kaum belastet

Auch nach Tschernobyl bleibt die Cäsiumaktivität gering

dos. Oldenburg

Die durch den Reaktorunfall von Tschernobyl verursachte zusätzliche Belastung an Radioaktivität in Nahrungsmitteln ist sowohl kurz- wie langfristig so gering, daß eine Auswahl von Lebensmitteln nach der Höhe ihrer Radioaktivität völlig überflüssig ist. Zu diesem Ergebnis kommt ein Großversuch der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUFA) in Oldenburg, der auf 3000 Untersuchungen basiert.

Bei ihren Arbeiten stützte sich die LUFA auf Anbau- und Fütterungsversuche, bei denen Heu oder Silage mit Cäsiumaktivitäten verabreicht wurde, wie sie im kommenden Winter zum Einsatz kommen werden. Professor Heinz Vetter, Direktor der Anstalt, zieht folgendes Fazit: „Es ist zu erwarten, daß die Cäsiumaktivitäten in der Milch während des Winters nicht die Spitzenwerte während des Weidegangs im Juni erreichen. Im Mittel der gesamten Winterzeit werden die Cäsiumgehalte aber höher liegen als im Sommer.“

Die zu erwartende Cäsiumaktivität in der gesamten Nahrung wurde auf zwei Wegen kalkuliert: Einmal bezogen auf die mittleren Verzehrmengen und der festgestellten Cäsiumgehalte in Nahrungsmitteln und zum anderen aufgrund von Gesamtverzehruntersuchungen. Danach sei für das Unfalljahr Mai 1986 bis April 1987 eine Gesamtcäsiumaufnahme (Cäsium 137 und Cäsium 134) von 5000 Bequarel (Bq) je Erwachsenen zu erwarten, im Folgejahr 1400 Bq und 1988/89 etwa 200 Bq. Die von der Strahlenschutzkommission errechneten Werte, so Vetter, liegen nur halb so hoch.

Selbst wenn die Zufuhr an Radiocäsium so hoch angesetzt wird wie die LUFA dies tut, entspreche das je Erwachsenem im Unfalljahr nur 10 Millirem (mrem), im Jahre 1987/88 2 mrem und 1988/89 noch 1 mrem. Für die Gesundheit des Menschen seien solche Werte ohne Bedeutung, meint Vetter. Dies gelte auch für die zusätzliche Aufnahme von 10 mrem je erwachsener Person und Jahr. Dieser Wert mache 5 bis 7 Prozent der natürlichen Radioaktivität aus.

Das Gefährdungsmoment relativierte Vetter anhand einiger Beispiele. 10 mrem entspreche lediglich 20 Prozent der Dosis, die eine Durchleuchtung des Brustkorbs bisher mit sich gebracht hat. Die gleiche Mehrbelastung bringe etwa ein Höhenunterschied des Wohnortes von 500 m mit sich oder ein Flug in 10 000 m Höhe über 14 Stunden.

„Koalition nur mit den Unionsparteien“

dpa, Werl

Mit einer Kundgebung in Werl (Kreis Soest) hat die FDP den Bundestagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen offiziell eröffnet. Dabei setzten sich die Freien Demokraten acht Prozent der Zweitstimmen zum Ziel.

Der FDP-Landesvorsitzende und Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, ließ ebenso wie der Chef der Düsseldorfer Landtagsfraktion, Achim Rohde, keinen Zweifel daran, daß die FDP beim Bundesparteitag in zwei Wochen in Mainz beschließen werde, im Falle eine rot-grünen Wahlsieges 1987 lieber in die Opposition zu gehen, als mit der SPD eine Koalition zu bilden. Zugleich wurde die Bereitschaft zu einer weiteren Zusammenarbeit mit den jetzigen Koalitionspartnern CDU und CSU bekräftigt.

Möllemann äußerte die Vermutung, daß keine der beiden großen Parteien bei den Bundestagswahlen die absolute Mehrheit erringen werde. Unter Hinweis auf das „Newsweek“-Interview des Bundeskanzlers erklärte er, hier habe sich erneut gezeigt, daß man die Außenpolitik besser Profis überlasse. Der nächste Außenminister müsse wieder Genscher und dürfe nicht Strauß heißen.

Nach der Kabinetts-Umbildung sind die Wogen in München noch nicht geglättet

SPD nennt weiteren Staatssekretär verfassungswidrig / Maier erntet Zustimmung

PETER SCHMALZ, München

Gelang Franz Josef Strauß nun ein Meisterstück, als er sein neues bayerisches Kabinett bildete und mit dem Ergebnis sogar die eigenen Parteifreunde in Erstaunen und Verwunderung stürzte, oder waren es „*handstreichartige Maßnahmen*“ *und* verfassungswidrige dazu, wie der neugewählte SPD-Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann vermutet?

Fest steht jedenfalls: Auch zehn Tage nach dem Überraschungseffekt, den Strauß mit der Teilung des Kultusministeriums und dem dadurch verursachten Verzicht des bisherigen Ministers Professor Hans Maier sowie der Installierung von zwei Staatssekretären im Innenministerium auslöste, sind die Wogen noch nicht geglättet.

Verfassungswidrig nennt Hiersemann die Bestellung eines zweiten Innenstaatssekretärs, muß allerdings zugeben, daß es in diesem Ressort auch schon früher auf Staatssekretärsebene Doppelbesetzungen gab, so auch, als der spätere SPD-Ministerpräsident Wilhelm Hoegner bis 1954 Innenminister war. Das sei aus „der damaligen Situation zu begründen“, rechtfertigt Hiersemann dieses Tun seines Partei-Ahns. Diese Argumentation lasse an Hiersemanns juristischem Sachverstand zweifeln, kontert Staatsminister Edmund Stoiber: Die Aufgaben des Innenministeriums sind seither sicher nicht weniger und einfacher geworden. Aber die Landtags-Abstimmung über die neuen Geschäftsbereiche des Schul- und des Wissenschaftsministerium, wie von *Artikel 49 der bayerischen Verfassung*, stehe noch aus, rügt der sozialdemokratische Fraktionschef.

„Klimavergiftung“ und „künstliche Aufregung“, schimpft daraufhin CSU-Fraktionschef Gerold Tandler: Wie von der Verfassung vorgesehen, habe Ministerpräsident Strauß die Mitglieder der Staatsregierung berufen und die CSU-Mehrheit dem geschlossen zugestimmt. Und über die Zuständigkeitsverteilung der beiden Ministerien werde kommende Woche ein Gesetzentwurf eingereicht.

Unterdessen erfährt Hans Maier – nach 16 Ministerjahren zur eigenen Überraschung nur noch einfacher Landtagsabgeordneter – für sein plötzliches Ausscheiden aus dem Kabinett ein Welle der Sympathie. „Die Zustimmung mir gegenüber reicht von Kroetz bis Ziesel“, umschreibt der Politologie-Professor die ideologische Bandbreite der Zustimmung, die aus Hunderten von Briefen, Telegrammen und Telefonaten erkennbar wird.

In der Staatskanzlei herrscht mittlerweile jedoch Verstimmung über die Art, wie sich der Ex-Minister als Strauß-Opfer darstellt. Als er öffentlich verbreitete, man habe ihm nie ein *klares Angebot gemacht, sah sich die* Staatskanzlei zu dem ungewöhnlichen Schritt genötigt, das schriftliche Angebot von Strauß an Maier zu veröffentlichen. Wissenschaft und Forschung einerseits und schulische Bildung andererseits nannte Strauß die Kernstücke seiner Politik, zur Durchsetzung „unserer gemeinsamen politischen Ziele“ müsse daher in Zukunft für jeden dieser beiden Bereiche ein Mitglied der Staatsregierung ausschließlich verantwortlich sein. Nach einer detaillierten Auflistung der beiden Geschäftsbereiche schrieb Strauß an Maier: „Ich bitte Dich herzlich, mir Dein Einverständnis mitzuteilen, daß ich Dich als Staatsminister für Wissenschaft und Kunst vorsehe.“

Ex-Minister Maier hat über seinen weiteren Berufsweg noch nicht entschieden. In CSU-Kreisen wird aber nicht ausgeschlossen, daß er sich Hoffnungen macht, im kommenden Jahr entweder als Bildungs- oder als Forschungsminister nach Bonn gerufen zu werden.

Paris dämpft Diepgens Reiselust nach Ost-Berlin

SPD drängt Regierenden zu Besuch jenseits der Mauer

hrk. Berlin

Am Wochenende nach seiner Rückkehr aus Paris, wo der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen für eine Teilnahme am „DDR“-Staatsakt 1987 in Ost-Berlin keine Ermunterung erfuhr, drängte ihn bereits die Berliner SPD, die Honecker-Einladung endlich anzunehmen: „Hier muß gesprungen werden“, schrieb der ehemalige Berliner Bundessenator Gerhard Heimann. Er ist der deutschlandpolitische Sprecher der Berliner SPD und Hauptinitiator eines umstrittenen Berlin- und sicherheitspolitischen Papiers der SPD, das im Sommer auch für Unruhe in der eigenen Partei sorgte.

Heimann erinnerte im Parteiblatt „Berliner Stimme“ daran, daß Diepgens Vorgänger Richard von Weizsäcker seine Unterredung mit Honecker im September 1983 absolut diskret vorbereitet und nicht, wie Diepgen, öffentlich auf einen längeren Entscheidungszeitraum hingewiesen habe.

Heimann ging auch auf die kritischen Darlegungen von Diepgens früherem Stellvertreter, Heinrich Lummer (CDU), in der WELT ein und bezeichnete sie als „innerparteiliche Kampfansage“ gegenüber Diepgens Tendenz zur Annahme.

Bedenken wegen möglicher Status-Verletzungen bei einer Teilnahme am „DDR“-Staatsakt wischte Heimann beiseite: „Die unterschiedlichen Rechtspositionen zum Status von Berlin konnten nicht einmal im Viermächte-Abkommen ausgeräumt werden … Man müßte ziemlich naiv sein, zu meinen, dies könnte den Deutschen so nebenbei aus Anlaß eines Stadtjubiläums gelingen.“ Gefragt sei jetzt lediglich, „pragmatisch im Geiste guter Nachbarschaft zu handeln“.

In ähnlichem Sinne hatten sich kürzlich auch CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky („Ich tät's – wenn es irgendwie geht“) und der Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen, CDU-Landesschatzmeister, Jürgen Wohlrabe, geäußert.

Der Regierende Bürgermeister selbst prägte in seiner Tischrede bei einem Abendessen, das Frankreichs Außenminister Jean-Bernard Raimond für seinen Gast gab, einen Schlüsselsatz für den gesamten Vorgang: „Mir kommt es hier darauf an, ja auch eine Erkenntnis mitzunehmen. Die Erkenntnis für die Suche und die Sorge auch, gegebenenfalls Chancen zu verpassen.“

Ein hoher französischer Regierungsbeamter sagte in Paris zur WELT, was in den Augen Frankreichs offenbar alle „Regierenden“ gemeinsam haben: „Sie beanspruchen einen internationalen Spielraum. Den haben sie aber nicht.“ Herr über alle Status-Fragen seien die Schutzmächte und niemand sonst.

Esser hofft auf baldiges Gespräch der Tarifpartner

AP, Köln

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat sich zuversichtlich gezeigt, daß die Spitzen von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Kürze zu einem Gespräch zusammentreffen werden.

In einem Interview des Deutschlandfunks sagte Esser gestern, Themen des Gesprächs sollten die Tarif- und die Arbeitsmarktpolitik sowie Probleme der Kranken- und Rentenversicherung sein. Auch sei sachlich zu erörtern, ob es im Ganzen oder in Teilen übereinstimmende Meinungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit gebe.

Der Arbeitgeberpräsident warnte die Sozialpartner erneut vor einer „parteipolitischen Durchdringung“ in der Zeit vor der Wahl. Eine solche Entwicklung sei geeignet, eines Tages die Verständigung zwischen den autonomen Partnern zu erschweren und sie in Bedrängnis zu bringen. Esser kritisierte die Gewerkschaften, sie seien mit ihren „Wahlprüfsteinen“ inzwischen dazu übergegangen, sich eindeutig mit der Position einer Partei zu identifizieren.

Erneut forderte der Arbeitgeberpräsident, Unternehmen und Gewerkschaften sollten sich zusammen mit der Bundesanstalt in Nürnberg bemühen, Arbeitslosen durch höhere Qualifizierung eine Einstellung zu ermöglichen.

CDU-Frauen halten nichts von einer „Quotenregelung“

Kongreß in Offenburg greift Essener Leitsätze auf

HARALD GÜNTER, Offenburg

Auch in der CDU kämpfen die Frauen um mehr Einfluß in Partei und Politik. Doch anders als in anderen Parteien ist das ein Kampf mit Maß und Ziel: Neben der gesellschaftlichen Emanzipation und Verwirklichung im Beruf bleibt die Rolle als Hausfrau und Mutter für sie zumindest ein gleichrangiges Gut. Quotenregelungen, wie sie SPD und Grüne für die Verteilung von Mandaten getroffen haben, fanden außerdem unter den 6000 Teilnehmerinnen eines CDU-Frauenkongresses in Offenburg wenig Verständnis, reine „Weiberlisten“ nach dem Vorbild der Hamburger GAL wurden als kontraproduktives „Politspektakel“ zurückgewiesen.

Nach den in Offenburg vielzitierten „Essener Leitsätzen“ sollen Frauen unter den Mandatsträgern der Partei bis zum Beginn der 90er Jahre entsprechend ihres Mitgliederanteils vertreten sein. Rita Süssmuth, Bundesfamilienministerin und Symbolfigur der „neuen Weiblichkeit“ in der CDU, bezeichnete diese Vorgabe als „revolutionär“. Zugleich äußerte sie, ähnlich wie Generalsekretär Heiner Geißler, die Hoffnung, daß die an diesen Beschluß geknüpfte Berichtspflicht für den nötigen Umsetzungsdruck in den Parteigliederungen sorgen werde.

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms plädierte im Verlauf der Tagung für eine Erweiterung des Spektrums der Ausbildungsberufe für Frauen. An die Betriebe apellierte die CDU-Politikerin, „angesichts abnehmender Bewerberzahlen um Lehrstellen“ die Chance zu nutzen, durch Einstellung von Mädchen „langfristig den notwendigen Nachwuchs zu sichern“.

Eine große Rolle spielte in den Reden und Diskussionen der Offenburger „Zielgruppenveranstaltung“ die Forderung nach mehr Hilfen für kinderreiche Familien.

Bundeskanzler Helmut Kohl selbst beklagte zum Abschluß des Kongresses, daß es in der Bundesrepublik derzeit noch eine „kinderfeindliche Gesellschaft“ gebe. Dies müsse sich ändern: „Kinder müssen wieder Vorfahrt haben“. Familien, die sich einen Kinderwunsch erfüllen, müßte der Staat „mit Schutz und Schirm“ beistehen.

Kritik wurde allerdings auch in Offenburg am derzeitigen Paragraphen 218 StGB laut, der „Kindsmord“ vielfach legalisiere.

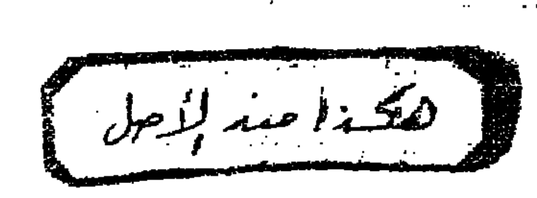
Am Rande der Tagung wurde bekannt, daß sich Mitte November in Stuttgart, gleichsam aus Protest gegen das „Abtreibungsrecht“, unter Mitwirkung des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger eine Initiative „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) konstituieren wird.

Evangelische Jugend zerstritten. „Parteinahme“

idea, Kassel

Auf schwere Kritik aus den eigenen Reihen stieß jetzt das politische Engagement der 900 000 Mitglieder zählenden Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ). Der Vorstand ihrer größten Organisation, des CVJM-Gesamtverbandes, lehnte die Verbreitung einer vor kurzem veröffentlichten „Arbeitshilfe“ der AEJ zum Bundestagswahlkampf ab. Zur Begründung hieß es, man wende sich dagegen, „daß die evangelische Jugend im Wahlkampf in einer Weise mitmischt, die vortäuscht, es gäbe in ihr in allen benannten Feldern gemeinsam getragene Positionen“.

In der 40seitigen „Arbeitshilfe“ werden unter anderem die Entwicklungspolitik der Bundesregierung und das Weltraum-Raketenabwehrprogramm SDI kritisch bewertet. Ferner plädiert die AEJ darin für „einseitig kalkulierte Abrüstungsschritte“ sowie eine Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als Westgrenze Polens. Der CVJM-Generalsekretär, Pfarrer Ulrich Parzany, sagte, die AEJ hätte deutlich machen müssen, daß das Papier umstritten sei, nachdem ihr Vorstand es mit nur einer Stimme Mehrheit verabschiedet habe. Er forderte die AEJ zur Konzentration auf die Felder auf, wo eine breite Übereinstimmung der Mitglieder erzielbar sei. Der CVJM hätte auch bei einer anderen parteipolitischen Richtung ablehnend reagiert.



Für Grüne sind die Nuklearfirmen Waffenschmieden

HELMUT STEGLITZ, Grünberg

Die hessischen Grünen wollen sich in der Sicherheitspolitik gegenüber dem SPD-Koalitionspartner in Wiesbaden künftig stärker profilieren. Besondere Brisanz erhalten die Bemühungen der Alternativen dadurch, daß sie dieses Thema mit der Diskussion um die Hanauer Nuklearfirmen verknüpfen. Die zeigte sich am Wochenende auf der Landesversammlung der Grünen in Grünberg. In ihrem Wortbeitrag stellte die frühere Landtagsabgeordnete Gertrud Schilling – sie steht auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahlen – einen solchen Bezug her: Für die Grünen seien die Firmen in Hanau nicht nur einfach Lieferanten für Atomkraftwerke, sondern höchst gefährliche Waffenschmieden, in denen binnen Wochen bis zu 300 Atombomben hergestellt werden könnten.

Von wem, das sei klar: von den Nuklearbetrieben in Hanau. Die ignorante Haltung der SPD-Landesregierung sei daher unglaublich. Man dürfe aber nicht die Koalition verlassen: „Dann sind wir Grüne saft- und kraftlos." Daß Hessen im Ernstfall besonders gefährdet sei, begründeten die Grünen in Grünberg so: „Gerade hier werden Militarisierung und Kriegsvorbereitungen besonders augenfällig. Die Massierung von US- und Bundeswehrtruppen, Air-Land-Battle-Manöver, bei denen in Osthessen der Einsatz chemischer und atomarer Massenvernichtungsmittel geplant und geprobt wird, die Frankfurter Airbase als Sprungbrett für Einsätze der US-Armee im Nahen Osten, all das zwingt uns zur Intensivierung der politischen Auseinandersetzungen und der praktischen Friedensarbeit."

Auswege haben die Grünen auch schon parat. Der wichtigste führt über die Auflösung des NATO-Bündnisses. Die Bundesrepublik möge erst einmal aus der NATO austreten, alles weitere werde sich dann schon ergeben: Die Diskussionen über die möglichen Formen des Widerstands dauerten bis in den späten Abend. Nur soviel stand von vornherein schon fest: Das Gewaltmonopol des Staates sei angesichts der massiven Bedrohung durch den Militarismus nicht länger anzuerkennen. Der Atomgegner Robert Jungk hatte am Vortag in Hanau gesagt: „Macht kaputt, was euch kaputtmacht."

Kohl: DGB kein Ersatz für Parlament und Wähler

Grundsatzrede auf dem Parteitag der neuen NRW-CDU

HELMUT BREUER, Münster

Scharfe Kritik an der jetzigen Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Bundeskanzler Kohl am Wochenende in Münster geübt. Auf dem zweiten Parteitag der neu organisierten nordrhein-westfälischen CDU erklärte der CDU-Bundesvorsitzende, die Führung der Gewerkschaften müsse endlich begreifen, daß ihre Organisation nicht „Ersatz für Parlament und Wähler" sei, denn auch der DGB habe sich dem Willen des obersten Souveräns, des Wählers, zu fügen.

„Entscheidungen werden deswegen nicht auf Straßen und Plätzen erzwungen; wir sind nicht in der Weimarer Republik, sondern in der Bundesrepublik Deutschland. Wer jahrelang Wahlprüfsteine verbreitet und dann noch nicht einmal den Anforderungen eines Wirtschaftsprüfers genügt, der hat jedes Recht auf Kritik verloren", sagte der Kanzler wörtlich.

In seiner fast zweistündigen Grundsatzrede, die von den rund 600 Delegierten mit Ovationen honoriert wurde, legte Kohl eine Art Rechenschaftsbericht seiner vierjährigen Amtszeit ab und nannte es die historische Aufgabe der Union, in schwierigen Zeiten Verantwortung zu übernehmen. Vor dem Regierungswechsel 1982 habe die Bundesrepublik ein Bild der Depression und Angst geboten. Diesen Zeitgeist habe die Union gebannt, aus Mutlosigkeit wieder Zukunftshoffnung gemacht und die Jugend neu gelehrt, daß zu Rechten auch Pflichten gehörten.

Kohl appellierte an seine Partei, nie zu vergessen, daß die CDU die christlich-demokratische Union sei und bleiben müsse, was nicht „irgendeine Position" sei, sondern ein „zeitloser Maßstab mit dem Anspruch des christlichen Sittengesetzes", der sich gerade in einer immer mehr säkularisierten Zeit als immer notwendiger und bedeutsamer erweisen werde.

Der Parteichef rief die Delegierten dazu auf, für die Bundestagswahl im Januar um jede Stimme zu kämpfen und das Wahlziel möglichst hoch anzusetzen. Nach den Worten Kohls und des nordrhein-westfälischen CDU-Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopfs dürfe die CDU bei der Wahl am 25. Januar keine Stimme verleihen oder verschenken, damit man mit einem überzeugenden Wählerauftrag in die nächste Legislaturperiode gehen könne, in der weitreichende Entscheidungen in der Europa- und in der deutschen Politik getroffen würden.

Zu Beginn des Parteitags in der Münsterlandhalle hatten die Delegierten die endgültige Fusion der ehemals 40 Jahre lang eigenständigen CDU-Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe beschlossen, die zuvor bereits vom Bundesparteitag der CDU in Mainz abgesegnet worden war.

Was Kohl als „Symbol und Signal der Hoffnung" wertete, ist nach Auffassung Biedenkopfs die erste Voraussetzung zur Wiedererlangung der Mehrheitsfähigkeit im bevölkerungsreichsten Bundesland, das seit 20 Jahren von der SPD regiert wird. Auch der erste Stellvertreter Biedenkopfs, der Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen, betonte die „Notwendigkeit der Konzentration der Kräfte" und sprach von der Hoffnung, daß die Fusion die nordrhein-westfälische CDU „aus dem Tal" herausholen werde.

Überraschend lobte Pützhofen die Arbeit des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard Worms, den er 1985 als rheinischer CDU-Chef abgelöst hatte. Nach Pützhofens Worten hat Worms als Verlierer der Landtagswahl von 1985 in schwieriger Situation die Fraktion geordnet und den jungen Abgeordneten „ein Beispiel für Fleiß und Durchhaltevermögen gegeben". Fraktionschef Worms und seine in ihrer politischen Leistungskraft stark umstrittenen Vertrauten in der Fraktionsspitze müssen sich im Frühjahr 1987 der Wiederwahl stellen. Obwohl Biedenkopf mehrfach versichert hat, er wolle zwar nach seiner Wahl in den Bundestag sein Landtagsmandat vorerst beibehalten, strebe aber „keinesfalls" erneut den Fraktionsvorsitz an, gibt es vor allem in der rheinischen CDU Bedenken hinsichtlich der Glaubwürdigkeit dieser Zusicherung. Deswegen scheint neuerdings eine Wiederwahl von Worms, die noch vor einigen Wochen in der CDU in Düsseldorf als so gut wie ausgeschlossen galt, wieder wahrscheinlicher geworden zu sein.

Diepgen: Wannsee-Villa wird zur Gedenkstätte

Erinnerung an Progrom / Warnung vor Geschichtsfälschung

hrk. Berlin

Berlin richtet im kommenden Jahr zur Erinnerung an den Ausgangspunkt des „Holocaust", die Entscheidung über die sogenannte „Endlösung der Judenfrage", eine internationale Gedenk- und Bildungsstätte ein. Sie soll ihren Platz in der heute als Jugendheim genutzten historischen Wannsee-Villa erhalten, in der im Januar 1942 die Ermordung von Millionen von Juden beschlossen worden war. Ein internationales Gremium angesehener Männer des jüdischen Geisteslebens soll 1987 bei einer Zusammenkunft in Berlin das endgültige Konzept für diese Begegnungsstätte festlegen.

Diese Ankündigung machte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen gestern in einer Gedenkstunde an das Judenprogrom (sogenannte „Reichskristallnacht") vor 48 Jahren. Er teilte mit, die internationalen Experten sollten im nächsten Herbst eine Vorlage verabschieden, die zur Zeit bereits von Historikern, Pädagogen und Museumsfachleuten formuliert wird. Diepgen meinte, mit großer Sicherheit werde an dieser Zusammenkunft auch der diesjährige amerikanische Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel teilnehmen.

Diepgen: Einladung an Nobelpreisträger Elie Wiesel

In einer Ansprache setzte sich Diepgen für eine umfassende Aufarbeitung des Geschehens vom 9. November 1938 und der folgenden Vernichtungsstrategie des Nationalsozialismus gegenüber dem jüdischen Volk ein: „Wir müssen mit diesem Tag und allem, wofür er steht, leben. Wir müssen diesen Tag als Auftrag begreifen und annehmen." Die Deutschen müßten „gegen Intoleranz und für die Aussöhnung" Partei ergreifen.

Der CDU-Politiker kritisierte erneut die umstrittene Entscheidung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Hilfsorganisation ehemaliger Waffen-SS-Soldaten in den Verband aufzunehmen. Dies käme einer „Mißachtung der Opfer" und der bisherigen vorbildlichen Arbeit des Volksbundes gleich. Diepgen äußerte die Hoffnung, der Bundesvorstand werde schon in dieser Woche seinen in der Öffentlichkeit heftig kritisierten Aufnahmebeschluß zurücknehmen.

Als Vorsitzender der mit 6000 Mitgliedern größten jüdischen Gemeinde in Deutschland wandte sich Heinz Galinski in seiner Rede gegen Forderungen, die jüdischen Mitbürger sollten eine „Normalisierung" ihres Verhältnisses zu ihrer Umwelt anstreben: „Ich gebrauche einen sehr milden Ausdruck, wenn ich sage, daß es nach Auschwitz eine provozierende Gedankenlosigkeit ist, im Umgang mit uns Normalität zu fordern."

Unter Hinweis auf die aktuelle Diskussion unter Historikern, ob der „Holocaust" ein einmaliger Vorgang gewesen sei, merkte Galinski an: „Wenn Historiker heute wieder glauben, Beweise dafür aufbringen zu können, daß die Verbrechen nicht einmalig waren, wenn sie Begründungen vortragen, die letztlich auf Bagatellisierung der begangenen Untaten hinauslaufen und auf Geschichtsverfälschung, so bringt uns das der Normalität keinen Schritt näher ...

Die Deutschen dürften „Tendenzen zu einer endgültigen politischen und moralischen ‚Entsorgung' der Bundesrepublik von ihrer jüngsten Geschichte nicht zulassen", sagte Galinski. Ausdrücklich dankte er Bundespräsident Richard von Weizsäcker für seinen mehrfach bekundeten Grundsatz, „daß den Schlußstrich hinter der Vergangenheit nur die Opfer ziehen können".

Strauß warnt Union vor neuen Rechts-Parteien

CSU-Chef wieder auf Platz eins der Landesliste

PETER SCHMALZ, München

Die Landesliste zur Bundestagswahl wollte die CSU nur ungern vor den Augen der Öffentlichkeit aufstellen und den Journalisten womöglich noch Einblick gewähren, wenn die Junge Union vergeblich um einen sicheren Platz für einen weiteren Kandidaten kämpft oder die Frauen murren, wenn sie auf den 30 sicheren Listenplätzen nur drei Vertreterinnen plazieren können. Um aber den einleitenden Worten von Parteichef Franz Josef Strauß dennoch Gehör und Verbreitung zu gewährleisten, wurde geteilt: Strauß öffentlich, die Kandidatenwahl hinter verschlossenen Türen.

Der CSU-Chef griff gleich in die Vollen und lobte seine Partei „ohne Übertreibung und bei nüchterner, sachlicher Bewertung" als die „erfolgreichste und stabilste Partei in der europäischen Parteiengeschichte überhaupt".

Dann ein kurzer Rückblick auf die Landtagswahl vor vier Wochen: Über 50 Prozent der Jungwähler zwischen 18 und 24 votierten für die CSU, worin Strauß ein großartiges Zeugnis sieht für die Stabilität dieser Partei und „eine Säule der Hoffnung dafür, daß die CSU bis Ende dieses Jahrhunderts und darüber hinaus die politischen Geschicke Bayerns gestalten und in Bonn einflußreich mitgestalten wird". Bayern, sagt er, ist das einzige Land, in dem die Union nach dem Oktober 1982 „einwandfrei" gewonnen hat.

Hoffen auf den Süden

Ein Hinweis auf Hamburg: Er rechnet mit einer absoluten SPD-Mehrheit, das aber sei kein Grund zur Entmutigung, „sondern im Gegenteil ein Ansporn, die Defizite die im Norden entstehen mögen, durch ein optimales Ergebnis gerade in Baden-Württemberg und Bayern auszugleichen".

Und schließlich der Ausblick auf die Bundestagswahl: Das sei keine Richtungswahl, das habe er bei seinem letzten Besuch in Bonn auch gesagt, das sei eine Schicksalswahl, „weil zwischen zwei Richtungen entschieden wird: Das eine ist die Richtung der geschichtlichen Erfahrung, der wirtschaftlichen Vernunft, der finanziellen Solidität, der Bürgernähe, der Zukunftsaufgeschlossenheit – und das andere ist der Rückfall in marxistische Vorstellungen, nur durch einen Chlorophyll-Kommunismus etwas abgerundet und verschönt".

Zur Regierungsfähigkeit gehört nach den Vorstellungen von Strauß offensichtlich die Kunst des Spagats: Wer in der Bundesrepublik regieren wolle, muß sich zur Mitte hin bewegen, zugleich aber dürfe es rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben.

„Rücksicht auf Soldaten"

Die Union rief er erneut auf, mit einer Stimme zu sprechen, Wort und Handlung in Deckungsgleichheit zu bringen, auf die kleinen und mittleren Landwirte ebenso achtzugeben wie auf den kleineren Mittelstand, die Erfolge in der Sozialpolitik „offensiv und aggressiv" zu verkünden und das Murren älterer wie jüngerer Soldaten nicht zu überhören, die nicht „dauernd als Schurken der Weltgeschichte an der Klagemauer stehen möchten".

Vor dem internen Wahlgang noch ein Lob für Theo Waigl, den Chef der CSU-Landesgruppe. Er nennt ihn hochgeschätzt und hochverdient, erntet dafür langen Beifall und regt flugs Spekulationen an, indem er seiner hohen Bewertung über Waigls bisherige Amtsführung hinzufügt, er wolle damit nichts präjudizieren und einem „Wechsel im Amt nicht im Wege stehen". Verdichtet sich damit das Gerücht, Waigl wolle ins Kabinett wechseln?

Die Listenaufstellung bleibt dann ohne Überraschungen, der am Vorabend vom Präsidium und Vorstand ausgearbeitete Vorschlag bleibt unverändert: Strauß erhält mit 165 von 168 gültigen Stimmen Platz eins und damit das Ticket nach Bonn, gefolgt von Waigl (157) und Friedrich Zimmermann, der allerdings nur 147 Stimmen bekommt und damit weniger Zustimmung erhält als Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (mit 162 Zweitbester dicht hinter Strauß). Verkehrsminister Werner Dollinger und Entwicklungsminister Jürgen Warnke (beide 165 Stimmen). Hans Graf Huyn, im oberbayerischen Wahlkreis nicht mehr zum Direktkandidaten aufgestellt, bleibt mit mageren 83 Stimmen dann doch noch auf dem sicheren 28. Platz.

Neuer GdP-Chef soll Welle von Austritten stoppen

DW. Mannheim/Königswinter

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird bei ihrem morgen beginnenden Bundeskongreß in Mannheim voraussichtlich den 48jährigen Hermann Lutz zum neuen Vorsitzenden wählen. Mit Lutz, bisher stellvertretender Vorsitzender und Chef der Organisation in Rheinland-Pfalz, würde erstmals ein Gewerkschafter aus dem christlich-sozialen Lager an der Spitze einer DGB-Gewerkschaft stehen.

Der bisherige Vorsitzende Schröder hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet, nachdem sein Auftritt beim Gewerkschaftstag der IG Metall vor drei Wochen zu einer Austrittswelle in der GdP geführt hatte.

Die Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer DGB-Gewerkschafter hat sich gegen jeden Versuch gewandt, die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft zu verändern. Sie kritisierte am Wochenende bei ihrer Bundestagung den Beschluß des IG-Metall-Kongresses, in dem es heißt: „Die Einheitsgewerkschaft ist der Zusammenschluß aller arbeitenden Menschen zur Verteidigung ihrer Interessen als Arbeitnehmer unter Hintanstellung parteipolitischer und konfessioneller Bindungen."

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632

Bangemann will in Mainz einen „Kronzeugen-Parteitag" verhindern

Sorge um Geschlossenheit / Grünbeck-Papier sorgt in der FDP für Zündstoff

DIETHART GOOS, Bonn

Wenn sich heute vormittag im Bonner *Thomas-Dehler-Haus die* Führungsgremien der Freien Demokraten versammeln, geht es ihnen nicht nur um die erste Analyse der Hamburger Bürgerschaftswahl und organisatorische Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Die Kronzeugenregelung als wichtigster Bestandteil des Anti-Terror-Pakets macht der FDP immer mehr zu schaffen. Außerdem hat der mittelstandspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Josef Grünbeck, mit einem fünfseitigen Klagebrief über den CDU/CSU-Koalitionspartner, den er am Wochenende Parteichef Martin Bangemann präsentierte, weiteren brisanten Diskussionsstoff geliefert.

Gefahr für Bangemann?

Bangemann und sein Generalsekretär Helmut Haussmann müssen alles daran setzen, sich trotz wachsender Kronzeugenvorbehalte in der FDP den bevorstehenden Bundesparteitag am 21. und 22. November nicht aus den Händen gleiten zu lassen. Denn es gibt genug liberale Heißsporne, denen ein Kronzeugen-Scharmützel in der Mainzer Rheingoldhalle wichtiger ist als ein überzeugender, *geschlossener und sachbezogener* FDP-Wahlkampfauftakt.

Auch Bundesjustizminister Hans Engelhard sieht Gefahr für seinen Parteivorsitzenden Bangemann heraufziehen. In der gestrigen „Berliner Morgenpost" warnte der liberale Rechtspolitiker davor, aus dem Mainzer Kongreß einen „Kronzeugen-Parteitag" zu machen. „Die Partei wäre gut beraten, dies mit jener engagierter Bedachtsamkeit und Überlegenheit anzugehen, die der Sache und der Partei guttut. Engelhard erinnerte *daran, daß sich die FDP-Bundestags*fraktion mit überzeugender Mehrheit für die Einbringung der Anti-Terror-Gesetze eingesetzt habe „und sie steht dazu". Auf die Experten-Anhörung im Rechtsausschuß am 14. November eingehend, sagte Engelhard: „Für Anregungen und Verbesserungen ist dieser Entwurf offen, bei aller Entschlossenheit, ihn über die Runden zu bringen."

Generalsekretär Haussmann nimmt kein Blatt vor den Mund: „Wir *wollen* keinen *waffenstarrenden* Rambo-Staat, der das Messer zwischen den Zähnen trägt und nur Sicherheit, aber keine Freiheit garantiert. Genausowenig sind wir Anhänger eines Staatsapparates, der terroristischer Skrupellosigkeit mit Sorglosigkeit und Schwäche begegnet." Die FDP habe sich immer dafür eingesetzt, dem Staat zu geben, was er zum Schutz der Bürger benötige.

Martin Bangemann ist Realist und weiß, daß in seiner Partei nicht nur *zwischen der Kronzeugenregelung* und dem Mainzer Parteitag eine Verbindung hergestellt wird. Man redet auch über den Mann in der Spitze und das nicht nur im positiven Sinne. Fragen nach seinem möglichen Rücktritt für den Fall, daß ihn der Parteitag bei der Kronzeugenregelung im Stich läßt, wischt Bangemann barsch als „Spekulationen und Blödsinn" zur Seite. „Wir werden uns einigen", lautet sein Motto für Mainz.

Bleibt das dringende Mahnschreiben des bayerischen Schwaben Grünbeck an seinen Vorsitzenden. Darin beklagt der Mittelständler die „Rücksichtslosigkeit und Hinterhältigkeit" der Union und besonders der CSU gegenüber dem kleinen Koalitionspartner. „Ich wollte die Wende 1982 und habe sie auch mit betrieben", versicherte Grünbeck gestern der WELT. Aber inzwischen habe sich ein solches „Sündenregister" der Union im Verhalten gegenüber der FDP angesammelt, daß er nicht länger schweigen könne.

Frage nach Korpsgeist

Nach den ständigen Attacken der CSU auf führende Liberale „muß man sich überlegen, ob das noch ein Koalitionspartner für uns ist". Offensichtlich verfolgten die Unionsparteien eine Strategie zur „endgültigen Ausschaltung der Liberalen". Grünbeck steht mit dieser Kritik nicht allein. Er könne diese Klage Grünbecks verstehen, sagte der stellvertretende *FDP-Sprecher Hans-Rolf Goebel* der WELT. Es sei bedauerlich, daß die CSU so wenig Korpsgeist in die Arbeit der Koalition einbringe und überall Schwierigkeiten mache.

NPD-Parteitag verlief friedlich

dpa, Willingen

Der 20. NPD-Bundesparteitag ist gestern in Willingen (Kreis Waldeck-Frankenberg) ohne nennenswerte Zwischenfälle zu Ende gegangen. Am Samstag hatten rund 500 Demonstranten gegen die Veranstaltung protestiert. Die rund 300 Delegierten der NPD diskutierten über die Chancen der Partei bei der Bundestagswahl am 25. Januar. Schwerpunkte der Wahlkampfaussagen der NPD sollen die Forderungen nach Neutralität und Wiedervereinigung Deutschlands sowie nach schärferen Ausländer- und Asylgesetzen sein.

„Verweigerung ethisch geboten"

KNA, Bamberg

*Die katholische deutsche Friedens*bewegung Pax Christi hat sich dafür ausgesprochen, das Nein zum System der militärischen Abschreckung politisch werden zu lassen und „Schritte der Verweigerung" zu entwickeln. Bei ihrer Delegiertenversammlung verabschiedete gestern Pax Christi bei Bamberg eine Erklärung, in der die Kriegsdienstverweigerung von Pax Christi als eine „heute ethisch gebotene Handlungsweise" bezeichnet wird. Der Bundeswehrsoldat sollte über den Sinn seines Dienstes verstärkt nachdenken.

Blüm unterstützt DAG-Forderung

VWD, Bonn

Arbeitsminister Norbert Blüm hat die Forderung der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) unterstützt, die Konzertierte Aktion zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme wiederzubeleben. Die Arbeitsmarktprobleme, so Blüm, erforderten Dialog und Kooperation von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierung. Mit solchen Gesprächsrunden solle die alte Konzertierte Aktion aber nicht einfach kopiert werden. Auf EG-Ebene gebe es einen Ansatz, der bei einer Verwirklichung in der Bundesrepublik von Vorteil wäre.

Hat die Gewerkschaft ein Steuergesetz verhindert?

Der Zeugenauftritt von Lappas soll neue Vorwürfe klären

DIETHART GOOS, Bonn

Nach monatelangem Tauziehen *kann* der Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Bundestages am Donnerstag dieser Woche endlich den Vorstandsvorsitzenden der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG), Alfons Lappas, als Zeugen vernehmen. Damit erreicht die Ermittlungstätigkeit der elf Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP sowie der Opposition von SPD und Grünen ihr wichtigstes Stadium. Denn der 54jährige Spitzenmanager des Deutschen Gewerkschaftsbundes gilt als Dreh- und Angelpunkt der Vorgeschichte des Neue-Heimat-Skandals und auch der weiterhin undurchsichtigen Transaktion des Wohnungsbauriesen zum Preis für eine Mark an den Berliner Fabrikanten Horst Schießer.

Genügend Fragestoff

Schon jetzt ist der Ausschußvorsitzende Hans Günther Hüsch überzeugt, daß ein Tag für die Vernehmung von Alfons Lappas nicht ausreichen wird. Vorsorglich ist daher auch der Freitag für die Befragung des „Finanzministers" des Deutschen Gewerkschaftsbundes eingeplant. Trotz der strikten Auflagen des Bundesverfassungsgerichtes, die genaue Studien des Geschäftsgebahrens der BGAG als bisheriger Eigentümerin der Neuen Heimat erheblich erschweren, bleibt dem Ausschuß genügend Fragestoff. So soll Lappas darüber Auskunft geben, ob sein Unternehmen 1982 gemeinsam mit führenden DGB-Vertretern Einfluß auf die Steuergesetzgebung der damaligen Bundesregierung unter Kanzler Schmidt genommen hat.

Wie aus geheimen Aufsichtsratsprotokollen der BGAG nach Meldung der *„WELT am Sonntag" hervorgeht*, plante Schmidts Finanzminister Matthöfer eine Novellierung des Körperschaftssteuergesetzes. Der SPD-Politiker wollte eine Gesetzeslücke schließen, die den Gewerkschaftsunternehmen beträchtliche Steuervorteile ermöglich hatte. So gewährten die Gewerkschaften ihren gemeinwirtschaftlichen Unternehmen statt üblicher Kapitalerhöhungen Gesellschafterdarlehen. Die DGB-Firmen zahlten dafür Zinsen an die Gewerkschaften, die infolge des ihnen gewährten Steuerprivilegs steuerfrei blieben. Auf Intervention der BGAG unterblieb – wie aus den von der „WELT am Sonntag" zitierten Aufsichtsratsprotokollen hervorgeht – das Vorhaben des Finanzministers, diese Steuerlücke zu schließen.

Der Zeuge Lappas soll dem Untersuchungsausschuß aber auch Rede und Antwort stehen über Vermögensverschiebungen zwischen dem gemeinnützigen und damit von der Steuer befreiten Teil des Neue-Heimat-Konzerns und der nichtgemeinnützigen Neue Heimat Städtebau. Bei seiner Zeugenvernehmung am *letzten Freitag hatte DGB-Chef* Ernst Breit, der lange Jahre dem Aufsichtsrat der Neuen Heimat angehörte und von 1982 bis Oktober diesen Jahres Aufsichtsratsvorsitzender war, keine Angaben gemacht. Breit erklärte den Parlamentariern immer wieder, davon sei ihm nichts bekannt. Als der CDU-Abgeordnete Gerster jedoch entsprechende Passagen aus BGAG-Aufsichtsratsprotokollen in die Zeugenvernehmung einführte, intervenierte Breits Rechtsbeistand Dahrendorf unter Hinweis auf die vom Bundesverfassungsgericht verfügten Geheimhaltungsauflagen bezüglich der BGAG-Aufsichtsratsprotokolle.

‚Überraschungen' erwartet

In Kreisen des Untersuchungsausschusses wird es für möglich gehalten, daß der Zeuge Lappas am Donnerstag trotz seiner anfänglichen Aussageverweigerung, die ihm sogar kurzfristige Beugehaft eintrug, noch mit Überraschungen aufwartet. Offensichtlich fühlt er sich zu Unrecht für das ganze Debakel um die Neue Heimat verantwortlich gemacht. Zur eigenen Verteidigung hat Lappas in einem Schreiben an die DGB-*Führung daran erinnert*, daß der Aufsichtsrat der BGAG fortlaufend über alle entscheidenen unternehmenspolitischen Transaktionen informiert worden ist. Das gilt nicht nur für den Aufsichtsratsvorsitzenden und DGB-Chef Breit, sondern auch für weitere führende Gewerkschaftsfunktionäre. Vom Ergebnis der Aussage des BGAG-Vorstandsvorsitzenden will der Untersuchungsausschuß den Ablauf seiner weiteren Tätigkeit abhängig machen. Bis Mitte Dezember soll dem Bundestag ein Bericht vorgelegt werden.

Vogel (CDU) denkt an Gang nach Karlsruhe

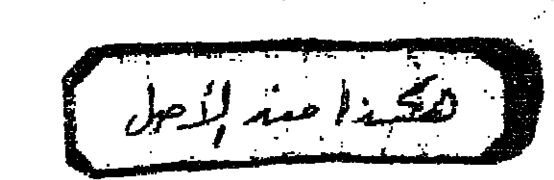
HEINZ HECK, Bonn

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) ist „sauer" über immer neue Forderungen einiger Länderkollegen. Im Gespräch mit der WELT schloß er die abermalige Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes zur Regelung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern nicht aus. Rheinland-Pfalz habe sich bisher mit *Forderungen* an den Bund zurückgehalten und auch an dem Verfahren in Karlsruhe nicht beteiligt, sagte der Mainzer Regierungschef.

„Doch sogar die *rheinland-pfälzische Langmut* hat Grenzen", fügte Vogel *hinzu*. Wenn Rheinland-Pfalz sich nach dem Ausgleich schlechter stelle als vorher, bleibe Mainz nur der Weg nach Karlsruhe. Die am vergangenen Freitag im Bundesrat beschlossene Sonderhilfe für die Küstenländer (WELT vom 8. November) hält Vogel für berechtigt. Sollten weitere Forderungen erhoben werden, wie bereits von Nordrhein-Westfalen für die Steinkohlelasten, so werde auch Mainz seine Forderungen stellen. Um die *Hilfe nicht nur* des Bundes, sondern auch der Länder für den Steinkohlebergbau zu verdeutlichen, betonte Vogel: „Ich bin ein Anhänger des Jahrhundertvertrags."

Auch Rheinland-Pfalz habe mit Strukturproblemen zu kämpfen. Was für die Küstenländer die Werften, sei für sein Bundesland die Schuhindustrie (Pirmasens). Auf der Sorgenliste stünden auch der Fremdenverkehr, die Belastung des Fremdenverkehrs durch militärische Einrichtungen (Auswirkungen der NATO-Lasten) und Wein. Allerdings ließ Vogel keinen Zweifel daran, daß er es vorzieht, wenn alle Länder nach Abschluß des Finanzausgleichs auf die Durchsetzung von Sonderforderungen verzichteten.

Wenig Verständnis zeigte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident für die harte Haltung von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in der Frage des Nachteilsausgleichs für Bremen und Nordrhein-Westfalen. Die Länder hatten den Bund einhellig aufgefordert, den Betrag von 175 Millionen Mark vorzufinanzieren; Stoltenberg hatte kategorisch abgelehnt. Nach Meinung Vogels entstünden dem Bund dadurch lediglich Zinskosten in Höhe von etwa drei Millionen Mark.



Nicht viele deutsche Ärzte sind zugleich so hoch gerühmt und so heftig geschmäht worden wie Professor Emil Bücherl, Chef-Chirurg des Klinikums in Berlin-Charlottenburg. Der Spezialist für Organ-Verpflanzungen hat sich als Kunstherz-Pionier weltweit einen Namen gemacht. Nach jahrzehntelanger Forschung war es dann im März dieses Jahres so weit: Bücherl setzte das von ihm entwickelte Ersatzorgan erstmals einem Patienten ein. Hat das Kunstherz eine Zukunft, kann es eine Alternative zum Spenderorgan sein? Das Gespräch mit Prof. Bücherl führte Dr. med. Vera Zylka, Medizin-Redakteurin der WELT.



Ein Mensch muß sein Kunstherz-Schicksal annehmen: Organ-Verpflanzer Emil Bücherl FOTOS: JOCHEN CLAUS

Prof. Bücherl: Notfalls lebe ich mit einem Kunstherz weiter

Herz, Lunge, Niere – was will man noch verpflanzen?

WELT: Man hat nun schon eine Anzahl von Herzen transplantiert, Sie selber haben als erster in der Bundesrepublik ein Kunstherz eingesetzt. Der Schwerpunkt Ihrer Arbeit im Charlottenburger Klinikum gilt ja seit langem der Entwicklung einer solchen künstlichen Blutpumpe. Glauben Sie, daß die Implantation eines Kunstherzens einmal so selbstverständlich wird, wie die eines Herzschrittmachers?

Bücherl: Was wir heute können, ist zeitlich befristet. Aber wenn ich nicht fest daran glauben würde, daß man am Ende ein Kunstherz wie einen Schrittmacher implantiert, hätte ich wahrscheinlich nicht so lange daran gearbeitet. Ich bin überzeugt, daß das möglich sein wird, das wird kommen. Aber das ist leider auch eine Frage der Ökonomie. Für die Kunstherzforschung wurde bislang auf der ganzen Welt nur unwesentlich mehr Geld ausgegeben, als das Krebsforschungsinstitut in Heidelberg in einem einzigen Jahr zur Verfügung hat. Wir haben hier in Berlin von 1972 bis 1985 für die gesamte Kunstherzforschung einschließlich der Kunststoffe knapp sieben Millionen Mark bekommen.

WELT: Man hat Ihnen nun sogar die Mittel verkürzt?

Bücherl: Die Förderung der Forschung ist immer etwas Unerfreuliches gewesen. Ich bin mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft jetzt seit 1952 zugange. Man hat einiges eingesehen. Aber es ist oft so viel Administration dabei, daß man schlichtweg davonlaufen könnte. Das Unglückliche unseres Systems liegt zum Teil in der Begutachtung. Ich werde ja ganz selten dafür herangezogen. Erstens weil sie wissen, daß ich eine ganze Menge verstehe, und zweitens weil ich sehr kritisch bin. Es ist mir mehrfach passiert, daß meine Amtsbrüder, die keine Forschung betreiben, als Gutachter tätig waren. Dann sitzen sie da und sollen mehr oder weniger meinen Antrag verteidigen. Was dabei heraus kommt, ist oft hanebüchen.

WELT: Stört es Sie nicht, kostbare Zeit darauf zu verwenden, bei Stiftungen und Behörden zu antichambrieren, um an Gelder für das Kunstherz heranzukommen?

Bücherl: Am besten ist es, wenn sie jemanden operieren, der sich in einer verantwortlichen Position befindet, also irgendwo am Hebel sitzt. Wer einmal selbst betroffen ist, sieht die Notwendigkeit finanzieller Hilfe ein und wird tätig. Ich habe mal einen Berliner Bausenator operiert, und auf einmal klappte alles, was bauliche Belange anbetraf.

WELT: Würden Sie sich im Notfall selbst ein solches Kunstherz aus Ihrer Eigenproduktion einpflanzen lassen?

Bücherl: Wenn es keinen anderen Weg gäbe – aber selbstverständlich.

WELT: Wo würden Sie die Grenzen des Mach- und Vertretbaren ziehen?

Bücherl: Natürlich gibt es überall Sinn und Unsinn, aber primär glaube ich an die Biologie. Und wenn man sich die Verhaltensweise der Biologie betrachtet, dann wird man erstaunlicherweise häufig sehen, daß dort Unsinniges verschwindet. Was die Medizin angeht, da muß man differenzieren von Mensch zu Mensch. Wenn man, beispielsweise, einem Blinden mit Hilfe eines künstlichen Systems gewisse optische Eindrücke vermitteln könnte, dann würde ich das bejahen. Wenn man aber den Menschen (ähnlich der Tierzüchtung) verändern wollte, daß man ihn entsetzlich groß machte oder ihm sechs statt fünf Finger verpaßte, dann wäre für mich die Grenze überschritten.

Es ist mir wichtig, den Patienten als Mensch in seiner Gesamtheit zu sehen. Daher halte ich meine Kollegen auf der Wachstation an, daß sie nicht nur Lungenfunktions- oder Nierenfunktionswerte kennen. Ich möchte auch wissen, was hat dieser Mensch für eine Familie, hat er Kinder und wie lebt er mit denen. Insofern trifft man als Arzt Entscheidungen, die ein großes Spektrum umfassen.

So ist dem einen Menschen ein Kunstorgan noch dienlich, dem anderen nicht. Also nicht in dem Sinne, daß jeder, der nicht schnell laufen kann, ein Kunstherz braucht. Das würde ich für Blödsinn halten. Aber wenn ein Mensch sein Kunstherz-Schicksal annimmt und Substanz mitbringt, die ihm ein solches Leben wünschenswert erscheinen läßt, und wenn er dafür in seinem Umfeld genügend Platz und Möglichkeiten hat, dann bejahe ich das uneingeschränkt. Also wenn die normale menschliche Biologie erhalten bleibt und der Mensch mit seinen implantierten Kunstteilen gut fertig wird – und auch seine Familie.

20 Jahre für die Forschung – aus Ehrgeiz oder Neugier?

WELT: War die Entwicklung des Kunstherzens eigentlich eine Art Lebensziel? Oder hatten Sie einmal andere Pläne?

Bücherl: So einfach kann ich das eigentlich gar nicht beantworten. Eigentlich wollte ich ja gar kein Mediziner, sondern Bühnenbildner werden. Nach dem Krieg habe ich dann überlegt, ob ich Medizin studieren sollte oder nicht. Ab 1945 habe ich mich dann für das Medizinstudium entschieden. Mit den damals üblichen Trimestern und mit Auslandsaufenthalten habe ich knapp drei Jahre Medizin studiert. Und danach mein Examen in Heidelberg abgelegt.

Als Student habe ich nicht nur Bücher gelesen sondern habe auch in Kunst gemacht, war ständig auf Achse. Ich zeichnete sehr viel. Auch heute noch. Sehen Sie, bis vor drei Jahren konnte man ja noch vernünftige Medizinprüfungen durchführen. Heute aber sieht das alles anders aus. Es sind drei Prüfer, drei Fächer, und man sitzt da mehr oder weniger zwei Stunden sinnlos daneben, weil vor mir der Gynäkologe und der Internist prüft. In diesen zwei Stunden habe ich angefangen alle Prüfungs-Kandidaten zu zeichnen. *(Prof. Bücherl holt strahlend eine Kladde aus dem Regal, die auf jeder Seite einen skizzierten Kopf, den Namen des Prüflings und das Datum trägt.)* Außerdem gebe ich jedes Jahr einen von mir bebilderten Jahresbericht heraus. *(Rennt wieder zum Regal, zieht eine Anzahl von Heften heraus, die er mir in die Hand drückt).* Das hier ist eine Zeichen-Collage aller meiner Mitarbeiter. *(Er selbst thront über allen als griechischer oder vielleicht eher römischer Gott).*

WELT: Wie findet man denn von der Kunst den Weg wieder zurück zur Medizin?

Bücherl: Ich habe nach dem Krieg überlegt, ob ich wirklich Medizin machen wollte oder ob ich es aufgeben sollte. Meine erste Station war dann in der Chirurgie in Amberg. Man kann sagen ab August 1945 habe ich dann angefangen, mit System zu arbeiten, und das drei Jahre lang, und zwar in der Chirurgie. Ich hatte da einen Tagesrhythmus von morgens 6.45 Uhr bis nachts um 01.00 Uhr. Täglich. Samstagsmittags habe ich aufgehört und habe dann Belletristik gelesen, gezeichnet oder modelliert. Ich habe eine ganze Menge Plastiken hergestellt. Ich war schließlich so weit, daß ich eine ganze Menge Bilder verkauft habe. Ich war ganz überrascht, daß die Leute meine Bilder gekauft haben. Tennis habe ich früher auch sehr gerne und intensiv gespielt. Das mache ich aber heute nicht mehr. Dafür spielen jetzt mein Sohn und meine Tochter Tennis. Tja, und Sonntagmittags habe ich wieder angefangen zu arbeiten.

WELT: Was trieb Sie dazu, mehr als 20 Jahre zu forschen und wie ein Besessener zu arbeiten? Neugier, Ehrgeiz?

Bücherl: Es ähnelt der Kunst. Es ist sonderbar, gerade damals in Amberg: Es war zum Beispiel Samstagmittag. In meiner Freizeit hatte ich mir vorgenommen zu malen, zu lesen oder zu modellieren. Auch wenn mir das an dem Tag gerade keinen Spaß machte, ich tat es, weil ich es mir vorgenommen hatte. Ich würde von mir sagen: Wenn ich etwas mache, dann mache ich es immer gründlich – sei es meine Arbeit oder mein Hobby. Aber zu Ihrer eigentlichen Frage, ich habe Spaß an meinem Beruf und somit Spaß an der Forschung. Es ist eine Menge was da zusammenkommt: Disziplin, Spaß am Beruf: meiner Meinung nach hat jeder eine gewisse Verpflichtung seiner Substanz gegenüber. Man muß und sollte sein Können – wenn die Fähigkeiten vorhanden sind – demonstrieren. Da ich nun einmal Professor der Universität bin, fühle ich mich ihr gegenüber auch verpflichtet.

WELT: Apropos: Wie ist denn Ihr Bild von der heutigen deutschen Universität?

Bücherl: Wenn ich mich so erinnere, dann war nach dem Krieg ein Teil der wirklich Exzellenten gefallen, ein anderer Teil „etwas braun angehaucht", die also keinen Lehrstuhl bekommen konnten. Und so gibt es an deutschen Universitäten Professoren, die völlig am falschen Platz sind. Ich kannte zum Beispiel einen Professor, er war ein interessanter Mann. Er war belesen, er war sehr musikalisch. Aber als Universitätsprofessor eine Katastrophe. Seine Forschung bestand im Sammeln von Röntgenbildern; er betrieb eine sogenannte Schubladenwissenschaft. Wenn er einige Röntgenbilder zusammen hatte, hat er das veröffentlicht. Das ist eben keine kreative Forschung.

WELT: Sind Sie der Meinung, daß an den Universitäten ein Qualitätsabfall stattgefunden hat?

Bücherl: Auf jeden Fall. Zweitklassige Chefs suchen ja keine erstklassigen Mitarbeiter. Insofern konnte man ja sagen, wenn an allen Kliniken solche Figuren sitzen, die eben übrig geblieben sind, dann ist es logisch, daß diese nur wieder zweitklassige Leute nachzüchten. Das ist wie eine Mafia. Denn wenn da ein Lehrstuhl frei wurde, dann hieß es: Da muß der oder der hin, obwohl man den Betreffenden gar nicht kannte und dieser dafür gar nicht qualifiziert war. Und wenn ich mein Fach sehe, würde ich sagen – bis auf ein oder zwei hat, meiner Ansicht nach, keiner meiner Amtsbrüder die Qualifikation zu dem, was ich als Universitätsprofessor im Sinne des Kreativen und des wirklich Universitären sehe.

WELT: Und das Spezialistentum?

Bücherl: Das tötet noch den Rest.

WELT: Ist ein in Grenzbereichen tätiger Forscher nicht besonders Mißverständnissen ausgesetzt?

Bücherl: *Man muß mit solchen Dingen fertig werden.* Und natürlich ist die Presse etwas Besonderes. Ich habe da viel Negatives mitgemacht, allerdings auch einiges Positive. Mein negativstes Erlebnis, nun: Wir haben ja sehr früh mit Organtransplantationen angefangen, sonderbarerweise, nicht mit Kunstherzen. Wir hatten als einzige Langzeit-überlebende Tiere nach Lungentransplantationen. Und da kam ein Nachrichtenmagazin („Stern") begeistert zu uns und wollte die Story veröffentlichen, obwohl das vom Thema her sehr schwierig sei. Ein Fotoreporter machte dann sehr gute Bilder – übrigens die besten Bilder, die je von meiner Forschung gemacht worden sind. Es war alles völlig korrekt, die Bilder und der Text. Ich gab aber zu bedenken, daß mir eine solche Reportage enorm schaden würde. Dann entschied der Chefredakteur, daß diese Reportage trotzdem gebracht würde, da es sich um ein mit öffentlichen Mitteln gefördertes Projekt handle.

Aber dann trat die Medizinische Fakultät der hiesigen Uni zusammen und hat sich überlegt, ob ich nicht entlassen werden müßte. Das hat mich damals schon einige Nerven gekostet. Aber damit nicht genug. Schließlich sollte ich in den USA einen phantastischen Preis bekommen mit einer hohen Auszeichnung für Forschung. Einige Zeit später wurde mir bedeutet, daß ich diesen Preis nun doch nicht bekäme. Warum? Eine Voraussetzung für die Erlangung des Preises war gewesen, daß die nationale, also die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie, zustimmte. Die befand jedoch, daß ich zwar wissenschaftlich wirklich außergewöhnlich gut sei, aber eine sehr eigenartige Beziehung zur Laienpresse hätte.

WELT: Sie wurden – der Tierversuche wegen – als Tierquäler beschimpft und Menschenschinder genannt. Was ist denn Ihre ethische Position, wie rechtfertigen Sie Ihr Handeln?

Bücherl: Was Tierexperimente anbelangt bin ich der Meinung, daß unsere Tiere bei jedem Versuch mindestens so gut behandelt werden wie kranke Menschen. Wenn von einem Assistenten ein Tierversuch unternommen wird und der entspricht nicht meinen Erwartungen, so war dies sein letzter Versuch. Erstens erfordert ein Tierexperiment eine saubere Planung, so *daß man es rechtfertigen kann*, und zweitens einen zusätzlichen Einsatz. So hatte ich mit unseren Kontrolleuren nie Schwierigkeiten. Wir geben uns tierexperimentell sehr große Mühe. Ich kann für unsere Experimente *behaupten, daß ich sie von der Dokumentation* bis zur Vor- und Nachsorge voll verantworten kann. Ich bin der einzige Ordinarius, der noch selbst Forschungen betreibt. Alle Tiere mit Kunstherz habe ich persönlich operiert.

WELT: Sind Ihre Erfolge nicht zu teuer erkauft, mit einem Übermaß an Arbeit, mit persönlichem Verzicht?

Bücherl: Das letzte auf keinen Fall. Ich sage, wenn ich Erfolg habe, das kann ich immer am besten eigentlich an meinem Forschungshaus hier am Klinikum klar machen, wo die Versuchstiere stehen und wo wir das Kunstherz über viele Stadien hinweg bis zu seiner heutigen, schon sehr weitgediehenen Reife entwickelt haben. Wenn wir zwei, drei Versuche gemacht hatten und das klappte nicht, dann war die gesamte Mannschaft (so ein Team zählt ja an die 25 Mann) deprimiert. In solchen Momenten ist es notwendig, seine Leute in ihrem Optimismus zu bestärken und durch den Mißerfolg nicht gleich *in Panik geraten zu lassen. Erfolg ist* wenn wir sagen können, daß wir operativ eine unglaublich gute Statistik haben mit guten Erfolgen. So etwas *macht mich dann nicht bescheiden*, es macht mich stärker. Erfolg macht auch stolz – im guten Sinne.

WELT: In einem Forscherleben reihen sich Erfolge und Niederlagen. Gibt es etwas, was Sie womöglich mehr beeindruckt hat als die spektakuläre Implantation des Kunstherzens. Vielleicht Ihre erste selbständige Blinddarm-Operation?

Bücherl: Wenn ich zurückblicke, dann schätze ich die Dinge heute ganz anders ein als zu damaliger Zeit. Ja natürlich, 1957 die erste Operation am offenen Herzen. Die finde ich heute aufregender als damals. Denn wenn ich bedenke, unter welchen doch viel einfacheren, primitiveren Voraussetzungen ich operiert habe, das war doch ganz schön mutig.

Die Kunstherz-Implantation vom März bleibt mir aus einem ganz anderen Grund in Erinnerung. Ich werde nie vergessen, als man bei dem Patienten nun wirklich alles, bis dahin Mögliche gemacht hatte, um sein Leben zu retten. *Ich werde mich sicher* mein ganzes Leben daran erinnern, als ich nach Anschluß des Linksherz-Bypasses allein vom OP auf die Wachstation gegangen bin und mir auf dem Weg dorthin überlegt habe, was für eine Entscheidung triffst du. Das war ein besonderes Gefühl, wo man noch einmal alles Revue passieren läßt. Was hast du an Vorarbeiten geleistet, von den Anfängen, vom Material, von der Sicherheit, von der Testung. Um dann zu sagen, ja, du bist dir im Innern klar, daß du es verantworten kannst, und daß du es bei deinen Kenntnissen sogar tun „mußt".

Bei solchen Entscheidungen ist man immer allein. Selbst Leute, die mir nicht wohlgesonnen sind, sagten, *daß die Konsequenz in diesem Ablauf* eben doch unglaublich und gegeben war.

WELT: Fachkreise warteten ja damals geradezu darauf, daß „der Bücherl" seine Kunstherz-Implantation unternimmt.

Bücherl: An sich trafen alle Voraussetzungen gut zusammen. Da habe ich mir gesagt, was die Amerikaner können, das können wir auch. Und *für den Patienten war dies die einzige* Chance des Überlebens, die letzte Konsequenz. Da haben wir es gemacht.

WELT: Hat sich denn an diesem Tag ein Chirurgen-Traum erfüllt?

Bücherl: Ich komme wieder zurück auf vorher Gesagtes. Meine Vorstellung war immer, daß ich diesen Posten als Ordinarius einer deutschen Universität ausfülle. Mit allen Möglichkeiten, die sich mir in Klinik, Lehre und Forschung bieten. Und ich bin ziemlich stolz, daß ich das eigentlich ganz gut zusammen realisiert habe.

Schmerz einer Mutter: Aber mein Sohn lebt doch noch

WELT: Nach all dem, was Sie als Arzt, Forscher und akademischer Lehrer in diesen Jahrzehnten erlebt und gesehen haben – staunen Sie noch, sind Sie noch zu beeindrucken?

Bücherl: Ja. Gestern, z.B., als wir bei einer Patientin zum xten Male probierten, von der Blutpumpe abzugehen und hofften, daß sie endlich ohne maschinelle Hilfe auskäme .... das sind doch schon Stunden, wo eine dichte Atmosphäre herrscht, wo alle die Sache gespannt verfolgen. Sie sehen auf die Frau, sie sehen auf die Meßwerte. Das ist eine Atmosphäre – mehr als nur ein Kinofilm. Das ist Leben. Alle fühlen sich beteiligt. Man sieht es daran, daß plötzlich Leute kommen, die mit diesem Fall nicht direkt zu tun haben, sich aber zur Klinik gehörig fühlen. Dann die Faszination zu sehen, was sich am Patienten abspielt und wie das Ganze plötzlich auch die Mitarbeiter stimuliert, das ist schon was besonders Aufregendes – auch heute noch.

WELT: Wie sehen Sie die Entwicklung des Kunstherzens international? Für die Amerikaner steht wohl das transplantierte Herz im Vordergrund

Bücherl: Was die Herztransplantation angeht, Sie haben mich vorhin gefragt, was für mich eindrucksvolle Negativerlebnisse sind. Nichts ist für mich belastender als ein Patient, der kurzatmig auf Station liegt, sich nach zwei gesprochenen Sätzen erst wieder erholen muß, um weiterzureden und der tagelang auf ein Spenderherz wartet. Wenn man auf einen solchen Patienten zukommt, so steht auf seinem Gesicht die Frage, ob nicht jemand bei einem Verkehrsunfall totgefahren worden sei.

Das geht mir und geht jedem unter die Haut, zu sehen, daß ein Mensch hofft, ein anderer, der jung ist und sonst gesund, möge tödlich verunglücken, damit er das Herz dieses Menschen bekommen kann.

Noch ein Beispiel: Vor einiger Zeit hatten wir einen Idealspender hier. Aber dann die Mutter dieses Spenders zu sehen, wie ihr so langsam die Tränen herunterkullern, weil ich das Herz ihres Kindes, ihres Sohnes haben will – um einen anderen, einen Fremden zu retten. Und wie es dann aus ihr herausbricht: „Ja, aber mein Sohn lebt doch noch!" Das Hirn war tot, aber sein Herz schlug. Stellen Sie sich vor, sie haben vor sich eine Mutter, wo sie das gesunde Herz ihres verunglückten Sohnes für einen Patienten haben möchten ... Das ist schon schwer. Das sind eindrucksvolle, aber auch bittere Augenblicke.

Allein für Empfänger, die unter 50 Jahre alt sind und ansonsten organisch gesund, bräuchten wir pro Jahr in der Bundesrepublik rund 2000 Herztransplantate. Bis jetzt sind aber auf der ganzen Welt seit 1967 erst etwa 2300 Herztransplantationen gemacht worden. Dieser Bedarf kann gar nicht nur mit Spenderherzen gedeckt werden. Ich habe viele Jahre ausschließlich Transplantationsforschung betrieben. Aber von der Quantität her betrachtet habe ich mir damals gesagt, daß es wichtiger sei auf dem Gebiet Kunstorgan zu investieren.

WELT: Übrigens: Wie hält denn ein Herz-Spezialist sein eigenes Herz fit?

Bücherl: Das ist einfach zu beantworten: Ich mache jeden Morgen Gymnastik; ich rauche nicht; ich halte mein Gewicht; ich passe auf, was ich esse. Außerdem kann ich auch gut abschalten. Manchmal setze ich mich mittags mal fünf Minuten hin und entspanne mich.



Problem der Spender wäre gelöst

Emil Sebastian Bücherl wurde am 6. November 1919 in Furth (i. W.) als Sohn eines Beamten geboren. Er studierte in München, Rom und Heidelberg, wo er 1944 das medizinische Staatsexamen ablegte. Über Stationen in Amberg, München, Göttingen und Stockholm kam Bücherl an die Chirurgische Universitätsklinik in Göttingen, wo er 1955 als Privatdozent seine Hochschullaufbahn begann. 1957 ging er an die Freie Universität Berlin, wo er 1962 außerplanmäßiger Professor und 1968 Ordinarius und Klinikdirektor wurde. 1964 bis 1968 war Bücherl zugleich Ärztlicher Direktor des Städtischen Krankenhauses in Neukölln (Chefarzt der Chirurgischen Abteilung).

Bücherl spezialisierte sich als Chirurg vor allem auf extracorporale Zirkulation (Herz-Lungen-Maschine), Organtransplantationen, Schock und künstliches Herz. Er nahm 1957 die erste Operation am offenen Herzen in Deutschland vor. Mit mehreren Organverpflanzungen (Niere, Lunge, Herz) gilt er als einer der hervorragendsten deutschen Experten auf dem Gebiet der Herz- und Kreislauf-Chirurgie.

Seit 1962 arbeitet er an der Entwicklung eines künstlichen Herzens und gilt mit seiner Abteilung als einer der Pioniere auf diesem Gebiet. Bücherls Forschungen, die vom Bundeswissenschaftsministerium und der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt werden, zielen auf die Miniaturisierung des Kunststoffherzens unter Mitarbeit von deutschen Firmen wie AEG, Siemens und MBB. Nach seiner Meinung könnte das Kunstherz nach einer Vervollkommnung der Methode in Serie hergestellt werden, damit wäre das Problem der Organspenden gelöst: Selbst wenn nur fünf Prozent von rund 160 000 Herztoten in der Bundesrepublik hätten operiert werden können, so hätte dies den Einsatz von 8000 Organspendern erfordert. Aber die gibt es nicht. Im Laborversuch überlebte bereits 1976 ein Versuchstier, das Kalb Barbara, mehrere Monate mit einer künstlichen Blutpumpe.

Besondere Arbeiten finden in seinen Laboren auf dem Gebiet der Biomaterialien statt, wobei es neben der Blutverträglichkeit um die Dauerbelastbarkeit geht.



„Was die Amerikaner können, das können wir auch": Prof. Emil Bücherl im Gespräch mit WELT-Redakteurin Dr. med. Vera Zylka.

Tokio und Peking legen Disput bei

dlt. **Tokio**

Der japanische Ministerpräsident Nakasone hat bei einem zweitägigen Besuch in Peking über das Wochenende die in letzter Zeit von Unstimmigkeiten belasteten Beziehungen zwischen China und Japan verbessern können. Bei seinen Gesprächen mit den Parteiführern Deng Xiaoping und Hu Yaobang sowie Premier Zhao Ziyang wurden die Spannungen über die Bemerkungen des ehemaligen japanischen Kultusministers Fujio, der die Verbrechen Japans gegen China während des Zweiten Weltkriegs verharmlost hatte, heruntergespielt.

Hu Yaobang erklärte, daß einige Personen in Japan die Gefühle des chinesischen Volks nicht verstünden, daß dadurch aber die im allgemeinen guten Beziehungen zwischen beiden Ländern nicht beeinträchtigt werden könnten. Auf neue rechtskonservative Strömungen in Japan anspielend, warnte Hu auch vor einem engstirnigen Nationalismus.

Zu den wichtigsten Themen anläßlich der Visite gehörte der Kurs beider Nationen gegenüber Moskau. Dem japanischen Premier gelang es, die Zustimmung Pekings für seine Verhandlungsposition anläßlich des erwarteten Japan-Besuchs von Parteichef Gorbatschow zu bekommen. Die Japaner hoffen, daß Gorbatschow im Januar zu seiner prinzipiell zugesagten Visite kommen wird.

Nakasone versicherte seinen chinesischen Gesprächspartnern, daß er während des Gorbatschow-Besuchs politische und wirtschaftliche Fragen nicht voneinander trennen werde. Er werde unbeirrt an dem japanischen Territorialanspruch auf die vier Inselgebiete nördlich von Hokkaido festhalten, die von den Sowjets seit 1945 besetzt gehalten werden. Moskau will diese Frage ausklammern und die Frage der Wirtschaftsbeziehungen in den Vordergrund stellen. Der sowjetische Botschafter in Tokio deutete jetzt an, daß sein Land wirtschaftlich enger mit den westeuropäischen Ländern zusammenarbeiten werde, wenn Japan auf seinen Gebietsansprüchen bestehe. Parteichef Hu Yaobang versicherte Nakasone, daß es trotz vermehrter Kontakte keine substantiellen Fortschritte in den Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion gegeben habe. (SAD)

„Die KP lebt nur noch von ihrer revolutionären Rente"

Auszüge aus einem unveröffentlichten Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften über die politische Situation in Jugoslawien

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Ein „Memorandum " über aktuelle Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Jugoslawiens, das von der Serbischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet wurde, hat zu heftigen Reaktionen der regierenden jugoslawischen Kommunisten geführt. Die Partei spricht von „Konterrevolution", von „Nationalismus", „Antikommunismus" und beschuldigt die Akademie – in der die prominentesten Wissenschaftler, bildenden Künstler und Schriftsteller des Landes vertreten sind – im Auftrag einer „bürgerlichen Rechten" den Sturz des kommunistischen Systems vorzubereiten. Die WELT veröffentlicht nachfolgend Auszüge aus diesem brisanten und in jeder Beziehung sensationellen Papier, das bereits dazu führte, daß die für November anberaumte große Hundertjahrfeier dieser Institution verschoben werden mußte.

1. Die Krise der Wirtschaft und Gesellschaft

„Die Wirtschaftskrise dauert bereits fünf Jahre und ein Ausweg ist nicht in Sicht. Mit einer Wachstumsrate von 0,6 Prozent im Zeitraum 1981–1985 steht Jugoslawien in einer Reihe mit den wirtschaftlich am wenigsten erfolgreichen Länder der Welt. Auch die anderen Indikatoren der Entwicklung bieten keinen Trost. Eine Arbeitslosigkeit von mehr als einer Million verschließt der jungen Generation die Perspektive, in absehbarer Zeit ihre Existenzfrage lösen zu können. Brutto-Akkumulation und Reallohn sind um ein Drittel gesunken. Der dank der Politik des realen Wechselkurses und durch die Einschränkung aller Formen des Verbrauchs endlich erreichte Zahlungsbilanzüberschuß ist das einzige positive Resultat der Bemühungen zur Überwindung der Krise. Aber die Aufrechterhaltung der außenwirtschaftlichen Liquidität muß im Lichte der hohen Verschuldung, des Verlustes der ökonomischen Selbständigkeit des Landes in der Führung der Wirtschaftspolitik wie auch im immer ungeordneteren Zustand der Wirtschaft gesehen werden, der es nicht gelingen will, auf den Weg der Effizienz zu gelangen. Aus einem solchen Zustand schießt die Inflation empor, die alle ökonomischen Kriterien und Motive zerstört und gleichzeitig die Ohnmacht der Gesellschaft beweist. Je mehr Zeit vergeht, umso deutlicher wird, daß ein Ausweg aus der Krise ohne grundlegende Veränderungen im wirtschaftlichen und politischen System nicht möglich ist."

2. Das politische System und seine Träger

„Während in der heutigen zivilisierten Gesellschaft sich die integrativen Funktionen intensivieren – unter gleichzeitiger Stärkung der Bürger- und Menschenrechte, bei Überwindung autoritärer Formen der Macht und einer Demokratisierung des Entscheidungsprozesses – verstärken sich in unserem (jugoslawischen) System die desintegrierenden Kräfte, wie der lokale, regionale und nationale Egoismus sowie das autoritäre Selbstbewußtsein der Macht, die massenhaft und auf allen Ebenen die allgemein anerkannten Menschenrechte verletzt ... Der Zustand der Geister läßt befürchten, daß die politische Krise sich dem kritischen Punkt der vollkommenen Destabilisierung Jugoslawiens nähert. Kosovo ist hierfür das augenfälligste Zeichen.

Das stalinistische und Komintern-Erbe (der KP – Anm.d.Red) wirken noch immer stark fort. Tiefe Spuren haben die Beziehungen hinterlassen, wie sie innerhalb der illegalen (kommunistischen) Bewegung herrschten: Konspiration, innere Hierarchie, Beteiligung einer kleinen Zahl von Personen an der Beschlußfassung, Insistieren auf ideeller Einheit ... Wenn man hier noch die Tendenz hinzufügt, die einmal eroberte Macht entschlossen zu verteidigen – und zwar sowohl durch Repression wie durch die Pflege von Untertanengehorsam, dann wird verständlich, warum die Wege zu wahrer Demokratie so schwer zu finden waren ...



Führender Kopf der 16 Verfasser des Memorandums: Schriftsteller Antonije Isakovic FOTO:SVEN SIMON

Das heutige jugoslawische System hat nicht einen der Vorzüge der zeitgenössischen politischen Systeme. Es ist weder eine liberale Demokratie noch eine Rätedemokratie – und es ist auch kein aufgeklärtes bürokratisches System. Ihm fehlen sowohl die politischen Freiheiten wie auch die unmittelbare Beteiligung der Bürger am politischen Leben und auch das Funktionieren des Systems nach im Voraus festgelegten Regeln und Normen. Das gesamte (jugoslawische) System ist nach dem Prinzip der Aktivität der Spitzen der politischen Hierarchie und der hoffnungslosen politischen Passivität des Volkes konstruiert ... Ein undemokratisches Wahlsystem bringt die Wähler in die Lage, nicht zu wissen, für wen sie stimmen, und die Abgeordneten (Delegierten) haben niemanden, dem sie für ihre Arbeit Rechenschaft schuldig wären.

In Wirklichkeit ist das jugoslawische politische System eine Mischung der Überreste des alten politischen Staates und des autoritären Staates, der aus der Geschichte des sogenannten „realen Sozialismus" im Osten geerbt wurde. Ein solcher gemischter Staat ist unfähig, die notwendigen Veränderungen und Anpassungen seiner Institutionen und Ziele an eine sich ständig wandelnde Gesellschaft vorzunehmen. Die blokkierte politische Organisation wird zu einer Organisation der Bewahrung des status quo, zur Aufrechterhaltung einer unproduktiven, nicht-inventiven professionellen Politik und einer negativen Selektion loyaler und inkompetenter Kader."

3. Die kommunistische Partei

„Die Demokratisierung ist eine wesentliche Bedingung sowohl für den Ausweg aus der tiefen Krise wie auch für die unbedingt notwendige gesellschaftliche Wiedergeburt. Jugoslawien braucht keine Demokratisierung in Worten, die nichts verändert, sondern eine Demokratisierung des Bewußtseins und der gesellschaftlichen Beziehungen ... Eine wahre Demokratie läßt sich schwer ohne alternative Entwicklungskonzepte vorstellen ... Viele Schwierigkeiten haben ihre Ursache im Fehlen eines gut organisierten und demokratisch kontrollierten Staates mit einer fachlich kompetenten und gesellschaftlich verantwortlichen Verwaltung ... Der „Bund der Kommunisten" (KP) lebt von seiner revolutionären Rente und ist in hohem Maße privatisiert. In ihm besteht eine hierarchische Struktur professioneller Kader, die sich durch persönliche Loyalität gegenüber den Vorgesetzten und durch widerspruchslosen Gehorsam an der Macht hält. Der demokratische Zentralismus beschränkt sich darauf, daß die Führer entscheiden, die Mitglieder aber diese Beschlüsse widerspruchslos durchführen. Der „Bund der Kommunisten Jugoslawiens" ist mit dem Staat verschmolzen. Dieses Fehlen von Demokratie innerhalb des Bundes der Kommunisten überträgt sich auf die Gesellschaft im Ganzen. Der Anspruch des Bundes (der Kommunisten), die gesellschaftliche Avantgarde zu sein, stimmt offenbar nicht mit dem ungeordneten Zustand in seinem Innern überein.

4. Demokratische Reformen

Gemeinsam mit der ökonomischen und politischen Krise drückt auch die moralische Krise schwer auf die jugoslawische Gesellschaft. In ihrem Wesen wird die moralische Krise in einer ideologisierten Gesellschaft wie der unseren durch die ideologische Krise verursacht – durch die Niederlagen des ideologischen Programms der Revolution, durch das Abweichen von den proklamierten sozialistischen Zielen und Prinzipien, durch die Nichtübereinstimmung von Worten und Taten der politischen Führung, durch die nicht ausgebaute Rechtsordnung, durch ein schlechtes und abhängiges Gerichtswesen, durch bürokratische Willkür und Privilegien, moralischen Konformismus und das Anspornen des Karrierismus, durch das Fehlen freier und offener Kritik von Erscheinungen, Ideen und Trägern der Macht und der öffentlichen Funktionen – das heißt durch das Fehlen einer demokratischen öffentlichen Meinung als wirksames moralisches Gewissen der Gesellschaft ...

Die offizielle Ideologie, die anstatt eines wirklich sozialistischen Programms leere politische Proklamationen anbietet, hat in hohem Maße ihre mobilisatorischen Möglichkeiten erschöpft. Die Kluft zwischen den sozialistischen Prinzipien und einer verknöcherten Wirklichkeit ist so tief, daß sie zu einer massenhaft auftretenden Apathie, zum Rückzug ins Privatleben und einer immer größer werdenden Erbitterung führt.

Es gibt weder moralische noch rechtliche Grundlagen, daß irgendeine Elite (sei es von Gottes Gnaden, aus ihrer blutsmäßigen Abstammung, aus Religion, Rasse, Klasse, ideologischer Zugehörigkeit, historischen Verdiensten oder aus irgendeiner anderen Rechtfertigung) sich das Recht aneignet, im Namen des Volkes zu sprechen, zu entscheiden und Gewalt anzuwenden. Das Volk kann die politische Macht nur auf bestimmte Zeit an seine Vertreter übergeben – mit dem Recht, diese zu wählen, zu kontrollieren und abzusetzen, und sie bei Bedarf auch mit Gewalt zu stürzen – sofern diese den „Gesellschaftsvertrag" verletzen und anstelle der Volksinteressen ihre eigenen Interessen zu verfolgen beginnen."

Wo drückt die Schweizer der Schuh?

zän. **Genf**

Zunehmend konservative Tendenzen zeichnen sich in einer Schweizer Umfrage ab, die jedes zweite Jahr vom Forschungsinstitut Isopublic vorgenommen wird. Die Erhebung vermittelt gewöhnlich ein gutes Bild von der Stimmung im Lande.

Wo drückt die Schweizer der Schuh? Gefragt wurde nach den fünf wichtigsten Problemen. An der Spitze der Sorgenliste steht mit 73 Prozent die Umwelt. Hier spiegelt sich die Debatte über das Waldsterben und die Nachwirkungen von Tschernobyl wider. Fast jeder Schweizer bekennt sich heute zum Umweltschutz.

An die zweite Stelle ist das Drogenproblem gerückt. Zwei Drittel nennen die Rauschgiftbekämpfung als eine der dringendsten Aufgaben. Tatsächlich gehört die Schweiz zu den Ländern mit den meisten Drogentoten in Europa. Rund 50 Prozent der Befragten zählen die Altersvorsorge und 45 Prozent Jugendfragen zu den Hauptproblemen.

Furcht vor Überfremdung

Stark gestiegen ist die Zahl jener Schweizer, denen die „Überfremdung" ihres Landes Sorgen bereitet; 1984 waren es nur 28, heute sind es 43 Prozent. Der vermehrte Zuzug von Asylanten, vor allem von Wirtschaftsflüchtlingen aus Asien und Afrika, hat die „Ausländerfeindlichkeit" wiederaufleben lassen. Inzwischen versuchen die Behörden den Zustrom zwar einzudämmen; das Asylantenproblem bleibt dennoch ein zentrales Thema, besonders in der deutschsprachigen Schweiz.

Wirtschaftsfragen hingegen bereiten heute – bei guter Konjunktur und sehr niedriger Arbeitslosigkeit – weniger Sorgen als noch vor zwei Jahren. So unterstützen nur 14 Prozent die von den sozialistischen Parteien verfochtene These, daß die Macht der Banken zu groß sei. Jedoch nimmt der Widerstand gegen neue Fiskallasten zu. Nur acht Prozent sind bereit, zusätzliche staatliche Leistungen mit höheren Steuern zu bezahlen. 83 Prozent meinen dagegen, neue Staatsaufgaben müßten in jedem Fall durch Einsparungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden.

Starker Verteidigungswille

Bemerkenswert ist auch der „intakte Verteidigungswille" der Eidgenossen, der in schroffem Gegensatz zu einer kürzlich von linksextremen und pazifistischen Kreisen lancierten Volksabstimmung zur Abschaffung der Armee steht. Nur einer von vier Befragten glaubt gegenwärtig an Kriegsgefahr. Aber 58 Prozent wollen die Schweiz bei kriegerischer Bedrohung „mit den bestmöglichen Waffen" verteidigen.

Hungersnöte und Terrorismus gehören für mehr als die Hälfte der Schweizer zu den „Weltsorgen". Insgesamt jedoch hält nur noch knapp ein Drittel (1984 waren es 40 Prozent) die Lage der Dritten Welt für ein brennendes Problem. Das Interesse des Durchschnittsschweizers richtet sich also heute vor allem auf die Probleme im eigenen Lande.

„Friedenspastorin' in Schweden

idea, **Stockholm**

Erstmals hat die lutherische Staatskirche Schwedens eine hauptamtliche „Friedenspastorin" angestellt. Erzbischof Bertil Werkström führte jetzt Pfarrerin Elisabeth Gerle in das neue Amt ein. Gleichzeitig wurde bekannt, daß voraussichtlich 1987 die erste Militärpfarrerin in der schwedischen Armee ihren Dienst aufnimmt.

Bei der Einführung der Friedenspastorin betonte der Erzbischof die Bedeutung der Friedensarbeit in den Kirchengemeinden. Er regte an, „Friedenskästen" an Kirchenportalen aufzustellen, in die die Bürger Vorschläge zur Friedenssicherung einwerfen könnten.

Militärparade der Sandinisten

AFP, **Managua**

Mit der bisher größten Militärparade seit dem Sturz der Somoza-Diktatur hat die in Nicaragua regierende „Sandinistische Nationale Befreiungsfront" (FSLN) am Wochenende den 25. Jahrestag ihrer Gründung begangen und zugleich ihre Kampfbereitschaft demonstriert. Präsident Daniel Ortega nutzte die Veranstaltung zu einem scharfen Angriff auf die USA, die er vor einer Invasion warnte. Die Feier zeigte zugleich die Isolation, in der sich Nicaragua derzeit befindet. Als einziger ausländischer Staatschef war der Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara, erschienen.

Geschickt spielt Paris die Afrika-Karte

Handfeste Interessen hinter Engagement in ehemaligen Kolonien / 13. Gipfelkonferenz

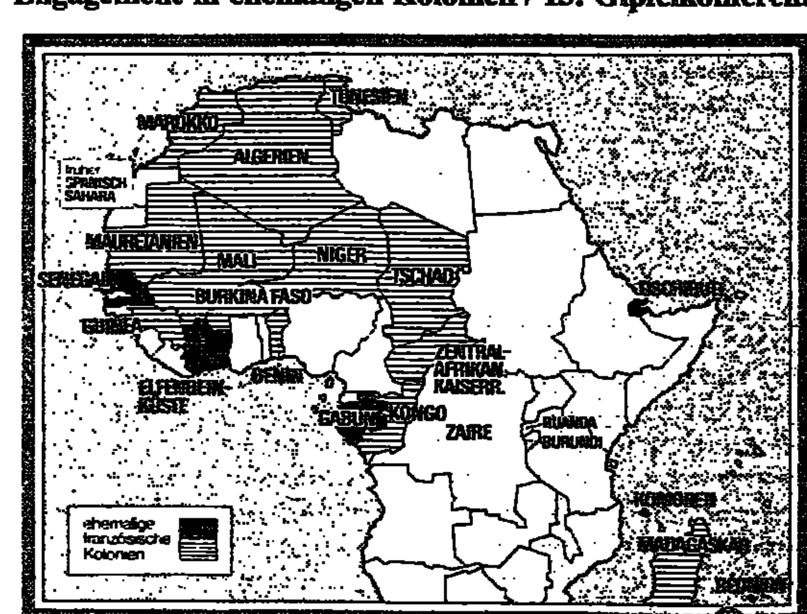
KLAUS JONAS, **Bonn**

Zwei Ereignisse – der Konflikt im zentralafrikanischen Tschad und der 13. franko-afrikanische Gipfel am kommenden Wochenende in Lomé (Togo) – haben das fortbestehende französische Engagement der Franzosen in Afrika wieder in Erinnerung gerufen. Sie ist ein Anachronismus, aber die Franzosen halten zäh daran fest – an der „mission civilisatrice" in Afrika. Allerdings: Früher mag es zivilisatorischer Eifer gewesen sein, heute sind es handfeste wirtschaftliche und machtpolitische Gründe.

Das Engagement in den Ex-Kolonien tut der französischen Wirtschaft gut. Die 14 Länder der sogenannten Franc-Zone wickeln zwischen 40 und 60 Prozent ihres Außenhandels über Frankreich ab. Und sie ziehen dabei noch Neider an: Beim 12. franko-afrikanischen Gipfel Ende 1985 konnte Präsident Mitterrand nicht nur die Führer der ehemals 16 französischen Kolonien in Paris begrüßen, sondern auch Emissäre von 19 anderen afrikanischen Staaten – summa summarum waren zwei Drittel der Mitgliedsstaaten der Organisation für afrikanische Einheit präsent.

Die Mitgliedschaft in der Franc-Zone – die Währung, der CFA-Franc, ist an den französischen Franc gekoppelt und frei konvertierbar, mindestens 65 Prozent der Devisen des jeweiligen Landes müssen in Paris deponiert werden – hat sich in einer Umgebung stetigen wirtschaftlichen Niedergangs für die Mitglieder als Bonus erwiesen. Zwar ist es schwierig, Vor- und Nachteile genau zu quantifizieren. Doch allein schon das Interesse anderer afrikanischer Länder an der Zonen-Mitgliedschaft zeigt, daß die Vorteile generell als überwiegend angesehen werden.

Die Pflege der Freundschaft zu Afrika hat Paris sich viel kosten lassen und von Anbeginn der nachkolonialen Zeit militärische Muskeln gezeigt. Bei Toulouse steht eine schlagkräftige Eingreiftruppe von 47 000 Mann zum Einsatz überall und jederzeit bereit. In Afrika selbst sind mehr als 7000 Militärs stationiert, auf Stützpunkten in Senegal, Elfenbeinküste, Gabun, Djibouti und in der Zentralafrikanischen Republik. Die Regimes in den meisten der ehemaligen französischen Kolonien können sich bei Gefahr auf Verteidigungsabkommen mit Paris berufen.



Ihre Schlagkraft bewiesen die französischen Fallschirmjäger, als Rebellen von Angola aus 1977 und 1978 die für Zaire lebenswichtige Kupferregion Shaba abzuschneiden drohten. Den Paras verdankt Präsident Mobuto Sésé Séko, daß er heute noch an der Macht ist. Und auch der Regierung des Tschad, die wieder einmal durch die von Libyen unterstützten Rebellen von Gukuni Weddeye bedroht wird, sprangen sie schon einmal zur Seite, 1983, als der Fall der Hauptstadt N'Djamena drohte.

Würde Frankreich sich aus dem von de Gaulle konzipierten post-kolonialem Engagement in Afrika zurückziehen, würde eine Neueinschätzung der gesamten Region nördlich des Sambesi durch die Supermächte erfolgen müssen. Und daran ist weder dem Westen noch den meisten afrikanischen Ländern gelegen.

„Frankreich ist das einzige westliche Land, auf das wir uns in Krisenzeiten verlassen können", hat einst Präsident Houphouët-Boigny von der Elfenbeinküste gesagt. Französische Staatschefs, gleich welcher Couleur, haben die Afrika-Karte immer geschickt zu spielen gewußt. Sie konnten sich stets auf das Prärogativ berufen, ohne vorherige Unterrichtung oder Einwilligung des Parlaments Militäreinsätze in Afrika anordnen zu können. Denn immerhin: noch sind 300 000 Franzosen in Afrika tätig.

Der Papst und die stillen Avancen des Kreml-Chefs

Warum ein Besuch in der UdSSR unwahrscheinlich ist

GERNOT FACIUS, Bonn

Wenn Kreml-Chef Michail Gorbatschow im Januar nächsten Jahres nach Rom kommt, wird er auch an die Türen des Vatikan klopfen. Der *sowjetische Generalsekretär braucht* zur Abrundung seiner Offensive des Lächelns die publicityträchtige Begegnung mit dem Papst. Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hat der russisch-orthodoxe Metropolit von Kiew, Filaret, für Gorbatschow den Pfadfinder gespielt. Filaret, als Vertreter des Patriarchen Pimen beim Friedensgebet in Assisi zugegen, weckte nach einer Privataudienz bei Johannes Paul II. mit der Bemerkung, für eine Papst-Reise 1988 in die *UdSSR bestünden zwar Hindernisse*

Die Analyse

aber „es ist alles möglich", die Spekulationslust. Der Papst auf dem Roten Platz?

Daß Filaret sich so exponiert, kommt nicht von ungefähr: Er ist der Chef des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, als solcher auch ein kirchliches Sprachrohr des Kreml gen Westen. Sein Vorgesetzter, Patriarch Pimen, hat erst kürzlich in einem Schreiben an Gorbatschow die Abrüstungspolitik der UdSSR begrüßt und den USA vorgeworfen, in *Reykjavik eine „für den Frieden gefährliche Position"* vertreten zu haben. Die Sowjetunion, so lobte Pimen, ermögliche Vereinbarungen, die die Interessen der ganzen Welt in Rechnung stellten. Eine Einladung an den Papst könnte die „Friedenspolitik" Moskaus also in einem noch günstigeren Licht erscheinen lassen. Gorbatschow würde dann als der Kreml-Führer präsentiert werden, der eine „liberale" Religionspolitik praktiziert. Dabei hat das für Ideologiefragen zuständige Politbüromitglied Jegor Ligatschow erst im Oktober eine konsequentere Atheismuskampagne verlangt.

Von Johannes Paul II. ist wohl kaum zu erwarten, daß er sich für so durchsichtige Manöver einspannen läßt. Der Papst aus Polen weiß wie kein zweiter, was das sowjetische Versprechen der „Religionsfreiheit" wert ist. Die katholische Kirche in Litauen ist gerade unter Gorbatschow einem verschärften Druck ausgesetzt; die 600-Jahr-Feier der Christianisierung Litauens 1987 soll ganz unter Ausschluß ausländischer Besucher verlaufen. *Nicht einmal* die Delegation der Deutschen Bischofskonferenz, die im Sommer in der UdSSR war, durfte die baltische Republik besuchen. Litauen grenzt an Polen und der „polnische Bazillus" könnte leicht überspringen. Deshalb wäre eine Einladung an den Papst ein Wunder. Johannes Paul II. muß aber, wie im Vatikan betont wird, eine Litauen-Visite zur Bedingung für eine Reise in die UdSSR machen. So erklären sich die „politischen und technischen Probleme", von denen Metropolit Filaret sprach.

Von den objektiven Schwierigkeiten, die aus der Sicht des Papstes eine Reise unwahrscheinlich machen, wird weit weniger geredet. Zwischen *ihm und der Orthodoxie steht das* Problem der mit Rom verbundenen, in der Sowjetunion aber verbotenen katholischen ukrainischen Kirche. Eine „schmerzliche Geschichte", so der Münchener Erzbischof Kardinal Friedrich Wetter nach seiner UdSSR-Reise. 1986 jährte sich zum 40. *Mal* der Jahrestag des sogenannten Lemberger Konzils. Auf Veranlassung Stalins hatten in Lemberg von der Geheimpolizei drangsalierte Gläubige der ukrainischen katholischen *Kirche* der „Selbstauflösung" ihrer Kirche und der „Rückkehr in den Mutterschoß der russisch-orthodoxen Kirche" zugestimmt. Hunderttausende von Gläubigen wurden damals nach Sibirien und Kasakstan de*portiert. Metropolit Josef Slipyi wur*de verhaftet, mehr als 1000 Geistliche wurden verurteilt, weil sie sich dieser „Rückkehr" in den Weg stellten. Heute hat die ukrainische katholische Kirche sich nach Informationen des „Hilfswerks Kirche in Not" von diesem Schlag erholt. Sie verfüge über mehrere Millionen Anhänger. Die enge Zusammenarbeit zwischen Regierung und russisch-orthodoxer Kirche wurde offensichtlich als Teil der Russifizierungskampagne der erkannt. Diese Kampagne ist historisch keineswegs neu, sondern gleicht bis ins Detail den Maßnahmen des zaristischen Rußland, die Ukraine zu unterwerfen und zu demütigen.

WELT-Gespräch mit dem Präsident von Bolivien / Putsch-Vergangenheit, Rauschgift, Wirtschaftslage

„Die USA und Europa sollten und könnten mehr für uns tun"

WERNER THOMAS, La Paz

Auf dem kleinen Platz herrscht eine idyllische Atmosphäre. Menschen aller Altersstufen füllen die Bänke. Tauben besetzen das Denkmal des Freiheitshelden Pedro D. Murillo. Vor dem Präsidentenpalast stehen farbenprächtig gekleidete Wachsoldaten, daneben die Kathedrale, wo gerade eine Messe zelebriert wird. Orgelklänge dringen durch die offene Tür ins Freie.

Die „Plaza Murillo" in La Paz (Friede) war nicht immer so friedlich wie in diesen Tagen. Sie kann eine bewegte und blutige Geschichte bezeugen, denn Bolivien ist bekannt für gewaltsame Regierungswechsel. Der Arbeitsort des Staatschefs heißt nicht ohne Grund „Palacio Quemado", verbrannter Palast. Vor etwas mehr als 40 Jahren, am 21. Juli 1946, erhängte eine wütende Volksmenge den Präsidenten Gualberto Villarroel, einen Oberstleutnant, und fast sein gesamtes Kabinett auf dem Murillo-Platz. Der damalige Wirtschaftsminister Victor Paz Estenssoro konnte rechtzeitig nach Buenos Aires fliehen.

Dieser Politiker, mittlerweile 79 Jahre alt, regiert wieder einmal Bolivien. Anfang August 1985 übernahm er zum vierten Mal das Präsidentenamt. Der untersetzte Mann mit dem dichten grauen Haar schätzt eine einfache, asketische Lebensweise. Er wirkt nicht wie ein Caudillo, eher wie ein Professor.

Jedes Gespräch mit Victor Paz Estenssoro wird von der Frage beherrscht, ob diese unruhige Nation nun endlich zur Ruhe findet. Der Präsident zieht eine zufriedene Zwischenbilanz der ersten 14 Monate seiner Amtszeit.

Paz Estenssoro: „Wir haben schon einiges erreicht. Wir haben die Inflation unter Kontrolle gebracht und die Währungssituation stabilisiert. Das Land erholt sich von der traumatischen Vergangenheit. Es gibt keine politische Gewalt. Die Militärs werden nicht putschen."

Wie beurteilen Sie diese Amtsperiode im Vergleich zu Ihren anderen Präsidentschaften?

Paz Estenssoro: „Dies ist zweifellos die schwierigste. Schauen Sie, was wir übernehmen mußten: eine Inflationsrate von 25 000 Prozent (sie beträgt heute zwischen 30 und 50 Prozent); einen Korruptionsmorast; eine polarisierte und demoralisierte Bevölkerung. Ich hätte nicht gedacht, daß wir in dieser relativ kurzen Zeit die Kurve nehmen."

Der studierte Wirtschaftswissenschaftler sieht jedoch kein baldiges Ende der Durststrecke. Er erwartet auch im nächsten Jahr kein Wirtschaftswachstum, frühestens „in den nächsten Jahren".

Ihre Gegner werfen Ihnen vor, Sie seien mit fortschreitendem Alter nach rechts gerückt. Manche nennen Sie reaktionär.

Paz Estenssoro: „Ich bin kein Reaktionär. Ich bin ein Realist. Anfang der fünfziger Jahre waren Verstaatlichungen notwendig, um ungerechte soziale Strukturen abzubauen. Heute lassen sich die Probleme nur mit einem liberalen Wirtschaftskurs lösen."

Paz Estenssoro hat von seinem Amtsvorgänger und ehemaligen Revolutionsgefährten Hernan Siles Zuaso nicht nur ein wirtschaftliches Trümmerfeld geerbt. Die Krise der *bolivianischen Bergbauindustrie*, hervorgerufen durch den Kollaps der Zinnpreise, und das Rauschgift-Problem sind derzeit die meistdiskutierten Themen.

Paz Estenssoro: „Es bleibt beim Umstrukturierungsprogramm der Bergbauindustrie. Wir müssen weg vom Zinn und uns statt dessen auf andere Metalle konzentrieren, Gold und Blei beispielsweise. Wir müssen die arbeitslos gewordenen Bergarbeiter umsiedeln. Der Anfang ist gemacht, viele können in der Landwirtschaft tätig werden."

Gewerkschaftskreise kritisieren die Umsiedlungen. Überhaupt wird Ihnen von dieser Seite vorgeworfen, Sie seien ein Feind der Arbeiter und wollten deren Organisationen zerstören.

Paz Estenssoro: „Ich will den Gewerkschaften kein Waterloo bereiten. Wir brauchen Gewerkschaften. Aber diese Leute sollen nicht vergessen, daß sie mit ihren pausenlosen Streiks mitverantwortlich waren für das wirtschaftliche Chaos."



Victor Paz Estenssoro, seit vierzig Jahren mischt der 79jährige in der Politik seines Landes mit. Der frühere Sozialist hat manchen Putsch überlebt. Sein Credo heute: Liberale Marktwirtschaft, Diversifizierung der Industrie, Kampf dem Rauschgift, Warnung vor einer neuen Chance für den Marxismus in Lateinamerika.

FOTO: CAMERA PRESS

Wir lenken über zum „Kokain-Krieg", der Mitte Juli mit Hilfe von 160 amerikanischen Soldaten eröffnet wurde.

Paz Estenssoro: „Wir mußten handeln. Das Problem wäre uns sonst über den Kopf gewachsen. Die Rauschgifthändler wären bald in der Lage gewesen, das Land zu kontrollieren. Und dann werden immer mehr Bolivianer drogenabhängig. Das Rauschgiftproblem ist ein internationales Problem. Alle müssen an einem Strang ziehen. Ein Land allein kann nichts ausrichten."

Der Präsident bedauert, daß unter *den lateinamerikanischen Nationen* keine intensivere Zusammenarbeit existiert. Er will die Kooperation mit der Reagan-Regierung auch nach dem Abzug der US-Soldaten fortsetzen und hofft, daß Bolivien vom Ausland eine Zahlungsbilanzausgleich-Hilfe für die durch die Rauschgiftbekämpfung entstandenen Devisenverluste erhält. Pro Jahr seien etwa 350 Millionen Dollar notwendig.

Zu den Konfliktherden Lateinamerikas will der bolivianische Staatschef nicht Stellung nehmen. Er teilt jedoch die Meinung des mexikanischen Dichters Octavio Paz, daß auf dem Subkontinent ein Machtkampf zwischen der Demokratie und der marxistischen Revolution droht, nachdem die Ära rechter Militärdiktaturen zu Ende geht.

Paz Estenssoro: „Entscheidend für das Überleben der Demokratie ist die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn es weiterhin abwärts geht mit Lateinamerika, haben die Marxisten eine Chance. Die USA und Westeuropa müssen diese Gefahr erkennen. Sie könnten und sollten mehr für uns tun."

In Bolivien schätzt Victor Paz Estenssoro die Bedrohung von links gering ein. Die linken Extremisten hätten sich in den letzten Jahren diskreditiert. „Die Leute sehnen sich nach Ruhe. Sie wollen endlich eine Aufwärtsentwicklung sehen."

Wird das tatsächlich Ihre letzte Präsidentschaft sein?

Paz Estenssoro: „Wenn 1989 meine Amtszeit endet, werde ich mich zurückziehen."

Zweifel der Polen an Gerechtigkeit ihrer Justiz

JGG. Köln

Die Polen haben kein Vertrauen zu ihrer Justiz. Das geht aus einer jüngst veröffentlichten Umfrage der Zeitschrift „Odrodzenie" (Erneuerung) in Warschau hervor, die der nationalen Front Pron nahesteht. Danach sind rund achtzig Prozent der Polen fest davon überzeugt, daß Mitglieder der Regierung, des Parteiapparates, Polizei und auch Sicherheitsbeamte von den Gerichten besser behandelt werden als der polnische „Otto Normalverbraucher". Die genannten Gruppen kommen in der Regel mit „allermildesten" Urteilen davon, wenn sie vor polnischen Gerichten stehen, heißt es. Außerdem hat die polnische neue nationale Front festgestellt: Nur 18,7 Prozent der Polen sind der Auffassung, daß die Staatsanwälte des Landes alle Bürger gleich und korrekt behandeln. So wissen viele Menschen in Polen auch, daß sie von ihrer Justiz gegenwärtig vergeblich eine allgemeine Gerechtigkeit erwarten können.

Orlow verlangt mehr Druck auf Sowjetunion

DW. Genf

Der am 5. Oktober dieses Jahres in den Westen ausgereiste sowjetische Dissident Juri Orlow hat die westlichen Länder aufgefordert, bei ihren Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der Sowjetunion mehr Härte zu zeigen. Vor Journalisten erklärte Orlow am Wochenende in Genf, in der Menschenrechtsfrage würden immer noch zu viele Höflichkeiten zwischen den Großmächten ausgetauscht. Das sei zu wenig. Der Westen, sagte Orlow, müsse jetzt seinen Druck auf den sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow verstärken, um die Freilassung weiterer politischer Ge*fangener* und die *Achtung der Menschenrechte zu* erreichen.

Der Physiker Orlow, der nach sieben Jahren Haft und drei Jahren Verbannung aus der Sowjetunion ausreisen durfte, hatte in Genf die Physiker des Europäischen Kernforschungszentrums CERN und mehrere Organisationen besucht, die sich für seine Freilassung eingesetzt hatten. Orlow wies daraufhin, die gegenwärtige Regierung in Moskau sei zu Zugeständnissen in der Menschenrechtsfrage bereit, wenn sie nur mit genügend Nachdruck darauf angesprochen würde. Es liege ihr daran, ihr Ansehen im Ausland zu verbessern.

„Prawda" spricht von Korrekturen in Tschernobyl

rtr, Moskau

Der Block Eins des Atomkraftwerks Tschernobyl ist Mitte Oktober für einige Zeit abgeschaltet worden, nachdem er am 29. September dieses Jahres wieder in Betrieb gegangen war. In der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" hieß es gestern, nach zwei Wochen Testbetrieb seien „Korrekturen" nötig geworden. Danach sei der Reaktor wieder in Gang gebracht worden.

Block Zwei sei inzwischen ebenfalls in Betrieb, nachdem die Folgen der Reaktorkatastrophe im vierten Block völlig beseitigt seien. Die beiden ersten Reaktoren waren bei der Explosion vom 26. April unbeschädigt geblieben.

Nach einer Meldung der Zeitung „Prawda Ukraini" war der zweite Block am Mittwoch wieder in Betrieb genommen worden. Die verbleibenden Blöcke Drei und Vier, der Unglücksreaktor, hatten Wand an Wand gestanden. Reaktor Nummer Drei soll zwar ebenfalls wieder Strom produzieren, doch dürfte die Inbetriebnahme noch einige Zeit dauern, da die Versiegelung des zerstörten Nachbarrekators noch nicht abgeschlossen ist. Dessen strahlende Trümmer sollen unter einer Betonschale mit eingebautem Kühlsystem begraben werden.

Kreml publiziert Bedingungen für Ausreise

AP, Moskau

Die Sowjetunion hat eine Ankündigung von Außenminister Eduard Schewardnadse auf dem Wiener Folgetreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wahrgemacht und die Bedingungen veröffentlicht, unter denen Auswanderungswillige die UdSSR verlassen dürfen.

Während Schewardnadse von neuen Bestimmungen sprach, die dazu dienten, das Antragsverfahren zu beschleunigen, internationale Kontakte auszuweiten und Probleme der Familienzusammenführung im Geist der Menschlichkeit zu lösen, konnten Beobachter zunächst keine wesentlichen Neuerungen erblicken.

Wie es in dem Amtsblatt heißt, ist die Auswanderung unter anderem in folgenden Fällen möglich: Übersiedlung zu Familienangehörigen, standesamtliche Heirat im Ausland, Besuch naher oder schwer erkrankter Verwandter, oder bei anderen triftigen Gründen.

Auswanderungswillige müssen nach der Verordnung die Einladung eines nahen Angehörigen aus dem Ausland vorlegen. Dazu zählten die Ehefrau oder der Ehemann, Eltern, Kinder oder Geschwister des Antragstellers. Über den Antrag soll innerhalb eines Monats entschieden werden.

Surinams „Robin Hood" im Vormarsch

WERNER THOMAS, Miami

Der Bürgerkrieg im südamerikanischen Surinam weitet sich zusehends aus. *Während* die *Regierung* des linksgerichteten Militärdiktators Oberst Desi Bouterse die Rebellen des Ronny Brunswijk als „Brunswijk-Bande" abtut, glauben diplomatische Beobachter in der Hauptstadt Paramaribo mittlerweile, daß die kleine pro-westliche Partisanenarmee durchaus die Macht erkämpfen kann.

Die Rebellen des erst 25jährigen Brunswijk, ein ehemaliger Soldat und Leibwächter Bouterses, sollen bereits *ein* Drittel der östlichen Dschungelregion kontrollieren.

Persönlicher Streit

Die Guerrilla-Gruppe ist in den letzten drei Monaten von 40 auf 200 Mann gewachsen. Auch Deserteure der Streitkräfte füllen ihre Reihen. Die Bouterse-Armee, die aus 2000 schlecht bewaffneten Soldaten besteht, konnte den Vormarsch der Partisanen bisher nicht stoppen.

Bouterse, Anfang 1980 durch einen Militärputsch gegen eine demokratische Regierung an die Macht gekommen, behauptet, die „Brunswijk-Bande" erhalte ausländische Unterstützung. Er nennt das frühere Mutterland Holland und die USA. In Paramaribo kursieren Gerüchte, daß die Rebellen von der Hilfe surinamesischer Exilkreise in Holland profitieren. Sie besitzen jedoch auch die Sympathien eines großen Teils der Bevölkerung. Dabei handelt es sich vorwiegend um Buschneger, ehemalige Sklaven, die etwa zehn Prozent der gesamten Bevölkerung von 400 000 Menschen ausmachen. Brunswijk ist auch Buschneger.

Bouterses Rivale, der gern eine blaue Mütze und eine Sonnenbrille trägt sowie Zigarren raucht, verspricht eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen. Seine ursprünglichen Differenzen mit dem Putschisten waren allerdings persönlicher Natur: Als ihn Bouterse nach einer militärischen Ausbildung in Kuba nicht befördern wollte, tauchte er unter. Die Regierung läßt eine andere Version verbreiten: Brunswijk sei wegen Diebstahls aus der Armee entlassen worden.

Zunächst machte Brunswijk durch Banküberfälle von sich reden. Da er einen Teil der Beute an die notleidende Bevölkerung verteilte, verdiente er sich ein Robin-Hood-Image. Am 21. Juli dieses Jahres begannen dann die militärischen Aktionen. Der bisher spektakulärste Schlag war ein Angriff auf ein Kasernengelände. Anfang Oktober besetzten die Rebellen die Minenmetropole Moengo – nur 130 Kilometer von Paramaribo.

Düstere Schatten

Ausländische Beobachter gewinnen den Eindruck, daß viele Leute Bouterse keine Träne nachweinen würden. Der exzentrische Diktator ist noch immer von der Ermordung von 15 prominenten Oppositionellen im Dezember 1982 stigmatisiert. Auch seine Distanzierung von Castro und sein Versprechen, zu demokratischen Zuständen zurückzukehren, konnten ihn nicht von den düsteren Schatten der *Vergangenheit* befreien.

Der Name Ronny Brunswijk verbreitet jedoch nicht überall das Gefühl einer hoffnungsvolleren Zukunft. Nicht nur sein Alter stimmt manchen Surinamesen skeptisch. Es könnte auch sein, daß der junge Mann seine schönen Vorsätze vergißt, wenn es ihm gelingt, in Paramaribo einzumarschieren.

Personen

BERUFUNG

Das Fraunhofer Institut für Silicatforschung in Würzburg hat einen neuen Leiter. **Helmut Schmidt** wurde Nachfolger von **Horst Scholze**, der nach 15jähriger Tätigkeit an der Spitze des Instituts aus Altersgründen ausschied. Schmidt begann 1975 seine Tätigkeit im Haus als wissenschaftlicher Mitarbeiter und war seit 1979 Stellvertreter von Scholze. Im Fraunhofer Institut für Silicatforschung werden nichtmetallische anorganische Werkstoffe erforscht, die etwa in der Bindemittelindustrie oder Mikroelektronik Verwendung finden.

VERANSTALTUNGEN

Die Preisträger des Deutschen Musikwettbewerbs 1986 werden am Mittwoch im Bundeskanzleramt in Bonn ein Konzert geben. Wie Regierungssprecher **Friedhelm Ost** mitteilte, folgen die Künstler einer Einladung von Bundeskanzler **Helmut Kohl** und seiner Frau. Es spielen der Pianist **Rolf Plagge** (Hannover), die Geigerin **Ulrike-Anima Mathe** (Bonn), der Cellist **Gustav Rivinius** (Bous/Saar) und der Gitarrist **Jürgen Rück** (Freiburg) sowie das ARCIS-Bläserquintett (München) Werke von Bach, Beethoven, Rachmaninow und anderen. Der Deutsche Musikwettbewerb ist der ranghöchste nationale Wettbewerb für junge hervorragende deutsche Musiker. Er wird seit 1975 vom Deutschen Musikrat veranstaltet und vom Bundesinnenministerium, den Kultusministern der Länder und der Stadt Bonn finanziert sowie durch Zuwendungen privater Stiftungen unterstützt. Bundeskanzler Kohl hat zu dieser Begegnung sämtliche 16 Preisträger des Musikwettbewerbs 1986 eingeladen. Er will vor der Veranstaltung mit den Künstlern kulturelle Fragen erörtern.

*

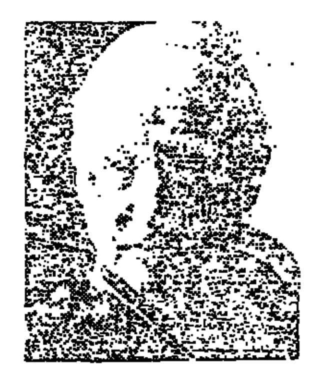
Am Freitag hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit Geburtstag. Es wird 25 Jahre alt. Erster Entwicklungshilfeminister in Bonn war vor einem Vierteljahrhundert **Walter Scheel**. Er hatte die damalige Bundesregierung dazu bewogen, die über verschiedene Ministerien zerstreuten Kompetenzen zur Entwicklungshilfe unter einem Dach zu vereinen. Mit einer großen Veranstaltung am Freitag in der Bad Godesberger Stadthalle wollen der heutige Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, **Jürgen Warnke**, und sein Haus das Vierteljahrhundert-Ereignis feiern. Eingeladen sind natürlich Walter Scheel und Bundeskanzler **Helmut Kohl**, der die Festansprache halten wird. Unter den mehr als tausend Gästen sind die Botschafter Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Für die Dritte Welt will Senegals Botschafter **Cheikh Lèye** zur Entwicklungspolitik aus der Sicht der Dritten Welt Stellung nehmen.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Reiner Horst**, bisher Professor für Mathematik an der Universität Oldenburg, ist auf den Lehrstuhl für Operations Research an der Universität Trier berufen worden.

EHRUNGEN

Die Philosophische Fakultät der Universität Köln hat Kardinal **Alfons Stickler** die Würde eines Ehrendoktors verliehen. Die Universität würdigt damit die Verdienste des „Bibliothekars und Archivars" der römisch-katholischen Kirche um die Geisteswissenschaften im deutschsprachigen Raum. Der 76jährige österreichische Kardinal hat vor



Alfons Stickler

allem die Kanonistik in ganz einzigartiger Weise als historische Wissenschaft gefördert. Unter seiner Leitung ist die Vatikan-Bibliothek zu einer Institution geworden, die den Aufgaben der geisteswissenschaftlichen Forschung unter allen Aspekten gerecht wird.

*

Der Große Romanpreis der Académie Française ist in Paris dem Schriftsteller und Diplomaten **Pierre Jean Remy** für „Une ville immortelle" (Eine unsterbliche Stadt) zugesprochen worden. Das Werk erschien im Verlag Albin Michel. Die mit 50 000 Francs (etwa 16 000 Mark) dotierte Auszeichnung eröffnet die



Pierre Jean Remy

französische Herbstsaison der Literaturpreise. Der mit 300 000 Francs (fast 100 000 Mark) ausgestattete „Prix Paul Morand" ging an **Jean Orieux** für sein Gesamtwerk. Die begehrteste Auszeichnung, der „Goncourt", wird am 17. November vergeben.

*

Heute wird die Hamburger Autorenvereinigung zum sechsten Mal ihren von der Hamburger Spielbank gestifteten Literaturpreis für Kurzprosa verleihen. Erste Preisträgerin ist diesmal die Fotografin und Schriftstellerin **Ronnith Neumann**, die den mit 12 500 Mark dotierten Preis für ihre Erzählung „Die Tür" erhält. Die 1948 in Haifa (Israel) geborene Autorin lebt seit 1970 in Hamburg. Den zweiten Preis der Autorenvereinigung (je 3000 Mark) teilen sich WELT-Mitarbeiter **Valentin Polcuch**, der für seine Erzählung „Jagen 7" ausgezeichnet wird, und **Hans Eppendorfer** („Nur ein Pöt"), beide aus Hamburg. Den dritten Preis (2500 Mark) erhält **Jens S. Putschies** (Kiel).

*

Der Münchner Privatdozent für Chirurgie, Dr. **Ekkehard Pratschke**, erhielt den mit 10 000 Mark dotierten Ferdinand-Sauerbruch-Preis der Berliner Chirurgischen Gesellschaft.

ERNENNUNG

Professor Dr. **Ernst-Günter Afting** (44), Forschungsleiter der Behring-Werke in Marburg, ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied des mit rund 2700 Mitarbeitern größten Industrieunternehmens im Marburger Land ernannt worden.

KIRCHE

Dr. Gerhard Bauer (45) wurde von Bischof Dr. **Josef Stimpfle** ab 1. Januar 1987 zum Sekretär der Augsburger Diözesansynode ernannt. Zuletzt war der 1977 zum Priester geweihte Augsburger Diözesanseelsorger Dr. Bauer als Rektor im Zentralkomitee der Deutschen Katholiken in Bonn tätig. Ehe er 1980 nach Bonn berufen wurde, war er im Dienst des Heiligen Stuhls in Brüssel tätig.

DIPLOMATIE

Schweden wird einen neuen Honorarkonsul in Stuttgart erhalten. Die Bundesregierung erteilte **Michael Klett** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Die Vertretung ist dem schwedischen Generalkonsulat in München unterstellt.

GESTORBEN

Die Bosch-Vertretung in Bonn wird ihren großen Empfang am 26. November in der Landesvertretung von Baden-Württemberg nicht absagen, obwohl Direktor **Ulrich von Roehl**, der Leiter des Bonner Bosch-Büros, in diesen Tagen völlig unerwartet starb. Eingeladen hatte noch von Roehl die Bonner Gäste, um das hundertjährige Bestehen des Hauses Bosch zu feiern. Ulrich von Roehl gehörte der Firma seit 1969 an. Der Berliner, Jahrgang 1925, war zunächst Leiter und dann Direktor des Frankfurter Verkaufshauses von Bosch gewesen. 1984 hatte er die Leitung der Bonner Verbindungsstelle übernommen. In der Bundeshauptstadt wurde Ulrich von Roehl schnell ein sehr beliebter und hochgeschätzter Gesprächspartner der Bundesregierung, der Wirtschaft, der hiesigen Firmenrepräsentanten. Der Berliner mit dem ihm eigenen besonderen Charme und der großen Sachkompetenz war bald auch gesuchter Partner und Berater für das Diplomatische Korps, in dem die Nachricht von seinem plötzlichen Tod große Bestürzung und Trauer auslösten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Innerparteiliche Kampfansage"

„Berlin kann ohne Diepgens Besuch im Osten leben": WELT vom 30. Oktober

Wahrscheinlich glaubte der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, besonders klug zu sein, als er sehr ausdrücklich erklärte, er werde sich bei der Entscheidung, ob er die Einladungen zur 750-Jahr-Feier nach Ost-Berlin annehme, Zeit lassen. Nun kann er über Ratschläge – erbetene und unerbetene, gute und weniger gute, nichtöffentliche und öffentliche – nicht klagen. Hätte Richard von Weizsäcker als damaliger Regierender Bürgermeister seinen Besuch bei Erich Honecker so vorbereitet, wäre wohl nichts daraus geworden.

Über die Sache selbst läßt sich trefflich streiten. Aus meiner Sicht als Oppositionspolitiker ist allerdings die Art und Weise, wie Heinrich Lummer seinem Regierenden Bürgermeister rät, eine Anmerkung wert. Will er ihm helfen, dann hätte er, so darf man annehmen, Gelegenheit gefunden, ihm seine Gründe unter vier Augen vorzutragen. Die öffentliche Kritik in der WELT kann nur als innerparteiliche Kampfansage gemeint sein. Das ist allerdings das einzig Bemerkenswerte an diesem Vorgang. Die Argumente sind so alt wie die alte CDU, mit der Heinrich Lummer verbissen über Jahrzehnte gegen die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition angerannt ist.

Eberhard Diepgen ist nicht zu beneiden. Vermutlich gibt es keine einigermaßen bedeutende Tat in Politik und Geschichte, die nicht gegen eine ganze Reihe von Bedenken durchgesetzt werden mußte. Wie er sich endgültig entscheiden wird, das wird mehr über ihn aussagen als vieles, was er zuvor getan hat. Die Meßlatte für ihn ist in Berlin durch Ernst Reuter, Willy Brandt und auch Richard von Weizsäcker sehr hoch. So hoch wie nötig zu springen, ist schwer mit der ganzen alten Berliner CDU und einem großen Teil der veröffentlichten Meinung als Klotz am Bein. Nicht im feinen Überseeclub in Hamburg mit feinen Reden ist Rhodus, sondern hier und jetzt; hier muß gesprungen werden.

In der Sache steht viel auf dem Spiel. Gewinnen wir in West-Berlin die kommunale Ebene mit Ost-Berlin, um die wir so lange gerungen haben? Wird die Tatsache, daß zum ersten Mal, *soweit ich mich erinnere*, der Oberbürgermeister von Ost-Berlin einlädt, unter diesem Gesichtspunkt richtig bewertet? Was bedeutet der Umstand, daß der Generalsekretär und Staatsratsvorsitzende sich noch einen dritten Hut aufgesetzt hat, nämlich den eines „Vorsitzenden des Komitees zur Vorbereitung des 750. Jubiläums von Berlin"? Kann er nicht als Angebot verstanden werden, *sich den passenden auszusuchen*? Die unterschiedlichen Rechtspositionen zum Status von Berlin konnten nicht einmal im Viermächteabkommen ausgeräumt werden; und zwar unter denen, die es wirklich angeht, den vier Siegermächten als den Statusmächten. Man müßte ziemlich naiv sein zu meinen, dies könnte den Deutschen so nebenbei aus Anlaß eines Stadtjubiläums gelingen. Das einzige, was jetzt gefragt ist, unbeschadet unterschiedlicher Rechtspositionen, ist pragmatisch im Geiste guter Nachbarschaft zu handeln. Der gegenwärtige Senat von Berlin hat noch einiges zu tun, damit die laufend besseren Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik nicht an Berlin vorbeigehen. Das würde West-Berlin stärker treffen als Ost-Berlin, das, was immer auch der Status im übrigen besagen mag, faktisch Hauptstadt ist und bleiben wird.

Prof. Gerhard Heimann, MdB/SPD Berlin

Gewissen und Zivildienst

„Grundsätzlich, ausnahmslos": WELT vom 29. Oktober

Offensichtlich kennt der Verfasser des Artikels nicht die Rechtsprechung zur Kriegsdienstverweigerung. Er scheint auch den alten Diffamierungen einiger christdemokratischer Politiker weiter aufzusitzen, obwohl die Fachleute der christlich-liberalen Bundesregierung mindestens die im Artikel gemachten Vorwürfe zurückgenommen haben.

1. Will man das Tun der Kriegsdienstverweigerer und die Entscheidungen der Ausschüsse rechtlich bewerten, so muß man sich an der Rechtsprechung zur Kriegsdienstverweigerung orientieren. Diese war in den entscheidenden Fragen schon 1978 eine andere, als der Autor sie darstellt. Sie ist aber in den letzten acht Jahren weiterentwickelt worden. *So haben zum Beispiel nach dem* Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 27. 11. 1985 Bundeswehrangehörige, wenn sie sich freiwillig zum Sanitätsdienst in der Bundeswehr verpflichtet haben, kein Rechtsschutzbedürfnis mehr bei einem Kriegsdienstverweigerungsantrag. Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung und einzelne Verwaltungsgerichte gehen sogar weiter und meinen, auch wehrpflichtige Sanitätssoldaten könnten den Kriegsdienst nicht verweigern, weil die Tätigkeit im Sanitätsdienst mit leichten Handfeuerwaffen – bis hin zum leichten Maschinengewehr – „waffenloser Dienst" sei. Der Einsatz der Waffen erfolgt in militärischen Verbänden und kann, falls es zum Kriege kommt, auch direkt im Kampfgebiet erfolgen. Trotzdem wird dieser Einsatz von Waffen *Kriegsdienstverweigerern im Sanitätsdienst* zugemutet.

Was als Notwehr oder Nothilfe für Verwundete gewertet wird, kann bei völkerrechtswidrigen – weil unter anderem vor allem gegen Zivilbevölkerung gerichteten – Angriffen in anderen Ländern nicht anders gewertet werden. Dieses Handeln in ziviler Notwehr oder Nothilfe ist rechtlich nicht zu beanstanden. Ob der einzelne sich daran beteiligt, muß er allein mit seinem Gewissen ausmachen. Wer Kriegsdienstverweigerer, die Notwehr und Nothilfe leisten, als Fremdenlegionäre hinstellt, der will die Wirklichkeit nicht wahrhaben.

Darüber hinaus sehen wir in der Entwicklung der Rechtsprechung, die davon ausgeht, daß Kriegsdienstverweigerer im Sanitätsdienst gezwungen werden können, eine Mißachtung des Gewissens der Kriegsdienstverweigerer. Ebenso wäre es Unrecht, wenn in Nicaragua zivile Aufbauhelfer zum Waffengebrauch gezwungen würden.

2. Zum 25jährigen Bestehen des Zivildienstes *haben sowohl die zuständige* Bundesministerin, Frau Professor Süssmuth, als auch der Bundesbeauftragte für den Zivildienst darauf hingewiesen, daß der Vorwurf der Drückebergerei den Zivildienstleistenden gegenüber Verleumdung ist. Wer das *nicht zur Kenntnis nimmt*, *kennt* den Zivildienst nicht oder verfolgt in diesem Punkt das Ziel, Menschen zu verleumden, die ein Grundrecht in Anspruch nehmen und dafür länger dienen müssen.

Wir sagen deshalb mit Frau Professor Süssmuth: „Ich hoffe daher sehr, daß dieses dumme Gerede, das mehr oder weniger pauschal die Gewissenmotivation der Zivildienstleistenden anzweifelt und darin einen Grund findet, dem Dienst dieser jungen Männer seinen Respekt zu versagen, endlich ganz aufhört." (Regierungsbulletin Nr. 40, S. 311, vom 19. 4. 1986).

Hans-Jürgen Wiesenbach, Für den Vorstand der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e. V., Bremen 1

Die Regierung von Ghana

„Rawlings' ‚Revolution'": WELT vom 8. Oktober

Die „Regierung Rawlings" verdient Anerkennung. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Landes seit der Entkolonialisierung 1957 ist unter den zahlreichen Vorgänger-Regimes so sehr ins Desaster geraten, daß der bisherige Erfolg des „Head of State" seit Silvester 1981 hohen Respekt verdient. Der Absturztaumel hätte unter weniger standhaften Staatschefs längst in den „Paradiesen kommunistischer Heilsbringer" geendet. Das Gegenteil jedoch ist in Ghana der Fall.

Der dynamische Wiederaufbauprozeß seit 1983 genießt weltweite Aufmerksamkeit, die Zuverlässigkeit der Regierung mit einem fähigen Wirtschafts- und Finanzminister Dr. Kwese-Botchway rechtfertigen das Vertrauen von Weltbank und IWF.

Rawlings tut gut daran, in „Burma Camp" seinen Geschäften nachzugehen, statt durch aufwendige Auslandsreisen und öffentliche Auftritte – wie Sie schreiben – Sicherheitsrisiken einzugehen. Und solche Putsch- und Aufruhrrisiken sind nicht etwa Ghana-typisch, sondern überall in der Welt dort zu finden, wo wirtschaftliche Not einhergeht mit der Unmöglichkeit, militärischen oder polizeilichen Aufruhr und Terror auszuschließen. Es ist auch finanziell begründet, wenn die Grenzen des Tropenlandes nicht so sicher gemacht werden können, daß der von Ihnen zutreffend genannte Mißstand durch Schmuggel und Schieberei vermieden werden könnte.

Ob Rawlings ein „glühender Verehrer Khadhafis" genannt werden kann, erscheint mir höchst zweifelhaft. Auch das von Ihnen zitierte „Green-Book Center" ist nicht hinreichender Beweis dafür. Auch andere Länder aus Ost und West unterhalten neben den diplomatischen Vertretungen Kulturinstitute oder ähnliches, Goethe-Institute eingeschlossen. Alle sind willkommen.

Ob Rawlings eine „feindselige Haltung gegenüber Togo" vorgeworfen werden kann, ist ebenso fragwürdig. Stammeskonflikte sind durch willkürliche Grenzziehungen aus kolonialen Zeiten bedingt. Insoweit ist auch die Grenze zu Togo sensibel.

Wenn Sie schreiben, daß in Deutschland über 20 000 ghanaische Asylanten leben, kann keine Rede davon sein, daß politische Verfolgung in Ghana „system-immanent" sei.

Walter Vorwerk, Accra/Ghana

Newsweek

Ich finde es sehr befremdend, daß jetzt seitens der Bundesregierung versucht wird, die Panne mit der schlimmen verbalen Entgleisung Bundeskanzler Kohls (Goebbels-Gorbatschow) zumindest teilweise den Kollegen von „Newsweek" in die Schuhe zu schieben und damit gar noch verbale Ausfälle gegen ausländische Journalisten allgemein zu verbinden, wie dies Herr Ost getan hat.

„Newsweek" hat ja schließlich den Text Herrn Ost vorher vorgelegt und sein O. k. erhalten. Selbst wenn der halbe Satz über Goebbels, der ja nur als Erläuterung für nicht so geschichtsbewanderte amerikanische Leser gedacht sein konnte, nachträglich hinzugefügt wurde, hat dies doch in keiner Weise den groben Schnitzer Kohls noch verschlimmert. Alle spitzfindigen Dementis und Erläuterungen ändern doch nichts an der Tatsache, daß Kohl eben doch Goebbels und Gorbatschow verglichen hat.

Robert H. Lochner, Korrespondent der ABC in Berlin

*

Der Bundeskanzler sollte den „Newsweek"-Bürochef in die Wüste schicken lassen.

Hans-P. Peisker, Köln 41

Propaganda

„Aufrichtig ‚Schluß'": WELT vom 5. November

Jedem, der die Dinge durchschaut, ist doch klar, daß das Sowjet-System in der – vor allem westlichen – Welt seit Jahrzehnten ein geradezu einmaliges Propaganda-, Infiltrations- und Desinformationssystem zielbewußt aufgebaut hat. Der NS-Propagandaminister Dr. Goebbels würde hinsichtlich der weltweiten Wirksamkeit dieses PR-Systems sogar vor Neid erblassen.

W. v. Koerber, Eckernförde

*

Alles vergessen? Gilt hier: „Wenn zwei dasselbe tun, dann ist es nicht das Gleiche"?

Ursula Grossbans, Bad Nenndorf

ARD und ZDF

„Karlsruhe steckt den Rahmen für privaten Rundfunk ab": WELT vom 5. November

Welche Konsequenzen ziehen die Intendanten von ARD und ZDF aus dem Urteil? Heißt es dort doch eindeutig: „... maßgebend ist ein Grundstandard, der die wesentlichen Voraussetzungen von Meinungsvielfalt umfaßt: (nämlich auch) ... den Ausschluß einseitiger, im hohen Maße ungleichgewichtigen Einflusses einzelner Veranstalter oder Programme auf die öffentliche Meinung, namentlich die Verhinderung des Entstehens vorherrschender Meinungsmacht." Sie müßten die Phalanx von einseitigen Redakteuren entlassen. Tun sie das nicht, verstoßen sie auch gegen ihre eigenen Dienstverträge, in denen sie sich verpflichtet haben, wahre, objektive und ausgewogene Berichterstattung zu gewährleisten.

Hubert R. Woehl, Geiselbullach

„R" für „G"

Wenn eine Rentnerin sich auf Sex-Appeal schminkt und durch das „R" auf dem Krankenschein so schandbar entlarvt wird, dann ist das seelisch grausam, zumal darüber hinaus die heutige Devise „mehr scheinen als sein" verletzt wird. Den meisten Männern, die sich dieses „R" redlich verdient haben, ist es meines Erachtens schnuppe; ganz sicher werden sie nicht ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen, ob eine Partei die Löschung des „R" in ihr Programm aufgenommen hat (für statistische Zwecke zur Kostenermittlung ist dieses „R" nämlich sehr wesentlich).

Arme angesprochene FDP, die Stimmenfang mit solchen „weltbewegenden Fakten" machen soll. Nächster Programmpunkt wäre dann vielleicht eine Stellungnahme gegen die Medien, die meist nur von „mündigen Bürgern" sprechen und unsere Bürgerinnen dann wohl als unmündig ansehen und so weiter und so fort. Ein ganzes Buch könnte man mit dererlei Unsinn – pardon – mit solchen Programmpunkten füllen.

„Ein Mensch, erst 20 Jahre alt, betrachtet Greise ziemlich kalt. Und hält sie für verkalkte Deppen, die nutzlos sich durchs Leben schleppen." Freuen wir uns, daß nicht ein „G" (für Greise) auf dem Krankenschein steht, aber das wäre – da bin ich ganz beruhigt – nicht ohne Hearing im Bundestag und schwere Wahlkämpfe durchzusetzen.

Dr. Splittgerber, Medingen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

» Die Politik erinnert an die Sphinx der Fabel: Sie verschlingt alle, die ihre Rätsel nicht lösen können. «

Antoine de Rivarol, französischer Moralist (1753–1801)

„Levins Mühle": Ein historischer Kriminalfall als Lehrstück für unsere Zeit

Bobrowski, ein deutsches Schicksal

Am 2. September 1965 starb in einem Ostberliner Krankenhaus der aus Tilsit stammende Dichter *Johannes Bobrowski. Er war gerade 48* Jahre alt und stand mitten in der Blüte seines literarischen Schaffens. Der Ruhm hatte ihn spät eingeholt, aber das lag nicht an der früh erkennbaren Qualität seines Werkes, sondern an der indiskutablen Qualität der politischen Umwelt, in der sich der Kriegsheimkehrer Johannes Bobrowski seit Dezember 1949 zurechtfinden mußte: in der „DDR", deren Kulturpolitiker den ungewöhnlichen Versen des Ostpreußen mißtrauisch bis ablehnend gegenüberstanden.

Der erste wirkliche Förderer dieses Dichters war der politisch höchst gefährdete Chefredakteur der Zeitschrift der *Akademie* der Künste, „Sinn und Form": Peter Huchel. Er druckte 1955 fünf Gedichte des schwermütigen und zugleich lebenslustigen Ostpreußen und hielt ihm, selber einer der ganz großen deutschen Dichter, fortan die Treue, wie dies *auch umgekehrt der Fall war.* Doch die Kulturbürokratie belegte die Arbeiten des Johannes Bobrowski mit dem Verdacht auf reaktionäre Heimattümelei, witterte *verkappten Revanchismus*, sentimentale Rückwärtsgewandtheit. Bobrowski verfiel zunehmend in Resignation, glaubte nicht mehr daran, jemals mit einem ganzen Buch als Dichter in Erscheinung zu treten.

Doch in Westdeutschland war man auf die wenigen Gedichte Bobrowskis aufmerksam geworden, druckte ihn in Zeitungen und Zeitschriften, und 1961, endlich, erschien in Stuttgart und kurz danach in Ost-Berlin der *erste* Gedichtband des genialen Lyrikers aus Tilsit: „Sarmatische Zeit". Schon 1962 folgte der zweite Band: „Schattenlandströme". Bobrowski erhielt dafür den Preis der einflußreichsten deutschen Schriftstellerversammlung, der „Gruppe 47", der ihn auf einen Schlag in Ost- und Westdeutschland berühmt und, in einem gewissen Sinne, unantastbar machte. 1964 wird Bobrowski in das Deutsche PEN-Zentrum Ost und

Levins Mühle – WEST III, 22.45 Uhr

West gewählt und im selben Jahr erscheint sein erster Roman, mit dem er sich auf Anhieb an die Spitze der deutschen Gegenwartsliteratur geschrieben hat: „Levins Mühle. 34 Sätze über meinen Großvater".

Für diesen Roman, dessen sprachliche Virtuosität atemberaubend ist, erhielt er, weil es nicht mehr anders ging, den ersten und einzigen Literaturpreis aus der „DDR": den Heinrich-Mann-Preis der Deutschen Akademie der *Künste. Kein Jahr später* ist der neben Bert Brecht am meisten stilprägende Autor der modernen deutschen Literatur nach 1945 tot: Im Nachlaß finden sich der vollendete Roman „Litauische Clavire", zwei Prosabände, eine Lyriksammlung. Die deutsche Literatur ist um eines ihrer größten Talente ärmer, aber um eines ihrer unverwechselbarsten Werke reicher.

In „Levins Mühle" erzählt ein Enkel auf witzige, ironische und elegische Weise, in partiell lyrischer Verdichtung und mit fast musikalisch strukturierter Rhetorik die Geschichte seines *Großvaters Johann, der der* reichste Mann eines Dorfes ist, das „am Unterlauf der Weichsel, an einem ihrer kleinen Nebenflüsse", liegt. Dieser Großvater läßt 1874 die Mühle *seines jüdischen Konkurrenten Levin* absaufen. Die Klage des Juden vor Gericht ist zwar nicht erfolgreich, aber Johann, moralisch geschlagen, flieht aus seiner ländlichen Umgebung *in die Kreisstadt,* wo er von Geistererscheinungen geplagt wird, die ihn darüber aufklären, daß er selbst von einem polnischen Raubritter abstammt, der in Danzig wegen Raubes an deutschen Kaufleuten hingerichtet wurde.

Bobrowski nimmt einen historischen Kriminalfall zum Anlaß, um über jüngste deutsche Vergangenheit zu schreiben, die zum Verlust von Heimat geführt hat. Es ist ein Roman, in dem es um moralische Schuld, um tragische Verstrickungen, um Liebe und *historische Verhängnisse* geht – aber es ist keine billige politische, von Opportunismus geführte Anklage. „Levins Mühle" ist eine schonungslose und zugleich höchst kunstvolle Selbstbesinnung auf das, was Bobrowski nicht zuletzt auch als seine ganz eigene Geschichte verstanden wissen wollte. ULRICH SCHACHT

Fellhauer aussichtsreicher Intendanten-Kandidat

Der bisherige stellvertretende Intendant der *„Deutschen Welle"*, Heinz Fellhauer, wird wahrscheinlich heute zum Chef des für die deutschsprachigen Hörer im Ausland arbeitenden Senders gewählt. Wenn der Rundfunkrat der „Deutschen Welle" sich für das CDU-Mitglied Fellhauer entscheidet, löst der erfahrene bisherige Verwaltungsdirektor des Senders den gegenwärtigen Intendanten Klaus Schütz ab, der als prominenter Sozialdemokrat bei der jetzigen politischen Mehrheit im Kontrollorgan des Kölner Senders mit seiner erneu*ten Kandidatur keine großen* Chancen mehr haben dürfte. Denn die die „Deutsche Welle" finanzierende Bundesregierung, die durch vier von ihr *zu benennende Mitglieder* im Rundfunkrat vertreten ist, sieht in der Wahl des CDU-Mitglieds Fellhauer einen „Akt der Gerechtigkeit", wie der WELT gestern aus der Umgebung des Bundeskanzlers bestätigt wurde. Schließlich habe die CDU zuletzt mit dem ersten Intendanten des „Deutschlandfunks", dem früheren Staatssekretär Thedick, einen Mann ihrer Partei auf dem Chefstuhl eines der beiden Senders gestellt.

Der fast 60jährige Fellhauer, der bereits seit 1958 leitende Funktionen bei dem Sender am Kölner Raderberggürtel ausübt, arbeitete seit vielen Jahren mit dem gleichaltrigen Schütz vertrauensvoll zusammen und trug *bisher Verantwortung für die* Finanzen, die Transskriptionsdienste und den Ausbau der „Deutschen Welle" vor allem in der Dritten Welt und in Ostasien.

Fellhauer könnte sich als Intendant vor allem auf seine guten Beziehungen zum Verwaltungsrats-Vorsitzenden des Senders, dem ehemaligen Bundesminister Bruno Heck, stützen. Dem Vertrauten Kohls wird großer Einfluß auf die für den Sender, der keine Gebühren erheben kann, lebenswichtigen finanziellen Zuwendungen des Bundes bescheinigt.

HELMUT BREUER



Lassies Nachfolger greift auf Anweisung des Trainers den Kameramann an
FOTO: NDR

Oscar-verdächtig: Mike, der neurotische Hund

Der neue Star wurde im Januar geboren – mehr oder minder „über Nacht", wie sich so etwas für Hollywood gehört. „Oscarkaliber", jubelte die New York Times nach einer Pressevorführung. „Eine echte Type", lobte die Washington Post. „Er stiehlt allen die Schau", staunte New Yorks Daily News.

Bei dem Neuling handelt es sich um einen siebeneinhalb Jahre alten, schwarzweiß gefleckten Collie namens Mike, den drolligsten Hund, der je in einem amerikanischen Film mitgewirkt hat. In „Zoff in Beverly Hills" – der Geschichte eines Stadtstreichers (Nick Nolte), der bei einer neureichen Familie (Bette Midler und Ri-

Treffpunkt Kino – ARD, 21.45 Uhr

chard Dreyfuss) Unterschlupf findet – spielt er einen neurotischen Köter namens Matisse, der Menschen auf verblüffende Weise nachahmt und dabei auf die Schippe zu nehmen scheint. Matisse hat sogar seinen eigenen Psychiater.

Mike, der mit einem blauen und einem braunen Auge gesegnet ist, verdankt seine Filmkarriere dem Tiertrainer Clint Rowe. *Er* wurde von diesem im Alter von sieben Wochen auf einer Farm in Nordkalifornien „entdeckt" und dann mit nach Hollywood genommen. Heute beherrscht der Hund rund 150 verschiedene Tricks – wobei sein „Gesichtsausdruck" unter anderem davon abhängt, welche Gegenstände Trainer Rowe hinter der Kamera hochhält. Bei Anblick eines Korbballs blickt Mike beispielsweise erwartungsvoll.

„Eigentlich wollten wir zuerst für ‚Zoff in Beverly Hills' einen kleineren Hund haben", verriet der Regisseur des Films, Paul Mazursky, „aber als *ich diese Augen sah, war ich sofort* hin und hergerissen. Dann hat Mike auch noch die unglaublichsten Tricks vorgeführt. Unter anderem ist er mit einem Eimer in der Schnauze eine Strickleiter hochgeklettert."

Im Anschluß an den Film durchlebte Mike, der bereits auf eine sechsjährige Karriere als Werbemodell für Toyota, französischen Senf und Doublemint-Kaugummi zurückblickt, mehrere hektische Wochen. Er flog erster Klasse nach New York, wurde für „People" fotografiert, im TV-Magazin „Good Morning America" interviewt und wirkte zusammen mit Rockstar Little Richard in einem Videoclip mit. Zur Zeit wartet der Star auf Rowes Ranch in den Bergen nord*östlich von Los Angeles auf neue Rol*lenangebote.

HELMUT VOSS (SAD)

Radio Antilles, ein deutscher Sender in der Karibik

Geehrt von britischer Post

Für Radio Moskau, den größten Auslands-Rundfunkdienst der Welt, und für Fidel Castros Radio Ha*bana ist er ein rotes Tuch – für Millio*nen Menschen in der Karibik aber eine Quelle freier Information: der kommerzielle Sender-Riese „Radio Antilles" in Plymouth auf Montserrat.

Mit 200 Kilowatt auf Mittelwelle 930 kHz ist er mit Abstand der stärkste Sender im „Hinterhof der USA", in der Karibik. Sein Signal ist schon tagsüber von Guayana im Süden bis zu den Virgin Islands im Norden, nach Einbruch der Dunkelheit von Kolumbien bis Florida, von Nicaragua bis Guadeloupe zu empfangen. Sein Programm in Englisch von täglich mehr als 18 Stunden wird von knapp 100 Männern und Frauen (deren Heimat die Karibik ist) bestritten. General-Manager der wichtigsten Radiostation der freien Welt in der Karibik ist der deutsche Journalist Kristian Knaack. „Radio Antilles" ist über die Kölner Gesellschaft Pro Funk GmbH eine Tochter der Deutschen *Welle, also in deutschem Besitz.*

Als der im April 1963 von dem Franzosen J. Tremoulet als „Radio Interamerica" gegründete Sender (in deutschem Besitz seit 1972) seinen 20. Geburtstag beging, kamen Glückwünsche aus der ganzen Karibik, darunter von zahlreichen Premiers der *Insel-Republiken. Das Ansehen* dieser ausschließlich durch Werbung finanzierten Station ist groß. Welt-Nachrichten-Agenturen zitieren ihn oft als Quelle.

Dieser Sender konnte in diesen Tagen einen Erfolg buchen: Nach Radio Kanada, Deutscher Welle und Voice of America hat nun auch die BBC Sendezeit bei „Big RA" (Eigenwerbung) gebucht. Damit benutzen die vier Spitzen-Auslandsdienste der freien Welt diesen kommerziellen Sender, um per Mittelwelle in die Karibik und nach Mittelamerika zu strahlen. Radio Kanada und die Deutsche Welle neben Englisch auch in Französisch. Dies ist schon deshalb wichtig, weil Radio Moskau seit den siebziger Jahren einen starken MW-Sender auf Kuba benutzt.

Viel Ehre hat dem Sender vor einigen Tagen die britische Post angetan: in der Kronkolonie Montserrat brach*te sie eine Briefmarke heraus, die ihn* abbildet. Dies wird wohl das erste Mal sein, daß ein deutscher Sender auf einer britischen Briefmarke erscheint. HERMANN JAGER

Fritz Klein (NDR) wird ARD-Sportkoordinator

Mehr Sport am Sonntag?

Auf einen „immer härteren Machtkampf" mit den privaten Fernsehveranstaltern richtet sich Fritz Klein (49) ein, der im April ARD-Sportkoordinator und damit Nachfolger Hans-Heinrich Isenbarts (63) wird, der sich zur Ruhe setzt. Zwar habe ihm, so sagt Klein, der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, Neuberger, zugesichert, Länderspiele zunächst nur an ARD und ZDF zu vergeben – also auch das *erste Länderspiel in Kleins Amtszeit,* gegen Italien am 18. April in Köln, um das sich RTL plus bemüht. Aber bei Europapokal- und DFB-Pokalspielen rechnet er mit verstärkten Anstrengungen der privaten Sender, wie auch beim Tennis, vor allem bei Spielen von Boris Becker und Steffi Graf.

Der frühere Leichtathlet und Eisschnelläufer Klein leitet seit zehn Jahren die Sport-Abteilung beim NDR. Er wurde, so sagt er, von seinen acht Kollegen in den anderen Anstalten überredet, die neue Aufgabe zu übernehmen – „ohne ihr Vertrauen kann ich nicht bestehen". Klein denkt an die Möglichkeit, ein großes Wochenend-Sportmagazin anzubieten, ohne deshalb auf die samstägliche Sportschau in ihrer bisherigen Form zu verzichten. Vor allem das Sonntags-Sportangebot der ARD solle neu konzipiert werden. Anregungen dafür will sich Klein bei der BBC *in London holen.*

Abschied vom Bildschirm will der Hamburger, der zur ARD-Zentrale nach München wechselt, allerdings nicht nehmen. Nur auf seine – nicht immer sprühenden – Fußball-Kommentare wird der Zuschauer verzichten müssen. Vom Golf, seinem besten Fachgebiet, will Klein aber weiterhin berichten, „damit ich nicht ganz aus dem Journalismus herauskomme".

JOACHIM MIELINSKI (dpa)

ARD

9.45 Ratgeber: Touristik
10.00 Tagesschau
10.05 Abschiede
Fernsehspiel

15.50 Tagesschau
16.00 Der Feind (5)
16.20 Ein Stück aus Ihrem Leben
Menschen über 60
17.40 Mein Tag im Dunkeln
Aus dem Autorenwettbewerb für Senioren
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ausgestoßen (2)
Fünfteilige Serie
Von Denys de la Patellière und Boris Kantoff
21.15 Prager Notizen
Die Prager Metro, Novy Bor – Glas und Kristall als Wirtschaftsfaktor. *Hana Hegerova* – Eine Chansonsängerin berichtet aus ihrem Leben: *Politisch Lied, garstig Lied?* Lektion in Geschichte = das KZ Theresienstadt.
21.45 Treffpunkt Kino
Werner *Baecker* führt Gespräche mit Nick Nolte, Jack Lemmon, Marcello Mastroianni, Hanna Schygulla und berichtet über den „neurotischen Hund" Mike aus dem Film „Zoff in Beverly Hills"
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Fernsehgericht tagt
Tötung auf Verlangen
Mit Ulrich von Dobschütz, Astrid Meyer-Gossler, Ingeborg Steinbach
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Aristoteles: Gedanken



11.50 Hamburger Wahlnachlese
12.20 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Mietrecht
10. Und du mußt raus!
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
Themen:
Man hat's im Köpfchen (ein Bett)
Wenn's passiert ist: Sportverletzung
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gast: Tony Christie
17.45 Agentin mit Herz
1. Die Überläufer
Drei wichtige Ostblock-Dissidenten wollen in den Westen überlaufen. Zwei von ihnen werden vor aller Augen ermordet. Der Verdacht des Geheimdienstdirektors fällt auf Amanda …
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Agentin mit Herz
2. Die Überläufer
19.00 heute
19.30 Verkehrsgericht
Schwerer Unfall mit tragischen Folgen
21.05 Ratschlag für Kinogänger
„Extremities" von Robert M. Young vorgestellt v. Inge Bongers
21.15 WISO
Zur Person: John Mecom – Millionär aus Houston
21.45 heute-journal
22.05 Geheimnis innerer Bilder
Der Maler Emil Schumacher
Film von Werner Krüger
22.30 5 nach 10
Anschließend: heute

SAT 1

15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
16.25 Die Waltons
17.10 Mondbasis Alpha 1
18.00 Cowboys, Sheriffs, Banditen
Anschließend: UPA-Cartoon
18.30 blick
18.45 Der Chef
19.30 Videothek
Moderation: F. Fischer-Fabian
19.45 Aschenblödel
Amerikanische Filmkomödie (1959)
Mit Jerry Lewis, Judith Anderson
Regie: Frank Tashlin
21.20 Spielcasino
Glückswirbel
Zuschauer können 500 Mark gewinnen
21.30 blick
22.15 WM – Wirtschaftsmagazin
22.45 Mannix
Ein Mord, wie er im Buche steht
23.30 blick

1 plus

19.00 Topfgucker: Abenteuer
Zu Gast in Niedersachsen
Film von Jan David
Geschichten rund ums Essen aus der Lüneburger Heide
19.30 Europa – Deine Weine
Rheingau – Weingau
20.00 Tagesschau
20.15 Stahlnetz
Rehe (Teil 1 und 2)
Mit Heinz Engelmann, Ilse Bally, Werner Bruhns, Siegurd Fitzek
Regie: Jürgen Roland
Der erste Fall von Kindesentführung in der Bundesrepublik Deutschland. Der fünfjährige Sohn eines Fabrikanten kommt aus dem Wald nicht mehr zurück, wohin er mit einem Unbekannten gegangen war, um Rehe beobachten.
22.05 Mittwochs in …
Anschließend. Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Der Bayerische Wald
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Na, sowas!
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Vier schräge Vögel
Amerikanischer Spielfilm (1971)
Mit Robert Redford
Regie: Peter Yates
23.25 Kennwort: Kino
Anschließend: Nachrichten

RTL plus

18.15 Augenclip/Regional 7
18.25 Hallo RTL
18.55 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Das Tal der Pappeln
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Blutige Spur
Französischer Kriminalfilm
Regie. Michael Novka
22.00 RTL-Spiel
22.05 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.15 Popeye
22.20 Sonnlotti
23.05 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221 / 23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße
49. Honig und Salz
20.45 Gesucht – gefunden
22.15 Von Greven in die Zukunft
Eine Spedition auf neuen Wegen
22.45 Levins Mühle
Fernsehfilm nach dem Roman von Johannes Bobrowski
Buch, Regie: Horst Seemann
0.30 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Textiles Gestalten (8)
19.00 Rund um das Zwiebelmuster
19.15 Das Fahrrad (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Wahlnachlese
Redaktion: Peter Stalsch
21.00 Kinder, wie die Zeit vergeht
Gäste: Heinz Oestergaard und Dieter Rams
Moderation: Dénes Törzs
Regie: Norbert Schultze jr.
22.00 Das internationale TV-Kochbuch
Hongkong (1): Was im Teehaus das Herz erfreut
22.15 Django
Italien.-span. Western (1966)
Mit Franco Nero, Loredana Nusciak, José Bodalo
Regie: Sergio Corbucci

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.35 Welt der Pflanze
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Hessens Weg nach 45 (5)
1957/59: Signale für die Zukunft
20.45 Die Sprechstunde
Herpes
21.30 Drei aktuell
21.45 Magnum
Flucht vor dem Tod
22.30 Nr. 10 Downing Street (2)
23.15 Vor vierzig Jahren
Welt im Film vom 1. 11. 1946

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Fury
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Formel Eins
20.15 Unser Auto ist krank (1)
20.45 Kommunikation (1)
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Das Dollar-Geschäft
Südwest-Exporteure im US-Markt
21.45 Nebel jagen
Film von Nicolas Humbert
22.55 Jazz: Salsa-Festival '86
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Wenn die Lawinen kommen
Das Waldsterben bedroht den Alpenraum
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.40 Z. E. N.
Meisterwerke aus Japan: Sonne und Mond
23.00 Magnum
Hereingelegt
23.55 Rundschau

China steigt verstärkt ins Waffengeschäft ein

Regierungschef Zhao: Folge der Öffnung zum Ausland

AFP/DW. Peking

Die Volksrepublik China wird künftig mehr Waffen ins Ausland exportieren. Mit dieser Ankündigung auf der internationalen Waffenausstellung „Asiandex 86" in Peking bestätigte Regierungschef Zhao Ziyang damit erstmals offiziell, daß China verstärkt ins Waffengeschäft einsteigt.

Der erhöhte Export von Waffen und Technologie sei eine Folge der Öffnung Chinas zum Ausland, sagte Zhao vor rund 60 Vertretern aus 21 Ländern. Der Ministerpräsident betonte, China wolle gleichzeitig die Militärausgaben stabil halten. Seit dem Amtsantritt 1978 des starken Mannes der Volksrepublik, Deng Xiaoping, ist der Anteil der Militärausgaben am Haushalt stetig zurückgegangen. Gegenüber 12 Prozent im *Vorjahr* machte der Verteidigungsetat 1986 nur noch 10 Prozent aus.

Zhao betonte, trotz des verstärkten Waffenexports werde sich China „niemals" am Wettrüsten beteiligen. Gleichzeitig teilte er mit, die Streitkräfte entließen derzeit rund eine Million Soldaten, um die zahlenmäßig stärkste Armee der Welt auf 3,2 Millionen Mann schrumpfen zu lassen. Zum Ausgleich müsse jedoch die technische Ausrüstung der Armee weiter verbessert werden.

„Weltkrieg vermeidbar"

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Nachrichtenagentur „Neues China" am Wochenende die Meldung verbreitete, der chinesische Verteidigungsminister General Zhang Aiping habe erklärt, die Volksrepublik habe ihre Konzeption des unvermeidlichen Weltkrieges modifiziert. Die von den beiden Supermächten ausgehende Kriegsgefahr könne durch eine Stärkung der Wirtschaft und militärischen Schlagkraft der anderen Länder gebannt werden.

Die „Asiandex 86", an der sich Aussteller aus 12 Ländern einschließlich Hongkong beteiligen, geht morgen zu Ende. Ihr war eine internationale Rüstungsmesse im Januar dieses Jahres vorausgegangen. Damals ging es den Chinesen in erster Linie darum, mit den führenden internationalen Rüstungsproduzenten in direkten Kontakt zu kommen.

Westliche Experten schätzen, daß die Volksrepublik bereits heute unter den ersten zehn waffenexportierenden Ländern rangiert. Einige Berechnungen weisen China als größten Waffenlieferanten in der Dritten Welt aus. Zum Teil wurden Waffen kostenlos an Entwicklungsländer geliefert.

Erst im August hatten vor allem amerikanische Presseberichte die Lieferung von Kampfflugzeugen, Panzern, Raketenwerfern und Boden-Luft-Raketen im Werte von 1,6 Milliarden Dollar an Iran stark herausgestrichen. Militärexperten in Brüssel wiesen jedoch darauf hin, daß der chinesische MiG-21-Nachbau als veraltet angesehen werden muß und den Kriegsverlauf am Golf kaum beeinflussen könnte.

Modell einer Raumfähre

Auch in der Raumfahrt ist China sichtlich um Fortschritte bemüht. Ende August hatte die „Volkszeitung" gemeldet, die Volksrepublik habe das erste Modell einer eigenen Raumfähre fertiggestellt und treffe eine Auswahl seiner zukünftigen Astronauten. Über den Zeitpunkt des Baues der Raumfähre machte das Parteiblatt allerdings keine Angaben. Im April hatte Peking bekanntgegeben, China wolle vor dem Jahr 2000 eine eigene Raumfähre starten.

China verfügt über zwei Typen von Interkontinentalraketen, die über Reichweiten von 7000 und von 13 000 Kilometern verfügen. Dazu kommen etwa *80 Mittelstreckenbomber*, die nukleare Sprengkörper befördern können. 1982 war den Chinesen erstmals der Abschuß einer Mittelstrekkenrakete von einem U-Boot aus gelungen.

Die japanische Tageszeitung „Sankei Shimbun" teilte am Samstag mit, China habe kürzlich großangelegte Boden-Luft-Manöver in der Nähe der Grenze zur Mongolischen Volksrepublik durchgeführt. Die Zeitung, die sich auf Militärs berief, die ungenannt bleiben wollten, berichtete weiter, rund 60 000 Mann und mehr als 100 Flugzeuge und Hubschrauber hätten an den Manövern teilgenommen, die vom chinesischen Mißtrauen gegenüber dem sowjetischen Vorschlag über einen Truppenabzug aus der Mongolei zeugten.

Ein Bruch mit Damaskus kommt für Londons Partner nicht in Frage

Kohl und Chirac schweigen zur Zeitungsaffäre / Assad und die Struktur der Geheimdienste

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Premierminister Jacques Chirac erwarten, daß die Beratungen der EG-Außenminister heute in London über die syrische Urheberschaft am in letzter Minute vereitelten Terroranschlag gegen einen El-Al-Jumbo im April zu „einer vernünftigen Lösung" und auch zu einer solidarischen Haltung der Europäer mit Großbritannien in dieser Frage führen werden. Anläßlich des Privatbesuchs von Chirac und seiner Frau im Haus des Kanzlers in Oggersheim betonten beide gemeinsam vor Journalisten, es sei notwendig, die europäische Position „sehr sorgfältig" abzustimmen. Mehr sagten sie über die syrische Affäre nicht.

Schon vorher verlautete aus Paris, daß man die vier Vorschläge Londons akzeptiere und dementsprechend vorerst keine Waffen an Syrien verkaufen, keine hochrangigen syrischen Politiker empfangen, die syrische Botschaft streng überwachen und verstärkte Kontrollen für die syrische Fluggesellschaft einführen wolle. Dem dürften sich die anderen Europäer anschließen. Weitergehende Sanktionen, etwa ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Damaskus, sind in der Tat nicht zu erwarten.

Über die Fragen, die besonders in der französischen und angelsächsischen Presse nach einem Gespräch Chiracs mit dem amerikanischen Journalisten Arnaud de Borchgrave aufgetaucht waren, schweigen sich Kohl und sein Gast aus. In diesem Gespräch soll Chirac, so Borchgrave in der „Washington Times", mit Berufung auf Informationen und Einschätzungen von Kohl und Bundesaußenminister Genscher den verhinderten Anschlag in London als Komplott und Provokation des israelischen Geheimdienstes Mossad und syrischer Oppositioneller dargestellt haben. Das ist im übrigen die offizielle syrische Version des Falles Hindawi. Bonn und Paris dementierten noch am Freitag unmißverständlich. Für beide Politker sind diese Darstellungen offensichtlich gegenstandslos und somit nicht weiter erwähnenswert.

Die „Washington Times" hat inzwischen die Veröffentlichung eines Tonbandes mit den angeblichen Chirac-Passagen angekündigt. Dadurch erhält die syrische Affäre einen internationalen Krisengeruch, den vor allem der syrische Präsident Assad goutieren dürfte. Denn seit dem Abbruch der Beziehungen Londons mit Damaskus am 24. Oktober sind die Medien Syriens und der mit Damaskus verbündeten Sowjetunion angestrengt bemüht, den Verdacht des Terrorismus von Assad abzuschieben und den Israelis die Affäre anzulasten. Angesichts der offenkundigen



Über alles unterrichtet: Assad
FOTO: CAMERA PRESS

Unwahrscheinlichkeit dieser These – keine israelische Regierung könnte und würde es wagen, das Leben von fast vierhundert unschuldigen Passagieren *aufs Spiel zu setzen – wird in* letzter Zeit zunehmend die Version von Machtkämpfen innerhalb der syrischen Geheimdienste gestreut. Assad könne deren Aktivitäten nicht mehr kontrollieren. Das französische Wochenmagazin „Valeurs Actuelles" hält dies für „Desinformation" und beruft sich auf französische Geheimdienstquellen.

Die Erklärung ist plausibel. Dafür spricht auch die Struktur der syrischen Nachrichtendienste. Diese gliedern sich in drei große Zweige, den allgemeinen Nachrichtendienst, den militärischen Geheimdienst und den Geheimdienst der Luftwaffe. Die Köpfe dieser Dienste sind bekannt. Es handelt sich um Fuad Abbasi (allgemeiner Dienst), General Ali Duba (militärischer Dienst) und General Mohamed Kuly. In einem totalitären Polizeistaat kommen solchen Diensten nicht nur regimeerhaltende Funktionen zu. Sie sind wegen der Informationskonzentration und der mangelnden demokratischen Kontrolle auch ein gefährlicher Herd für Umsturzpläne. Aus diesem Grund unterhält Präsident Assad direkte Verbindung zu allen Diensten. Außerdem hat er die Kompetenzbereiche nicht genau abgegrenzt, so daß die Arbeit der einzelnen Dienste sich vielfach überschneidet. Auf diese Weise kann er die Qualität seiner Geheimdienste miteinander vergleichen und rechtzeitig Gefahrenmomente ausmachen. Das hat ihm auch geholfen, sich so lange an der Macht zu halten.

Assad hat außerdem noch eine weitere Sicherung in das System eingebaut. Es ist das Nationale Sicherheitsbüro unter der Leitung von Achmad Diab. Das Büro ist für die Verbindung des Präsidialamtes mit den Geheimdiensten zuständig, eigentlich aber eine Koordinationsstelle für die Überwachung derselben.

Da alle drei Dienste direkt mit Assad in Verbindung stehen und keiner der drei Geheimchefs es sich leisten könnte – schon wegen der Konkurrenz untereinander – am Präsidenten vorbei Operationen von großer Tragweite zu starten, ist es nach Ansicht politischer Beobachter in Beirut und Paris höchst unwahrscheinlich, daß Assad von dem geplanten Anschlag in London nichts wußte, zumal er sich schon über relativ kleine Aktionen in Libanon unterrichten lasse und gern über die diversen Aktivitäten seiner Geheimdienste auf dem laufenden gehalten werden möchte. Er wisse, daß sich Duba und Kuly Chancen auf seine Nachfolge ausrechneten und fördere die Konkurrenz. Das umso mehr, als die interne Opposition mit mehreren Anschlägen in Syrien selbst das Regime wieder bedrohe. Bisher ist noch keinem Dienst gelungen, einen entscheidenden Schlag gegen die Attentäter und ihre Hintermänner zu führen. Nach Angaben der in Beirut erscheinenden Zeitschrift Al Massira soll Assad erst vor drei Wochen einem Attentat entgangen sein.

NATO ändert Alarmplan für die Nuklearverbände

Extrem hoher Bereitschaftsgrad ist nicht erforderlich

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die NATO hat die Alarmverfahren *für ihre in Westeuropa stationierten* Nuklearverbände geändert und deren Bereitschaftsgrad wesentlich reduziert.

Künftig wird keine der Atomwaffen für Einsatz-Reichweiten zwischen 2500 und 500 Kilometer mehr in der sogenannten „QRA"-Bereitschaft gehalten. Die Abkürzung steht für Quick Reaction Alert und besagt, daß die in dieser Bereitschaft gehaltenen Verbände zur „schnellen Reaktion" fähig sein müssen. Für Flugzeuge mit Atombomben hieß das bisher Start innerhalb weniger Minuten. Für die mit ballistischen Raketen und Marschflugkörpern ausgerüsteten Verbände mußte die Feuerbereitschaft nach der Alarmierung innerhalb einer Viertelstunde hergestellt sein.

In unterrichteten Kreisen der Allianz hieß es dazu, diese Art von Alarmbereitschaft entspreche weder den heutigen politischen noch militärischen Bedingungen der NATO-Länder Westeuropas im Verhältnis zum Warschauer Pakt. Schon in der Vergangenheit habe die „QRA"-Bereitschaft nicht widergespiegelt, daß der Einsatz von Atomwaffen erst nach politischen Konsultationen innerhalb der Allianz möglich sei. Schon deswegen sei eine Minuten-Bereitschaft nicht realistisch gewesen.

Als zweiter Aspekt für die Veränderung der Alarmbereitschaft wird angeführt, die NATO rechne nicht mit einem Überraschungsschlag des Warschauer Paktes gegen die wesentlichen, in Europa stationierten, Eskalationsmittel der Allianz in Gestalt der Atomverbände. Ein solches „Szenario" sei überholt.

In neun Stunden bereit

Außerdem verfüge die NATO über eine inzwischen zuverlässigere Fähigkeit zur frühzeitigen Erkennung von Angriffsvorbereitungen der anderen Seite. Dies sei die Voraussetzung dafür, die eigenen Atomwaffen dem überraschenden Zugriff des Ostens zu entziehen.

Die jetzt in Kraft gesetzte neue Form der Alarmbereitschaft für die Nuklearverbände ist so angelegt, daß diese Zeit haben, im Falle sich verschärfender politischer Spannungen den *Marsch* aus den Kasernen anzutreten und in Auflockerungsräumen *unterzuziehen, so daß sie einem* Überraschungsangriff weitgehend entzogen sind.

Das gilt für die ballistischen Raketen der Typen Pershing 1 A, die bei der deutschen Luftwaffe bereitgehalten werden, sowie für die Pershing 2 des amerikanischen Heeres und die Marschflugkörper der amerikanischen Luftwaffe in Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Italien. Für die nuklearfähigen Flugzeuge in einigen NATO-Luftwaffen in Westeuropa ist ebenfalls die Alarmbereitschaft so herabgesetzt worden, und zwar so, daß die Waffenträger nun innerhalb von neun Stunden einsatzbereit gemacht werden sollen. Diese Stundenangabe ist allerdings von offizieller Seite nicht bestätigt worden.

Weniger Belastungen

In einer Pressemitteilung des Bundesverteidigungsministeriums heißt es dazu lediglich: „Die Möglichkeit zu rascher Auflockerung und Verlegung läßt diese Veränderung der Bereitschaftsregelung zu, ohne daß dadurch Reaktions- und Abwehrfähigkeit gemindert werden."

Als Vorteil für die in den Verbänden Dienst tuenden Soldaten ergibt sich mit der Lockerung der Alarmbereitschaft eine Entlastung in ihrem bisher sehr strengen Arbeitsrhythmus. Der Dienst in den Flugkörper-Geschwadern ging in der Vergangenheit *rund um die Uhr; die Flugzeug*führer der „QRA"-Waffenträger waren zur „Sitzbereitschaft" in unmittelbarer Nähe ihrer Maschinen gezwungen. Wie das Bonner Verteidigungsministerium im übrigen hervorhob, bleiben die bisherigen ausgebauten Stellungen der nuklearen Raketenverbände (die deutsche Luftwaffe hat sie in Geilenkirchen und Landsberg) außerhalb der Kasernen für Ausbildungs- und Übungszwecke erhalten. Sie sollen die Ausbildung des Personals auch außerhalb militärischer Anlagen ermöglichen und so dazu beitragen, daß die Bevölkerung und die Region, in der die Verbände stationiert sind, nicht durch die Benutzung nicht ausgebauter zusätzlicher Einsatz-Stellungen noch mehr Belastungen zu ertragen haben.

„taz" streitet um Brief der Brüder von Braunmühl

dpa, Berlin

Der auf der Titelseite der links-alternativen „Tageszeitung" (taz) abgedruckte Brief der Brüder des von der Roten Armee Fraktion (RAF) ermordeten Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl hat eine „taz-interne Auseinandersetzung" hervorgerufen.

In dem Schreiben der Brüder, das als authentisch gilt und etwa zwei Drittel der ersten Seite der Zeitung einnahm, wurden an die Terroristen unter anderem die Fragen gerichtet: „Wer macht Euch zu Auserwählten Eurer elitären Wahrheit? Wer gibt Euch das Recht zu morden? Gibt es irgend etwas außerhalb Eurer grandiosen Ideen, was Euch erlaubt, einem Menschen Eure Kugeln in den Leib zu schießen?".

Von Braunmühl, so geht aus dem Schreiben hervor, habe sich nie angepaßt, „auch nicht innerhalb dieser Bundesregierung". Jegliche Art von Krieg und Ungerechtigkeit habe von Braunmühl, der „immer für eine Verständigung mit den sozialistischen Ländern gearbeitet habe", „zutiefst empört".

Auf kritische Stellungnahmen der Bonner „taz"-Redaktion und aus dem Vertrieb reagierte der zuständige Berliner Redakteur am Sonnabend mit dem Hinweis, die Plazierung drücke lediglich den Willen aus, „das Schweigen in der Linken aufzubrechen". Die Auseinandersetzung um die „Politik der RAF" innerhalb des Leserkreises der Zeitung schlage keineswegs hohe Wellen, schreibt der „taz"-Redakteur unter der Rubrik „taz intern". Gegen „diese sich ausbreitende Gleichgültigkeit" sei bewußt der Abdruck auf der Titelseite gewählt worden.

Bonner „taz"-Berichterstatter hatten in einem ebenfalls unter dieser Rubrik veröffentlichten Schreiben an die Berliner Zentralredaktion kritisiert, daß der Brief der Brüder durch die Plazierung „als quasi redaktioneller Beitrag einen Stellenwert bekommen habe, der uns völlig unangemessen erscheint". Zwar sei es bemerkenswert, daß sich die Brüder Gerold von Braunmühls mit der RAF auseinanderzusetzen versuchten, doch hätte das Schreiben auch wie ein persönliches Dokument behandelt und entsprechend plaziert werden müssen.

Mit dieser Art der Berichterstattung werde eine moralische Verurteilung der RAF in den Vordergrund gestellt, während etwa Staatsschutz-Maßnahmen „innerhalb der nachrichtlichen Routineberichterstattung abgehandelt werden". Aus dem „taz"-Vertrieb wurde „blanker Opportunismus" moniert. Die Seite zwei oder drei wären angemessener gewesen, hieß es.

Ägypten droht Teheran

Kairo schließt direkte Teilnahme am Golfkrieg nicht aus

PETER M. RANKE, Kairo

Ägypten würde zunächst mit der Luftwaffe und dann mit Truppen in den Golfkrieg auf arabischer Seite eingreifen, wenn Iran etwa Kuwait oder andere arabische Golfstaaten angreifen sollte. Diese Warnung ist in den letzten Tagen von Kairo nach Teheran übermittelt worden und soll die befürchtete Ausweitung des Golfkrieges verhindern, *heißt es in militärischen Kreisen.*

Frühere Beistandsabkommen der Arabischen Liga und Ägyptens mit Jordanien würden es Kairo ermöglichen, vor allem von Jordanien und von Irak aus zu operieren. Außerdem entspräche es amerikanischen Absichten, wenn die Ägypter sich nach der Neuaufrüstung ihrer Streitkräfte durch amerikanische Waffensysteme stärker am Golf im Kampf gegen das Ayatollah-Regime engagierten. In diesem Fall wäre eine Entsendung der amerikanischen Eingreiftruppe in die Golfregion vermeidbar.

Schon heute nimmt Ägypten indirekt am Golfkrieg teil, und zwar durch massive Waffenlieferungen an Irak, die jährlich rund eine Milliarde Dollar erreichen und von den Ölstaaten bezahlt werden. Seit 1980 setzt Irak auch ägyptische Freiwillige ein, die nach Ableistung der Wehrpflicht in Irak Land, Häuser und die Staatsbürgerschaft erhalten können. Auch Jordanien hilft Irak im Golfkrieg durch die Bereitstellung von Transportmitteln für den Nachschub.

Ein ägyptischer Einsatz am Golf würde die Lage grundsätzlich zu Gunsten der arabischen Seite wenden, da die ägyptischen Militärs moderne Kriegserfahrung besitzen. Dieser Ansicht sind auch die Regierungen in Kuwait und in Saudi-Arabien, die eine direkte ägyptische Militärhilfe zur Kriegsentscheidung mit einer Finanzhilfe beantworten würden, die Ägypten von drängenden finanziellen Sorgen befreien könnte.

In diesem Zusammenhang verzeichnen politische Beobachter eine auffallende Verbesserung des politischen Klimas zwischen Kairo und Riad. So hat der Kleinstaat Dschibuti mit saudisch-französischer Zustimmung Ende Oktober wieder diplomatische Beziehungen zu Kairo aufgenommen, die nach dem Friedensschluß Ägyptens mit Israel 1979 abgebrochen worden waren. Dschibuti ist Mitglied der Arabischen Liga.

Schon im Juni hatten die Saudis als Freundschaftsgeste den Ägyptern 300 000 Tonnen Weizen geschenkt. Im Oktober weilte eine Delegation saudischer Geschäftsleute in Kairo.

Polens Bischöfe zensiert

Warschau geht gegen Forderung nach Versammlungsfreiheit vor

AFP, Warschau

Die polnischen Zensurbehörden haben einen Artikel des Sprechers des Episkopats, Alojzy Orszulik, mit einem Veröffentlichungsverbot belegt. In dem Aufsatz bezeichnet Orszulik das Grundrecht der Versammlungsfreiheit als Mindestvoraussetzung für die *Wiederaufnahme eines* echten Dialogs zwischen Regierung und Gesellschaft in Polen.

Orszulik vertritt die Auffassung, keine Behörde könne den katholischen Laien das Recht auf Vereinigung verweigern. Versammlungsfreiheit sei die unerläßliche Bedingung für die Teilnahme am öffentlichen Leben. Die derzeit bestehenden katholischen Vereinigungen reichten nicht aus.

Die Bildung von Vereinigungen der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Studenten innerhalb der Diözesen stelle eine Chance für die nationale Verständigung und die Verbesserung der Beziehungen zwischen Regierung und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Kirche dar.

Orszuliks Stellungnahme ist eine Antwort der katholischen Kirche auf die Vorschläge des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski, Gremien wie einen „Konsultativrat" beim Staatsrat zu schaffen. Darin sollen katholische Persönlichkeiten aufgenommen werden, die keine Kirchenämter innehaben.

Nach der Amnestie für politische Häftlinge im vergangenen September hatte die Kirche Gespräche mit Vertretern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" aufgenommen. In einem Gespräch zwischen Bronislaw Dabrowski, Sekretär der polnischen Bischofskonferenz, und Arbeiterführer Lech Walesa ging es offenbar auch um die von Jaruzelski geplante Beratungskommission. Grundsätzlich soll Walesa einer Mitarbeit der „Solidarität" in diesem Forum positiv gegenüber gestanden haben. Als Voraussetzung sei jedoch genannt worden, daß das Gremium strikt von der Regierung getrennt wird. So wolle „Solidarität" der Gefahr entgegenwirken, sich vom Staat inhaltlich und organisatorisch einbinden zu lassen. Wie die katholische Nachrichtenagentur seinerzeit berichtete, wurden die Vorbehalte der Gewerkschaft schon damals von den katholischen Bischöfen geteilt.

Jaruzelski hatte nach der Amnestie eine „Öffnung" angekündigt, aber jegliche Verhandlungen mit der „Solidarität" und Arbeiterführer Lech Walesa abgelehnt.

Komfort aus der Steckdose
Ausstattung mit Elektrogeräten 1985
Von je 100 Haushalten besaßen:
Staubsauger 97 · Kühlschrank 96 · Bügeleisen 96 · Waschmaschine 91 · Handrührer 84 · Toaster 83 · Kaffeemaschine 83 · Haartrockner 75 · Gefriergerät 55 · Grillgerät 46 · Trockenhaube 44 · Allesschneider 42 · Dunstabzugshaube 41 · Geschirrspüler 29 · Wäschetrockner 14 · Bügelmaschine 12
© Globus

Fast alle deutschen Haushalte sind inzwischen mit Staubsauger, Kühlschrank, Bügeleisen und Waschmaschine ausgestattet. Geräte, die vor wenigen Jahren noch als Luxus galten, wie Geschirrspülmaschine oder Wäschetrockner, befinden sich auf dem Vormarsch. Der Siegeszug der Elektrogeräte läßt sich auch am Stromzähler ablesen. Seit 1970 hat sich der Stromverbrauch je Haushalt annähernd verdoppelt. QUELLE: GLOBUS

WELTWIRTSCHAFT

Öl: Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen ihre Förderung um 100 000 Barrel pro Tag drosseln. Mit der Senkung um 10 Prozent folgen die Emirate entsprechenden Opec-Beschlüssen. Gleichzeitig hat die UdSSR den Preis für Rohöllieferungen um 80 cts je Barrel angehoben.

EG: Norwegen will nach Informationen des „Spiegel" als 13. Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft beitreten. Strittig sei noch, wie schnell der formelle Antrag gestellt werden soll.

Handelsbilanz: Das Defizit der USA wird sich 1987 mit 15 bis 20 Mrd. Dollar nur halb so umfangreich verbessern, wie von der Regierung prognostiziert. Zu diesem Ergebnis kommt die National Association of Manufacturers (NAM) in einer Studie.

Philippinen: Die Umschuldungsverhandlungen über 3,6 Mrd. Dollar mit den Gläubigerbanken sind abgebrochen worden. Unstimmigkeiten über Konditionen nach dem Vorbild Mexicos waren wohl der Grund.

Erdgas: Zum wichtigsten Lieferanten der EG ist im ersten Halbjahr 1986 die UdSSR mit 12 907 Mill. Tonnen geworden. Sie verdrängte Norwegen (10 378) auf Platz zwei.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Siemens: Der Elektro- und Elektronikkonzern ist nach Berichten der „Business Week" angeblich an einer Ehe mit Eastman Kodak interessiert.

Darlehen: Die Reeder-Hilfe des Bundes für Investitionen im deutschen Schiffbau wird 1987 auf 160 Mill. DM verdoppelt. Sie wird als zinsloses Darlehen gewährt und braucht im Falle einer Investition nicht zurückgezahlt werden.

Alfa Romeo: Die italienische Regierung hat der Übernahme des staatlichen Automobilherstellers durch Fiat zugestimmt. (S. 15)

HDW: Das Grundkapital der Kieler Werft soll bis 1988 um 150 Mill. DM aufgestockt werden.

Satelliten-TV: Die Verlage Heinrich Bauer und Burda beabsichtigen, sich an der Kabel-Media-Programmgesellschaft, die gegenwärtig über Intel-Sat das Programm „Musicbox" ausstrahlt, maßgeblich zu beteiligen.

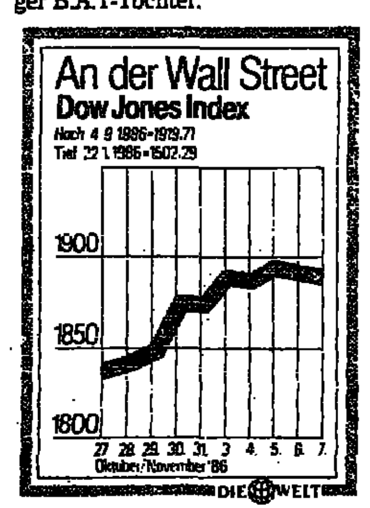
Versicherungen: Kritik an der Doppelaufsicht durch Bundesaufsichtsamt und Kartellbehörde äußerte der Verbandsvorsitzende Georg Büchner auf der Jahrestagung in Bremen. (S. 15)

FÜR DEN ANLEGER

Spanien: Den EG-Bestimmungen im Aktienrecht wird sich das Land in dieser Woche anschließen. Damit steht einer Zulassung ausländischer Aktiengesellschaften an den inländischen Börsen nichts mehr im Wege.

Aktienmärkte: An ausgewählten Börsen wird es 1987 Rekordkurse geben. Dazu zählt die Gesellschaft Union Invest vor allem die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland. Eine Steigerung des Kursniveaus um 25 Prozent und mehr wird bei einem Einstieg der Japaner nicht ausgeschlossen.

Pegulan: Der Verkauf der Batig-Anteile an dem Heimausstatter über die Börse wird für wahrscheinlich gehalten. Als größtes Hindernis für eine breite Streuung des Kapitals gilt der nur in Fristen kündbare Ergebnisabführungsvertrag des Frankenthaler Unternehmens mit der Hamburger B.A.T-Tochter.



MÄRKTE & POLITIK

USA: Um den stockenden Absatz zu verbessern, will Puma den Vertrieb selbst übernehmen.

Insolvenzen: Mit 14 252 Konkursen, Vergleichsverfahren und abgelehnten Konkursanträgen wurde das Vorjahresniveau erreicht. Dies teilte das Statistische Bundesamt mit.

Stahlquoten: Die britische Regierung will eine Liberalisierung der Produktionsbeschränkungen für Walzdraht und verzinkte Bleche ab Januar 1987 durchsetzen.

Triumph-Adler: Vor der vollständigen Sanierung des Nürnberger Unternehmens wird es weder personelle noch strukturelle Veränderungen geben. Der Eigentümer, Olivetti-Chef Carlo de Benedetti, bekräftigte dies in Paris.

WER SAGT'S DENN?

Es ist besser, ein Problem zu erörtern, ohne es zu entscheiden, als es zu entscheiden, ohne es erörtert zu haben

J. Joubert

Der Immobilienmarkt blickt gebannt auf die Neue Heimat

Rudolf Hübenthal, Präsident des Makler-Rings, zur WELT: Die Bürger sind verunsichert

HANS BAUMANN, Bonn

„Natürlich bleiben die Probleme einer Institution wie der Neuen Heimat mit der Gefahr eines Konkurses nicht ohne Auswirkungen auf den Markt für Immobilien." Nicht nur potentielle Käufer von Häusern oder Wohnungen und Eigentümer solcher Objekte seien verunsichert. Selbst die Profis in der Immobilienbranche fragten sich, ob ein kaum wieder reparierbarer Einbruch des Marktes *vermieden werden kann.*

Rudolf Hübenthal, Präsident des Rings Deutscher Makler (3700 Mitglieder) und Inhaber der Hanseatischen Immobilien-Gesellschaft, Bremerhaven, verweist auf das Damoklesschwert von 190 000 Wohnungen, die zum Konzern der Neuen Heimat gehören. In einem Gespräch mit der WELT konzentriert er sich beispielhaft auf den Hamburger Markt.

Rund 8000 Wohnungen werden dort in diesem Jahr angeboten werden, bei einem Potential von 40 000 Wohnungen der Neuen Heimat. Kämen davon bei einem Finanzinfarkt auch nur zehn Prozent kurzfristig auf den Markt, so würde sich das Angebot schlagartig um 50 Prozent erhöhen.

Würden dann nicht zwangsläufig die Objekte billiger und damit für die Interessenten erschwinglicher? „Theoretisch ganz sicher", sagt Hübenthal. Eine solche Betrachtung übersehe aber, daß die Immobilienbesitzer schwere finanzielle Rückschläge erleiden, daß Finanzierungen notleidend und neue Zwangsversteigerungen unabweisbar würden.

„Wer sagt denn, daß bei verfallenden Immobilienpreisen die neu an den Markt kommenden Objekte, etwa aus Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, Absatz finden?", fragt Hübenthal. Tatsache sei doch, daß der Immobilienmarkt verunsichert sei durch die Probleme der Neuen Heimat, kaum daß er sich nach dem Abwärtstrend der letzten drei Jahre allmählich konsolidiert habe.

Wer sich für eine so lange Zeit an eine Immobilie binde (durchschnittliche Eigentumszeit 28 Jahre) und in der Regel zu erheblichen Teilen fremdfinanziere, brauche sichere Perspektiven für sein Immobilien-Engagement. Und genau diese Sicherheit, Kalkulierbarkeit der Zukunft, sei abhanden gekommen. „Viele Bürger sind nach dem Zinsschock, der tiefer sitzt als der Ölpreisschock, für den Eigentumsgedanken verloren", sagt Hübenthal. Da aber privates Eigentum die Idee der sozialen Marktwirtschaft stütze, sieht er die Politik in der Verantwortung beim Debakel der Neuen Heimat. Ein Lawineneffekt müsse verhindert werden.

Sind die involvierten Banken nicht auch daran interessiert? „Natürlich", antwortet Hübenthal. Die Banken versuchten mit allen Mitteln, ihr finanzielles Engagement zu sichern, etwa mit Umschuldung- und Streckungsaktionen für die Kredite der betroffenen Kunden. Übersehen werde immer wieder, daß nicht nur die Mittel der Banken auf dem Spiel stehen, sondern auch das Geld der Bankkunden, der Einleger. „Bei übergroßem Angebot und daraus resultierendem Preisverfall am Immobilienmarkt können auch die Banken Schaden nehmen", fürchtet Hübenthal.

Die Psychologie beginne nun auch im Bereich der Immobilienwirtschaft eine Rolle zu spielen, bei den Profis ebenso wie bei den privaten Kunden. „Die Bürger verstehen die komplizierten Zusammenhänge um die Neue Heimat nicht mehr. Und was sie nicht verstehen, das verunsichert sie," meint der Präsident des Rings Deutscher Makler. Der unmittelbare Rückschlag auf den Immobilienmarkt dürfe daher niemanden verwundern.

Rabatt für die Großen

ed. – Im Großhandel sind die *Preise niedriger als im Einzelhandel,* und wer als Endverbraucher von irgendeiner Ware große Posten abnimmt, kann auf einen Rabatt rechnen, zumindest, wenn er geschickt verhandelt. Nicht anders ist es im Wertpapiergeschäft. So bekommen zum Beispiel Versicherungen, die von neu emittierten Bundesanleihen Millionenbeträge abnehmen, einen Rabatt von fünf Achtel Prozent, Bonifikation genannt.

Der private Sparer, der vielleicht nur einige hundert oder tausend Mark von diesem Papier kauft, mag das als ungerecht empfinden und sich benachteiligt fühlen. Aber man kann es den Banken nicht verdenken, daß sie die Großabnehmer besser bedienen. Schließlich verursacht der Verkauf von Großposten ja auch bedeutend weniger Arbeit und Kosten.

Etwas besser als die „Normalaktionäre" sind dieser Tage bei der Plazierung der Massa-Stammaktien auch jene Interessenten bedient worden, die der Familie des bisherigen Großaktionärs nahestehen. Auch dafür gab es, wie berichtet, einen Grund: Sie haben sich verpflichtet, ihre Aktien eine bestimmte Zeit nicht zu verkaufen. Als Parallele dazu könnte man die Vorzugskurse ansehen, zu denen Arbeitnehmer Belegschaftsaktien kaufen können, die auch einer Verkaufssperrfrist unterliegen.

So *schwindet, bei Lichte* besehen, der Verdacht, daß die Kleinen zugunsten der Großen benachteiligt werden. Auf einem anderen Blatt steht freilich, daß Kleinkunden im Wertpapiergeschäft relativ höhere Gebühren berappen müssen oder gar abgewiesen werden.

Undifferenzierte Sparförderung bringt nichts

ed. Frankfurt

Das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Eigenkapitalausstattung deutscher Unternehmen durch die Förderung von Produktivkapital in Arbeitnehmerhand zu stärken, wird ad absurdum geführt, wenn bei Einführung der zweiten Stufe des Vermögensbildungsgesetzes auch andere Sparformen in die Maximalförderung einbezogen werden, kritisiert Wolfgang Deml, Sprecher der Geschäftsführung der Union Investment-Gesellschaft. Dann bliebe praktisch alles beim alten, nur werde es für Bundesregierung und damit für den Steuerzahler teurer, und das angestrebte Ziel bleibe auf der Strecke.

Bei nahezu gleichrangiger Förderung aller Sparformen fehle den börsenabstinenten Deutschen einfach der Anreiz zu verstärkten Engagements in Aktien. Für vernünftiger hält Deml nach ausländischen Vorbildern die direkte steuerliche Begünstigung des Aktienkaufs. Ferner bezweifelt er, daß es sinnvoll ist, Sparer, die freiwillig nicht einmal börsengängige Aktien oder Investmentzertifikate kaufen, mit Anteilen an Vermögensbildungsgesellschaften zu beglücken, die das Geld in praktisch *unbekannten oder noch nicht börsenfähigen* Unternehmen anlegen sollen.

AUF EIN WORT

„Der gute deutsche Reise-Kuchen macht ausländische Veranstalter offenbar sinnlich. Die Ratio bleibt dabei außen vor."

Paul Lepach, Vorstandssprecher der Touristik Union International (TUI), Hannover. FOTO: HANS JÜRGEN FRATZER

OECD: Mehr Wachstum gegen Arbeitslosigkeit

J.Sch. Paris

Der zahlenmäßige Rückgang der aktiven Bevölkerung in den westlichen Industriestaaten reicht nicht aus, um die Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit auf ein vertretbares Niveau zurückzubringen. Dazu bedarf es vielmehr eines beschleunigten Wirtschaftswachstums. *Diese Auffassung* vertritt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Arbeitsmarktprognose.

Für die europäischen Mitgliedstaaten fällt sie besonders pessimistisch aus. Um hier die Arbeitslosenquote bis 1990 auf das Niveau von 1979 zu reduzieren, müßten jahresdurchschnittlich netto zwei Prozent mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, gegenüber tatsächlich 0,2 Prozent weniger im Schnitt der letzten fünf Jahre. Dagegen kämen die USA und Japan mit den bisherigen Trends (plus 1,4 und plus ein Prozent) aus.

Realistischer erscheint der OECD, daß Westeuropa erst gegen 1995 seine Arbeitslosenquote von 1979 wieder erreicht. Dann bedürfe es nur eines jährlichen Beschäftigungszuwachses von einem Prozent. Die Bundesrepublik liegt dabei wegen ihres hohen Geburtenrückgangs günstiger als etwa *Frankreich, Großbritannien oder* Holland.

Wieder in Turbulenzen

Von ERWIN SCHNEIDER

Nachdem die internationale Zivilluftfahrt zwei Jahre lang bescheidene Gewinne eingeflogen und ihre Umsatzrendite auf magere 1,5 Prozent gebracht hat, steht sie wieder vor härteren Zeiten. Per saldo wird die Statistik der IATA, der International Air Transport Association, einen erwarteten Verlust für 1986 von über 600 Millionen Dollar oder 1,239 Milliarden Mark ausweisen. Bei einem Umsatz von rund 44 Milliarden Dollar der nunmehr 144 Mitglieder ist dies eine traurige Bilanz, zumal sich seit 1978 mehr als 5,5 Milliarden Dollar Verluste angehäuft haben.

Natürlich stehen dabei einige Carrier auf der Sonnenseite, die sich in diesen Jahren schon für kommende Kraftakte vorbereiten konnten. Dazu gehören neben großen europäischen Gesellschaften auch einige asiatische Airlines, die (noch) nicht IATA-Mitglieder sind. Aber die meisten anderen Wettbewerber – auch große und *renommierte* Namen der Branche – müssen um ihre Existenz kämpfen. Dies zeigen nicht zuletzt die Fusionen und Übernahmeangebote, aber auch die Verkäufe von Streckenrechten oder Immobilien vor allem in den USA.

Die Zeit der Erholung war für die internationale Luftfahrt nur von kurzer Dauer. Nach zwei Jahren mit kleinen Gewinnen fliegen die Airlines jetzt schon wieder in eine Zone voller Turbulenzen.

Dabei ist dieser neue Einbruch hausgemacht. Denn nachdem sich die Weltkonjunktur in den letzten Jahren wieder erholt hatte, stiegen parallel dazu die Passagierzahlen überdurchschnittlich auf über 154 Millionen an. Und die Prognosen bis zur Jahrtausendwende versprechen ebenfalls weitere schöne Zuwachsraten.

Aber in diesem Jahr werden nur drei Prozent mehr Tickets verkauft als 1985. Einer der Gründe wird sicherlich der internationale Terrorismus sein, der besonders amerikanische Fluggäste beeinflußt hat und das Aufkommen auf der wichtigsten Route der Welt – über dem Nordatlantik – sogar sinken ließ. IATA-Generaldirektor Günter O. Eser, der seit zwei Jahren der Vereinigung vorsteht, sieht auch negative Einflüsse durch das Kernkraftwerksunglück von Tschernobyl. Dazu kommt der freie Fall des Dollar in den letzten Monaten.

Vorbereitet hatten sich die Fluggesellschaften aber auf ungehindertes Wachstum, und dementsprechend wurden die Kapazitäten flott erhöht. Allein in diesem Jahr boten die Gesellschaften rund sieben Prozent mehr Sitzplätze an. Da aber die Passagiere nicht so reichlich buchten, um dieses Angebot zu füllen, sank der Ladefaktor um gut zwei Prozentpunkte unter den Wert, der der Branche Gewinn verspricht. Deshalb hetzen sie nun wieder, wie schon zu Beginn der achtziger Jahre, als der Ladefaktor mit knapp 59 Prozent drei Punkte unter dem Break-Even-Point von damals fast 62 Prozent lag, der Kapazitätsausnutzung hinterher.

Dem Fluggast kann es nur recht sein. Denn schon lange ist die IATA nicht mehr das Preiskartell, als das sie lange Zeit verrufen war. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre *begann das System aufzuweichen,* und mit dem freien Marktzugang in den USA seit 1978, als Präsident Carter den Deregulations Act erließ, war die Welt der festen Tarife nicht mehr heil. Wobei der Markt aber die schlimmsten Auswüchse nach unten selbst korrigiert hat, wie etwa Aufstieg und Fall des Briten Laker bewiesen.

Dabei brauchen die Gesellschaften auskömmliche Preise, sollen ihnen die Kosten nicht davonfliegen. Und ausreichende Finanzen sind auch nötig, um die anstehenden Investitionen bestreiten zu können. Denn in den *nächsten* zehn Jahren müssen rund 4000 neue Flugzeuge gekauft werden – mit einer Investitionssumme bis zu 200 Milliarden Dollar. Zwar hat die Alternative Leasing in den letzten Jahren bei einigen spektakulären Anschaffungen von sich reden gemacht, aber der Anteil liegt erst bei zehn Prozent, und auch langfristig wird kein Anstieg über 20 Prozent am Neugeschäft erwartet. Selbst dann aber ist der restliche Finanzierungsbrocken für die Fluggesellschaften noch enorm.

Für die Europäer kommt über die allgemeinen Probleme hinaus noch Druck von der EG-Kommission. Die Fluggesellschaften, so wird aus Brüssel gefordert, sollen sich an die freien Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft halten. Doch die europäischen Carrier verweisen darauf, daß sie nicht die richtigen Ansprechpartner seien. Vielmehr seien die Politiker gefordert; sie allein könnten die Struktur im europäischen Luftverkehr ändern.

Ob die aber eine weitgehende Liberalisierung durchsetzen können und wollen, ist fraglich. Denn einmal setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Deregulierung in den USA in ihrer absoluten Freiheit auch nicht dem Idealbild entspricht, zum anderen sind sich die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft keineswegs einig. Pro Liberalisierung sind hier Großbritannien und die Niederlande, kontra vor allem die Italiener und Griechen. Zeit zum Kompromiß bleibt bis 1992, dem Jahr, in dem der EG-Binnenmarkt geschaffen werden soll. Bis dahin wird der internationale Luftverkehr aber noch durch manche Turbulenzen geflogen sein.

Die Wall Street zeigte keine Reaktion

Nicht die Kongreßwahlen, sondern Übernahmegerüchte beschäftigten die Börsianer

G. BRÜGGEMANN, New York

Das wichtigste politische Ereignis in den Vereinigten Staaten der vergangenen Woche, die Kongreßwahlen, *blieb praktisch ohne Einfluß auf* das Börsengeschehen des Landes. Dabei hatte es in den Tagen vor der Wahl noch erhebliche Sorgen gegeben, ein Erfolg der oppositionellen Demokraten würde Gefahren für die Wirtschaft und damit auch für den Aktienmarkt mit sich bringen. Als dann dieses Ergebnis tatsächlich eintraf, ging die Wall Street jedoch zur Tagesordnung über und beschäftigte sich mit anderen Dingen. Die Börsianer wollen nicht daran glauben, daß die demokratische Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses die Wirtschaftslage sonderlich beeinflussen wird.

An den ersten drei Tagen der Woche standen bei großen Umsätzen eindeutig Übernahmegerüchte und -gefechte und nicht politische Überlegungen im Mittelpunkt des Börsengeschehens. Der Dow-Jones-Index kletterte um knapp 21 Punkte und testete mit 1899,04 Punkten die 1900er-Grenze. *Dieser Wert konnte im Verlauf* dieser Woche allerdings nicht gehalten werden. Vor allem umfangreiche Gewinnmitnahmen führten zu einem deutlichen Sinken der Kurse.

Aber im Wochenvergleich stieg der Dow-Jones, in dem 30 Spitzenwerte zusammengefaßt sind, immer noch um 8,72 auf 1886,53 Punkte. Auch die breiter angelegten Indices von NYSE und von Standard und Toors legten im Wochenvergleich zu. Sie stiegen um 1,08 auf 141,50 und um 1,79 auf 245,7 Punkte. Negative Einflüsse gingen in der Berichtswoche vom Rentenmarkt aus. Sämtliche Regierungsanleihen stiegen in der zweiten Wochenhälfte deutlich, was am Aktienmarkt ein wenig die Stimmung verdarb.

Die in Wirtschaftskreisen umgehende Vermutung, die demokratische Mehrheit im Kongreß sei nun versucht, in der Handelspolitik einen stark protektionistischen Kurs zu steuern, fand in Wall Street ebensowenig Resonanz wie die Meldung vom Freitag, daß im Laufe des Oktober reichlich 300 000 neue Arbeitsplätze entstanden seien. Das mag daran liegen, daß die ungewöhnlich hohe Zahl neuer Stellen in der Arbeitslosenstatistik keinen Niederschlag fand. Sie bleibt bei knapp sieben Prozent unverändert, weil der Zuwachs an Arbeitsplätzen gerade ausgereicht hat, den zusätzlichen Bedarf an neuen Stellen zu decken.

So bleiben die Aktienmärkte in den USA auch weiterhin ohne klare Richtung. Zahllose Szenarien über den künftigen Kurs der Wirtschaft haben sich als unbrauchbar erwiesen. Die Börsianer und die Anleger an Wall Street wandten sich deswegen zum Wochenschluß wieder den Übernahmespekulationen zu, jetzt freilich in kritischerer Stimmung als noch einige Tage zuvor, wohl in der Erkenntnis, daß eine ganze Reihe von Übernahmengerüchten auch nur Gerüchte bleiben werden.

Auf Konsolidierungskurs

Niedersachsens Genossenschaften spüren Preisdruck

dos, Hannover

Kräftige Mengensteigerungen bei deutlich geschrumpften Umsatzerlösen kennzeichnen die Entwicklung der dem Genossenschaftsverband Niedersachsen angeschlossenen Raiffeisen-Warengenossenschaften im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.). Die unbefriedigende Preissituation wird nach Angaben von Verbandsdirektor Manfred Schlüter vor allem im Agrarbereich deutlich. Während mengenmäßig ein Plus von 11,7 Prozent erzielt wurde, blieb der Wertumsatz gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Bei den landwirtschaftlichen Betriebsmitteln stand der Mengensteigerung von 3,1 Prozent ein Umsatzrückgang von 2,7 Prozent gegenüber. Der Gesamtumsatz blieb folglich mit 2,39 Mrd. DM um zwei Prozent unter, das Mengenergebnis um 7,3 Prozent über dem Vorjahresniveau. Vor allem das Geschäft mit Futtermitteln, Getreide und Kartoffeln wurde von dieser Entwicklung geprägt.

Unbefriedigende Preise beklagen auch die Viehverwertungsgenossenschaften, die 1985 zwar 4,7 Prozent mehr Tiere vermarkteten, den Umsatz aber nur um 1,9 Prozent auf 1,15 Mrd. DM steigerten. Im laufenden Jahr, so Schlüter, habe sich das Preisniveau vor allem bei Schlachtschweinen weiter verschlechtert. Als Reaktion auf die Garantiemengenregelung für Milch halte auch der hohe Angebotsdruck auf den Rindfleischmärkten an. Die Erzeugung übertreffe den Verbrauch deutlich.

Das Milchaufkommen, das 1984 und 1985 rückläufige Tendenz zeigte, dürfte 1986 um drei Prozent zunehmen. Parallel dazu steigen auch wieder die Interventionslieferungen von Butter und Magermilchpulver. In diesem Bereich zeichne sich eine „agrarpolitisch kritische Entwicklung ab".

Die dem Verband angeschlossenen 295 Volks- und Raiffeisenbanken verzeichnen einen „soliden und stabilen" Geschäftsgang. Verbandsdirektor Wilfried Bungenstock bezieht sich bei dieser Aussage auf die „gut behauptete Marktposition der genossenschaftlichen Banken". In den ersten neun Monaten 1986 erhöhte sich die Gesamtbilanzsumme um 1,4 Prozent auf 28,3 Mrd. DM. Während die Gesamteinlagen um 0,8 Prozent auf 22,9 Mrd. zunahmen, ergab sich bei den Ausleihungen ein Minus von 1,53 Prozent auf 17,6 Mrd. DM.

Streit um freieren Luftverkehr

EG-Verkehrsminister verhandeln über Deregulierung

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen neuen Vorstoß zur Liberalisierung des europäischen Luftverkehrs wollen die Verkehrsminister der EG heute in Brüssel unternehmen. Schon vor Beginn der Verhandlungsrunde ist allerdings deutlich geworden, daß Hoffnungen auf eine weitgehende Auflockerung der gegenwärtigen Tarif- und Kapazitätsbestimmungen im Linienverkehr nicht begründet sind.

Das europäische Verbraucherbüro hat deshalb ein „kategorisches Nein" zu den Vorschlägen geäußert, die die britische Präsidentschaft ausgearbeitet hat, um wenigstens im zweiten Anlauf einen Kompromiß zu ermöglichen. Im Juni war ein Einigungsversuch fehlgeschlagen, weil es unmöglich war, die Vorstellungen von Anhängern und Gegnern einer „Deregulierung" im Luftverkehr auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Unbestritten ist, daß die gegenwärtigen starren Tarifregelungen und die Aufteilung des Platzangebots zwischen den nationalen Fluggesellschaften im *Verhältnis von 50 zu 50 Prozent* nicht mit dem Grundsatz des freien Dienstleistungsverkehrs im Gemeinsamen Markt zu vereinbaren sind.

Während die südlichen EG-Länder, deren Fluggesellschaften wirtschaftlich schwach sind, möglichst wenig an der bisherigen „Marktordnung" rütteln wollen, treten die Holländer und Briten für eine erheblich stärkere Preiskonkurrenz und für liberalere Kapazitätsregeln ein. Unter dem Eindruck der bestehenden Mehrheitsverhältnisse sind die Briten inzwischen auf eine mittlere Position umgeschwenkt, wie sie vor allem von der Bundesrepublik und Frankreich verfochten wird. Beide hatten im Juni gemeinsam einen Vorschlag ausgearbeitet. Er beruhte im wesentlichen auf einem von den Fluggesellschaften selbst befürworteten Modell.

Nach dem neuesten Verhandlungsstand könnte eine Kapazitätsregelung konsensfähig sein, die für zwei Jahre eine Platzverteilung im Verhältnis von 45 Prozent für die nationalen Gesellschaften und 55 Prozent für andere und anschließend von 40 zu 60 vorsieht. Die Kommission hatte ursprünglich vorgesehen, daß die nationalen Gesellschaften nicht mehr als 25 Prozent des Platzangebots auf einer bestimmten Linie für sich beanspruchen dürfen.

Bei den Flugpreisen geht es um die Einführung von „Flexibilitätszonen" für „Discount"- und „Deep Discount"-Tarife. Bei diesen Sondertarifen soll es den Gesellschaften freigestellt werden, ohne behördliche Genehmigung Flugtickets anzubieten, die auf 65 bis 45 Prozent des Normalpreises für die Economy-Klasse reduziert sind. Der Streit geht nun vor *allem noch um die Bedingungen*, die mit der Gewährung von „Discount"- und „Deep Discount"-Tarifen verbunden sein sollen, zum Beispiel um die Dauer des Aufenthalts oder den Einschluß des Sonnabends.

Das Verbraucherbüro kritisiert deshalb auch, daß die Pläne für eine Liberalisierung immer mehr verwässert worden seien und zu Tarifen führten, die über denen lägen, die gegenwärtig bereits angeboten würden. Es sei besser, gar keinen Kompromiß zu suchen als eine Lösung, die denen juristisch und politisch die Hände binde, die an die „Tugend des Wettbewerbs" glaubten.

UNO: Dritte Welt profitiert wenig auf Agrarmärkten

dpa/VWD, Rom

Obwohl die Entwicklungsländer bis 1990 zur Haupttriebfeder des weltweiten Nachfragewachstums bei Agrarwaren werden dürften, sind die Aussichten für tropische Produkte düster, und die Unterernährung dürfte – wenn der Protektionismus nicht abgebaut wird – weiter zunehmen. Diese Warnung spricht die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) in ihren landwirtschaftlichen Rohstoffprojektionen bis 1990 aus.

Die Experten rechnen mit einem deutlich geringeren Wachtum der Weltnachfrage nach den meisten Agrarprodukten im Vergleich zu den 70er Jahren. Dafür sei hauptsächlich eine Marktsättigung in den entwickelten Ländern verantwortlich, heißt es in dem Bericht. Die Entwicklungsländer würden den größten Teil des zusätzlichen Verbrauchsbedarfs stellen. Bei Weizen entstünden beispielsweise fast vier Fünftel des zusätzlichen Verbrauchs in den Entwicklungsländern. Bei Ölen, Fetten und Ölmehlen, Kaffee und Tee dürfte der Anteil der Entwicklungländer am Weltverbrauch ebenfalls stark steigen. Um 1990 würde die Dritte Welt beispielsweise 50 Prozent aller Öle und Fette verbrauchen, verglichen mit 43 Prozent zehn Jahre zuvor.

Die Entwicklungsländer würden jedoch voraussichtlich in ihrer Rolle als Exporteure nicht viel Nutzen aus diesem Trend ziehen. Die Aussichten für den Handel mit tropischen Produkten seien wenig verheißungsvoll, da die meisten Märkte durch Überschüsse gekennzeichnet seien.

Luxusbranche muß sich nach der Decke strecken

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Für die französische Luxusindustrie schlägt die Stunde der Wahrheit. Die goldenen Zeiten, in denen sich jeder beliebige Artikel, der mit dem Namen eines Pariser Haute Couturiers versehen war, weltweit wie warme Brötchen verkaufte, gehen zu Ende. Nicht nur wegen der rapide fortschreitenden Fälschungen, die dieser Industrie inzwischen mindestens zwei Mrd. Franc (630 Mill. DM) Schaden pro Jahr zufügen. Auch die Nachfrage nach echten Luxusartikeln zeigt erstmals Ermüdungserscheinungen.

Gewiß, die Haute Couture hat *schon vor dem Ausbleiben der arabischen Ölprinzessinnen* rote Zahlen geschrieben. Die horrend teuren Modelle waren immer vor allem als Werbeausgaben für ihre Luxuskonfektion und für ihr internationales Lizenzgeschäft gedacht, dessen Umsätze mehrere zehn Mrd. Franc erreichen. Bei dieser Größenordnung kann man sich vorstellen, welche Gewinnausfälle infolge der Dollarbaisse durch den Rückgang der Lizenzeinnahmen entstanden sind.

Dazu kommt, daß in diesem Jahr nur sehr wenige Amerikaner Frankreich bereisten. Sie standen hier bisher an erster Stelle unter den ausländischen Käufern von Luxusartikeln, vor allem von Parfüm. In diesem Sektor schrumpfte die Ausfuhr einschließlich der statistisch erfaßten „Reisenandenken" im 1. Halbjahr 1986 um wertmäßig 1,9 Prozent.

Auch beim Champagner, dem zweitwichtigsten Exportartikel der Luxusindustrie, lassen die Geschäftsergebnisse zu wünschen übrig. Mengenmäßig nahm die Ausfuhr zwar noch um 3,6 Prozent zu. Aber das war weniger als die Hälfte des im 1. Halbjahr 1985 erzielten Zuwachses. Ähnliches gilt für den Cognac.

Starke Einbrüche mußte schließlich die französische Luxuskonfektion in Kauf nehmen. In finanzielle Schwierigkeiten geraten ist bisher zwar noch kein bekanntes Unternehmen dieser Branche. Aber überall hält man jetzt Ausschau nach kapitalkräftigen Partnern. Allein in der letzten Woche wurden drei Kapitaltransaktionen größeren Umfangs eingeleitet:

- Das Übernahmeangebot des Luxuskoffermachers Luis Vuitton an die Champagnerfirma Veuve Clicquot nebst Parfümtochter Givenchy;
- die 25prozentige Beteiligung des italienischen Großindustriellen Carlo de Benedetti an dem Mode Yves Saint-Laurent, die eine Übernahme der gleichnamigen Parfümgesellschaft aus amerikanischem Besitz anstrebt und
- Verhandlungen der Agache-Willont-Gruppe, zu der das Modehaus Dior gehört, über den Erwerb des Luxuskonfektionärs Ted Lapidus.

Weitere Zusammenschlüsse und Unternehmenskäufe stehen bevor, denn der internationale Wettbewerb verschärft sich. Von der angeblich so konjunkturunempfindlichen Luxuskundschaft allein kann die Branche heute nicht mehr leben.

Internationale Finanzen

Tilgung: Am 15. Dezember will die [illegible] Credit Corp. alle ausstehenden 10,75prozentigen verlängerbaren Notes mit Fälligkeit 15. November 1995 im Volumen von 300 Mill. Dollar vorzeitig tilgen. Die Ablösung erfolgt zu 101 Prozent zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Anleihe: Mit einem Kupon von 10,25 legt die C. Itoh + Co. eine Anleihe über 50 Mill. kan. Dollar zu 101 Prozent auf. Fälligkeit ist 21. November 1991. In den ersten drei Jahren werden keine Zinsen gezahlt, im vierten Jahr erfolgt eine Abschlagszahlung von 41 Prozent. *Die Anleihe wird in Stücken zu 5000* kan. Dollar notiert.

[illegible] Corp.: Eine 2,25prozentige Optionsanleihe über 100 Mill. DM begibt das Unternehmen über ein Konsortium unter Führung der Dresdner Bank. Zu einem Anleihestück von 10 000 DM gehören zehn Optionsscheine, von denen jeder vom 12. *Januar 1987 bis zum 1. November 1991* zum Bezug von 96 [illegible]-Aktien zum Kurs von 826 Yen berechtigt.

Optionsanleihe: Mit einem Kupon von vorläufig 3,75 Prozent legt die Toyo Aluminium K. K. eine Optionsanleihe mit Fälligkeit 3. Dezember 1991 über 35 Mill. Dollar auf. Jedem Bond über nominal 5000 Dollar ist ein Optionsschein beigefügt, der vom 10. Dezember 1986 bis 20. November 1991 ausgeübt werden kann.

Bosch: Mit Fälligkeit 30. Januar 1993 legt das Unternehmen eine 50-Mill.-sfr-Anleihe auf. Sie ist mit einem Kupon von 4,625 Prozent ausgestattet, der Ausgabekurs liegt bei 99,75 Prozent.

Euromarkt: 8,25 Prozent beträgt der Kupon der 100 Mill. Dollar Anleihe der Brierley Investments Overseas, die am Euromarkt aufgelegt werden soll. Fälligkeit ist 3. Dezember 1991, der Ausgabekurs beträgt 100,5 Prozent. Die Anleihe wird in Mindeststücken von 10 000 Dollar notiert.

Nestlé: 300 000 Optionsscheine für den Kauf von Namensaktien der Nestlé AG bietet die Schweizerische Kreditanstalt (SKA) an. Inhaber von zehn Optionsscheinen, ausübbar vom 1. Januar 1987 bis 15. Dezember 1988, können jeweils eine Namensaktie zum Preis 4750 sfr erwerben. Der Preis für einen Optionsschein beträgt 100 sfr. (mdl)

Wochenschlußkurse

New York

	7.11.	31.10.
Adv. Micro Dev	16	14
Aetna Life	55,125	55,875
Alcan Aluminium	30,875	31
Alcoa	34	34,375
Allied Signal	41,75	41
AMP Corp	60,125	57,875
Amax	12,875	15
Am. Cyanamid	79,75	80
Am. Express	58,5	59,5
Am. Motors	3,625	3,25
Am. Tel. & Telegr	23,375	24,875
Amoco Corp	67,75	65,25
Asarco	16	15,5
Atlantic Richfield	56	56,875
Avon Products	31,25	35
Bally	16,875	16,625
Bk. of America	15,5	15,375
Bethlehem Steel	5,625	6,75
Black & Decker	17	17,25
Boeing	52,625	52,875
Brunswick	21,625	21,875
Burroughs	79	78,875
Caterpillar	39,125	37,875
CBS	154,75	151,625
Celanese	241,75	218,5
Chase Manhattan	35	35,75
Chrysler	38,625	38,5
Citicorp	51,5	51,625
Clorox	48,5	48,374
Coca Cola	36,5	36,5
Colgate	40,75	38,375
Commodore	9,125	9
Comwlth Edison	32,75	32,75
Comm. Satellite	30,375	30,75
Control Data	25,75	26,125
CPC Int.	81	83,25
Curtiss Wright	57,875	55
[illegible]	24	25,625
Delta Airlines	50,5	49,5
Digital Equipm	107,5	99,125
Dow Chemical	57,875	56
Du Pont	88	85
Eastern Gas Fuel	30,375	29,625
Eastman Kodak	62,75	61,125
Enron	41	40,125
Exxon	69	69
Firestone	27,5	28,125
Fluor	12,375	12,25
Ford	58,125	57,375
Foster Wheeler	13,125	13,25
Fruehauf	–	45,625
GAF Corp.	42	39,625
General Dynamics	77,75	72,75
General Electric	77	76,5
General Instr.	18,625	19,5
General Motors	72,5	71,125
Gen. T. & E.	63,75	60,875
Global Nat. Res	4,75	4,875
Goodrich	45,125	44,5
Goodyear	49	49,25
Grace	55,375	57
Halliburton	22,75	22
Heinz	45	43,625
Hewlett Packard	41,5	39
Homestake	25	26
Honeywell	72,875	70,875
IBM	121,375	123,5
Int. Tel. & Tel.	55,75	53,875
Int. Paper	75,75	73,375
Jim Walter	50,5	45,125
Litton Industries	81,125	82,5
Lockheed Corp	45,25	46,375
Loew's Corp	65,375	65
Lone Star	30,125	32,375
Louisiana Land	28,75	28,25
LTV Corp	2	2
McDermott A	22,75	22
McDonnell Doug	80,75	79,875
Merck & Co	107,375	108,875
Merrill Lynch	42	42,75
Mesa Petroleum	5,5	5,625
Minnesota M	109,375	109,625
Mobil Oil	39,875	38,375
Monsanto	79,25	76,25
Morgan J.P.	83,75	84,5
Nat. Semiconductor	10,875	9,625
Navistar Int. Corp	6	5,875
NCR	47,375	45,375
Newmont	47,25	52,625
Owens Ill.	45,5	42,25
PanAm World	5	5,375
Pfizer	62,125	59,375
Philip Morris	70,625	75,5
Phillips Petroleum	10,375	10,625
Pittston	12	11,625
Polaroid	69,75	68,375
Prime Computer	16,625	17,375
Procter & Gamble	76	75
Revlon	14	13,375
Reynolds Ind	51,5	52,375
Rockwell Int	41,5	42,875
Rorer Group	43,75	42,375
Salomon	42,875	42,625
Schlumberger	33,625	31,75
Sears Roebuck	43,5	43,375
Singer	45,5	45,125
Stand. Oil Calif	44,875	44,75
Storage Techn	2,5	2,125
Tandy	41	39,875
Teledyne	320	341,375
Telex Corp	64,5	63,75
Tesoro	10	10,5
Texaco	34,75	35,25
Texas Instrum	116,875	119,375
Tosco	2,375	2,375
Trans World Corp	40,5	41,125
Transamerica	35,75	35,75
Travelers	45,5	43,75
Turner Broadcast	15,75	15,75
UAL	59,875	57,875
Unocal Corp	23	25,875
Union Carbide	23,25	22,125
Union Oil of Calif	24,75	24,25
US Gypsum	39	40,375
USX Corp	23,75	26
United Technologies	45,75	42,875
Walt Disney	44,5	45,875
Warner Comm	25	24,875
Westinghouse El	58	57
Weyerhaeuser	38,875	39,25
Whittaker	30,75	31,125
Woolworth	44,75	44,75
Wrigley	49,5	49
Xerox	57,75	54,75
Zenith Radio	21,375	21,625
Dow Jones Index	1886,55	1877,61
Stand. & Poor's	245,77	243,97

Toronto

	7.11.	31.10.
Abitibi Price	26,5	–
Alcan Alu	42,875	42
Bk. of Montreal	34	34,125
Bk. of Nova Scotia	17	16,375
Bell Cda Enterprises	37,625	37,125
Bluesky Oil	2,75	2,75
Bow Valley Ind	12	11,375
Brenda Mines	9,25	–
Brunswick M & Sm	13	12,75
Cdn. Imperial Bk.	19,375	19,125
Cdn. Pacific Ltd	16,125	15,5
Cominco	15,5	15,25
[illegible]	0,75	0,82
Denison Mines	5,875	5,5
Dome Petroleum	1	0,98
Domtar	35	35,5
Falconbridge Ltd	16,25	17,625
Great Lakes Forest	29,75	29,5
Gulf Canada	13,875	14
Gulfstream Res	0,57	0,5
Hiram Walker Res		–
Hudson Bay Mng. Sp	6,5	6,5
Husky Oil	9,25	9
Imperial Oil A	47,375	46,5
Inco	17,875	17,375
Inter City Gas Ltd	15	14,5
Interprov. Pipeline	19	19,125
Kerr Addison	15,75	15,375
Lac Minerals	39,375	34,125
Moore Corp	37,125	36,5
Noranda Mines	21	20,5
Norcen Energy Res.	13,875	13,875
Northgate Expl	6,375	6,5
Northern Telecom	44,125	45
Nova An Alberta 'A'	6	5,875
Nu West Group	0,51	0,55
Oakwood Petrol	2,5	–
Placer Development	31,25	31,875
Provigo Inc.	17,75	17,75
Ranger Oil	5,5	5,5
Revenue Properties	3,1	3,05
Rio Algom	21,375	–
Royal Bk. of Can	35,875	32,25
Seagram	87,75	87
Shell Canada	24,75	23,75
Sherritt Gordon	6,375	5,75
Stelco A	20,125	21,375
TransCdn. Pipelines	16,875	15,5
Verity Corp	3,6	[illegible]
Westcoast Transm	12	12,375
Index: [illegible]	3070,00	3038,70

Tokio

	7.11.	1.11.
Alps	1980	2180
Bank of Tokyo	926	926
Banyu Pharma	891	900
Bridgestone Tire	655	627
Canon	1050	1120
Daiichi Kangyo	675	690
Daiwa House	1710	1570
Daiwa Sec	1590	1590
[illegible]	1690	1560
Fuji Bank	1670	1670
Fuji Photo	3080	[illegible]
[illegible]	2520	2510
Hitachi	951	1020
Honda	1240	1340
Ikegai Iron	292	292
[illegible]	1150	1100
Ito Yokado	4910	4810
Japan Air	9040	9490
Japan Met	370	355
Japan Syn. Rubber	565	549
Jujo Paper	563	562
Kajima	1120	1100
Kansai Elec P.	3360	3140
Kao Soap	1480	1470
Kawasaki H	175	170
Kawasaki S	184	170
Kirin Brewery	1540	1540
Komatsu	495	489
Kubota Iron	355	360
Kyocera	4200	4470
Makita El.	1170	1190
Marui	2600	2570
Matsushita El Ind	1270	1290
Matsushita El Wks	1680	1520
Minolta Camera	770	738
Mitsubishi Corp	1000	1010
Mitsubishi El	412	436
Mitsubishi Estate	2190	2080
Mitsubishi Heavy I	448	409
Mitsui Co. Ltd	537	547
Mitsukoshi	1070	1050
Mitsumi El	–	1540
Nihon Cement	560	550
Nikko Sec	1580	1420
Nippon Kokan	257	206
Nippon Oil	1090	1100
Nippon St	165	159
Nippon Yusen	402	401
Nissan Motor	541	595
Nomura Sec	2930	2810
Olympus	1070	1150
[illegible] Ocean	670	658
Pioneer	2170	2300
Renown	785	805
Ricoh	915	995
Sankyo	1250	1200
Seiyu Stores	1140	1150
Sekisui Pref	1400	1480
Sharp	965	1020
Shiseido	1950	1850
Sony	3560	3650
Sumitomo Bank	1860	1830
Taisei Corp	833	820
Taisho Marine	970	925
Takeda Chem	2070	2070
Teijin	682	643
Tokyo Elec	1120	1200
Tokyo Gas	985	959
Tokio Marine	1520	1450
Tokyo El. Power	7790	7100
Toray Ind	561	541
Toshiba Elec	599	610
Toto	1780	1750
Toyo Kogyo	370	371
Toyota Motor	1800	1930
Yamaichi	1590	1580
Yamanouchi	3260	3100
Yamaha	670	650
Yamazaki	1440	1490
Index	1409,18	1401,49

Keine Einigung mit Banken

Philippinen bitten Japan um Hilfe aus Schuldenklemme

dpa/VWD/AFP, New York

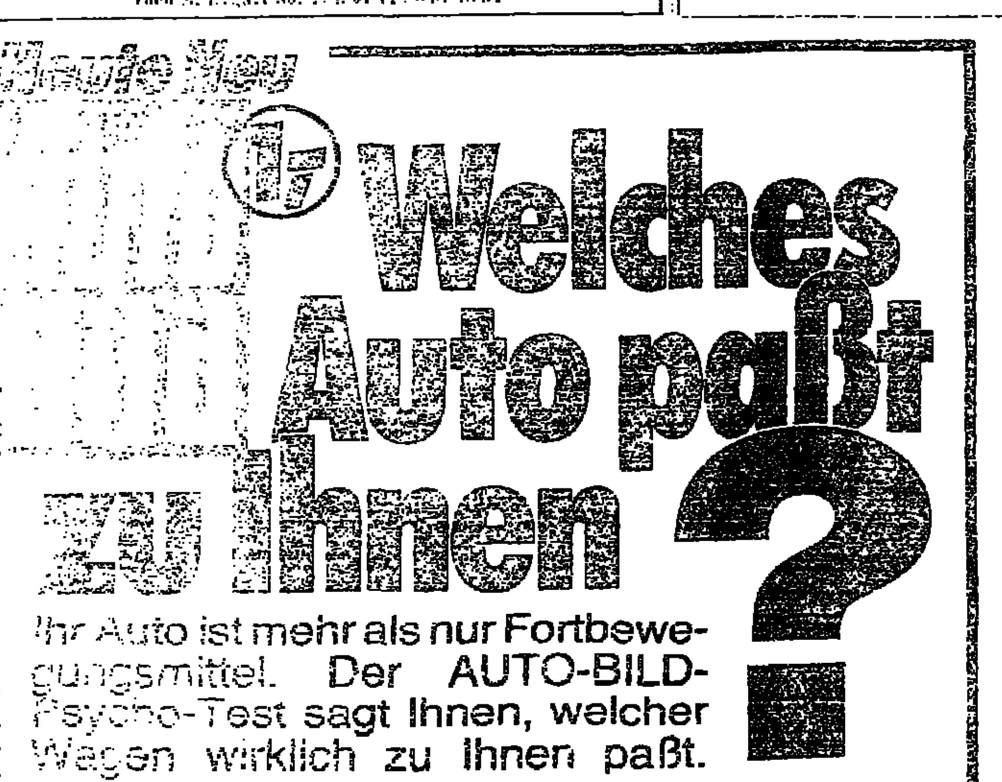
Die Verhandlungen zwischen den Philippinen und den Banken über die Umschuldung von Krediten über 3,6 Mrd. Dollar sind zusammengebrochen. Die philippinischen Unterhändler machten bei einer Pressekonferenz die „Unnachgiebigkeit einer einzigen Bank" für den Abbruch der Gespräche verantwortlich. Es soll sich um die amerikanische Citibank handeln.

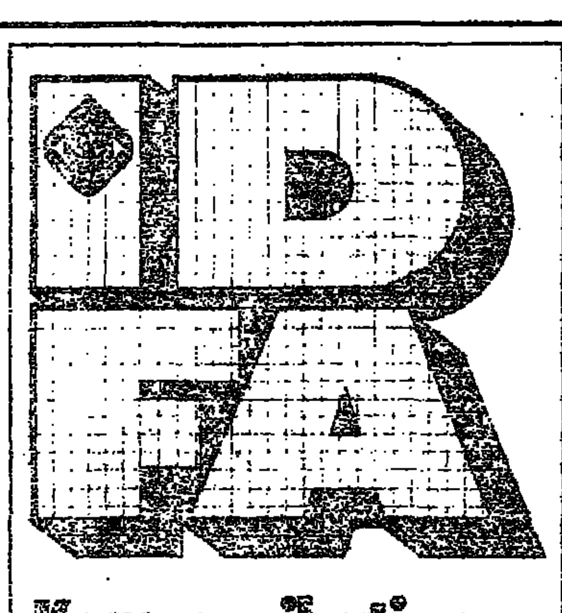
Wie aus Bankkreisen verlautete, hatten die Philippiner die Mexiko zuerkannten günstigen Konditionen für die Rückzahlung der Kredite gefordert, doch die Citibank habe dies abgelehnt, obwohl die übrigen Mitglieder des Steuerungsausschusses weiterverhandeln wollten. Die Citibank habe argumentiert, die wirtschaftliche Lage der Philippinen rechtfertige günstige Konditionen nach dem Muster Mexikos nicht.

Die Citibank ist an den öffentlichen und privaten Schulden des fernöstlichen Landes mit 1,8 Mrd. Dollar beteiligt. Insbesondere ging es der philippinischen Regierung um günstigere Zinssätze. Wenn hierüber keine Einigung mit den Gläubigern zustande komme, so hieß es, werde der Schuldendienst in den nächsten sechs Jahren 40 bis 50 Prozent der Exporteinnahmen verschlingen.

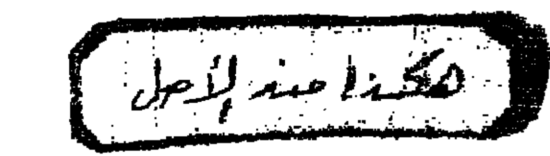
Die Philippinen wollen im Rahmen eines Umschuldungspakets auch über die Restrukturierung der schon im Mai 1985 umgeschuldeten Auslandskredite über 5,8 Mrd. Dollar reden. Die gesamte Auslandsverschuldung des Landes stand Ende Juni bei 26,5 Mrd. Dollar. Im Oktober sicherte der Internationale Währungsfonds (IWF) den Philippinen neue Kredite über etwa 500 Mill. Dollar zu, nachdem er den Wirtschafts- und Finanzplan des Landes abgesegnet hatte. Ein Teil dieser Summe wurde bereits nach Manila überwiesen.

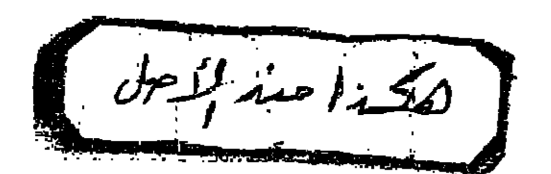
Die philippinische Präsidentin Corazon Aquino wird heute zu einem viertägigen Besuch in Japan erwartet, wo sie um Hilfe aus der Schuldenklemme ersucht. Sie wird voraussichtlich um Finanzhilfen in Höhe von 1,6 Mrd. Dollar bitten, darunter 812 Mill. Dollar Regierungshilfe. In der japanischen Regierung wurden die Forderungen als unrealistisch bezeichnet. Japan ist der wichtigste Geldgeber der Philippinen und nach den USA der zweitgrößte Handelspartner.











Kritik an der Doppelaufsicht

Assekuranz verteidigt Prämienanpassungsklauseln

HARALD POSNY, **Bremen**

Die deutsche Versicherungs- und Kartellaufsicht mußte sich auf der Mitgliederversammlung des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) herbe Kritik gefallen lassen. In Gegenwart des Präsidenten des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungswesen (BAV), August Angerer, und des Leiters der 8. Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes (KA), Prof. Siegfried Klaue, nahm sich GDV-Präsident Georg Büchner „das uns gar nicht geheuere Interesse am Zustandekommen der Allgemeinen Versicherungsbedingungen" vor.

Dieser forsche und sportliche Eifer beschäftige die Juristen des Verbands, der nicht einsieht, daß die Kontrolle durch das BAV durch eine weitere Instanz ergänzt werden soll, *die – einschließlich der gerichtlichen Einspruchsmöglichkeiten* – aus einer Doppelhürde ein Vierfach-Hindernis werden ließe. Die Frage nach der Einschätzung liberaler Handhabung der BAV- und KA-Kontrolle beantwortete Büchner kurz und offenherzig: „*Nein, liberal sind sie beide nicht.*"

Gegenseitige Anhörung und Meinungsaustausch von BAV und KA hat die bisherige Übung des Sammelgenehmigungsverfahrens bei Einreichen von *Tarifen und Bedingungen* neuer Versicherungsprodukte durch mehrere Gesellschaften gekippt. Es sei zwar, so das Kartellamt selbst, „kartellrechtlich unbedenklich", *werde aber trotzdem nicht gern von ihm* gesehen, obwohl es dem BAV und den antragstellenden Unternehmen lediglich Mehrarbeit erspare. Der Verdacht sei nicht auszurotten, dieses Verfahren solle „Erfinder" neuer Versicherungsprodukte entmutigen und sie an „vorstoßendem Wettbewerb" *hindern*.

Die von beiden Behörden wenig geliebten, gleichwohl vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) erlaubten Prämienanpassungsklauseln erinnern die Assekuranz an ein „Spiel mit vertauschten Rollen". Büchner: „Das BAV argumentiert eher wie ein Wettbewerbshüter, das Bundeskartellamt wie ein Verbraucherschützer." Das BAV *stößt sich vor allem an* dem sogenannten Bemessungsfaktor, der von einem Treuhänder anhand von Branchendaten ermittelt wird. Es hält eine Regelung für wettbewerbsfreundlicher, bei der der Versicherer die Bestandsprämie an das Niveau der Neugeschäftsprämie anpassen kann, sobald er diese erhöht. Dabei soll dann dem Kunden ein uneingeschränktes Kündigungsrecht offenstehen statt bei dem jetzt geltenden Erhöhungssatz von zehn oder 15 Prozent.

Damit entfernt sich das Amt jedoch vom klaren Spruch des BVerwG in Sachen Rechtsschutzversicherung. Nach der mit dem BVerwG-Urteil weitgehend übereinstimmenden jüngsten Rechtsprechung des BGH über die gesetzlichen Bestimmungen *zu Preisanpassungsklauseln im Gesetz* über die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) im Verlagsbereich wird auf den erkennbaren und konkreten Umfang der Preiserhöhung sowie auf die Meßbarkeit ihres Umfangs durch den Kunden abgehoben. Andernfalls stehe ihm die Vertragskündigung zumindest ab einem bestimmten Erhöhungssatz frei.

Rekordkurse an ausgewählten Börsen

Union Investment beurteilt den Rentenmarkt auf längere Sicht skeptisch

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Ausgewählten Börsen beschert das nächste Jahr noch einmal Rekordkurse, glaubt Klaus Kirstein, für Research und Fondsmanagement zuständiger Geschäftsführer der Union Investment, der hauptsächlich von den Genossenschaftsbanken getragenen Investmentgesellschaft. Die besten Chancen räumt er dem Aktienmarkt der Schweiz mit ihrer soliden „Briefmarkenwährung" ein.

Auch die deutsche Börse gehöre zu den Märkten, an denen die Hausse noch nicht beendet ist. Eine Steigerung des Kursniveaus um 25 Prozent und mehr hält Kirstein für nicht illusorisch, zumal dann nicht, wenn *Japaner deutsche Aktien entdecken*. Die Union favorisiert – auch in ihrem Unifonds – Konsum- und Bauwerte, die sie zu Lasten von Stahl-, Maschinen- und Anlagenbauwerten *aufgestockt hat*.

In der Phase des Übergangs zum letzten Drittel des langfristigen Aufschwungs müsse man allerdings Ausschläge bis zu 20 Prozent auch nach unten einkalkulieren. Die derzeitige Konsolidierungspause könnte noch einige Zeit anhalten.

Der Wall Street traut Kirstein noch einen Sprung des Dow-Jones-Index von jetzt rund 1900 auf 2500 Punkte mit besonderen Chancen für zyklische Aktien und Wachstumswerte zu, die schon eine Korrektur hinter sich haben. Auf seiner Favoritenliste steht auch der *holländische* Aktienmarkt. Die Zeit der Spielerbörsen wie Italien und Tokio hält der Fondsmanager für passe. Für Gold sei mittelfristig ein Preis von 500 Dollar im Bereich des *Möglichen*.

Bei den Zinsen kann es nach Einschätzung der Union in der Bundesrepublik und in den USA in den nächsten Monaten noch einen Rück*gang geben, wenn auch nicht auf den* diesjährigen Tiefststand. In der zweiten Hälfte des nächsten Jahres befürchten die Union-Experten den Beginn eines stärkeren und länger anhaltenden Wiederanstiegs.

Das Ende September abgelaufene Geschäftsjahr war für Sparerkunden der Union von unterschiedlichen Erfolgen gekrönt, die sich freilich nicht auf die Vertriebsergebnisse auswirkten. Im Performance-Spitzenreiter Unifonds wurden zwar 140 Mill. DM angelegt, aber gleichzeitig verkauften Anleger für 390 Mill. DM Anteile. Die Deutschen sind sind eben kein Volk von Aktionären, klagt Wolfgang Deml, Sprecher der Union-Geschäftsführung.

Sie mögen es lieber festverzinslich – auch wenn Kursverluste an den Zinserträgen zehren. Gut eingeschlagen hat der neue risikoärmere Kurzläufer-Rentenfonds Unikapital. Ihre im letzten Geschäftsjahr verdoppelte *Vertriebsmannschaft will die Union* weiter verstärken.

Union-Fonds	Wertveränderung in Prozent 1) 1985/1986	Anteilwert in DM 30.9.86	Ausschüttung DM je Anteil 30.9.86 2)	Mittelaufkommen in Mill.DM 1985/1986	Vermögen in Mill.DM 30.9.86
Unifonds	+ 23,0	31,89	1,29	– 250	1926,4
Unirenta	+ 4,0	40,08	3,00	868,5	3876,9
Unizins	+ 8,5	113,32	6,50	62,1	252,7
Unikapital	– 0,4	82,92	1,85 3)	396,0 4)	396,2
Uniglobal	+ 7,1	98,41	2,04	– 2,6	132,5

1) vom 30.9.85 bis 30.9.86 bei Wiederanlage der letzten Ausschüttung
2) incl. Steuerguthaben
3) Ertrag wird thesauriert
4) seit 21.4.1986

Private Sanierung akzeptiert

Italienische Regierung stimmt Alfa-Romeo-Verkauf zu

VWD, **Rom**

Die italienische Regierung hat der Privatsanierung des staatlichen Automobilherstellers Alfa-Romeo zugestimmt. Damit hat Rom die Entscheidung des Istituto per la Ricostruzione Industriale (Iri) und dessen Tochtergesellschaft Finmeccanica zum Verkauf des Pkw-Herstellers an Fiat bestätigt. Die Entscheidung wurde von dem interministeriellen Ausschuß für Industriepolitik getroffen. Allerdings machte der Ausschuß keine Aussage darüber, ob die Fiat-Offerte günstiger ausgefallen sei als das Konkurrenzangebot des US-Automobilkonzerns Ford, das von Finmeccanica zurückgewiesen worden war.

Aus Mailand war am Freitag abend zu hören, daß Fiat mit den Zahlungen für Alfa-Romeo nach dem Jahr 1992 beginnen werde. Fiat hatte sich bisher geweigert, über das Volumen der *Offerte für Alfa-Romeo nähere Angaben* zu machen. In italienischen Industriekreisen wird mit einem Kaufpreis von etwa 1,05 Billionen Lire (rund 1,5 Mrd. DM) gerechnet.

Ein Fiat-Sprecher sagte in diesem Zusammenhang, daß Fiat den Kaufpreis in einem Zeitraum von fünf Jahren in fünf gleichen Raten begleichen werde. Mit der Ablösung der Verbindlichkeiten von Alfa-Romeo wolle man sobald wie möglich nach Abschluß der Übernahme, die für den 1. Januar 1987 erwartet wird, beginnen.

Mit der Übernahme von Alfa-Romeo wird Fiat Verbindlichkeiten von 700 Mrd. Lire (rd. 1,05 Mrd. DM) übernehmen.

Rentenmarkt noch behauptet

Der Zinsanstieg in den USA läßt nichts Gutes ahnen

Am Rentenmarkt herrscht nach wie vor Funkstille. Im Handel ist man schon froh, daß die Zinsen in der letzten Woche nicht weiter gestiegen sind. Der in der zweiten Wochenhälfte und besonders am Freitag wieder aufwärtsgerichtete Zinstrend in den *USA ließ allerdings nichts Gutes ahnen*. Erleichtert zeigten sich die Börsianer über Anzeichen für die Verschiebung einer großen Bundesanleihe über wohl wieder vier Milliarden Mark; denn es wäre schwer geworden, Käufer im Ausland zu finden. Jetzt stehen Anleihen Bayerns und Hessens vor der Tür, die, wenn die Renditen nicht auf die Wünsche inländischer Anleger zugeschnitten *werden, ebenfalls kaum zu plazieren* sein dürften. Einziger Trost am Markt: Die Volumina bleiben unter denen einer Bundesanleihe. (ed.)

Emissionen	7.11. 86	31.10. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,64	5,65	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,05	6,02	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,72	5,68	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	6,09	6,04	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öffl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,75	5,76	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,37	5,36	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,42	6,42	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,75	5,75	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,49	6,51	6,82	7,20	8,08

Gespräche über Zinnrat beginnen

VWD, **Genf**

Heute beginnen dreitägige Verhandlungen von Vertretern der Zinnproduzenten und -verbraucher, um zu entscheiden, ob der internationale Zinnrat durch eine Zinnstudiengruppe ersetzt werden soll. Das teilte Graham Shanley von der UN-Welthandelskonferenz (Unctad) in Genf mit. Wie der Sprecher erklärte, sei zu erwarten, daß die Vereinigung der zinnproduzierenden Länder (ATPC) einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten werde. Der Zusammenbruch des internationalen Zinnabkommens Ende Oktober 1985 schließe die Möglichkeit eines neuen Abkommens mit gleich starken wirtschaftspolitischen Vollmachten aus.

Bisher größtes Wasserkraftwerk

dpa/VWD, **Caracas**

In Venezuela wurde am Wochenende 600 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Caracas das gegenwärtig größte Wasserkraftwerk der Welt eingeweiht, das künftig 75 Prozent des Energiebedarfs der 17 Mill. Venezolaner decken soll. Die 20 Turbinen des Wasserkraftwerks Raul Leoni erzeugen zehn Mill. Kilowatt Strom in der Stunde. Sie übertreffen damit das noch nicht voll ausgebaute Wasserkraftwerk Itaipu, das gegenwärtig rund fünf Mill. Kilowatt pro Stunde liefert. Das neue Kraftwerk hat rund 5,3 Mrd. Dollar gekostet und damit wesentlich zum Ansteigen der Auslandsverschuldung Venezuelas auf jetzt 35 Mrd. Dollar beigetragen.

Berliner Börse über Bildschirm

tb. **Berlin**

Die variablen Kurse der Berliner Wertpapierbörse können jetzt ohne zeitliche Verzögerung während der Börsenzeit über Bildschirmtext abgerufen werden. Das ist bereits bei den Börsen in Düsseldorf und München möglich, Stuttgart soll bald folgen. Mit Hilfe eines besonderen Programms ist, wie die Berliner Börse mitteilt, ein schneller Vergleich der aktuellen Notierungen an verschiedenen deutschen Plätzen möglich. Auch für professionelle Anleger hat Berlin die Information verbessert. Das Informationsnetz der Agentur Reuter kann jetzt mit der aktuellen Kursentwicklung im variablen Berliner Handel bedient werden.

PERSONALIEN

Wilhelm P. Winterstein (56), Vorsitzender der Geschäftsführung der Vergoelst GmbH, Tochtergesellschaft der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Leiter Konzern Logistik Reifen berufen.

Dr. **Rolf Stromberg** wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes der Deutsche BP AG, Hamburg, ernannt.

Rainer Kolligs übernimmt heute das Amt des Vorstandssprechers der Ruhrkohle-Betriebsführungsgesellschaft Bergbau AG Lippe, Herne. Sein Vorgänger **Herbert Kleinherne** wird Geschäftsführer der Ruhrkohle Bergbau und Umwelt GmbH.

Artur Wohlauf, Vorstandsmitglied der Allgemeine Rentenanstalt Lebens- und Rentenversicherungs-AG, Stuttgart, vollendet am 11. November sein 60. Lebensjahr.

Helmut Kern, Chef der Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG (HHLA), wurde zum neuen Vorstandsvorsitzenden des Zentralverbandes der Deutschen Seehafenbetriebe gewählt. Er ist Nachfolger von **Werner Schröder**.

FUSSBALL / München beinahe gestrauchelt – Düsseldorfs großer Sieg über den HSV

Dortmund – K'lautern 2:0 (1:0)
Homburg – Frankfurt 1:1 (0:0)
Berlin – Leverkusen 0:1 (0:1)
Mannheim – München 3:3 (2:0)
Köln – Nürnberg 3:1 (1:0)
Düsseldorf – Hamburg 3:2 (2:1)
Schalke – M'gladbach 1:2 (0:0)
Stuttgart – Bremen 4:0 (3:0)
Uerdingen – Bochum 3:1 (1:0)

Dortmund – K'lautern 2:0 (1:0)
Dortmund: de Beer – Pagelsdorf – Hupe, Kutowski – Lusch, Storck, Zorc, Raducanu, Helmer – Dickel (78. Simmes), Mill – K'lautern: Ehrmann – Dusek – Moser, Majewski, Hoos – Trunk (7. Roos), Hartmann (70. Schupp), Wuttke, Groh – Kohr, Allievi – Schiedsrichter: Schäfer (Kelsch). – Tore: 1:0 Dickel (9.), 2:0 Zorc (55., Foulelfmeter). – Zuschauer: 23 500. – Gelbe Karten: Pagelsdorf (2), Ehrmann (3), Dusek (2), Groh (2), Majewski. – Rote Karte: Hoos.

Uerdingen – Bochum 3:1 (1:0)
Uerdingen: Vollack – F. Funkel – Dämgen, Wöhrlin – Bommer, Klinger, W. Funkel, Edvaldsson, Buttgereit (87. van de Loo) – Bierhoff (71. Witeczek), Kuntz. – Bochum: Zumdick – Kempe – Oswald, Reekers (77. Wegmann) – Kree, Benatelli, Schulz, Lameck, Woelk – Kehl (78. Schick), Leifeld. – Schiedsrichter: Bruch (Bischmisheim). – Tore: 1:0 Klinger (34.), 1:1 Schulz (55.), 2:1 Kuntz (73.), 3:1 Witeczek (90.). – Zuschauer: 6500. – Gelbe Karten: Dämger (2), Leifeld (3), Reekers (3).

Stuttgart – Bremen 4:0 (3:0)
Stuttgart: Trautner – Schröder – Strehmel, Buchwald – Schäfer, Müller, Hartmann (62. Schmitt), Klinsmann (87. Nushöhr), Hartmann – Merkle, Pasic. – Bremen: Burdenski – Sauer – Kutzop, Otten – Schaaf, Rulander, Hermann, Votava, Meier – Burgsmüller, Völler (47. Ordenewitz). – Schiedsrichter: Pauly (Rheydt). – Tore: 1:0 Merkle (30.), 2:0 Klinsmann (32.), 3:0 Klinsmann (39.), 4:0 Pasic (78., Foulelfmeter). – Zuschauer: 20 000. – Gelbe Karten: Klinsmann, Kutzop (4).

Schalke – M'gladbach 1:2 (0:0)
Schalke: Macak – Dietz – Hannes, Jakobs – Roth, Opitz, Kleppinger, Patzke, Thon – Wegmann (76. Bistram), Täuber. – M'gladbach: Kamps – Bruns – Winkhold, Borowka – Krauss, Drehsen, Rahn, Lienen, Frontzeck – Rahn, Thiele (46. Criens). – Schiedsrichter: Scheurer (München). – Tore: 1:0 Wegmann (50.), 1:1 Rahn (60.), 1:2 Frontzeck (83.). – Zuschauer: 27 500. – Gelbe Karte: Bruns (3).

Düsseldorf – Hamburg 3:2 (2:1)
Düsseldorf: Kargus – Blättel – Kaiser, Wojtowicz – Kremers, Weikl, Dusend, Thomas, Krümpelmann – Jensen, Preetz. – Hamburg: Hain – Jakobs – Jusufi, Plessers – Kaltz, von Heesen, Kroth, Kastl (46. Balzis), Homp (46. Schmöller) – Gründel, Okonski. – Schiedsrichter: Dellwing (Osburg). – Tore: 0:1 Kaltz (12., Foulelfmeter), 1:1 Dusend (14.), 2:1 Jensen (38.), 3:1 Preetz (73.), 3:2 Plessers (81.). – Zuschauer: 10 000. – Gelbe Karten: Wojtowicz (4), Gründel (2), Plessers (2), Hain.

Köln – Nürnberg 3:1 (1:0)
Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Wollitz – Lehnhoff (46. Häßler), Olsen, Janßen, Engels, Geils – T. Allofs (78. Woodcock), K. Allofs – Nürnberg: Stumpner – Reuter – Giske, Wagner – T. Brunner (46. Güttler), Philipkowski (54. Schwabl), Lieberwirth, Geyer, Grahammer – Andersen, Eckstein. – Schiedsrichter: Barnick (Schenefeld). – Tore: 1:0 T. Allofs (4.), 2:0 T. Allofs (53.), 2:1 Andersen (61.), 3:1 Woodcock (85.) – Zuschauer: 5000. – Gelbe Karte: Andersen (4).

Mannheim – München 3:3 (2:0)
Mannheim: Zimmermann – Sebert – Kohler, Tsionanis – Quaisser, Borchers (61. Törfi), Gaudino, Schulz, Neun – Bührer, Walter (86. Trieb). – München: Pfaff – Augenthaler – Nachtweih, Eder, Pflügler – Brehme, Matthäus, Flick (56. Hoeneß), Rummenigge – Wohlfarth, Lunde. – Schiedsrichter: Werner (Auersmacher). – Tore: 1:0 Gaudino (13.), 2:0 Walter (45.), 2:1 Hoeneß (59.), 3:1 Scholz (70.), 3:2 Hoeneß (72.), 3:3 Brehme (90.). – Zuschauer: 28 000. – Gelbe Karten: Neun (6), Flick (2).

Berlin – Leverkusen 0:1 (0:1)
Berlin: Hagar – Haller – Schmidt, Hellmann – Schlegel (64. Riedle), Schüler, Vandereycken, Feilzer, Flad – Kittner, Yula (83. Cadiky). – Leverkusen: Vollborn – Hörster – Zanter, Reinhardt – Götz (15. Drews), Schreier, Rolff, Hausmann, Hinterberger (77. Zechel) – Waas, Tscha. – Schiedsrichter: Jupe (Kühltal). – Tor: 0:1 Schreier (4.).

Homburg – Frankfurt 1:1 (0:0)
Homburg: Scherer – Wojcicki – Frenken, Dooley – Ehrmanntraut, Lebong, Hoor, Knoll, Buncol – Schäfer, Freiler. – Frankfurt: Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Sievers, Müller, Kraus, Falkenmayer, Binz (57. Kramer) – Friz (64. Mitchell), Smolarek. – Schiedsrichter: Ahlenfelder (Oberhausen). – Tore: 1:0 Wojcicki (49.), 1:1 Mitchell (64.). – Zuschauer: 6500. – Gelbe Karten: Kraaz (3), Körbel.

Freitag, 14. 11., 19.30 Uhr:
Leverkusen – Mannheim (3:1)
Freitag, 14. 11., 20 Uhr:
Bremen – Schalke (3:1)
Samstag, 15. 11., 15.30 Uhr:
K'lautern – Düsseldorf (2:0)
Nürnberg – Berlin (–:–)
München – Homburg (–:–)
Frankfurt – Uerdingen (1:1)
Bochum – Stuttgart (0:2)
M'gladbach – Dortmund (2:1)
Hamburg – Köln (0:0)
In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

● Das Spitzenquartett, das die Fußball-Bundesliga im Gleichschritt anführte, wurde überraschend gesprengt. Bayer Leverkusen ist jetzt allein vorne, mit einem Punkt Vorsprung vor *Bayern München, das in Mannheim* einen Punkt verlor, aber immerhin seit 15 Auswärtsspielen unbesiegt ist. Die Überraschungen waren Hamburgs Niederlage in Düsseldorf und Bremens Debakel in Stuttgart. Der 1. FC Köln und Borussia Mönchengladbach sind auf dem Wege, ihren Fehlstart wettzumachen. Aus den letzten sechs Spielen ohne Niederlage holten sie 10:2 Punkte.

● Obwohl es praktisch gleich vier Spitzenspiele gab, kamen nur 165 449 Zuschauer in die Stadien. Das ist der schlechteste Besuch in dieser Saison. Regnerisches Wetter und *der verkaufsoffene Samstag mögen zwei* Gründe dafür sein. Die meisten Zuschauer hatte wieder einmal Blau-Weiß Berlin (32 449), das damit in der Zuschauer-Tabelle weiter Platz zwei hinter Bayern München (Schnitt 45 333) behauptet. Die Gesamtzahl der Zuschauer stieg auf 2,66 Millionen. Das sind immer noch 900 000 mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

● Herbert Hoos vom 1. FC Kaiserslautern ist der neunte Spieler, der in dieser Saison des Feldes verwiesen wurde. Am nächsten Samstag gesperrt sind Rudi Wojtowicz (Düssel*dorf), Michael Kutzop (Bremen)* und Jörn Andersen (Nürnberg). Sie wurden zum vierten Mal verwarnt. – Frank Mill und Herbert Waas führen weiterhin in der Torschützenliste mit acht Treffern. Hinter ihnen liegen sechs Spieler, *die sieben Tore geschossen haben: Rudi* Völler, Norbert Dickel, Wolfram Wuttke, Thomas Allofs (zwei Tore gegen Nürnberg), Karl-Heinz Bührer und Uwe Rahn.

Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe

● *Werder Bremen ist schon wieder gestolpert – und Rudi Völler wieder verletzt. Er muß zwei Wochen pausieren. Das 0:4 Bremens in Stuttgart führte zu einem heftigen Disput zwischen Kollegen aus der Nationalmannschaft: Völler gegen Buchwald. Ob der deutliche Sieg die Schwaben aber aus der Krise führt, ist nicht geklärt. Nur nach außen scheint alles ruhig, hinter den Kulissen gärt es noch immer weiter.*



Der Moment, der Bayern München mit Mannheims Hilfe einen Punkt schenkte: Torwart Zimmermann kann den von Sebert (liegend im Hintergrund) abgefälschten Ball nicht mehr festhalten. FOTO: FERDI HARTUNG

Hektik, Fäuste in der Luft – und im Krankenhaus weint Klaus Schlappner

ULFERT SCHRÖDER, **Mannheim**

Keine Zeitung paßte mehr zwischen die beiden Brustkörbe. Der Bayer Nachtweih hatte sich vor dem Linienrichter aufgebaut und brüllte. Der Mann mit dem Fähnchen stand steif vor Schreck und Pflichtbewußtsein. Plötzlich ließ Nachtweih ab vom Objekt seiner Wut und wandte sich wieder dem Spiel zu. Die Arena heulte und brodelte.

Hochspannung entlädt sich in immer neuen Explosionen. Uli Hoeneß und Udo Lattek zittern und zetern auf der Münchner Spielerbank. Rote Köpfe. Fäuste in der Luft, Adern prall zum Platzen. Auf der anderen Seite wandelt der Mannheimer Ersatz-Trainer Klaus Sinn auf und ab, seufzend, totenblaß, offenbar *in stilles Gebet* versunken. Nur ein paar Kilometer entfernt bebt der richtige Trainer in seinem Bett. Mit zitternden Fingern wählt Klaus Schlappner die Nummer im Stadion. Immer wieder, immer wieder: „Wie läuft's, wie geht's, was Neues ...?" Anfangs lauscht er ungläubig, dann triumphierend, schließlich traurig und am Ende trä*nenden Auges.*

Schlappner mit gerissenen Bändern und frisch operiert im Spital. Und dann gegen die Bayern. „Mir tut's ja so leid", klagt Fritz Walter. Er hatte den *Trainer* im Training getreten. „Ohne Schlappi ... vielleicht ist es ein Motivationsschub für die Mannschaft", sagt Wilhelm Grüber, der Klub-Chef.

Schub – *das war gar kein* Ausdruck. Ludwigshafens biederes Stadion verwandelte sich für die Bayern in Feindesland. Alles brüllte gegen sie, stemmte sich gegen sie, stand gegen sie. *Eine steile Wand. Die Kurve* mit den Fahnen, die Rollstuhlfahrer, die TV-Kameras. Der Balljunge holt den Ball und tritt ihn wieder ganz weit weg.

Zwei Tore hatten die Waldhöfer vorgelegt. Und nach dem dritten Treffer schien alles bereits entschieden. Aber die Bayern wehrten sich noch immer. Die Waldhöfer spielten so *schlau wie nie. Sie hielten sich zu*rück. Taten gar nichts. Luden die Bayern zum Stürmen ein. Die nahmen zwar an, stürmten aber nur halbherzig.

Der Film lief logisch ab. 1:0 für Waldhof. Ein atemberaubender 22-Meter-Schuß von Gaudino. Ein Konter mit drei Mann (zwei im Abseits) und Fritz Walter macht das 2:0. „Jetzt *geht die Post ab", schreit Lattek und* schickt seine Leute in die zweite Halbzeit.

Dieter Hoeneß kommt nach einer knappen Stunde, macht gleich das 1:2. Aber dann sind die Bayern erledigt, scheinbar erledigt. Scholl und *Fritz Walter greifen an – Tor.* „Das ging so schnell, ich konnte kaum mit den Augen folgen", sagt Pfaff.

Jetzt sind die Bayern wach. Hellwach vor Verzweiflung. Sie rennen *um die Wette mit jeder Minute. Sie* spielen Rette-sich-wer-kann-Fußball. Rechts rennt Nachtweih, links rennt Lunde. Und alle dreißig Sekunden schaufeln sie den Ball vors Tor.

Und Dieter Hoeneß tut wieder seine Pflicht. Verläßlich, erfolgreich. Er biegt das Spiel um. Dieter Hoeneß der Wende-Hammer. In der 72. Minute hält er die breite Stirn hin und die *macht das 3:2.* Der Rest ist Hysterie auf dem Rasen und Psychose in der Arena.

Rummenigge legt sich den Ball mit dem rechten Unterarm vor. Dann nieten ihn zwei Waldhöfer um. Der Schiedsrichter pfeift das Foul, nicht *das Handspiel. 92. Minute: Brehme* schießt den Freistoß, und das Schicksal grinst den Waldhöfern bitter-böse ins Gesicht. Sebert, Ko-Trainer, Schlappners Mann auf dem Rasen, ist *der letzte, der den Ball berührt, bevor* der ins Tor schlägt.

Ein paar Minuten lang droht das Chaos. Fans greifen Lattek an. Der flieht. Die Fans zerren den schützenden Käfig hin und her. *Lattek stürzt.* „Manchmal überlege ich mir, ob es das alles wert ist", sagt er nachher. „Wir haben die Bayern und die Zuschauer überrascht", sagt Sebert. „*wir haben defensiv gespielt.*" *Von* wem der Ball abgefälscht worden sei beim 3:3, wird er gefragt. „Von mir, leider", antwortet Sebert.

Plötzlich sind Hektik und Hysterie *abgefallen. Von allen. Sie reden,* sie lachen wieder wie jeder andere. In der Arena reagieren sie anders, anormal, untypisch. Könnten sie sonst ertragen, was dort geschieht? Torwart *Zimmermann greift nach* Lundes Fuß. Der stürzt. Kein Elfmeter. Zwei Waldhöfer abseits und Fritz Walters 2:0, aber kein Pfiff. Rummenigges Hand am Ball, dann erst Foul gegen *ihn, aber Freistoß für die Bayern.* Sie wehren sich gegen das Unrecht nur mit Worten. Mit nichts sonst.

Und öffentlich-rechtlich werden sie als Lügner hingestellt. „Ich falle *nicht von selbst, er hat meinen Fuß* gehalten", sagt Lunde vor der TV-Kamera. Die zeigt Bilder, aus der Ferne aufgenommen, und der Kommentator sagt, Lunde lügt. Aber die Bilder *beweisen nichts, gar nichts.*

Leverkusen alleine vorn

							Heim		Auswärts	
1. Leverkusen	13	9	1	3	29:10	19.7	18:3	12:0	11:7	7:7
2. München	13	6	6	1	25:16	18.8	14:9	9:5	11:7	9.5
3. Hamburg	13	7	3	3	26:15	17:9	16:4	12:0	10:11	5:9
4. Bremen	13	7	3	3	26·22	17:9	16:7	10:2	10:15	7:7
5. Stuttgart	13	5	5	3	24:15	15:11	18:3	11:3	6:12	4.8
6. K'lautern	13	5	5	3	23:15	15:11	15:6	10:2	8:9	5·9
7. Uerdingen	13	5	4	4	20.20	14:12	14:10	10:4	6:10	4.8
8. Dortmund	13	5	3	5	29:19	13·13	19:5	10:4	10:14	3.9
9. M'gladbach	13	4	5	4	22·18	13:13	13:7	7:5	9:11	6:8
10. Köln	13	5	3	5	20:19	13:13	10:6	9.5	10:13	4:8
11. Frankfurt	13	3	7	3	16:15	13:13	12:5	9.3	4:10	4:10
12. Bochum	13	3	7	3	16:17	13:13	9:4	9:3	7.13	4:10
13. Schalke	13	5	2	6	23:29	12:14	14:10	9:5	9:19	3:9
14. Mannheim	13	3	5	5	20:24	11.15	13:9	10:4	7·15	1·11
15. Nürnberg	13	2	5	6	19:27	9:17	12:11	7:5	7:16	2:12
16. Homburg	13	2	4	7	9:25	8:18	8:7	7:7	1:18	1:11
17. Berlin	13	1	5	7	12:31	7:19	8:14	5.9	4:17	2:10
18. Düsseldorf	13	3	1	9	17:39	7 19	12:15	7:7	5:24	0:12

In der Not entstand die Gemeinschaft

BERND WEBER, **Düsseldorf**

In Düsseldorf sind die Verhältnisse seit langem geklärt: Zum Eishockey, zur DEG, gehen die Fans. Über die Fortuna wird, wenn überhaupt, nur abfällig gesprochen. Bundesliga-Fußball im Rheinstadion, das war zuletzt überwiegend eine trostlose Vorstellung. Was sowohl für die dort gebotenen *Leistungen* galt, mehr aber noch für die Zuschauer-Resonanz. Die Mannschaft fühlte sich von ihren *Fans* im Stich gelassen, die wiederum warfen den Profis eine mehr als la*sche Berufsauffassung* vor. *Unter* dem Strich schlugen sich die gegenseitigen Vorhaltungen in einem düsteren Gesamtbild nieder.

Fortuna Düsseldorf: Tabellenletzter und ein Patient ohne Hoffnung auf Besserung. Auf den Rängen der 70 000 Zuschauer fassenden Arena verloren sich selten mehr als 10 000 Besucher. Längst ist in der Landeshauptstadt zum geflügelten Wort geworden, was der frühere Vorsitzende Hans Noack einmal gesagt hat: „Die Fortuna steigt ab – und niemand merkt es." Vize-Präsident Werner Faßbender hatte noch eins drauf gesetzt. „*Wenn nicht ein Wunder geschieht*", so klagte er, „geht dieser Verein kaputt."

Jetzt ist zunächst einmal so etwas wie ein kleines Wunder geschehen. Am Samstag schlugen die *Fortunen* den hochfavorisierten Hamburger SV mit 3:2, wobei die eigentliche Sensation nicht einmal das Ergebnis ist. „Mir fehlen fast die Worte. Ich bin völlig perplex", das war der erste Kommentar von Trainer Dieter Brei nach dem Spiel. Seine Sprachlosigkeit ist verständlich, denn Brei mußte eine Mannschaft aufs Feld schicken, in der acht Stammspieler fehlten, weil sie verletzt oder (wie Ex-Natio*nalverteidiger Manfred Bockenfeld* nach seinem Platzverweis in Nürnberg) gesperrt waren. Vor dem Asntoß hatten sich die Düsseldorfer deshalb noch schnell eine Sondergenehmigung vom DFB besorgt, mehr als drei Amateure einsetzen zu dürfen. Ein achtbares Ergebnis gegen die Hamburger herauszuholen, nicht total unterzugehen, das allein war die Hoffnung der Düsseldorfer. Doch dann wurde die Mannschaft völlig unerwartet zu einer echten Notgemeinschaft, wuchs über sich selbst hinaus und genoß den Triumph in vollen Zügen, als sie nach dem Abpfiff *gleich mehrere Ehrenrunden drehte.* Vor zwar wiederum nur knapp 10 000 Zuschauern. Die aber veranstalteten solch einen Lärm, als sei das Stadion voll besetzt. Und selbst an den Altstadttheken war Fortuna endlich wieder einmal ein Thema, das nicht mit der gewohnten beißenden Ironie, sondern diesmal mit Hochachtung abgehandelt wurde.

*Wie aber konnte es zu dieser Über*raschung kommen? Es gibt einige Gründe dafür. Da ist zunächst einmal Düsseldorfs engagierter Präsident Peter Förster zu nennen. Ein Mann, der vom Fach kommt. Der selbst jahrelang bei den Amateuren gespielt hat und der heute noch regelmäßig in der Altherren-Mannschaft mitspielt. Förster spricht die Sprache der Fußballspieler. Vor kurzem hat er richtig Dampf abgelassen und seinen Leuten *gehörig die Leviten gelesen. Fußbal*lerische Unzulänglichkeiten seien bei der Fortuna kurzfristig nicht zu beheben. Neueinkäufe seien nicht möglich, weil kein Geld vorhanden ist. Aber, so hatte der Präsident gefordert, es sei doch die verdammte Pflicht eines jeden Profis, sich für den Verein zu zerreißen. An dieser Bereitschaft habe es häufig gefehlt, und das, so meinte Förster grimmig, ließe er sich nicht länger bieten. Der leidenschaftliche Appell hat offenbar gewirkt.

Besonders wohl bei Mannschaftsführer Sepp Weikl, der gegen den HSV ein echtes Vorbild war und der ein eigentlich abgedroschenes Wort mit neuem Leben erfüllte: Er kämpfte bis zum Umfallen. Vorausgegangen war eine Aussprache, die der dickschäde*lige Bayer im Fortuna-Trikot* mit dem sturen Westfalen Dieter Brei hatte. Der Trainer hatte Weikl kürzlich vor versammelter Mannschaft vorgeworfen: „Du spielst gegen mich." Der *Mittelfeldspieler hatte in gleicher* Weise giftig zurückgekeilt: „Sie sehen doch nur die Fehler bei uns Älteren, die jungen Profis haben Narrenfreiheit!" Darauf herrschte erst einmal absolute Funkstille zwischen den beiden Streithähnen. So lange, bis Förster und der stets um Ausgleich bemühte Faßbender die Aussprache arrangierten. Am Samstag lagen sich Brei und Weikl freudestrahlend in den Armen.

Und mit den beiden jubelte vor allem Michael Blättel, der als Torjäger eingekauft, schon zum Versager abgestempelt worden war. Gegen Hamburg spielte Blättel zum ersten*mal Libero und erledigte diese Aufga*be souverän. Torhüter Rudi Kargus, der lange Jahre beim HSV unter Vertrag stand und der vor kurzem zum Nulltarif nach Düsseldorf gekommen war, wußte sich vor lauter Glückseligkeit über die eigene Leistung wie über den Sieg ebenso wenig zu fassen wie der 21jährige Däne Henrik-Ravn Jenssen, der gegen den HSV in seinem vierten Fortuna-Spiel bereits sein fünftes Tor schoß.

Die 50 000 Mark Leihgebühr an Vejle BK haben sich bezahlt gemacht. In der Heimat hatte Jenssen nur noch Verteidiger gespielt, weil er nicht mehr traf. Die Hamburger, das sei noch gesagt, waren sauer, weil ihnen der Schiedsrichter kurz vor dem Abpfiff ein angeblich reguläres Tor von Frank Schmöller nicht anerkannt wurde. „*Kein Thema*", winkte HSV-Trainer Ernst Happel jedoch ab, „wir haben vorher verloren."

Völler greift Buchwald an. Der Stuttgarter sagt: „Ich bin kein Treter."

Von ULRICH DOST

Rudi Völler (26) zählt eher zu den besonnenen Spielern im Lande. Selbst nach den übelsten Fouls hat er nicht auf seine Gegenspieler ge*schimpft*, sondern sie sogar eher in Schutz genommen. Zum Beispiel **Klaus Augenthaler** (29), dessen Foul in der vorigen Saison dem Bremer Mittelstürmer fast die Weltmeisterschaftsteilnahme gekostet hätte. An diesem Wochenende aber hat sich der Nationalspieler von einer ganz ungewohnten Seite präsentiert: Er ging in die Offensive und bezichtigte seinen Nationalmannschafts-Kollegen **Guido Buchwald** (25) vom VfB Stuttgart einer überaus harten Spielweise.

Mit einer schmerzhaften Oberschenkelprellung konnte Rudi Völler die *zweiten* 45 Minuten im Neckarstadion nicht mehr bestreiten. Hinterher polterte er los: „Ein Großer wie **Karl-Heinz Förster** ist überall couragiert aufgetreten, der hat auf alles getreten, was sich bewegt, zu Hause und auswärts. Der Buchwald traut sich das nur auf eigenem Platz, wenn er den Schiedsrichter und das Publikum im Rücken weiß. Wenn der Guido demnächst wieder in Bremen spielt, ist er auch wieder der brave Junge. Wenn er beim Länderspiel in Wien gegen die Österreicher auch so eingestiegen wäre, hätten wir weniger Tore kassiert." Während Rudi Völler eine zweitägige Trainingspause einlegen *muß*, überlegte sein Trainer **Otto Rehhagel** (48), wahrscheinlich jedoch nicht allen Ernstes, ob „ich den Rudi überhaupt noch auswärts einsetze, wenn er immer verletzt wird".

Doch ganz so dramatisch, wie die Bremer die Sache sehen, war die Angelegenheit nicht. Guido Buchwald glaubt den Grund zu kennen, warum Völler plötzlich so schwere Vorwürfe erhoben hat. In einem Gespräch mit der WELT meinte er: „Die Bremer haben doch gedacht, wir fahren mal eben nach Stuttgart und holen dort zwei Punkte ab. Bei unserem ganzen Theater war das verständlich." Dann haben aber die Bremer genau jenen Fehler begangen, den die Stuttgarter *beim 2:5 gegen Torpedo Moskau im* Europapokal teuer bezahlen mußten. Sie griffen ungezwungen an, vernachlässigten die Abwehr und gerieten schnell durch zwei Konter in Rückstand.

„Was der Rudi sagt, ist alles Quatsch. Ich bin doch kein Treter", wehrte sich Buchwald, „in Bremen werde ich genauso spielen wie im *Neckarstadion. Ich habe zwei* Foulspiele begangen, habe aber nicht einmal die gelbe Karte bekommen. In Wien hat der Rudi bestimmt mehr abbekommen. Und außerdem: Mein *Gegenspieler hat kein Tor gemacht.*" Der Nationalvorstopper meint, daß der schon sehr oft verletzte Rudi Völler *inzwischen* auf Fouls sehr empfindlich reagiere. Aber, so Buchwald, *ein guter Stürmer zeichne sich da*durch aus, daß er auswärts diese Attacken wegstecke und weiterspiele. Buchwald: „Ich gönne ihm, daß er mal eine Saison ohne Verletzung *durchspielen kann.*"

*

Der Ärger mit seinem Kollegen aus der Nationalmannschaft kommt Guido Buchwald recht ungelegen. Das Feuer unter dem Dach im eigenen Haus beim VfB Stuttgart brennt nach dem 4:0 über die Bremer zwar nicht mehr so lichterloh, aber es ist auch noch nicht völlig gelöscht. Im *Mittelpunkt der Diskussionen* steht immer noch Trainer **Egon Coordes** (42). Coordes selbst glaubt, die Mannschaft habe auf dem Spielfeld eine Antwort auf die Frage nach ihrem *Verhältnis zum Trainer gegeben.* Nach Aussage von Guido Buchwald war das gar nicht notwendig: „Intern stimmt es wirklich bei uns. Heute haben wir dem Publikum bewiesen, wo wir stehen. Man kann nicht auf den Platz gehen und für oder gegen einen Trainer spielen. Wir wollen immer gewinnen."

Dennoch ist es seltsam, was sich in Stuttgart abspielt. Spieler wie **Predrag Pasic** (28), **Michael Spies** (21) oder **Michael Nushöhr** (24), die sich alle schon mehrmals öffentlich gegen den Trainer ausgesprochen haben, verteilten plötzlich vor dem Spiel *Flugblätter* des erkrankten Mannschaftsführers **Asgeir Sigurvinsson** (31). Vom Krankenbett aus richtete der Isländer einen Appell an die Fans: „Zur Mannschaft gehört auch der Trainer, wir stehen zu ihm! Wir benötigen Eure lautstarke, aber faire Unterstützung. Helft uns in dieser Weise – damit erweist Ihr uns die *größte Unterstützung.*"

Die Fans reagierten zunächst auf ihre Weise: Sie brachten nur ein paar Plakate („Coordes raus") in ihrem Block A an und verdrückten sich. Erst als es *2:0* für Stuttgart *stand*, füllten sie wieder dort die Ränge. So schnell ändert sich Volkes Meinung.

Während sich die Wortführer in der Mannschaft, Guido Buchwald, Asgeir *Sigurvinsson* und ***Eike Immel*** (25) – das sind im übrigen die einzigen Spieler, mit denen sich Coordes berät, weshalb die anderen so verschnupft sind – hinter den Trainer stellen, verhält sich *Präsident* **Gerhard Mayer-Vorfelder** (48), der Kultusminister von Baden-Württemberg, ganz wie ein abgebrühter Politiker. Mayer-Vorfelder: „Ich lasse mir zwar nicht vom *A-Block den Trainer diktieren und* wehre mich auch. Woche für Woche von Schicksalsspielen zu sprechen und Ehrenerklärungen für den Trainer abzugeben, aber dieser Sieg war von *großer Bedeutung.*" *Als der Ju*goslawe **Otto Baric** (54) in der letzten Saison noch Trainer in Stuttgart war, hat Mayer-Vorfelder genauso gesprochen – bis Baric vorzeitig entlassen war.

Die Stuttgarter Journalisten jedenfalls, die mit Coordes nicht mehr zusammenarbeiten wollten, haben dem Trainer die Hand zur Versöhnung gereicht. *In dieser Woche soll ein klä*rendes Gespräch stattfinden. Das ist wohl auch der Grund, warum Coordes am Samstag nicht ins „Aktuelle Sportstudio" gekommen war. Dem Moderator **Bernd Heller** (39), der sich bei den Stuttgarter Journalisten eingehend über deren Verhältnis zu Coordes informiert hatte, ließ er ausrichten, er wolle durch womöglich unbedachte Äußerungen über Journalisten nicht noch mehr Öl ins Feuer gießen. Der zweite Grund, den Coordes nannte: er fürchte um seine Familie, weil Chaoten nach dem Europacupspiel sein Haus belagert hatten. Das aber scheint nicht ganz stichhaltig. Coordes lebt mit einer Freundin zusammen, mit ihr war er gemeinsam ins „Aktuelle Sportstudio" eingeladen worden.

*

Auch beim 1. FC Köln standen die Zeichen trotz des 3:1-Erfolges über den 1. FC Nürnberg für kurze Zeit auf Sturm. „Der hat doch einen im Tee", soll **Thomas Allofs** (26) über seinen Trainer **Christoph Daum** (32) gesagt haben. Was war geschehen?

Thomas Allofs, in Köln nicht immer außerhalb jeder Diskussion, hatte gegen Nürnberg einen guten Tag erwischt und zwei Treffer erzielt. Beim Stand von 2:1 in der 77. Minute für den 1. FC Köln aber holte Trainer Daum den Stürmer vom Platz, der wütend in die Kabine marschierte. Daum brachte mit **Tony Woodcock** (32) einen frischen Stürmer, der dann auch prompt das 3:1 erzielte.

Nach dem Spiel in der Kabine sind zwischen Thomas Allofs und dem Trainer laute Worte gefallen. Der kleine Allofs hatte kein Verständnis für seine Auswechslung, weil er glaubte, gut gespielt zu haben, und außerdem fühlte er sich nicht mehr durch eine Grippe geschwächt, die ihm die ganze Woche über zu schaffen machte. Daum aber wollte durch einen neuen Stürmer mehr Druck im Angriffsspiel haben, denn die Nürnberger setzten den Kölnern gewaltig zu.

Daum hätte es sich leicht machen können und die Auswechslung mit der Grippe von Thomas Allofs begründen können. So ist es jedenfalls in der Branche üblich. Doch der junge Kölner Trainer glaubt, dieses verlogene Spielchen nicht nötig zu haben. Daum: „Der Thomas hat sehr, sehr gut gespielt, aber ich entscheide, welche Dinge getan werden müssen."

Unterstützung erhält der Kölner Trainer ausgerechnet von einem *Mann*, von dem es nicht unbedingt zu erwarten war – von **Klaus Allofs** (29), dem älteren Bruder von Thomas. Klaus Allofs: „Ich kann den Thomas verstehen, aber ich fand das trotzdem nicht gut, was er *gemacht* hat. Der Trainer muß doch die Freiheit haben, so auszuwechseln, wie er es für richtig hält." Klaus Allofs ist der Ansicht, daß sein Bruder die Konkurrenz des Engländers Tony Woodcock nicht zu fürchten braucht. „Der Tony weiß doch ganz genau, daß er höchstens mal eine Alternative für einen von uns sein kann, mehr aber nicht. Wir können es uns nicht erlauben, mit drei Mann zu stürmen." Ein bißchen mehr Souveränität täte auch dem kleinen Allofs gut.

Bis 31.12.86 zulassen. Danach wird der Steuervorteil geringer.

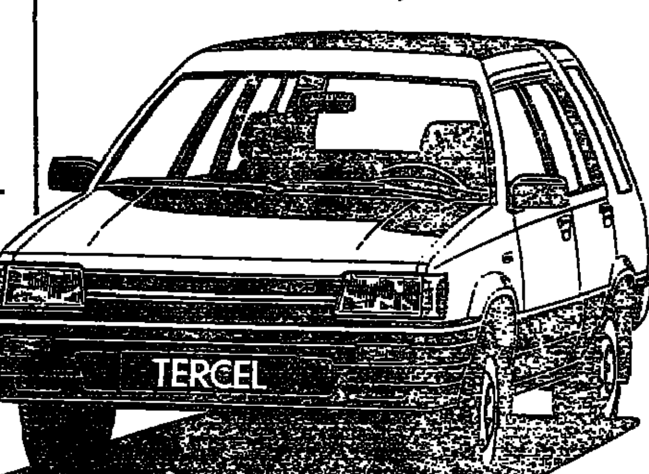
Wer in den Genuß der vollen Steuer-Einsparungen kommen will, muß sein Auto noch 1986 zulassen. Denn ab 1987 wird der Steuervorteil um einiges geringer. Wenn Sie jedoch jetzt noch zu Toyota kommen, ist Ihnen der volle Steuervorteil sicher. Denn bei Toyota können Sie in jeder Fahrzeugklasse sparen. Einige Beispiele sehen Sie hier. Aber nicht vergessen: Eile ist geboten!

MR 2 1,6, Kat. 16 Ventile, 116 PS/85 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 33.680,-*.

Corolla Compact Diesel 1,8, 64 PS/47 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 8 Monaten. Ab DM 17.890,-*.

Corolla Compact SR 1,3. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 15.970,-*.

Tercel Allrad 1,5, Kat. 68 PS/50 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 10 Monaten. Ab DM 22.400,-*.



EILT!

Carina Liftback Diesel 2,0. 69 PS/51 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 6 Monaten. Ab DM 21.990,-*.

Carina Liftback 1,6, Kat. 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 6 Jahren, 5 Monaten. Ab DM 20.490,-*.

Toyota Btx: *40063#

Starlet 1,0. 54 PS/40 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 3 1/2 Jahren. Ab DM 13.290,-*.

Starlet 1,3 S. Mit Euro-Kat und 74 PS/55 kW. Sie sparen bis zu DM 750,- in 2 Jahren und 8 Monaten. Ab DM 16.070,-*.

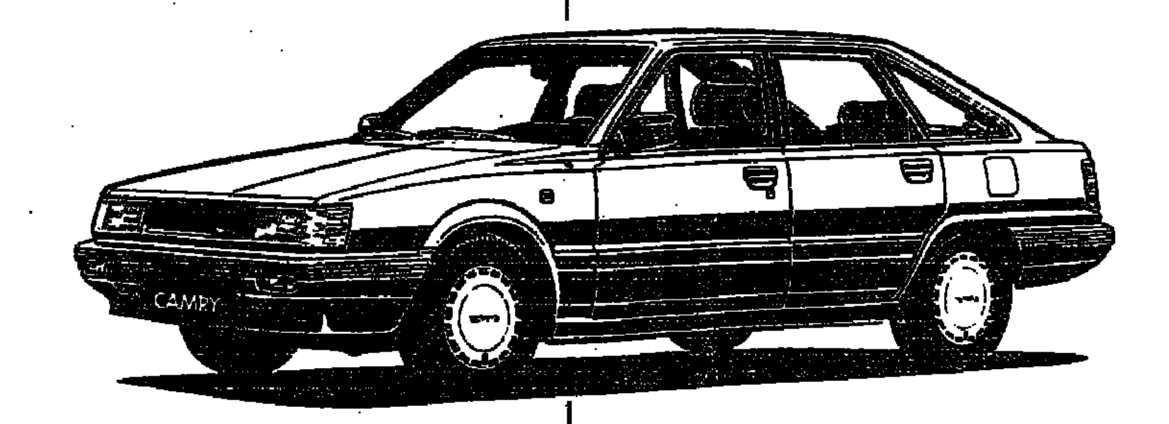
LandCruiser Turbo-Diesel 2,4. 86 PS/63 kW. Sie sparen bis zu DM 1.100,- in 2 Jahren, 1 Monat. Ab DM 33.480,-*.

Wir können Ihnen hier nur eine kleine Auswahl aus unserem Steuerspar-Programm zeigen. Ihr Toyota Händler berät Sie gern ausführlicher.

*Unverbindliche Preisempfehlung plus Überführung.



Celica GT 2,0, Kat. 16 Ventile, 140 PS/103 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 34.490,-*.



Camry Liftback 2,0, Kat. 99 PS/73 kW. Sie sparen bis zu DM 2.200,- in 5 Jahren, 1 Monat. Ab DM 26.720,-*.



Aachen: „Rundum positiv"

DW. Aachen

Bei Alemannia Aachen, dem Tabellen-Zweiten der zweiten Fußball-Bundesliga, sieht es „rundum positiv aus". So sagte Präsident Josef Hirtz schon Mitte der Woche. Und so sahen es am 15. Spieltag der Meisterschaft auch rund 15 000 Zuschauer am Aachener Tivoli beim 4:1-Sieg über die Stuttgarter Kickers.

Gegen die Stuttgarter, die zwar auswärts als relativ schwach bekannt sind, dennoch aber zur Spitzengruppe der Liga gehören, gelang Alemannia Aachen das bislang beste Spiel dieser Saison. Das Team, in dem Libero Mahlhofen überragte, bleibt damit weiterhin auf eigenem Platz ungeschlagen. Und Trainer Werner Fuchs kennt, fast schon eine Seltenheit in diesem Geschäft, weiterhin keine Aufstellungssorgen. Alle Spieler seines Kaders stehen zur Verfügung.

Zur guten Stimmung der Verantwortlichen trägt zusätzlich bei, daß der Verein derzeit auch reiche Einnahmen verzeichnen kann. Den Sieg über Stuttgart sahen erstmals in dieser Saison mehr als 10 000 Zuschauer. Und der Vorverkauf für das DFB-Pokal-Spiel gegen den Erstliga-Klub und Tabellenführer Borussia Mönchengladbach am 18. November läuft glänzend, so daß Aachen mit einem ausverkauften Stadion rechnen kann. Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes, Beobachter des letzten Aachener Erfolges, wird das temporeiche Spiel der Gastgeber mit gemischten Gefühlen betrachtet haben.

DIE ERGEBNISSE

Essen – Karlsruhe	2:1	(2:1)
Aachen – Stuttgart	4:1	(3:0)
Aschaffenburg – Salmrohr	2:2	(1:1)
Freiburg – Oberhausen	2:1	(0:0)
St. Pauli – Köln	3:2	(2:1)
Braunschweig – Ulm	2:2	(1:1)
Darmstadt – Saarbrücken	4:2	(0:1)
Wattenscheid – Kassel	1:1	(1:1)
Solingen – Hannover	2:4	(1:2)
Bielefeld – Osnabrück	3:3	(2:1)

DIE TABELLE

1. Hannover	15	12	1	2	35:16	25:5
2. Aachen	15	10	2	3	24:10	22:8
3. Osnabrück	15	9	3	3	27:20	21:9
4. Darmstadt	15	7	4	4	34:16	18:12
5. Stuttgart	15	8	1	6	35:26	17:13
6. Saarbrücken	15	6	5	4	25:22	17:13
7. Freiburg	15	7	3	5	21:21	17:13
8. St. Pauli	15	5	6	4	27:23	16:14
9. Karlsruhe	15	6	4	5	26:23	16:14
10. Ulm	15	6	4	5	22:21	16:14
11. Wattenscheid	15	4	7	4	25:24	15:15
12. Oberhausen	15	7	1	7	24:26	15:15
13. Braunschweig	15	4	5	6	23:16	13:17
14. Solingen	15	6	1	8	27:31	13:17
15. Essen	15	4	4	7	26:27	12:18
16. Aschaffenburg	15	4	4	7	22:22	12:18
17. Köln	15	3	5	7	22:32	11:19
18. Bielefeld	15	1	7	7	15:24	9:21
19. Kassel	15	2	4	9	16:32	8:22
20. Salmrohr	15	1	4	10	16:35	6:24

DIE VORSCHAU

Samstag, 15. 11., 14.30 Uhr: Kassel – Braunschweig, Ulm – Freiburg; 15.30 Uhr: Karlsruhe – Solingen, Köln – Wattenscheid, Oberhausen – Aachen, Hannover – St. Pauli – Sonntag, 16. 11., 14.30 Uhr: Stuttgart – Bielefeld, Salmrohr – Darmstadt; 15.00 Uhr: Saarbrücken – Essen, Osnabrück – Aschaffenburg.

SPORTHILFE / Fachverbände einmütig gegen die Kritik von Harm Beyer

Volleyball-Präsident Mader nennt ihn „Problembeschaffer des Sports"

sid, Frankfurt

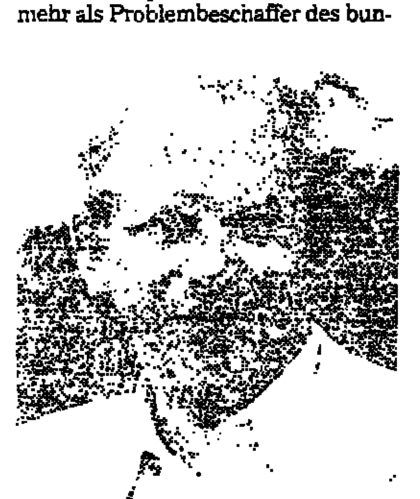
Die Ständige Konferenz der Sport-Fachverbände der Bundesrepublik Deutschland hat sich in ihrer Sitzung in Frankfurt von dem Präsidenten des Deutschen Schwimm-Verbandes, Harm Beyer, geschlossen distanziert. Die Vertreter von 43 Verbänden verurteilten die Form der öffentlichen Kritik Beyers an der Förderungspraxis der Stiftung Deutsche Sporthilfe, ohne nach diesem einmütigen Verfahren auf den Inhalt der Vorwürfe einzugehen. Beyer wirft der Sporthilfe vor, kein Sozialwerk des deutschen Sports zu sein, sondern eine Art Brutstätte des Professionalismus, die es zu bekämpfen gelte. Wörtlich hatte Beyer in einem Interview gesagt: „Die Sporthilfe als Sozialwerk? Vergiß es. Heute geht es ganz einfach um Bezahlung bestimmter Leistungen *durch Geld und Sachleistungen.*"

Harm Beyer, im Privatberuf Richter in Hamburg, hatte schon auf der Kuratoriumssitzung der Sporthilfe am 22. Oktober in Frankfurt durch seinen Angriff gegen die Stiftung und gegen die geförderten Sportler („Sie kaufen sich Videos und Mofas für die Unterstützung") für eher unliebsames Aufsehen gesorgt und war in der Diskussion von seinen Kollegen Roland Mader, der als Volleyball-Präsident zugleich Sprecher der Ständigen Konferenz ist, und Eberhard Munzert (Deutscher Leichtathletik-Verband) sowie den Schwimmweltmeistern Rainer Henkel („Ohne die Sporthilfe wäre ich nie Weltmeister geworden") und Michael Groß auf schärfsten Widerspruch gestoßen.

Im eigenen Verband hat Beyer schon seit geraumer Zeit Probleme mit seinen Aktiven und einigen Präsidialmitgliedern. Kritisiert wird vor allem Beyers „DSV-Wirtschaftsdienst" als *Finanzbeschaffungsstelle.* Als die Schwimmer prozentual am Gewinn beteiligt sein wollten, um DSV-Vorbereitungskurse *nicht anteilig selbst* bezahlen zu müssen, gab es Ärger. Aktivensprecher Dirk Korthals wurde dann drei Tage nach der Kuratoriumssitzung der Sporthilfe auf einer Schwimmersitzung in Mainz erlaubt, mit einer 5000-Mark-Einlage (!) Gesellschafter der Wirtschafts-GmbH zu werden: Ein einmaliger Vorgang im deutschen Sport.

Nach der Frankfurter Sitzung der *Fachverbände, in welcher der* Harm-Beyer-Stellvertreter Günter W. Lingenau als Vizepräsident des DSV die Erklärung gegen Beyer mitgetragen hat, sagte Roland Mader als Sprecher der Versammlung:

„Harm Beyer erweist sich immer mehr als Problembeschaffer des bundesdeutschen Sports. Seine Äußerungen schaden der Sache des Spitzensports sehr. Ich weiß nicht, für wen Beyer spricht. Er hat keine Mehrheit in seinem Präsidium und auch keine im Verband. Sein Vizepräsident Lingenau hat hier in Frankfurt gegen ihn gestimmt. Ich glaube, daß Beyer Berührungsängste mit der Industrie hat. Folgt Beyer seinen Überzeugungen, dann müssen seine Goldschwimmer die von der Sporthilfe zur Verfügung gestellten ‚Dienstwagen' zurückgeben und alle weiteren geförderten Aktiven sofort auf die Sporthilfegelder verzichten."



Harm Beyer FOTO: DPA

Roland Mader machte in seiner Deutung des Vorgehens von Beyer, „mit dem er im bundesdeutschen Sport allein steht", aber auch den Stellvertretenden Vorsitzenden der Stiftung Deutsche Sporthilfe, Hans Friderichs, verantwortlich, „der durch seine moderate Leitung der *Kuratoriumssitzung Beyer geradezu* ermutigt hat, weiter für Unruhe zu sorgen".

*

Karl-Adolf Scherer, Experte des Sport-Informationsdienstes (sid) für sportpolitische Fragen, spekuliert in einem Kommentar über die Motive der harschen Kritik von Harm Beyer:

Der Richter Beyer überschätzt sich und seine Legitimation. Für das Amt eines Sportvorsitzenden sehr wohl geschaffen, überzeugt von seiner Berufung und von seinem Auftrag, Heranwachsende zu führen und einzuweisen für das Leben, steht er in seinem geistigen Anspruch ein Stück über den vielen, *die mit ihm arbeiten* sollen. Sendungsbewußtsein des Bekehrers ist im Spiel, auch Selbstgerechtigkeit. Einsam geworden in seinem Verband, steht Harm Beyer nicht oben, sondern in der Ecke.

Ein Mann, der seine Dienstprobleme mit dem Hamburger Senat in der Öffentlichkeit ausbreitet, der Spitzenschwimmer disziplinieren möchte und Wirtschaftsfragen pädagogisch zu lösen gedenkt, gerät in die Außenseiterposition, die Neurosen allerorten fördert: Harm Beyer, der das Gute will und das Böse schafft.

Im eigenen Verband ohne Freunde und gleichgesinnte Mitstreiter, sucht er, *um seine Basis nicht zu verlieren,* sein Feindbild woanders, und er hat es im angeblich unmenschlichen Leistungssport und in der Sporthilfe, die diesen Leistungssport fördert, erkannt. Nicht genug, daß er die Diskussion um die Förderungsmaßnahmen anregte, er beendete sie nun auch mit einem unmäßigen Richterspruch.

Der Sport hört dem Verbandsführer Beyer zu, nicht dem Richter. Um es mit seinem Olympiasieger, Weltmeister und Weltrekordmann Michael Groß zu sagen: Man kann die Sporthilfe nicht abschaffen, um zu erfahren, was sie wert ist. Die Schmerzgrenze ist überschritten (siehe auch Kommentar am Fuß der Seite).

TENNIS / Platz im Masters-Turnier geschafft

Bettina Bunge – Kraft und brillante Technik

dpa/sid, Worchester

Bettina Bunge hat es doch geschafft. Sie gehört als 13. im 16er-Feld neben Steffi Graf und Claudia Kohde zum starken deutschen Trio beim Masters-Turnier im New Yorker Madison Square Garden (17. bis 23. 11.). Damit krönt die 23 Jahre alte Bunge ein bemerkenswertes Comeback nach einem fast zwei Jahre anhaltenden Tief, in das sie nach einer komplizierten Ohrenoperation geraten war.

Beim mit 250 000 Dollar dotierten Turnier in Worchester begeisterte die in der Schweiz (Zürich) geborene, in Florida lebende, unter Monaco geführte und für Deutschland (Aschaffenburg) spielende Tennis-Weltenbummlerin mit brillanten Ballwechseln, die sie aufgrund ihrer besonders ausgeprägten Technik für sich entschied. In dem bisher besten Spiel des Turniers besiegte sie im Viertelfinale die an Nummer drei gesetzte *Pragerin Helena Sukova, für die sie* mit drei erfolgreichen Duellen in Folge langsam zur Angstgegnerin wird. „Im Moment spielt Bettina wirklich, was sie will. Sie gehört unbedingt zu den ersten Zehn in der Welt", kommentierte die Besiegte nach dem Spiel.

Wo früher *ein riesiges Repertoire* glänzender Schläge häufig eher zum Selbstzweck eingesetzt wurde, konnte Bettina Bunge *diesmal* erneut mit einem schier unerschütterlichen Kampfgeist auch Punkte gewinnen. Bestes Beispiel war das Zweitrunden-Match gegen die Bulgarin Manuela Maleeva, die nach gewonnenem ersten Satz (6:2) gegen die entfesselt aufspielende Deutsche kein einziges Spiel und im letzten Satz bei Aufschlag der Deutschen gar nur einen einzigen Punkt mitbekam. Mit welchem Selbstvertrauen Bettina Bunge zur Zeit ausgestattet ist, mußte im Tie-Break Helena Sukova schmerzlich erfahren. *Die für Aschaffenburg* spielende Bunge triumphierte mit 7:2. Ein Überkopf-Schmetterball setzte den Schlußpunkt. Typisch für eine Bettina Bunge, auf die nach ihrer Rückkehr in die Weltklasse in entscheidenden Phasen in dieser Saison stets Verlaß war.

Unbelastet kann Bettina Bunge nun das Halbfinale gegen die Siegerin des amerikanischen Duells Navratilova – *Shriver* angehen.

Zu einem Finale der Gastgeber kommt es bei den Internationalen Schwedischen Tennis-Meisterschaften in Stockholm. Für das Endspiel, in dem mit 435 000 Dollar dotierten Turnier qualifizierten sich der Weltranglisten-Dritte Stefan Edberg und sein Landsmann Mats Wilander, der derzeit an Nummer fünf in der Welt rangiert. Edberg besiegte in der Vorschlußrunde in einem dramatischen Spiel den Franzosen Henri Leconte mit 6:7, 6:4, 7:6. Wilander, in Stockholm an Nummer zwei gesetzt, besiegte den Franzosen Guy Forget mit 6:2, 7:6.

Im Kampf *um die 210 000 Dollar* Siegprämie beim Einladungsturnier im belgischen Antwerpen trifft der New Yorker John McEnroe im Endspiel auf den Tschechoslowaken Miloslav Mecir. Im Halbfinale setzte sich McEnroe mühelos mit 6:2, 6:3 gegen den farbigen Franzosen Yannick Noah durch. Anschließend hatte der an drei gesetzte Mecir ebenso leichtes Spiel beim 6:2, 6:1 über McEnroes Landsmann Jimmy Arias.

Unmittelbar nach dem Finale wird Mecir nach Düsseldorf fliegen, um *dort beim Einladungsturnier* im Kaarster „Open Air Tennispark" seinen verletzten Landsmann Ivan Lendl zu ersetzen. *Lendl laboriert an* einer schweren Hüftverletzung.

Von einer Krankheit geplagt, mußte auch Boris Becker eine Turnierteilnahme absagen. Wegen einer fiebrigen Erkältung wird er nicht beim mit 375 000 Dollar dotierten Turnier in London antreten können.

Zu ihrer ersten Halbfinalteilnahme bei einem Grand-Prix-Turnier kam die 19jährige Silke Meier aus Karlsruhe *in North Little Rock in Arkansas.* In der Vorschlußrunde unterlag sie zwar der Weltranglisten-Zehnten Kathy Rinaldi mit 4:6, 2:6, beeindruckte aber mit sicheren Vorhandschlägen und Kampfwillen.

EISHOCKEY

Erste Liga nur mit acht Vereinen?

sid, Frankfurt

Die Eishockey-Bundesliga will wieder einmal neue Wege gehen. Bei einer Arbeitssitzung der Bundesliga-Vertreter ging es in Frankfurt um brisante Themen: die Fernsehoffensive, die Reduzierung der beiden ersten Ligen mit einer neuen Meisterschafts-Struktur und das Dauerthema Profi-Schiedsrichter. Das sind die Ergebnisse:

Die Honorar-Erhöhung der Fernseh-Anstalten ARD und ZDF von bislang 460 000 auf künftig 660 000 Mark kommt jenen vier Klubs zugute, die im *Viertelfinale* der Play-off-Runde ausscheiden und damit ohne weitere Einnahmen sind. Eine vor allem vom Mannheimer *ERC geforderte* drastische Erhöhung der Fernsehgelder wurde abgelehnt. Wichtig sei zunächst einmal, daß Eishockey überhaupt auf dem Bildschirm besser repräsentiert ist.

Endgültig gescheitert ist der Plan, die Spieltage vor allem während der Winterpause der Fußballer von Freitag und Sonntag auf Mittwoch und Samstag zu verlegen. Das Interesse der Fernsehanstalten sei zu gering. Immerhin aber dürften in Zukunft die Live-Übertragungen in den dritten *Programmen intensiviert* werden. So bot der Hessische Rundfunk am Freitag das Spiel zwischen Frankfurt und *Landshut* an, überträgt der WDR am 16. November das Schlagerspiel zwischen Köln und Düsseldorf. ARD und ZDF werden auch in Zukunft Priorität vor den privaten Anbietern haben, der entsprechende Vertrag soll bis 1990 laufen.

Beinahe revolutionär sind die Pläne zur Modifizierung der Meisterschafts-Struktur. Geplant ist die Reduzierung der ersten Spielklasse von zehn auf acht Klubs. Die zweite Bundesliga soll ebenfalls von derzeit 20 Klubs in Nord und Süd auf acht Klubs *gestrafft und mit der „Eliteliga"*, so der geplante neue Name für die Bundesliga, verzahnt werden.

So soll die künftige Eliteliga eine Doppelrunde austragen, danach gegen die zweite Liga spielen. Nach dem Play-off-Viertelfinale sollen die dann ausgeschiedenen vier Klubs gegen die vier Punktbesten des Unterhauses ebenfalls im Play-off-Modus die Plätze der Eliteliga ausspielen. *Damit würde man* den Unterbau aufwerten.

„Wir haben in Deutschland 16 Vereine, die in der Lage sind, wirtschaftlich bundesweit zu spielen", sagt Unsinn, der von einer Neuordnung auch für die Nationalmannschaft profitieren würde. Denn ein einheitlicher Spielplan würde für größere Freiräume sorgen, mehr Länderspiel-Termine zulassen und so für bessere Perspektiven der Nationalmannschaft sorgen.

Die Pläne sollen auf der nächsten *Sitzung am 17. Januar in Düsseldorf* präzisiert werden, ehe im Sommer 1987 auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Beschlüsse gefaßt werden können. Fallengelassen werden dürfte allerdings die Einführung von Profischiedsrichtern, denn dieser Schritt, da sind sich alle Klubvertreter einig, ist finanziell nicht durchführbar.

Leistungssport ist eine Lebensform jenseits von Passivität

Von ULI EICKE

Es ist wieder soweit: Diskussionen über die Funktion des Leistungssportes beschäftigen die Öffentlichkeit. Der Leistungssport muß sich dieser Diskussion stellen. Harm Beyer hat mit seiner Kritik in vielen Dingen den Nagel *auf den Kopf* getroffen. Allerdings muß man sich auch gegen gewisse Verzerrungen verwahren, die durch die Polemik des Richters entstehen.

Es ist wahr! Die gesundheitlichen und sozialen Risiken eines Leistungssportlers sind nicht gering. *Man wird schwerlich eine andere* Tätigkeit mit einer ähnlich hohen körperlichen Belastung finden. Es ist eine Tatsache, daß ein Leistungssportler bei einem Trainingsprogramm rund um die Uhr und übers ganze Jahr seine berufliche Laufbahn vernachlässigen muß. Wer mit 30 Jahren, *nach* Beendigung *seiner* sportlichen Laufbahn, in den Beruf einsteigen will, hat natürlich erhebliche *Nachteile gegenüber jüngeren* Konkurrenten.

Von den gut 3000 Amateur-Sportlern der Kader aus den Sportfachverbänden – abgesehen von Tennisspielern, Fußballern, Handballern und Eishockeyspielern – haben nur etwa 20 Sportler Werbeverträge. Auf sich gestellt, steht der Athlet am Ende seiner sportlichen Laufbahn sozial und finanziell vor einem Scherben*haufen und hat außerdem vielleicht* erhebliche körperliche Schäden. Bis dahin sind Harm Beyers Warnungen durchaus berechtigt. Erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch bei den vorgeschlagenen Konsequenzen. Es ist eine grobe Verdrehung der Tatsachen, zu behaupten, *mit den Leistungssportlern* würde ein arbeitsfaules Trüppchen mit überzogenen Ansprüchen und Rentnerdenken herangezogen.

Der Leistungssport übernimmt wichtige Funktionen innerhalb unserer Gesellschaft. Er ist Motor für den Breitensport. Woher sollen denn die Übungsleiter der Sportvereine die Motivation für ihre ehrenamtliche Arbeit nehmen, wenn sie nicht die Chance haben, irgendwann *einmal* einen erfolgreichen Athleten herauszubringen. Der Leistungssport er*füllt eine Vorbildfunktion* in einer Gesellschaft, die, man mag es bedauern oder begrüßen, ohne ein positives Verhältnis zur Leistung nicht auszukommen scheint. Sportliche Leistungen sind nicht fremdbestimmt und werden ohne wesentliche äußere Zwänge vollbracht. Leistungssport *ist gerade eine Lebens*form jenseits von Passivität, Konsum und Anspruchsdenken.

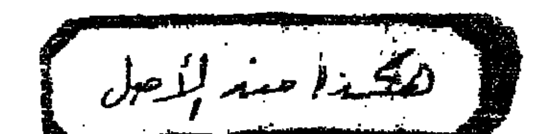
Wollen wir uns am internationlen Wettkampfsport wirklich nicht mehr beteiligen? Muß man Eltern wirklich raten, ihre Kinder vom Leistungssport fernzuhalten? Können wir auf einen planmäßig betriebenen Leistungssport verzichten?

Die Optimalförderung der Sporthilfe *zielt in die richtige Richtung.* 1500 Mark – übrigens keine Steuergelder – monatlich werden im Sinne *der Gesellschaft eingesetzt. Es soll* niemand behaupten, damit könne man reich werden. Es ist auch sinnvoll, den Sportlern für Fahrten zum Training und zum *Arzt* ein Auto zur Verfügung zu stellen.

Die Verbände – der DSV eingeschlossen – müssen sich bemühen, *die berufliche Laufbahn der Sportler* abzusichern. Dieses zugegebenermaßen schwierige Kapitel liegt den Verbänden am meisten im Magen. Nur, anstatt ein Wehgeheul anzustimmen, sollte man sich überlegen, wie man die Situation verbessern kann.

Die Warnungen Harm Beyers haben *einen wahren Kern; die gezogenen* Schlüsse kann und darf unsere Gesellschaft jedoch nicht nachvollziehen. Wir müssen uns den Anforderungen stellen, die durch die explosionsartige Entwicklung des Leistungssports entstanden sind!

Uli Eicke (34), Olympiasieger im Kanu-Rennsport, ist Vorsitzender des Beirates der Aktivensprecher im Deutschen Sport-Bund (DSB).



FECHTEN / Erstes Degen-Masters-Turnier in Tauberbischofsheim mit einem deutschen Sieg

Bundestrainer Emil Beck lächelte süßsauer beim Händedruck für den abtrünnigen Arnd Schmitt

jan. Tauberbischofsheim

Die Situation hatte etwas Pikantes. Doch Klaus-Dieter Güse, der Präsident des Deutschen Fechterbundes (DFB), eloquent wie stets, nahm der Atmosphäre auch den letzten Rest an Gereiztheit. Denn daß ein deutscher Fechter, der 21jährige Arnd Schmitt aus Leverkusen, in Tauberbischofsheim das erste Masters-Turnier der acht weltbesten Degenfechter gewonnen habe, sagte Güse, sei schließlich ein Geschenk für den gesamten deutschen Fechtsport. Also auch für Emil Beck, der als neuer Cheftrainer für *alle DFB-Fechter zuständig sei – und* nicht nur für seinen Fechtclub Tauberbischofsheim.

Emil Beck quittierte die Worte seines Präsidenten mit einem süßsauren Lächeln. Sicherlich, das Turnier, bei dem es erstmals in der Bundesrepublik Deutschland auch für Fechter um Geld, insgesamt rund 80 000 Mark, ging, war ein Erfolg. Die Veranstaltung, die noch vor kurzem zu scheitern drohte, war auch erst durch Becks unermüdliche Sponsorenwerbung in seiner Heimatstadt möglich geworden. Doch aus seiner Sicht fehlte eben doch das I-Tüpfelchen.

Beck hätte den gut 1200 Zuschauern in der großen Halle des Olympiastützpunktes zu gerne auch noch einen einheimischen Sieger präsentiert. Zum Beispiel seinen Musterschüler Alexander Pusch (31), den mehrmaligen Olympiasieger und Weltmeister, der die vorige Saison als Weltranglisten-Erster beendet hatte. Oder den alten Kämpen Volker Fischer (36), der als Nummer sieben gesetzt war. Doch ausgerechnet Becks ehemaliger Schüler Arnd Schmitt, Achter der Rangliste, der in diesem Jahr im Streit Tauberbischofsheim verlassen hatte, machte ihm einen Strich durch die Rechnung.

Gleich in der ersten Begegnung warf Schmitt seinen ehemaligen Klubkameraden Pusch aus dem Wettbewerb. Im ersten Gefecht beim 5:4 *hatte* er noch *erhebliche* Schwierigkeiten, doch schon im zweiten der maximal drei Durchgänge ließ er dem unverständlich nervösen Pusch trotz aller Anfeuerungsrufe der Tauberbischofsheimer mit 5:2 keine Chance mehr. Da auch Volker Fischer gegen den 25jährigen Italiener Angelo Mazzoni sang- und klanglos mit 1:5, 2:5 ausschied, war Becks Traum von einem restlos gelungenen Abend geplatzt. Der 51jährige gehörte zwar selbstverständlich zu Schmitts ersten Gratulanten nach dem 5:4, 5:4-Finalsieg über Mazzoni. Doch daß ihn die Situation gehörig wurmte, konnte er trotz aller guten Worte nicht ganz verbergen.



Kniefall nach dem Sieg: Arnd Schmitt. FOTO: SVEN SIMON

Für den strahlenden und gelösten Sieger Arnd Schmitt war dies „mein größter Einzelerfolg". Beim ersten Gefecht gegen Pusch habe er noch „mit gemischten Gefühlen" die Planche betreten, auf jede negative Reaktion aus dem Publikum gefaßt. Doch als sich zeigte, daß die Zuschauer auch die letzten unterschwelligen Emotionen dieses Duells ignorierten und schließlich den letzten im Wettbewerb verbliebenen Deutschen unterstützten, als sei er Franke von Geburt, ließ Schmitt von Nervosität nichts mehr spüren.

So gewann er im Halbfinale den spannendsten und schönsten Kampf des Abends mit 5:6, 6:5, 5:4 gegen den *Franzosen Eric Srecki, so sicherte* er sich auch in den beiden Final-Gefechten den Sieg, den er mit geballter Faust feierte. Nur eine Geste der Erleichterung, denn „ich wollte mich an niemandem rächen, ich wollte einfach gewinnen".

Streit habe er schließlich nur mit Emil Beck, der nicht eingesehen habe, daß sich einer seiner Fechter nicht in seine Abhängigkeit begeben wolle, sagte Schmitt. Es gäbe viele Tauberbischofsheimer, die „mir diesen Er*folg trotz des Vereinswechsels von* Herzen gönnen". So drückte nicht zuletzt auch der einheimische Degen-Bundestrainer Bernd Pelzer dem Sieger die Hand, stumm, aber dafür um so länger und herzlicher. Dennoch wird Schmitt gerade dieser Erfolg in seiner Karriere helfen. „Ich habe gezeigt", sagte er, „daß ich in Leverkusen nichts verlerne."

Auch der unterlegene Alexander Pusch, der mit Schmitt hinter den Kulissen nach der Niederlage locker plauderte, mochte nicht von Aversionen reden. Viel mehr als das Verhältnis zu einem ehemaligen Vereinskameraden interessierte ihn, warum er bei seinem Auftritt derart versagt hatte. „Ich habe mich", vermutete der so erfahrene Fechter, „vielleicht zu amateurhaft auf das Masters vorbereitet." Pusch meinte damit zwar eher seinen Trainingszustand. Doch war dieses Turnier in der Tat Neuland für eine Sportart, der die Wörter Profi und Kommerzialisierung bislang unbekannt waren. Und nach den ersten Schritten auf diesem Gebiet – im Mai in Paris hatte der Tauberbischofsheimer Matthias Gey das Masters der Florettfechter gewonnen – steht fest, daß Fechten auch so nicht zur großen Attraktion werden kann. Die Regeln bleiben für den Laien zu kompliziert.

DFB-Präsident Güse, der auf dem Verbandstag am 19. November nicht mehr kandidieren wird und der das Turnier als letzten großen Auftritt be*trachtete, sah dennoch nur Vorteile:* „Das Masters gibt uns die Chance, unseren Sport als Fernsehspektakel zu bieten, den Zuschauern höchste Fechtkunst zu zeigen und damit zu werben." Dies sei bestens gelungen.

Augen auf für neue Märkte des Turf-Sports

Die Meldung schien nicht weiter bedeutend, häufig genug verschwand sie auch in den Papierkörben: At Talaq, ein fünfjähriger Galopperhengst aus dem Vollblut-Imperium der Maktoum-Scheichs aus Dubai, gewann den Melbourne-Cup in Australien. Eine Million australischer Dollar (rund 1,4 Millionen Mark) waren der üppige Lohn für den Sieg. Die WELT vermeldete es am 6. November 1986.

Nun ist dieser At Talaq keineswegs ein Pferd von einem „anderen Stern". Er ist auf den deutschen Rennbahnen wohlbekannt. 1984 wurde er hinter Gestüt Fährhofs Abary Zweiter im Großen Preis von Berlin in Düsseldorf, 1985 lief er sogar dreimal auf deutschen Bahnen und erwies sich dabei eigentlich als ein Allerweltspferd ohne bedeutendes Können. Im Großen Preis von Baden wurde er Drittletzter, der Röttgener Hengst Daun als Zweiter hinter dem Sieger Gold and Ivory war deutlich vor ihm, im Großen Preis von Berlin kamen die deutschen Hengste Ordos, Abary und Love Letter vor ihm ins Ziel, im Großen Preis von Gelsenkirchen konnte er nicht einmal die international kaum drittklassigen deutschen Pferde Mantelano und Landfrieden schlagen. Angeblich bedeutete die deutsche Übersetzung seines arabischen Namen „Das Geschoß" – doch gezündet hat At Talaq in Deutschland nie. Aber bei den deutschen Besitzern und Trainern könnte es jetzt ja vielleicht zünden.

Wie kann ein solches Pferd nun den Melbourne-Cup gewinnen? Australien ist immerhin das Land mit den meisten Rennbahnen der Welt (606!) – und der Melbourne-Cup gehört zu den größten Rennen im Turf des Fünften Kontinents.

Der Erfolg des dort auch noch als Favorit angetretenen At Talaq muß deutschen Züchtern, Trainern und Besitzern Augen öffnen, die sie bislang internationalen Märkten gegenüber fest verschlossen hielten. Es gibt eine ganze Menge deutscher Pferde, die sich vor At Talaq wirklich nicht verstecken müssen. Aber unsere Verantwortlichen zeigen einfach zu wenig Risikobereitschaft. Der Nürnberger Stahlhändler Waldemar Zeitelhack hat es doch vor einigen Jahren mit Star Appeal und Pawiment bewiesen: Erfolge außerhalb Deutschlands, in der Regel hochdotiert, sind nur möglich, wenn man nach ersten Mißerfolgen nicht gleich verschüchtert wieder einpackt und sich danach nicht wieder aus der gewohnten Umgebung heraustraut.

Nun ist über den Turf in Australien hierzulande nicht sehr viel Detailliertes bekannt, obwohl mit Zauberer der deutsche Derbysieger von 1979 im Edgewood-Park von New South Wales als Deckhengst wirkt. Fest steht allerding, das der Turf dort in Blüte steht. Dafür bürgen auch Namen von Jokkeys, die weit über Australiens Grenzen bekannt wurden: Scobie Breasley, Bill Williamson, George Moore, Ron Hutchinson und neuerdings Brent Thomson, der mit dem australischen Hengst Strawberry Road 1984 den Großen Preis von Baden in Iffezheim gewann.

Es werden ständig ausländische Hengste nach Australien eingeführt, ein lukrativer Markt also. Immerhin gilt nämlich Zauberer als einer der schwächsten Derbysieger der deutschen Geschichte. Er wurde eigentlich aus Deutschland abgeschoben.

Hier soll keineswegs zu einer Massenflucht Richtung Fünfter Kontinent animiert werden. Es geht um den internationalen Weitblick. Vollblutpferdezucht ist international – und unsere deutschen Asse Acatenango und Lirung haben in diesem Jahr bewiesen, daß sie nicht nur als Kulisse für die Gegner aus England, Frankreich und den USA dienen. Der von Acatenango im Großen Preis von Berlin 1986 geschlagene Hengst Theatrical hätte im übrigen am letzten Samstag in Santa Anita in Los Angeles fast das Millionen-Rennen um den Breeders-Cup gewonnen.

Ist das nicht Ansporn genug, auch einmal über die Grenzen, sogar über die kontinentalen Grenzen hinweg zu schauen? Hier wird nicht Tollkühnheit gefordert, aber doch etwas mehr Mut. KLAUS GÖNTZSCHE

GALOPP

Favorit Ornesto in Köln vorne

KLAUS GÖNTZSCHE, Köln

Der Favorit Onesto mit Jockey Manfred Hofer gewann gestern in Köln den Waltner-Preis sicher mit fast zwei Längen vor Flower King und Sextaner. Trainer von Onesto ist der schon 81jährige Friedrich-Wilhelm Schlaefke in Dortmund.

Der fünfjährige Hengst Etzel gewann mit Jockey John Allen Reid in Hannover den Großen Preis der Landeshauptstadt.

Schwere Gesichtsverletzungen hat der Hindernisjockey Dennis Victor Sherwood aus Dortmund bei seinem Sturz am Samstag auf der Neusser Galopprennbahn erlitten. Er kam mit dem Pferd Mielix zu Fall, stand schon wieder auf und wurde dann von einem ebenfalls gestrauchelten Pferd

erwischt. Er liegt auf der Intensivstation der Düsseldorfer Uni-Klinik. Sherwood erlitt einen Jochbeinbruch, Knochensplitter sollen ins Gehirn gedrungen sein, es droht der Verlust eines Auges.

Der Wettumsatz in den neun Rennen betrug 628 400 Mark.

Die amtierende Championesse Vicky Furler (23) muß sich am 17. November vor dem Ordnungsausschuß des Verbandes verantworten. Sie soll bei einem Rennen in Frankfurt ihr Pferd Karat nicht ausgeritten haben, das dann beim folgenden Start in Hannover mit ihr gewann.

Vicky Furler führt ihre passive Reiterei in Frankfurt auf die Folgen ihres gerade ausgeheilten Wadenbeinbruchs zurück.

*

Das sind die Ergebnisse im Rennquintett:
- Rennen A (in Neuss): 7 – 4 – 5.
- Rennen B (in Köln): 21 – 27 – 30.

(ohne Gewähr)

HANDBALL

Wunderlich reif für das Nationalteam

sid, Düsseldorf

Er aalte sich in einem Wonnebad von Sympathie und Leistung und war an seiner alten Wirkungsstätte der große Sieger. Erhard Wunderlich, der in sieben Jahren 13 Titel mit dem VfL Gummersbach errang, wuchs als *Längster trotz der 24:25-Niederlage* seines Vereins TSV Milbertshofen beim VfL Gummersbach zum Größten. Der Mann mit dem Gardemaß von 2,04 m erzielte gegen Weltklasse-Torhüter Andreas Thiel 13 Tore und avancierte zur bestimmenden Persönlichkeit.

Der 139malige Nationalspieler, nach acht Spieltagen mit 75 Toren, davon 36 verwandelten Siebenmetern, Torjäger Nummer eins der Handball-Bundesliga, wird gut drei Monate vor der B-Weltmeisterschaft in Südtirol, bei der es um die letzten zwei Plätze für die Olympischen Spiele in Seoul geht, wieder für die Nationalmannschaft aktuell. Simon Schobel wird heute in einem Gespräch mit Wunderlich die gesamte Situation besprechen.

Heiner Brand, Co-Trainer beim VfL Gummersbach und Assistent von Simon Schobel, wollte zwar der Entscheidung des Bundestrainers nicht vorgreifen, sagte aber: „Mit dieser Leistung steht er außerhalb jeder Diskussion." Wunderlich, seit Jahren eine Reizfigur im deutschen Handball, signalisierte Bereitschaft und meinte: „Ich habe heute meinen sportlichen Weg bestätigt. Jetzt hat der Bundestrainer das Wort. Aber Priorität hat der Verein." Milbertshofen ist durch die dritte Saison-Niederlage mit 10:6 Punkten auf den fünften Platz zurückgefallen.

Der TV Großwallstadt (13:3) bleibt durch den vierten Heimsieg mit 27:22 gegen den THW Kiel erster Verfolger von TuSEM Essen. Dabei imponierte der Rückraum der Mainfranken mit insgesamt 21 Treffern, davon allein neun durch Martin Schwalb.

TuRu Düsseldorf stürmte durch den 19:16-Sieg beim TuS Schutterwald mit 11:5 Punkten auf Platz drei. Die Westdeutschen sind mit 7:1 Punkten die beste Auswärtsmannschaft der Liga. TuRu-Trainer Horst Bredemeier sah bereits nach neun Minuten die rote Karte wegen lautstarken Protestierens, nachdem ein einwandfreies Tor zum 6:4 von Hertelt nicht gegeben wurde.

Einmal mehr rettete Jerzy Klempel Frisch Auf Göppingen das 22:22 beim TBV Lemgo. Der 222malige polnische Nationalspieler erzielte 13 Treffer. Allerdings vergab er in der Schlußminute den Sieg, als er mit einem Siebenmeter an Martin Räber scheiterte.

SPORT-NACHRICHTEN

Pause für Evert-Lloyd

Worchester (dpa) – Die Weltranglistenzweite im Tennis, Chris Evert-Lloyd (USA), wird vorläufig an keinem Turnier mehr teilnehmen. Sie will ihre Verletzung im linken Knie auskurieren.

Longo fuhr Weltrekord

Grenoble (UPI) – Weltmeisterin Jeannie Longo (Frankreich) stellte in Grenoble mit 44,718 Kilometern einen Frauenweltrekord im Stundenfahren für Hallenbahnen auf. Sie verbesserte den bisherigen Rekord um 1,125 Kilometer.

Sieg für Klimke

Paderborn (sid) – Olympiasieger Reiner Klimke gewann auf Pascal den Grand Prix de Dressage beim Hallenreitturnier in Paderborn. Der Münsteraner erhielt 1719 Punkte und lag damit deutlich vor Monica Theodorescu aus Warendorf, die auf Ganimedes 1634 Punkte erzielte.

Seeler-Gala

Hamburg (dpa) – Einen Reingewinn von 70 000 Mark brachte die große Gala-Show zum 50. Geburtstag von Fußballidol Uwe Seeler in der Alsterdorfer Sporthalle in Hamburg. Das Geld geht zu gleichen Teilen an die Deutsche Muskelschwundhilfe und an Erdbebenopfer in Chile.

Japan vor Europa

Kawasaki (dpa) – Japan gewann in Kawasaki den mit 900 000 Dollar dotierten Golf-Weltcup für Kontinental-Mannschaften durch einen 8:4-Sieg im Finale über Europa. Der Anhauser Bernhard Langer, Kapitän des europäischen Teams, erlitt mit 67:68 gegen Naomichi Ozaki seine erste Niederlage und belegte in der Einzelwertung mit 272 Schlägen Rang zwei hinter dem Japaner Tsuneyuke Nakajima (270).

Reservist Littbarski

Paris (dpa) – Fußballprofi Pierre Littbarski, für 2,7 Millionen Mark vom 1. FC Köln zum französischen Erstligaverein Racing Club Paris gewechselt, darf wieder nur in dessen drittklassiger Reservemannschaft spielen. Der neue Trainer Victor Zwunka gab beim 1:0 über Lille den beiden anderen Ausländern, Ruben Paz und Enzo Francescoli aus Uruguay, den Vorzug.

Spandau im Endspiel

Kotor (sid) – Titelverteidiger Spandau 04 Berlin hat im Wasserball-Europapokal der Landesmeister zum dritten Mal nach 1982 und 1985 das Endspiel erreicht, trotz einer 5:8-Niederlage im Rückspiel beim jugoslawischen Titelträger VK Kotor. In den Finalspielen Ende November trifft Spandau auf Dynamo Moskau.

Jetzt Liverpool vorn

London (sid) – Mit einem 3:1-Auswärtssieg am 14. Spieltag der ersten englischen Fußballdivision löste FC Liverpool Titelverteidiger Nottingham Forest als Spitzenreiter ab. Nottingham verlor in Coventry 0:1 und ist nun Zweiter vor Arsenal London und Norwich City, einen Punkt zurück.

Wettkampforte festgelegt

Karlsruhe (sid) – Die vom Europakomitee des Internationalen Ringer-Verbandes (FILA) an den Deutschen Ringer-Bund (DRB) übertragenen Europameisterschaften 1991 in beiden Stilarten wurden an Stuttgart (Freistil) und Aschaffenburg (griechisch-römischer Stil) vergeben.

Bulgarische Erfolge

Sofia (sid) – Programmgemäß begannen in Sofia die 57. Weltmeisterschaften der Gewichtheber mit zwei Siegen der Bulgaren. Im Fliegengewicht gewann Sewdalin Marinov mit 257,5 kg und im Bantamgewicht der bislang international nur in Junioren-Wettbewerben angetretene Mitko Grablev mit beachtlichen 290,0 kg.

Souveränes Paar

Paris (dpa) – Überlegen gewannen Norwegens Weltmeister Geir Bakke/ Trine Delhi die Europameisterschaft in den Lateinamerikanischen Tänzen mit 35 „Einsern". Dritte wurden die Freiburger Hans-Reinhard Galke/ Bianca Schreiber.

Niederlagen in Folge

Oslo (sid) – Die Frauenauswahl des Deutschen Handball-Bundes mußte nach dem 19:13 zum Auftakt des Polar-Cup-Turniers in Oslo gegen Frankreich zwei Niederlagen hinnehmen. Die Mannschaft unterlag Polen mit 18:19 und Holland mit 11:16.

Susanne Becker gewann

Prag (sid) – Susanne Becker aus *Mannheim gewann bei einem interna*tionalen Eiskunstlauf-Meeting um den „Prager Schlittschuh" in Prag die Damenkonkurrenz. Die Dritte der deutschen Meisterschaften siegte mit 1,4 Punkten vor der Tschechoslowakin Jana Pribylowa (4,0) und Macha Krundnitschewa (UdSSR/4,6).

Grenzau im Halbfinale

Hannover (dpa) – Tischtennis-Bundesligaklub TTC Grenzau hat durch ein 5:2 über den italienischen Meister Centroscarpa Prato das Halbfinale des Europapokals erreicht. Im Achtelfinale des ETTU-Pokals siegten die Herren vom SSV Reutlingen über den holländischen Klub Hazershoude ebenso 5:0 wie die Damen von ATSV Saarbrücken im holländischen Koningslust. Dagegen schied die Spvgg Steinhagen mit 1:5 bei Spartacus Budapest aus.

MOTORSPORT

Wieder Tote bei Rallye-Läufen

dpa, **Madrid/Wien**

Der in den letzten Jahren durch zahlreiche tödliche Unfälle in schlechten Ruf geratene Rallye-Sport hatte am Wochenende erneut zwei Todesopfer zu beklagen. Bei der Semperit-Rallye in Niederösterreich kam der tschechoslawische Fahrer Marian Hatar ums Leben. Und bei der La-Coruna-Rallye in Spanien tötete ein von der Straße abkommendes Fahrzeug einen Zuschauer und verletzte weitere zehn.

Bei der Semperit-Rallye hatte Marian Hatar im Training die Kontrolle über seinen Wagen verloren und kollidierte mit einem Baum. Bei der La-Coruna-Rallye geriet ebenfalls ein Rallye-Wagen außer Kontrolle und schleuderte in die Zuschauer. Dabei wurde ein Fotograf getötet und zehn weitere Zuschauer verletzt. Zwei Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden, sie schweben in Lebensgefahr.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division, 14. Spieltag: Arsenal – West Ham 0:0, Coventry – Nottingham 1:0, Everton – Chelsea 2:2, Leicester – Newcastle 1:1, Manchester City – Aston 3:1, Norwich – Tottenham 2:1, Queens Park – Liverpool 1:3, Oxford – Manchester United 2:0, Sheffield – Southampton 3:1, Watford – Charlton 4:1, Wimbledon – Luton 0:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 26 Punkte, 2. Nottingham 26, 3. Arsenal 25. – **Olympia-Qualifikation** in Luzern: Schweiz – Norwegen 1:0. – **Länderpokal** der Damen, Gruppe 1: Südwest – Bremen 1:0. – Gruppe 4: Württemberg – Niederrhein 1:3.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 8. Spieltag: Schwabing – Weiche-Handewitt 30:26, Gummersbach – Milbertshofen 25:24, Schutterwald – Düsseldorf 16:19, Lemgo – Göppingen 22:22, Großwallstadt – Kiel 27:22. – **Polarcup-Turnier** der Damen in Norwegen: Norwegen Jun. – Bundesrepublik Deutschland 15:20, Holland – Frankreich 22:20, Frankreich – Polen 12:21, Bundesrepublik Deutschland – Holland 11:16, Norwegen – Polen 23:22.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Osnabrück – SSV Hagen 81:80, Charlottenburg – Langen 104:72, Bayreuth – Ludwigsburg 84:58, Gießen – Göttingen 88:61. – **Damen,** 6. Spieltag: Wolfenbüttel – Köln 76:71, München – Oberhausen 86:49, Barmen – Porz/Hennef 78:54.

EISHOCKEY

Bundesliga, 15. Spieltag: Düsseldorf – Rosenheim 5:1, Iserlohn – Köln 4:3, Frankfurt – Landshut 5:3, Kaufbeuren – Mannheim 5:2, Rießersee – Schwenningen 5:3.

RINGEN

Bundesliga, 13. Wettkampftag, Gruppe West: Aschaffenburg – Aldenhoven 20:17,5, Dortmund – Goldbach 9:29, Schifferstadt – Witten 22:14, Bonn-Duisdorf – Mömbris-Königshofen 24,5:13,5. – Gruppe Süd: Aalen – Graben-Neudorf 17,5:18,5, Freiburg-St. Georgen – Wiesental 14,5:25, Reilingen – Freiburg-Haslach 17:20, Urloffen – Nürnberg 22,5:15, Freiburg-Haslach – Aalen 25,5:12,5.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Damen: Berlin – Oythe 3:1, Münster – Schwerte 3:0, Feuerbach – Rüsselsheim 3:0, Lohhof – Darmstadt 3:0, Vilsbiburg – Hannover 3:2. – **CEV-Pokal,** Damen: Berlin – Guntramsdorf/Österreich: 3:0. – **Europapokal** der Pokalsieger, Herren, Rückspiele: Berlin – Kecskemet/Ungarn 3:0. – **CEV-Pokal,** Herren: *Animo Sneek/Holland – Fort. Bonn* 2:3.

TISCHTENNIS

Europapokal, Herren, Viertelfinale: Grenzau – Centroscarpa Prato/Italien 5:2. – **TUU-Pokal,** Herren, Achtelfinale: Reutlingen – Hazershoude/Holland 5:0, Spartacus Budapest – Steinhagen 5:1. – **ETTU-Pokal,** Damen, Viertelfinale: Koningshust/Holland – Saarbrücken 0:5.

TENNIS

Sommer-Grand-Prix in Reutlingen, Halbfinale: Stepanek – Becka (beide Bundesrepublik Deutschland) 7:5, 6:4. – **Grand-Prix-Turnier** der Herren in Stockholm, Halbfinale: Edberg (Schweden) – Leconte (Frankreich) 6:7, 6:4, 7:6, Wilander (Schweden) – Forget (Frankreich) 6:2, 7:6. – Doppel, Viertelfinale: Kohlberg/Lavalle (USA/Mexiko) – Cassidy/Purcell (USA) 3:6, 6:2, 6:3, Cash/Zivojinovic (Australien/Jugoslawien) – Casal/Hlasek (Spanien/Schweiz(6:4, 6:4, Stewart/Warwick (USA/Australien) – Junes/Warnecke (USA) 4:6, 6:1, 7:5, Curren/Forget (USA/Frankreich) – Edberg/Leconte (Schweden/Frankreich) 7:6, 6:7, 6:4. – **Einladungs-Turnier** in Antwerpen, Halbfinale: McEnroe (USA) – Noah (Frankreich) 6:2, 6:3, Mecir (CSSR) – Arias (USA) 6:2, 6:1. – ***Damen-Turnier*** *in Worcester/Massachusetts,* Viertelfinale: Bunge (Bundesrepublik Deutschland) – Sukova (CSSR) 6:4, 7:6, Mandlikova (CSSR) – McNeil (USA) 6:4, 6:2, Navratilova (USA) – Sabatini (Argentinien) 6:2, 6:2, Shriver – Moulton (beide USA) 6:2, 6:2. – Doppel: Kohde-Kilsch/Sukova (Bundesrepublik Deutschland/CSSR) – K. Maleeva/M. Maleeva (Bulgarien) 6:1, 6:4, Bunge/Gildemeister (Bundesrepublik Deutschland/Peru) – Casale/White (USA) 6:1, 6:3. – **Grand-Prix-Turnier** der Damen in North Little Rock/Arkansas, Viertelfinale: Meier (Bundesrepublik Deutschland) – Minter (Australien) 6:2, 6:2.

GALOPP

Rennen *in Neuss:* 1. R.: 1. *Mofador* (D. Richardson), 2. Charlot, 3. Ixia, Toto: 104/17, 15, 22, ZW: 360, DW: 2572, 2. R.: 1. Gillar Girl (F. Schindler), 2. Oscentia, 3. Funny Duke, Toto: 36/13, 14, 22, ZW: 124, DW: 644, 3. R.: 1. Galaxie (P. Alafi), 2. Senor, 3. Noordwijk, Toto: 24/12, 16, 18, ZW: 164, DW: 760, 4. R.: 1. Sunfire (P. Remmert), 2. Jogger, 3. Feuerschuh, Toto: 28/14, 15, 22, ZW: 96, DW: 452, 5. R.: 1. Escobedo (K. Woodburn), 2. Tibet, 3. Suitetano, Toto: 64/15, 12, 20, ZW: 132, DW: 740, 6. R.: 1. Tempo Primo (R. Suerland), 2. Lake Success, 3. Sir Speedy, Toto: 80/42, 34, 38, ZW: 576, DW: 6940, 7. R.: 1. Blauer Dragoner (R. Ulrich), 2. Carinus, 3. Gipsy Emperor, Toto: 68/18, 14, 22, ZW: 128, DW: 1076, 8. R.: 1. Rosenmontag (P. Remmert), 2. Champagner, 3. Strabo, Toto: 48/15, 16, 15, ZW: 264, DW: 1048, 9. R.: 1. Wolkenflug (Th. Horwart), 2. Friedenskönig, 3. Akt, Toto: 44/15, 15, 20, ZW: 84, DW: 780.

RAD

Offenes Querfeldein-Rennen „Rund um den Sodermatt-See" bei Bremen: 1. Croenendaal, 2. van Bakel (beide Holland) 4 Sek. zur., 3. Liboton gleiche Zeit, 4. de Die (beide Belgien) 7, 5. Stamsnijder (Holland) 29, 6. Wyjak (Polen) 39, ... 10. Bickel 1:31, ... 17. Thaler 2:35, ... 25. Kluge (alle Bundesrepublik Deutschland) 3:53. – Gesamtwertung: 1. van Bakel 67, 2. Stamsnijder 57, 3. Croenendaal 54, ... 8. Ommer (Bundesrepublik Deutschland) 29, ... 16. Thaler 16, ... 21. Kluge 12.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 3, 5, 8, 23, 43, 48, Zusatzzahl: 44. – **Spiel 77:** 7 9 3 8 7 0 7. – **Toto, Elferwette:** 0, 0, 1, 1, 2, 1, 1, 2, 1, 0, 1. – **Glücksspirale,** Endziffern: 0, 36, 711, 4222, 76970, 500212. – Los-Nummer: 4707222, 4169868, 8550400. – Prämienziehung: 616866, 442287, 927706. (Ohne Gewähr).

OLYMPIA 1988

Indizien für „DDR"-Start

sid, Berlin

In der „DDR" gibt es neue Indizien für eine Teilnahme der Ostblock-Länder an den Olympischen Spielen 1988 in Seoul. Auf der jährlichen Sitzung des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) für die „DDR" rief Präsident Manfred Ewald in Ost-Berlin zu „einer wichtigen Repräsentation der DDR im internationalen Sport, insbesondere bei den Olympischen Spielen 1988" auf.

In den letzten Monaten hatte es noch Anzeichen für einen Boykott der Spiele in Südkorea gegeben, als die Asienspiele von den staatlichen Presseorganen nicht erwähnt wurden.

Weitere Aufschlüsse über eine Teilnahme der Ostblock-Staaten an den Spielen erhofft sich der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Juan Antonio Samaranch, von einem Besuch in der „DDR" am 14. und 15. November.

KURT W. BERG

* 20. 6. 1905 † 30. 10. 1986

Nach einem erfüllten Leben verstarb mein geliebter Mann im 84. Lebensjahr.
Sein Leben war Pflichtbewußtsein, Zuverlässigkeit und Liebe zu allen, die ihm nahestanden.

In tiefer Trauer
Christa Berg geb. Holm

Oberstraße 133, 2000 Hamburg 13

Auf Wunsch des Verstorbenen hat die Trauerfeier im engsten Familien- und Freundeskreis stattgefunden.

In großer Trauer gedenken wir unseres früheren Gesellschafters und Gründers

KURT W. BERG

* 20. 6. 1905 † 30. 10. 1986

Sein Lebenswerk, der Aufbau und Ausbau der Firma, wird uns immer Vorbild bleiben.

Im Sinne des Entschlafenen werden wir die Aufgabe weiterführen.

Gesellschafter und Mitarbeiter der Firma
KURT W. BERG & CO., Hamburg

Nach einem erfüllten Leben ist

Josef Beckmann

Träger des Bundesverdienstkreuzes

* 14. Juli 1898 † 7. November 1986

für immer von uns gegangen. Sein Leben war geprägt von seinem großen Engagement für die Firma Ibena, der er mehr als 60 Jahre in Unternehmensführung und Beirat verbunden war. Seine Herzlichkeit und große menschliche Wärme brachten ihm die Liebe und Verehrung seiner Mitarbeiter und die Hochschätzung seiner Geschäftsfreunde. Wir werden ihn niemals vergessen. In Trauer nehmen wir Abschied.

Gesellschafter, Beirat und Mitarbeiter der
Ibena Textilwerke Beckmann GmbH + Co.

Die Trauerfeier findet am 12. November, um 11.30 Uhr in der St.-Josefs-Kirche in Bocholt, Karolingerstraße, statt. Die Beisetzung ist um 13.00 Uhr auf dem Friedhof.

Anstelle evtl. zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe Bonn, Postscheckkonto Köln 90 90 90 -501.

Wenn die Not am größten, ist Gott nicht nur am nächsten, sondern

AM STÄRKSTEN MIT SEINER HILFE DA.

MB

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Dietbart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.), Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm, Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.), Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze, Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach, Sport: Frank Quednau, Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.), Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge, Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geltel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

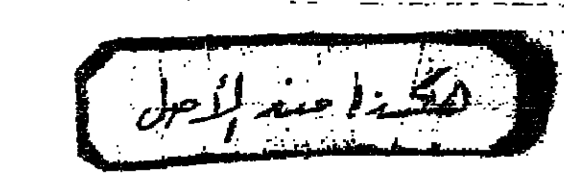
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 869

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29



Pankraz, v. Braunmühl und die Morddämonen

Der Vorgang ist unheimlich, der Brief ein unheimliches Dokument geschwächter sozialer Instinkte in der Stunde großer Not. Fünf Brüder des von RAF-Terroristen ermordeten Bonner Diplomaten von Braunmühl lassen sich auf eine öffentliche Diskussion mit seinen Mördern ein, diskutieren mit ihnen allen Ernstes darüber, ob sie (die Mörder) denn den Richtigen erwischt hätten, und als Forum der Diskussion wählen sie ausgerechnet die linksradikale Berliner „Tageszeitung". Eine derartige „Trauerarbeit" hat es wohl noch nirgendwo gegeben.

Befremdlich auch der Ton, den *die fünf Brüder in ihrem „offenen Brief"* anschlagen. Sie gewähren den unbekannten Mördern von vornherein das vertrauliche „Du", und zur Introduktion versichern sie, daß sie nicht nur das Schreiben, das die Mörder am Tatort zurückließen, gelesen hätten, „sondern auch andere RAF-Schriften". Derart als akzeptable Kenner und Beobachter der „Szene" ausgewiesen, fangen sie ein langes Klagelied über die bedauernswerte „Betonlogik" der Attentäter an.

Die RAF, so schreiben sie altklug, habe bestimmte Angriffsziele: das „imperialistische Gesamtsystem", „westeuropäische Institutionen, die den Zusammenbruch dieses Systems verhindern sollen", schließlich „die Leute, die das alles machen". Auch Gero von Braunmühl habe zu „diesen Leuten" gehört. „Also schießt ihr auf ihn. Eine totsichere Logik. Aber wen soll sie überzeugen? Gibt es unter euch und euren Freunden keine kritischen Fragen? Zum Beispiel: ob Einigung und Stärkung Westeuropas *und europäisch-politische Zusammenarbeit* auch zu etwas anderem führen kann als zu Stützung der USA und verstärkter Ausbeutung der Dritten Welt?"

Die Logik solcher Sätze, ob nun aus Beton oder nicht, erfordert *folgenden Schluß: Hätte sich bei hinreichend* kritischen Fragen herausgestellt, daß Braunmühl mit seiner Arbeit tatsächlich „zu Stützung der USA und verstärkter Ausbeutung" beitrug, sähe der Mord an ihm schon mal ganz anders aus, selbst in *den Augen seiner Angehörigen.* Alles ist eine Sache der Überzeugungsarbeit. Deshalb offenbar auch das angestrengte Pathos, mit dem der Brief schließt: „Hört auf, kommt zurück! Treffend sind nicht eure Argumente, treffend sind nur eure Kugeln ..."

Diese Pathetik, man muß es mit Entschiedenheit konstatieren, ist schief und peinlich. Soll man etwa, wenn die Mörder „zurückkommen", erst noch einmal lang und breit über die politische „Berechtigung" ihrer Tat diskutieren, statt ihnen den Prozeß zu machen? Pankraz kennt die Brüder von Braunmühl nicht. Er geht davon aus, daß ihr Schmerz über den Ermordeten groß ist und zur Artikulation drängt. Doch das ändert nichts daran, daß ihr „offener Brief" sich nur allzu gut dazu eignet, die Geister zu verwirren und vor allem junge Menschen in ihren Vorurteilen über die Werte der Gesellschaft zu bestärken.

Es verhält sich keineswegs so, daß Diskussion und kritisches Fragen *alle anderen Werte außer Kraft* setzen und zum Beispiel verfügen können, daß es opportun sei, menschliches Leben aus Gründen des politischen Kalküls auszulöschen. Das Gesetz steht über dem Diskurs. Vor seinem Richterstuhl sind alle gleich, Opfer und Attentäter, Pro- und Antiamerikaner, Industrielle und Diplomaten. Keine Diskussion vermag das aus der Welt zu schaffen.

Zu Recht hat es in der Öffentlichkeit Irritationen darüber gegeben, daß sich nach dem Mord an dem Siemens-Manager Beckurts in den Bonner Parteien nichts bewegte, nach dem Mord an dem AA-Beamten von Braunmühl aber sogar die FDP eilends der Kronzeugenregelung zustimmte. Besonders die in beiden Fällen differierende offizielle *Rhetorik* fiel unangenehm auf. „Bei Opfern", so notierte ein Leserbriefschreiber, „die hohe Beamte waren, wurde von Anschlägen gegen den Rechtsstaat gesprochen, *bei Opfern, die aus der privaten* Wirtschaft kamen, aber nur von Anschlägen gegen die Industriegesellschaft". Dabei müsse man korrekterweise genau umgekehrt argumentieren: „Aufgabe des Rechtsstaats wäre es doch wohl, zunächst *einmal* die Bürger und erst danach sich selbst zu schützen."

Kennzeichen *einer* gut funktionierenden Demokratie ist es auch, daß in ihr ein „Ende der Diskussion" möglich ist, daß die Verantwortlichen vom Reden zum *Entscheiden übergehen und daß* ihre Entscheidungen nicht gleich wieder durch erneute Diskussion verwässert und in Frage gestellt werden. „Offene Briefe" wie der der Brüder Braunmühl mögen also ihren Sinn gehabt haben in der Inkubationsphase des Terrorismus, als ganze Herden verbohrter junger Neomarxisten aus ihren „Lageanalysen" ableiteten, daß man zur terroristischen Aktion übergehen müsse. Aber heute wirkt so etwas nur noch anachronistisch und in seiner Verspätung geradezu gespenstisch.

Spätestens seit Dostojewkijs „Dämonen" ist die Frage, ob Terrorismus oder nicht, für jeden einigermaßen anspruchsvollen Intellektuellen negativ entschieden. Die „*verzweifelten jungen Theoretiker*" der ersten RAF-Generation waren zwar keine Intellektuellen, doch viele von ihnen ließen sich damals immerhin noch belehren. Wer indessen heute die Beckurts- und Braunmühl-Mörder via „Taz" belehren und gar mit ihnen diskutieren will, gleicht dem Karpfen, der das Krokodil darüber belehrt, daß es ihn nicht fressen darf.

Der Fall ist theoretisch nun wirklich abgeschlossen und damit selbst für diejenigen, die glauben, sich über alle Gesetze hinwegsetzen zu können, zum Un-Fall geworden. Wir haben es längst nicht mehr nur mit Dämonen zu tun, sondern mit *dummen Dämonen.* Wer sich mit denen außerhalb der Gerichte einläßt, setzt das Ansehen der Opfer aufs Spiel, schadet der Demokratie und dem Rechtsstaat. Er bringt sich nicht nur moralisch, sondern auch intellektuell ins Zwielicht.

Pankraz

Als die Kunst ins Varieté ging: Tübingens große Toulouse-Lautrec-Schau bietet Kostbarkeiten und Trouvaillen

Der gute Geist vom Moulin Rouge

War der Mann wirklich so gut oder doch nur eine der erfolgreichsten Fußnoten der Kunstgeschichte, jener Henri de Toulouse-Lautrec, den jetzt die Kunsthalle Tübingen in einer großen Retrospektive vorstellt? Für Götz Adriani, Chef in Tübingen, ist die Antwort klar: Toulouse-Lautrec ist einer der wichtigsten Künstler der Jahrhundertwende. Folgerichtig fehlt denn in der Tübinger Ausstellung das, worauf sich die Popularität des Malers noch immer so gut wie ausschließlich gründet: Die Graphik und die Vorzeichnungen für jene Plakate, mit denen die Unterhaltungsetablissements am Montmartre ihre Kunden fingen.

Gezeigt werden rund 130 Gemälde und Bildstudien, das pure malerische Œvre also, großenteils entliehen aus dem Toulouse-Lautrec-Museum von Albi, aber ergänzt auch durch nur sehr schwer zugängliche Leihgaben aus deutschem und schweizerischem *Privatbesitz sowie aus amerikanischen* Sammlungen. 25 Jahre sind seit der letzten Toulouse-Lautrec-Retrospektive in Deutschland (München und Köln) vergangen; künftig wird es noch schwerer sein, eine solche Ausstellung an die Wände zu bringen, da sich das Museum von Albi nun doch sehr zurückhalten will mit Ausleihungen, was angesichts des nicht gerade robusten Zustands vieler Arbeiten Toulouse-Lautrecs als konservatorische Notwendigkeit zu akzeptieren ist. Tübingen ist eine Reise wert – wenn auch nicht unbedingt für die von vorlauten Berichten aufgeschreckten Voyeure, die da hoffen, in dieser Ausstellung durch die Schlüssellöcher der Pariser Bordelltüren gucken zu können. Diese Bilder gibt es natürlich auch – aber sie drängen sich nicht vor.



Bilder, die den Charakter zufälliger Schnappschüsse besitzen: „Die Damen im Speisesaal" (1895), aus der Tübinger Ausstellung FOTO KATALOG

Mehr fallen da einige Porträts ins Auge: „Die Tänzerin Gabrielle", in hochgeschlossener Seidenbluse und mit Hut in einem Frühlingsgarten sitzend; sie stützt eine Hand in die Hüfte und hat das Gesicht halb weggewendet vom Maler. Oder die Herren Bourges und Pascal, Flaneure im Gehrock, das Spazierstöckchen unter den Arm geklemmt. Freunde des Malers, die auf einen Sprung ins Atelier schauen, bevor sie ihren Ruf als Boulevardiers pflegen: Fast identische Situationen auf diesen beiden Bildern, die scheinbar zufällig entstanden sind wie Schnappschüsse, in Wahrheit jedoch Resultate eines langen Einkreisens und Belauerns sind, des Abwartens bis zum malerischen Zugriff genau im richtigen Moment.

Und doch werden sie mit keinem Strich zur Karikatur, sie verletzen nie. Lautrecs Figuren, die den malenden Betrachter ja scheinbar gar nicht zur Kenntnis nehmen, verströmen eine tiefe Ruhe, eine große Selbstsicherheit. Sie sind ganz offenbar mit der Welt, in der sie leben, und seien es wirklich die Quartiere um die Place Blanche herum, im reinen. Kein erschreckter, ja angewiderter Ausdruck auf dem Gesicht der Frauen, kaum einmal jenes geifernde Lüstern im Gesicht der Freier, wie es dann Dix und Grosz 30 Jahre später malen. Die soziale oder moralische Anklage ist Toulouse-Lautrec ganz fremd: Die Welt ist, wie sie ist, und sie hat ihre grotesken und ihre schönen Züge dabei. Mehr noch: Er hat die Welt, in der er lebte, mit den Augen eines Weisen gesehen. Er hat etwas begriffen vom Leben, und dieses Begreifen durchdringt seine Bilder.

Das macht die Begnung mit Toulouse-Lautrecs Bildern so aufregend, nicht die kunsthistorischen Verbindungsfäden, die man zu Degas und *Manet vor ihm, zu Picasso nach ihm* spannen könnte. Das besorgt zwar der exzellente Katalog auch, aber bloß nach zeichnerischen Kriterien kommt Toulouse-Lautrec eben doch nicht sehr weit über seine Zeit hinaus. Man kann seinen sparsamen und hintergründigen Strich rühmen, den Picasso bewunderte und den man oft erst beim zweiten Hinsehen bemerkt. Aber der Bildaufbau oder sparsame Gebrauch von Pastellkreisen auf getöntem und grobem Karton, das ist doch alles sehr die Konvention von Manet oder Degas.

Eine Zeitlang begegnen sich die Bilder Degas' und Toulouse-Lautrecs unmittelbar. Als Sproß eines der ältestens Adelsgeschlechter Frankreichs waren die Jagd zu Pferde und Falknerei von Kindheit an vertraute Vergnügungen für den Maler. An Bildern von Pferden auf der Jagd wie auf dem Sattelplatz fehlt es denn auch nicht im Œvre Toulouse-Lautrecs. Aber während bei Degas Dynamik und Energie aus den Pferdebildern sprechen, zeigte schon der junge Toulouse-*Lautrec* die lässige Einstellung des bloßen Zuschauers.

Zum Zuschauen war er verdammt, seit er im Kindesalter zum Krüppel geworden war: Erbschäden aus jahrhundertelanger familiärer Inzucht wirkten sich aus. Er hat nie für seinen Lebensunterhalt malen müssen; das Familienvermögen floß ihm reichlich zu. Er konnte also malen nach der eigenen Verantwortung und leben in ruinöser Maßlosigkeit. Wenn er sich nicht im Absinth ersoffen hätte, sondern bloß im Rotspon von den heimatlichen Gütern, dann hätte er wohl ein paar Jahre mehr der Zeugenschaft ablegen können. Die Bilder von 1901, seinem letzten Lebensjahr, sind schon schwer, ungelenk, dumpf: Nun nicht mehr die unbestechliche Schilderung seiner Umwelt, sondern verräterisches Zeugnis seines eigenen Untergangs (bis 15. März, Katalog 39 Mark, im Buchhandel, Dumont-Verlag, 86 Mark als gebundene Ausgabe). REINHARD BEUTH

Wien zeigt Ionescos „Kahle Sängerin" als Oper

Schnattriger Belcanto

Die höheren Weihen für den Komponisten kamen als Vorschußlorbeeren bereits einen Tag vor der Uraufführung aus berufenem Mund: Auf einer Pressekonferenz verkündete der Alt- und Weltmeister des absurden Theaters, Eugène Ionesco, daß die Veroperung seines 1950 uraufgeführten Paradestücks „La cantatrice chauve" („Die kahle Sängerin") trefflich gelungen sei. Luciano Chailly habe mit seiner Musik ergänzt, was dem Stück auf seinem Weg zum totalen Theater noch fehlte.

Am Samstag durfte die Wiener Kammeroper dann mit ihrem ehrgeizigen Projekt die Feuerprobe bestehen. Das Stück, das vor Jahren für die Piccola Scala in Mailand geschrieben worden war und im landesüblichen Dispositionschaos im ersten Probenstadium verschwand, kam beim Publikum blendend an. Luciano Chailly, der 66jährige Vater des zu verdächti*gem Frühruhm gelangten Dirigenten* Riccardo Chailly, bestätigte damit seinen Ruf als eloquenter und moderater Neutöner der Gegenwartsszene.

Chailly hat die absurd-tragische Ionesco-Parabel auf einen griffigen musikalischen Nenner gebracht. Er verfremdete die Singstimmen, indem er dem schnattrigen Belcanto quasi die Daumenschraube ansetzte, aber er verfremdete sie nicht um des Gags oder der Mode willen. Er läßt sie zynisch, aggressiv und komisch zugleich sein. Indem er sich der großen Vorlage nicht entziehen kann und will, schreibt er wirkungsvolle Partien und skurrile Begleitmuster für ein Orchester von 15 Instrumenten, das wiederum dreigeteilt in Zupf-, Blas- und Streichgruppen, eine raffinierte Kulisse herstellt. Flüsternd leise, munter die Verdrehung traditio*neller Werte erprobend und stets pul*sierend theatralisch, hat Chaillys Musik Atem und Linie.

Dabei scheint es Ionesco nicht gestört zu haben, daß aus seinem betagten Erfolgsstück nun eine waschechte italienische Oper geworden ist („La cantatrice calva"), die sich kaum eine Pointe der italienischen Übertragung entgehen läßt. So findet in Wien die Aufführung auch in der sogenannten Originalsprache statt; anschließend gastiert die Produktion, zusammen mit der bereits früher produzierten „4-Ton-Oper" von Tom Johnson, bei einem Einakter-Festival in Arezzo. Da Chailly ein alter Fuchs ist, der ganz genau weiß, wo er die I-Punkte zu setzen hat, sollte es auch dort niemanden stören, wenn musikalisch die Türen ins 21. Jahrhundert nicht aufgestoßen werden. Noch zählt ja auch das gute, alte Handwerk.

Die von Hans Zauner mit Mitgliedern des ORF-Orchesters geleitete Aufführung verrät ernsten Pfiff. Eine Gruppe junger, bestens studierter Sänger wirft sich in die Schlacht, wo*bei die Koloratursopranistin Priti Co*les besonders auffällt. Das Stück von den zerbrochenen Beziehungen, von der Ohnmächtigkeit des Dialogs und von der Farce der Kleinbürgerlichkeit hat Angela Zabrsa abwechslungsreich inszeniert. Mit Filmzuspielungen illustrierte sie ein verknöchertes Gesellschaftsritual, wo die Haushälterin komisch-abgründig dazwischenfährt und wo ein Feuerwehrmann dreimal an der Tür klingelt – um zu melden, daß es nicht brennt.

Wortreich und sich auch in Widersprüche verwickelnd, sprach sich Ionesco gegen diese Regie aus. Pochend auf seinem Grundsatz, das Absurde sei immer tragisch, auch wenn es komisch dargestellt ist, verurteilte er den spröden Ernst sowie die Gags dieser Aufführung. Zu Unrecht, wie sich herausstellte. Offenbar kennt Io*nesco nicht das Inszenierungsniveau* der Wiener Staatsoper, sonst hätte er geschwiegen.

WALTER GÜRTELSCHMIED

Drei Ausstellungen über neue Wege der Keramik

Die Kunst der Nuance

Zwischen Gefäß und Objekt, dem nützlichen und dem autonomen Werk also, bewegen sich scheinbar die Möglichkeiten der keramischen Kunst. Das legen zwei Ausstellungen nahe: „Europäische Keramik der Gegenwart" im Keramion Frechen und „Deutsche Keramik 1950–1980" im Düsseldorfer Hetjens-Museum. In Düsseldorf wird eine Auswahl aus der Sammlung Dr. Vehring gezeigt, der ganz offensichtlich die Gefäßkeramik bevorzugt. In Frechen dagegen entsteht der Eindruck, daß die zeitgenössischen Keramiker die Plastik bevorzugen, während Schalen, Vasen, Töpfe allenfalls am Rande erschei*nen. Die nützlichen Künste beschränken sich hier auf keramische* Platten, die allerdings eher als Einzelstücke denn als Teil einer Wandgestaltung komponiert wurden.

Das Objekt nimmt in der Töpferei eine zwiespältige Stellung ein. Der *Weg zum Nippes, der seit der Antike* mit den Tanagra-Figuren bis zu den Hummelfiguren heute seine eigene Tradition hat, ist leicht beschritten, während nur wenige den steilen Pfad, den Kaendler, Meyer und andere Modellmeister in Meißen und den übrigen Manufakturen erklommen, für begehenswert halten. Es ist die Gestaltungsfreiheit der Bildhauerei, der die Keramikkünstler nacheifern. Ihr Vorteil gegenüber Arbeiten in Stein, Metall oder Holz ist die besondere Oberflächenstruktur des gebrannten Tones, der zusätzlich durch die Glasur gefärbt werden kann. Carlo Zauli, Rita Ternes, Philippe Lambercy führen das in Frechen vor. Aber es gibt auch eine Gefährdung bei plastischen Arbeiten in Ton.

Das Spekulieren auf ein ansehnliches Zufallsergebnis beim Brand und eine inäquate Buntheit gehören dazu. Dem unterliegen besonders die Franzosen, wie die Wander-Ausstellung „Terre de France" über „Aspekte zeitgenössischer Keramik in Frankreich" vorführt, die nach Höhr-Grenzhausen nun von Mitte November an im belgischen Hasselt zu sehen ist. Die Farbigkeit der Objekte von Gilbert Portanier (auch in Frechen) entstammt einer malerischen Zutat, die den Ei*genarten der Keramik nicht ent*spricht. Allerdings demonstriert Pierre Bayle in dieser Auswahl mit streng geformten und brillant glasierten Gefäßen, die manchmal wie aus Holz gedrechselt wirken, daß auch die französischen Töpfer die keramischen Tugenden beherrschen.

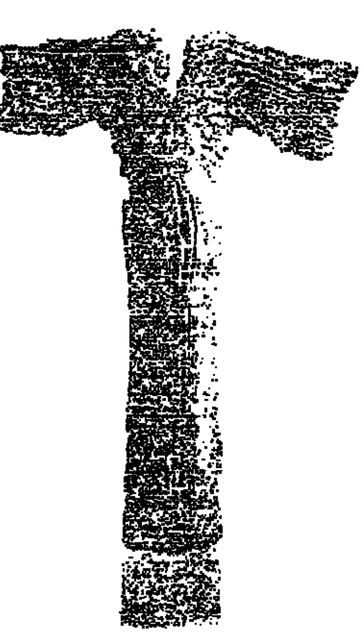
Bei den keramischen Objekten verschwimmt die Grenze zwischen Klein- und Großplastik. Das zeigen die französischen Beispiele wie die Auswahl in Frechen. In der Gefäßkeramik erfordert Größe dagegen noch immer eine besondere handwerkliche Kunstfertigkeit. Alev Ebüzziya-Siesby führt das mit ihren dünnwandigen großen Schüsseln vor. In Düsseldorf bestimmen dagegen vorwiegend kleinere Stücke das Bild, allerdings in einer bemerkenswerten Vielfalt der Formen und Glasuren.

Von Rolf Overberg, der in Frechen „Schrifttafeln", keramische Platten mit Ornamenten meist fiktiver Buchstabenfolgen zeigt, sind in Düsseldorf frühe Flaschen und Vasen zu sehen. Auch Johannes Gebhardt ist inzwischen den Weg vom Gefäß, seinen *Blütenkelchen aus Porzellan (in Düsseldorf),* zu Miniatur-Monumenten aus unglasiertem Steinzeug wie aus Ziegelsteinen aufgebaut (in Frechen) gegangen, während Antje Brüggemann-Breckwoldt, die mit eigenartigen Kleinplastiken, Kombinationen *von Obst und Tüchern begann,* sich nun Vasen mit geometrischen Formen und Dekoren zugewandt hat.

Die drei Ausstellungen bieten eine reiche, anregende, vielfach schöne Auswahl von Beispielen. Und zugleich machen sie deutlich, daß die Keramik eine leise Kunst der Nuance ist, für den lauten Kunstmarkt der Aktualitäten kaum geeignet.

PETER DITTMAR

„Terre de France": Hasselt 14. 11.–4. 1., Mâcon: 16. 1.–1. 3., Katalog 28 Mark; Frechen: bis 30. Dez., Katalog 40 Mark; Slg. Vehring: Düsseldorf, bis 30. Nov., Coburg: 12. 4. 1987–15. 6., Karlsruhe 5. 9.–8. 11., Bremen: 31. 1. 1988–10. 4., Katalog 35 Mark.



Bildhauerischer Gestaltungsfreiheit nachempfunden: „Nike" (1986) von C. Gebhardt in Frechen FOTO KATALOG

Elisabeth Grümmer †

Lyrik mit allerfeinstem Timbre

Die schier ewige Jugendlichkeit der Stimme Elisabeth Grümmers hatte darüber hinweggetäuscht, daß auch sie älter wurde. Wir hätten sie, trügerisch, in Erinnerung behalten, wie wir sie von einem Vierteljahrhundert auf der Bühne der Deutschen Oper Berlin gekannt hatten: Aufrecht, erleuchtet wie von einem inneren Strahlen, eine Königin unter den Sängerinnen, die jedoch nicht mehr sein wollte als die erste Dienerin der Musik. Und begnadet mit einer Stimme, deren feines Timbre verriet, daß Gesang mehr eine Sache des Herzens als des Halses ist.

Sängerin zu werden, das war ihr nicht an der Wiege gesungen worden. Die stand, 1911, in dem lothringischen Dorf Niederjeutz. Später residierte die Familie in Meiningen, und dort stieß Elisabeth Grümmer zum Theater – als Schauspielerin. Aber sie war ja auch noch gar nicht Elisabeth Grümmer, die wurde sie erst durch die Heirat mit dem Geiger Grümmer, und der spielte dann im Orchester von Aachen, dem damals, 1941, Herbert von Karajan vorstand. Der soll nach einem Abendessen bei den Grümmers die Hausfrau haben singen hören und auf dem sofortigen Tausch von Küche gegen Bühne bestanden haben.

Man kann das Ergebnis ja gottlob auf Schallplatten kontrollieren und also bis in alle Ewigkeit wissen, was es einmal geheißen hat, eine lyrische Sopranistin im deutschen Fach zu sein, als Agathe im Freischütz, als Elisabeth, Elsa und Evchen Wagners, als Mozarts Pamina in der „Zauberflöte" und als „Figaro"-Gräfin.



Königin unter den Sängerinnen: Elisabeth Grümmer FOTO: K.F.A.

Ein Vierteljahrhundert in Berlin, wo sie Kammersängerin, ja Ehrenmitglied der Deutschen Oper wurde, das war schon damals eine Ensembletreue, die nicht mehr als selbstverständlich gelten konnte. Die Berliner haben es ihr herzlich gedankt, daß sie von ihren wahrhaft triumphalen Gastspielen in aller Welt stets zurückkehrte an ihr Haus. Und als sie sich am Neujahrstag 1972 von der Bühne verabschiedete, mit der Marschallin aus dem „Rosenkavalier", der Glanzrolle ihrer späten Jahre, da fragte doch jeder: Warum schon, denn die Stimme klang ja noch immer wie die einer jungen Frau. Sie hat an der Berliner Hofmusik-Hochschule und an der Pariser Opéra als Pädagogin noch manches von ihrer Kunst weitergeben können, bevor sie nun, 75jährig, im westfälischen Warendorf gestorben ist.

EUGEN BICHTERER

KULTURNOTIZEN

Mit Peter Weigls „Der Märtyrer von San Sebastian" ist die Bundesrepublik auf dem „15. Festival der Kinomusik" in der ostfranzösischen Stadt Besancon vertreten.

„Porzellan und Silber der Savoyer" ist bis zum 21. Dezember im Palazzo Reale von Turin zu sehen.

Das Nationalmuseum Bargello (Florenz) zeigt bis zum 30. November Goldschmiedearbeiten, Emaille und *Schmuck* des 15. und 16. Jahrhunderts.

Über „Kulturarbeit bei Bayer" informiert eine Dokumentation, die von der Kulturabteilung der Bayer AG herausgegeben wurde. Sie listet u.a. alle Veranstaltungen auf, die von 1909 bis heute vom Werk für seine Mitarbeiter und die Leverkusener organisiert wurden.

Die Sammlung Reinheimer zeigt Zeichnungen, Aquarelle und Druckgraphiken zeitgenössischer Künstler bis 20. April 1987 in der Galerie Rathausplatz in Sindelfingen.

Zu Ehren der Schriftstellerin Elisabeth Langgässer hat die Stadt Alzey einen mit 15 000 Mark ausgestatteten Literaturpreis gestiftet.

JOURNAL

Dresdner Regisseur bleibt im Westen

Zi. Köln

Der bisher am Staatstheater Dresden engagierte Regisseur Piet Drescher, ein Schüler von Manfred Wekwerth und Wolfgang Heinz, ist nach einer Gastinszenierung in Zürich, wo er „Das wirkliche Leben des Jakob Gehherda" von Berthold Brecht (s. WELT vom 11. 10.) inszenierte, im Westen geblieben. Auch der Schauspieler Matthias Günther, zuletzt in Ost-Berlin tätig, ist nicht in die „DDR" zurückgekehrt. Beide haben inzwischen am Schauspiel Köln mit den Proben zu Shakespeares „Maß für Maß" begonnen.

Leben in Nordamerika vor rund 10 000 Jahren

AP, Fresno

In der Sierra Nevada, rund 240 Kilometer östlich von San Francisco, sind Spuren einer Behausung entdeckt worden, die sich auf mindestens 9750 Jahre zurückdatieren läßt und damit als die älteste Nordamerikas gilt. Die Datierung, so hieß es, sei durch Holzkohle einer Feuerstelle ermöglicht worden, die sich auf dem Lehmboden einer ehemals drei Meter langen ovalförmigen Behausung fand. Die bisher älteste *Spur einer menschlichen Behausung* in Nordamerika war in Hell's Gap (US-Staat Wyoming) entdeckt und auf ein Alter von 8000 Jahren geschätzt worden.

Der Arbeitsplatz des Bergmanns

DW. Bochum

Den „Weg zur Vollmechanisierung" schildert der zweite Band der Reihe „Der Arbeitsplatz des Bergmanns in historischen Bildern und Dokumenten", die vom Deutschen Bergbau-Museum in Bochum herausgegeben wird. Evelyn Kroker schildert darin die Entwicklung des Ruhrbergbaus vom Zweiten Weltkrieg bis zur Neuorganisation 1968. In einem Anhang werden die Stillegungsdaten der Schachtanlagen, Brikettfabriken und Kokereien sowie größere Grubenunglücke aufgelistet. Der Band kostet 55,50 Mark.

Französische Filme weniger beliebt

AFP, Paris

Amerikanische Kinofilme sind in Frankreich auf dem Vormarsch. In der Publikumsgunst haben sie in den ersten sechs Monaten dieses Jahres Produkte aus dem eigenen *Land um Längen geschlagen.* Das zeigt eine Statistik, die das „Centre national de la cinématographie" veröffentlicht hat. Danach verzeichneten französische Filme ein Minus von 13,17 Prozent, amerikanische Produktionen dagegen ein Plus von 18,17 Prozent. Der Anteil von französischen und amerikanischen Filmen betrug 39 zu 46 Prozent.

Die Plattenhülle wird zum Kunstwerk

AFP, Nizza

Rund 1500 Plattenhüllen von 1940 bis zur Gegenwart präsentiert eine Ausstellung, die ein Nizzaer Luxushotel am 15. und 16. November präsentiert. Dabei werden nicht nur Cover gezeigt, die sich durch ihre hervorragende künstlerische *Gestaltung* auszeichnen, sondern auch Plattenhüllen, die besonders typisch einen bestimmten Zeitgeschmack widerspiegeln.

Artur London †

SAD, Paris

Der tschechische Schriftsteller Artur London ist im Alter von 71 Jahren gestorben. London, der vor allem durch sein Buch „Das Geständnis" bekannt wurde, trat bereits mit 14 Jahren der Kommunistischen Jugend bei, flüchtete 1934 nach Moskau und kämpfte während des spanischen Bürgerkriegs in den Internationalen Brigaden. Von 1940–1942 leitete er die Ausländerorganisation der französischen KP. 1942 wurde London nach Mauthausen deportiert. Nach der Macht*übernahme der Kommunisten in* der Tschechoslowakei 1948 ernannte man ihn zum stellvertretenden Außenminister. Zwei Jahre später wurde er verhaftet, in dem berüchtigten Slansky-Prozeß vor Gericht gestellt und zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. 1956 wurde er rehabilitiert. Seit 1963 lebte er in Frankreich.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Was hat der Hase im Bett auf der grünen Wiese vor einer mondbeschienenen Flußlandschaft zu suchen? Die Antwort ist einfach. Er ist des Rätsels Lösung. Für „Das Buch der hundert Rätsel" hat Mo*nika Beisner nicht nur hübsche alte* Rätsel zusammengetragen, sie hat dazu auch ein Dutzend ganzseitiger bunter Bilder von surrealistischem Reiz gemalt, in denen jeweils die Lösungen mehrerer Rätsel verborgen sind. Ein sehr vergnügliches *Rate- und Guck-Buch.* P. Jo.

Monika Beisner: „Das Buch der hundert Rätsel", Insel, 58 S., 10 Mark.

Fehlalarm: Viele flüchteten in die Keller

PETER W. FISCHER, Köln

Angst und Unruhe verbreiteten sich am Samstag morgen in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf, als um 8.39 Uhr etwa 6000 Sirenen aufheulten. Sie verbreiteten einen einminütigen auf- und abschwellenden Dauerton. Ein Mitarbeiter des Warnamtes 5 in Linnich im Kreis Düren hatte im Rahmen einer bundesweiten Warndienstübung „Natex 86" den Alarm versehentlich ausgelöst.

Etwa eine Stunde lang waren daraufhin die Telefonleitungen der Polizei und Feuerwehren in den beiden Regierungsbezirken durch Hunderttausende von Anrufen besorgter Bürger blockiert. „Das gesamte Telefonnetz der Polizei brach vorübergehend zusammen", berichtete ein Sprecher des Innenministeriums.

Viele brachten den Sirenenalarm in Zusammenhang mit der Giftwelle im Rhein. Bürger in zahlreichen rheinischen Städten und Dörfern ließen ihre Badewannen vollaufen, weil sie annahmen, daß ihnen eine Verknappung von Trinkwasser bevorsteht. In Neuss kaufte ein besorgter Autofahrer gleich eine ganze Wagenladung Mineralwasser. In Düsseldorf stürzte ein aufgeregter Kunde in einen Friseursalon, wo Kunden gerade die Haare gewaschen wurden. Der Mann rief: „Sofort aufhören – es ist alles vergiftet!"

Ältere Bürger glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen

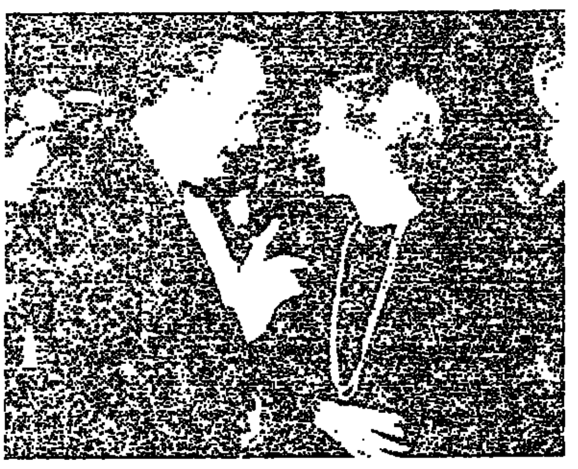
In Köln flüchteten nach Polizeiangaben zahlreiche Bürger und die Schüler einer größeren Schule nach dem Fehlalarm in die Keller. Bei der Polizei riefen auch Soldaten und etliche Offiziere an, die offensichtlich einen militärischen Angriff befürchtet hatten. Sie hatten jedoch ihre eigenen Dienststellen telefonisch nicht erreichen können.

Viele ältere Bürger glaubten, ein Krieg sei ausgebrochen. Nur mit Mühe konnten Polizei und Feuerwehr manche tief verängstigte Anrufer beruhigen. „Sie haben ja noch keinen Krieg mitgemacht", hörten die jüngeren Beamten häufig am Telefon.

Nur den wenigsten war bekannt, was das fälschlich ausgelöste Sirenensignal in Friedenszeiten eigentlich bedeutet: Es fordert die Bürger auf, sofort ihr Radiogerät einzuschalten. Der Westdeutsche Rundfunk verbreitete dann um neun Uhr die Nachricht, daß es sich um einen Fehlalarm gehandelt hatte. Als diese Meldung dann als erste verlesen wurde, wandten sich die meisten wieder beruhigt ihrem Frühstück oder der Morgenzeitung zu. (dpa)



Großes Defilee der Mannequins im Theater des Westens: Brautkleider aus elf Pariser Haute-Couture-Häusern FOTOS. JOCHEN CLAUSS



Im Charlottenburger Schloß: Friede Springer und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher



Aus Bonn: Amerikas Botschafter Burt mit Gattin (M.) und sein britischer Kollege Sir Julian L. Bullard

Berlin ist wieder en vogue

RUTH HABER, Berlin

„Berlin en vogue" – ein Motto mit doppelsinniger Bedeutung. Das Modejournal „Vogue" hatte die Anregung gegeben zu einem Gala-Abend in der Stadt, die als Mode- und Kulturzentrum international wieder en vogue ist. Zur Wohltätigkeitsveranstaltung zugunsten von „Care" entsandte die Pariser Haute Couture elf ihrer namhaftesten Häuser an die Spree. Im Theater des Westens präsentierten sie am Samstag ihre aktuellen Wintermodelle. Eine solche Gemeinschaftsschau der großen Couturiers hat es noch nie gegeben, auch nicht in Paris.

Die Haute Couture als Symbol für Luxus. Eleganz und Schönheit kreiert Mode mit Hilfe von Handwerkskunst, die ohne sie zum Aussterben verurteilt wäre. Frankreich hat es verstanden aus dieser Couture-Tradition ein Exportgut hohen Ranges zu entwickeln. Berlin als traditionelles Zentrum der Konfektion versteht es ebenfalls, mit Mode hohe Exportquoten zu erarbeiten. Die Pariser Haute Couture gibt Maßstäbe vor, das Ideal. Berlin sorgt mit einem industriellen System für die Verbreitung von Mode als Konsumgut.

Vor nunmehr 150 Jahren erfanden Berliner Unternehmer die Konfektion, die Mode von der Stange. Diese Idee machte Revolution. Mode verbreitet sich heute ohne Sprachbarriere und schnell mittels Medien. Mode trägt den Zeitgeist über alle Landesgrenzen. Gewiß, die Exklusivität der Haute Couture ist nicht reproduzierbar, sie bleibt wenigen vorbehalten, begeistert aber viele mit ihrer Perfektion.

Darum gelang es in Berlin, dieser kulturoffenen Stadt, eine Sternstunde in Sachen Luxus und Schönheit zu gestalten. Die elf beteiligten Pariser Haute-Couture-Häuser Balmain, Chanel (mit dem Stylisten Karl Lagerfeld), Grès, Guy Laroche, Hanae Mori, Jean Patou, Jean Louis Scherrer, Lanvin, Louis Féraud, Nina Ricci und Philippe Venet zeigten 160 Modelle, meist Abendkleider im Wert von 50 000 bis 100 000 Mark pro Modell. Der Pariser Juwelier Cartier ergänzte mit Pretiosen im Wert von Millionen die Schau der schönen Roben. Am Tag zuvor hatte Cartier in Anwesenheit seines Präsidenten Alain D. Perrin in Berlin eine Filiale eröffnet. In den Vitrinen waren die zwölf Sets für das Finale der Modenschau zu bewundern, das teuerste Stück für rund fünf Millionen Mark.

Choreograph Olivier Massart setzte mit Video und Lasereffekten die Schau der Superlative in Szene. Ein musikalisches Intermezzo mit dem französischen Violinisten Raphael Oleg, Preisträger der Tschaikowsky-Ausschreibung 1986, beschloß das Ereignis und leitete musikalisch zum Empfang im Charlottenburger Schloß über.

Nun wurde es rein politisch beim Empfang in den historischen Räumen durch den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen und den französischen Botschafter in Bonn, Serge Boidevaix. Sie hatten gemeinsam zu der Wohltätigkeitsgala geladen und das Motto „Berlin en vogue" akzeptiert. 360 hochkarätige Gäste begaben sich nach dem Empfang zum Galadiner in die Orangerie. Der Erlös von Eintrittspreisen (100 Mark der Theaterplatz, 1000 Mark das Diner) und Spenden gingen an die Hilfeorganisation „Care Deutschland". Als Kuratoriumsvorsitzender der „Care"-Organisation nahm Außenminister Hans-Dietrich Genscher den symbolischen Scheck durch einen Notar in Empfang.



Aus Paris: Denise Dubois vom Syndicate Haute Couture (l.) und Gilles Dufour von Chanel

Die Berliner haben zu „Care" bekanntlich eine besondere Beziehung. Nach dem Krieg und während der Blockade bildeten „Care"-Pakete für viele die einzige Hoffnung aufs Überleben. Heute danken wir mit Spenden, die wiederum anderen helfen mögen. Unter den hohen Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur sah man den amerikanischen Botschafter Burt mit Gattin Gale, Frau Friede Springer, den Prinzen Poniatowski, Direktor der „Vogue" Paris, Jacques Mouclier von der Pariser Haute-Couture-Vereinigung. Direktor Gilles Dufour von Studio Chanel überbrachte Grüße von Karl Lagerfeld. Aus Berlin die Designer Reimer Claussen und Sandra Pabst, Sponsoren aus Industrie, Banken und Versicherungswesen. Die hohen Ränge der Militärs gaben mit ihren Uniformen dem festlichen Bild farbige Akzente.

Immer mehr greifen zu „Fast Food"

dpa, Kiel

Trotz ernährungswissenschaftlicher Bedenken gewinnt die „Schnellverpflegung" oder „Fast Food" in Europa immer mehr Anhänger. In der Bundesrepublik nehmen bereits 60 Prozent aller Beschäftigten während der Arbeitszeit eine schnelle Zwischenmahlzeit ein. Zu diesem Ergebnis kam Werner Steller von der Vereinigung Getreide-, Markt- und Ernährungsforschung (Bonn). Der Umsatz aller Fast-Food-Betriebe in der Bundesrepublik erreichte 1985 schätzungsweise zwölf Milliarden Mark und damit 40 Prozent des gesamten Gastronomieumsatzes. 37 Prozent der zwölf- bis 15jährigen essen zumeist mehrmals monatlich oder sogar mehrmals wöchentlich im Schnellimbiß. Ein Fast-Food-Essen wie Hamburger mit Pommes frites und Mayonnaise oder Currywurst mit Cola deckt 50 bis 100 Prozent des täglichen Fettbedarfs und 50 bis 80 Prozent der empfohlenen täglichen Kochsalzzufuhr.

100 Prozent Einschaltquote

dpa, München/Sulden

Bergsteiger Reinhold Messner, der als erster Mensch alle vierzehn Achttausender der Erde bestieg, schaffte nach der Rückkehr in seine Südtiroler Heimat auch einen unglaublichen Fernseh-Rekord. Sein Auftritt im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF – gesendet aus Sulden am Ortler – katapultierte die Einschaltquote zwischen Brenner und Salurner Klause am Samstag abend auf 100 Prozent.

Weitere acht Tote geborgen

dpa, London

Tauchern in der Nähe der Shetland-Inseln ist es am Wochenende gelungen, acht weitere Leichen von Arbeitern zu bergen, die am vergangenen Donnerstag beim schwersten Hubschrauberunglück der internationalen Luftfahrtgeschichte ums Leben kamen. Damit konnten bisher 32 der insgesamt 45 Todesopfer identifiziert werden. Die Suche nach den 13 übrigen Opfern wurde gestern auf die Küste der Shetland-Inseln ausgedehnt.

Kinder als Sklaven

AFP, Lima

Die peruanische Polizei hat 200 Menschen, vornehmlich Kinder im Alter von zehn bis 15 Jahren, entdeckt, die in dem Andendepartement Ayacucho als verschwunden galten und in einer anderen Gegend auf Plantagen als Sklaven arbeiteten. Dort lebten sie teilweise seit 13 Monaten unter unmenschlichen Bedingungen. Für eine 14stündige Arbeit erhielten sie nur eine Mahlzeit am Tag.

Regenstürme in Ägypten

dpa, Kairo

Mit Regenstürmen und einem Temperatursturz von 26 auf 15 Grad ist am Wochenende in Ägypten früher als erwartet der Winter eingekehrt. An der Mittelmeerküste peitschten Böen die Wellen drei Meter hoch. Der Hafen von Alexandria wurde bis auf weiteres geschlossen.

„Roll Fiets" für Behinderte

dpa, Berlin

Behinderten das Leben leichter zu machen ist das Ziel einer Sonderschau, die auf der Messe „Gesundheit 86" in Berlin noch bis zum 16. November zu sehen ist. Dort wurde auch eine „Roll Fiets", eine Art Rikscha, vorgestellt. Die Kombination aus Fahrrad und Rollstuhl ermöglicht es behinderten Menschen, gemeinsam mit ihrer Begleitung Fahrradtouren zu unternehmen. Darüber hinaus werden Werkzeuge, Brotmaschinen, die einhändig bedient werden können, sowie verstellbare Waschtische und behindertengerechte Autos auf der Messe gezeigt.

Mordversuch an Vater

dpa, Ratingen

Ein 15jähriger Schüler hat am Samstag abend in Ratingen bei Düsseldorf versucht, seinen schlafenden Vater mit der Axt zu erschlagen. Als er den 39jährigen für tot hielt, benachrichtigte er die Polizei. Der Mann schwebt in Lebensgefahr. Als Motiv für die Bluttat gab der 15jährige an, sein Vater sei Alkoholiker. Er habe die Familie jahrelang tyrannisiert.

20 Polizisten verletzt

AP, München

Bei Krawallen am Rande eines Bayernligaspiels zwischen München 1860 und der Spielvereinigung Bayreuth sind am Samstag in München 20 Polizisten leicht verletzt worden. Zu den Ausschreitungen war es gekommen, als fünf Minuten vor Spielschluß die 60er mit 1:3 Toren im Rückstand lagen. Dies erregte etwa 250 Fans des Münchner Clubs so sehr, daß sie das Spielfeld zu stürmen versuchten. Etwa 50 Polizisten stellten sich ihnen entgegen. Die Beamten wurden mit Tränengas, Schlägen und Fußtritten angegriffen. Sieben Rowdies wurden festgenommen.

WETTER: Meist trocken und mild

Lage: Zwischen hohem Druck über dem Balkan und einem Tief bei Schottland wird milde Meeresluft nach Deutschland geführt. Eingelagerte Tiefausläufer streifen dabei den Nordwesten.

Vorhersage für Montag: Im Norden nur gelegentlich auflockernde Bewölkung und zeitweise leichter Regen. Höchsttemperaturen 11 bis 14, nachts 4 bis 8 Grad. Frischer Wind aus Süd bis Südwest. In der Mitte und im Süden gebietsweise Nebel, sonst sonnig und trocken. Höchsttemperaturen 10 bis 14 Grad, in Nebelgebieten um 5 Grad. Nachts Abkühlung auf 4 bis null Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Süd.

Weitere Aussichten: Wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Dienstag: 7.32 Uhr*, Untergang: 16.40 Uhr; Mondaufgang: 15.03 Uhr, Untergang: 1.26 Uhr (* MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 10. Nov., 2 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, wolkig, bedeckt, Windstille, Nordwind 10 km/h, Ostwind 20 km/h, Südwind 30 km/h, Westwind 40 km/h, Nebel, Nieseln, Regen, Schnee, Schauer, Gewitter, Niederschlagsgebiet, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	5	he
Bielefeld	3	bw
Braunlage	5	he
Bremen	9	he
Dortmund	8	he
Dresden	9	he
Düsseldorf	7	he
Erfurt	7	he
Essen	7	bw
Feldberg/S.	3	he
Flensburg	8	he
Frankfurt/M.	7	he
Freiburg	8	he
Garmisch	9	he
Greifswald	8	he
Hamburg	5	he
Hannover	10	he
Kahler Asten	3	he
Kassel	6	he
Kempten	6	bd
Kiel	5	he
Koblenz	5	he
Konstanz	8	bd
Leipzig	8	he
List/Sylt	11	he
Lübeck	9	he
Mannheim	9	he
München	8	he
Münster	9	bw
Norderney	9	bw
Nürnberg	7	he
Oberstdorf	8	he
Passau	8	he
Saarbrücken	5	bw
Stuttgart	6	bw
Trier	–	Ne
Zugspitze	-1	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	21	he
Amsterdam	8	he
Athen	13	he
Barcelona	18	he
Belgrad	13	he
Bordeaux	6	bd
Bozen	5	he
Brüssel	7	ne
Budapest	12	bw
Bukarest	9	bw
Casablanca	15	he
Dublin	13	bd
Dubrovnik	16	bd
Edinburgh	11	bd
Faro	16	bw
Florenz	10	bd
Genf	11	bw
Helsinki	5	bd
Hongkong	23	he
Innsbruck	6	bw
Istanbul	8	bw
Kairo	17	bw
Klagenfurt	8	he
Konstanza	8	bw
Kopenhagen	10	he
Korfu	19	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	0	S
Lissabon	11	bw
Locarno	11	wl
London	11	bw
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	3	he
Madrid	11	wl
Mailand	8	wl
Malaga	20	he
Mallorca	15	bw
Moskau	-1	bd
Neapel	[illegible]	[illegible]
New York	[illegible]	[illegible]
Nizza	[illegible]	[illegible]
Oslo	[illegible]	[illegible]
Ostende	7	he
Palermo	19	he
Paris	8	he
Peking	15	he
Prag	8	he
Rhodos	12	he
Rom	14	he
Salzburg	10	bw
Singapur	30	bw
Split	16	he
Stockholm	7	he
Straßburg	9	he
Tel Aviv	14	R
Tokio	10	R
Tunis	18	wl
Valencia	18	bw
Varna	8	bw
Venedig	9	wl
Warschau	7	bw
Wien	3	ne
Zürich	9	bd

LEUTE HEUTE

Verlobung

Seine Karriere als Renn- und Rallyefahrer war kurz und glücklos. Zur Zeit verdient **Mark Thatcher** (33), einziger Sohn der britischen Premierministerin **Margaret Thatcher**, seinen Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Sportwagen in Dallas. Dort lernte er die Texanerin **Diana Bergdorf** (25) kennen – und lieben. In dieser Woche feiern die beiden Verlobung.

Gastgeschenk

Einen Rosenkranz aus 59 schwarzen polynesischen Perlen soll Papst **Johannes Paul II.** während seines Besuchs auf den Fidschi-Inseln als Gastgeschenk erhalten. Die Perlen sind auf einer Kette aus 19karätigem Gold aufgereiht. Die kostbare Gabe wird ihm **Michel Coppenrath**, Erzbischof von Papeete, überreichen.

Sie nannten sie „Pythia von Bonn"

KIRSTEN BAUKHAGE, Bonn

Ihre hellseherischen Fähigkeiten machten sie weltberühmt: Madame Buchela, die „Seherin" von Bonn genannte Wahrsagerin, starb am Samstag im Alter von 87 Jahren in einem Bonner Krankenhaus, in das sie vor vier Wochen eingeliefert worden war.

Kaum einer weiß mehr über Herkunft und Leben der zierlichen Frau mit den pechschwarzen Augen, als sie selbst in Interviews erzählt hat: „Ich bin ein auf Reisen am Waldrand unter einer Buche geborenes Zigeunerkind." Von dieser „besonderen Geburtssituation" leitete die auf ihre Abstammung stolze Sinti – mit bürgerlichem Namen Margarethe Goussanthier – ihren Künstlernamen „Buchela" ab.

Ihre Gabe, in die Zukunft zu sehen, wurde ihr zum erstenmal im Alter von acht Jahren bekannt. Damals sagte sie den Tod ihres Lieblingsbruders Anton voraus. Der große „Durchbruch" gelang der Buchela, als sie 1953 der CDU unter Bundeskanzler Konrad Adenauer einen hohen Wahlsieg prophezeite. Als dieser dann auch prompt eintraf, begann ihr Aufstieg zur „Pythia der Bundeshauptstadt". Prominente Politiker jeder Couleur nahmen daraufhin – so wurde in Bonn gemunkelt – gern ihren Rat in Anspruch, bis hinauf zu den Kanzlern Adenauer und Erhard.



„Madame Buchela". Am Samstag ist sie in Bonn gestorben FOTO. DPA

Spektakulär in die Schlagzeilen geriet die Buchela noch einmal 1969, als sie den entscheidenen Tip zur Ergreifung der „Lebach-Mörder" gab. Zwei Männer hatten damals das Munitionsdepot Lebach überfallen und dabei vier Fallschirmjäger getötet und einen schwer verletzt.

Nachdem sie von Bonn nach Remagen umgezogen war, pilgerten Tausende Ratsuchende aus aller Welt zu ihrem Haus. Bis ins hohe Alter „arbeitete" die Buchela oft stundenlang am Tag getreu ihrem Motto: „Der liebe Gott hat mir die Gabe oder auch Bürde des Sehens auferlegt, und ich werde ihm dienen, solange ich lebe." (dpa)

„Nordbank" – Brasiliens umstrittenes Projekt

W. THOMAS, Rio de Janeiro

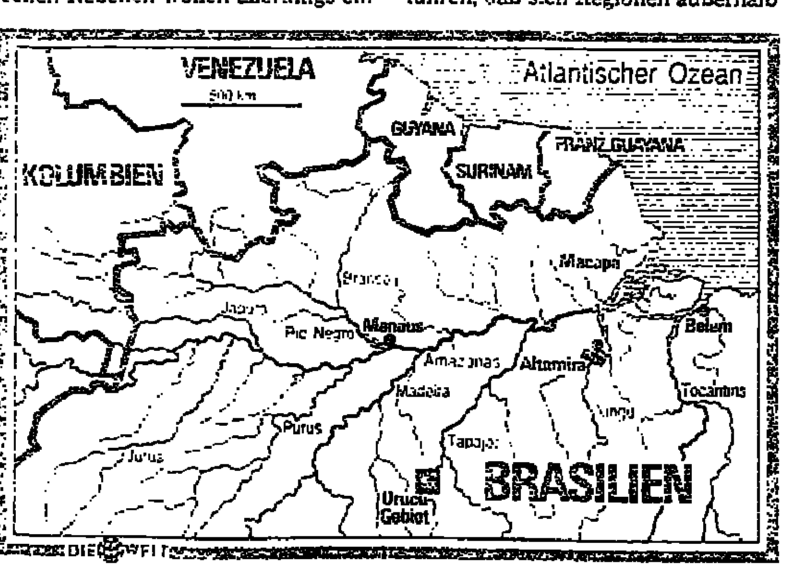
Die Pläne sollten zunächst geheim bleiben „wegen ihrer politischen Brisanz". Sie könnten „übertriebene Erwartungen" wecken und in den Nachbarstaaten „eine unbegründete Furcht" auslösen. Nun ist das gigantische Vorhaben der brasilianischen Regierung, das Amazonas-Projekt „Nordbank", durch Veröffentlichungen in den zwei angesehenen Zeitungen, „Jornal do Brasil" und „Folha de São Paulo", bekanntgeworden.

Die Regierung des Präsidenten José Sarney reagierte peinlich berührt: Am kommenden Wochenende finden wichtige Kongreß- und Gouverneurswahlen statt. Wie erst jetzt bekannt wurde, ist im Juni die Erschließung der entlegenen Grenzregionen des Amazonas-Beckens beschlossen worden, jener Gebiete, die gegenüber von Kolumbien, Venezuela, Guayana, Surinam und Französisch-Guayana liegen. Vorerst werden nur militärische Stützpunkte entstehen. Später, nach der Entwicklung der Infrastruktur, sollen dann diese Regionen nördlich der Amazonas- und Solimoes-Flüsse besiedelt werden.

Das von General Ruben Bayma Denys, Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, konzipierte und von Außen-, Innen- und Planungsministerium abgezeichnete Projekt wird nicht nur mit wirtschaftlichen Argumenten begründet. Der General dachte auch an sein Metier: Der Ost-West-Konflikt könne einmal den Norden Südamerikas erfassen.

Die „Folha de São Paulo" erinnerte an Guerrilla-Aktivitäten in Kolumbien und Surinam. Die surinamesischen Rebellen wollen allerdings ein Linksregime stürzen. Außerdem seien die meisten Nachbarn in Grenzkonflikte verstrickt.

Denys erwähnte schließlich das lawinenartig wachsende Rauschgiftproblem: „Der Drogenhandel bedeutet nicht nur eine Bedrohung des politischen Lebens. Er kann auch dazu führen, daß sich Regionen außerhalb der Kontrolle durch die Regierung bilden."



Ein Vorhaben mit gigantischen Dimensionen: Brasiliens Nordgrenze – von Kolumbien bis Französisch-Guayana – soll besiedelt werden

Kritiker stellten die Frage nach den Auswirkungen des Projekts auf die Indio-Bevölkerung und die Umwelt. Der deutschstämmige Bischof Erwin Kräutler, Oberhaupt der Indianer-Mission der katholischen Kirche, verurteilte das Vorhaben: Es gefährde 50 000 bis 60 000 Indios, die 40 verschiedenen Stämmen angehören, darunter die 10 000 Yanomanis.

Dazu kommen Entwicklungsprojekte, gegen die Ökologen Einwände erheben. So plant die Sarney-Regierung nahe der jungen Amazonas-Metropole Altamira den größten Staudamm der Welt, ein Energie-Monster mit 17 000 Megawatt Kapazität. Der Itaipu-Damm im Süden Brasiliens erzeugt 12 800 Megawatt.

Der staatliche Energiekonzern Petrobras berichtete über die Entdeckung riesiger Ölfelder am Urucu-Fluß, 650 Kilometer von Manaus entfernt. Schon verkünden Konzern-Vertreter, Brasilien könne aufgrund dieser Funde einmal zu den wichtigen Ölproduzenten der Erde gehören.

Das „Nordbank"-Vorhaben sollte noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Bisher ist nichts geschehen. Beobachter aber glauben, daß bald nach den Wahlen mit den ersten Rodungen begonnen wird.

ZU GUTER LETZT

„Scheich Jamani wirft das Kopftuch", schrieb die deutschsprachige „Allgemeine Zeitung" in Windhuk (Namibia) zur Ablösung des saudiarabischen Energieministers Yamani durch König Fahd.